Nr. 222. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 22. September 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Lübeck.

Die socialdemokratische Woche, die alljährlich die Erwählten der deutschen Socialdemokratie zu ernster Arbeit vereinigt, beginnt an diesem Sonntag in der ehrwürdigen Hansestadt Lübeck auf republikanischem Boden, den die bürgerlich kapitalistische Entwicklung längst zu einem heiß umstrittenen Feld des Klassenkampfes gestaltet hat, der gerade hier die schärfsten Formen angenommen hat. Es ist in aller Erinnerung, daß Lübeck sich um den Ruhm bemüht hat, jenem verworfenen Zuchthausgesetz ein illegitimes Asyl zu bereiten, nachdem sich selbst der deutsche Reichstag für zu gut gehalten, um dieser Spottgeburt kapitalistischen Wahnwitzes zum Leben zu verhelfen.

An diesem Sonntag ziehen die Vertrauensleute des aufgeklärten Proletariats als freudig von den Genossen der Arbeit begrüßte Gäste in die Stadt ein und für eine Woche bilden ihre Verhandlungen den Gegenstand der angstvollen Aufmerksamkeit der bürgerlichen Welt, deren schlechtes Gewissen entweder mühsam die Grimasse der Gleichgültigkeit zur Schau trägt, oder, sich an Aeußerlichkeiten klammernd, dem Wahne gierig fröhnt, es möchte diese neue entsetzliche Macht sich selber entkräften, an sich selbst zu Grunde gehen.

Der Parteitag in Lübeck wird kein Kongreß grundlegender Wendungen und neuer Gestaltungen sein. Wenn auch an der Peripherie Meinungen auseinandergehen mögen, im Wesen und Kern ist die Partei klar über sich selbst, und in durchaus einheitlicher Erfassung der Aufgaben und Ziele, der Mittel und Wege arbeitet sie an der steten Erweiterung ihres Machtbereichs. Und wenn es den bürgerlichen Parteien gefällt, sich dadurch über das trostlose Gefühl ihrer Zerrissenheit und ihres unabwendbaren Niedergangs hinwegzutäuschen, daß sie mit scharfen Ferngläsern nach schweren Gewittern in der Socialdemokratie spähen — wir wollen sie nicht in ihrem Zeitvertreib hindern, daß sie luftfrischendes Wetterleuchten am Horizont für Anzeichen vernichtender Katastrophen halten. Wir lachen über den Wahn und — arbeiten.

Und eine schwere Fülle von bedeutsamer Arbeit ist auch diesem Parteitag auferlegt. Einmal gilt es, die inneren Angelegenheiten, die das verflossene Jahr zur Aussprache vor der höchsten Parteiinstanz gedrängt hat, zu erledigen, diese und jene Differenzen zu schlichten. Dann haben wir die socialdemokratische Anschauung der herrschenden Politik demonstrativ gegenüberzustellen. Endlich werden wir ein überaus wichtiges Gebiet unserer praktischen Thätigkeit erörtern und zu festen, unmittelbar zu verwirklichenden Vorschlägen klären.

Von den inneren Fragen stehen zwei im Vordergrund, die eine rein geschäftlicher Natur, die andere berührt die innere Politik unsrer Partei. Wir werden in Lübeck Gelegenheit nehmen, langjährige Erfahrungen, die unser Preß- und Buchhandlungswesen gezeitigt, in allgemeinem Gedankenaustausch nutzbringend zu verwerten. Je mehr sich die Socialdemokratie mit geschäftlichen Unternehmungen befassen mußte, um so dringender wurde es, die in dieser Hinsicht auftauchenden Fragen einmal gründlich zu diskutieren, hängt doch von dem Gedeihen der Parteigeschäfte nicht nur die materielle, sondern auch die ideale Leistungsfähigkeit der Partei sehr wesentlich ab. Eine zweckmäßige, weitreichende Verbreitung unsrer Litteratur ist eine Lebensfrage für die Socialdemokratie, und die große, erfolgreiche Entwicklung, die wir auf diesem Gebiete zu verzeichnen haben, ist uns nur ein Ansporn zu weiterer Steigerung in Tiefe und Breite.

Einen größeren Raum wird voraussichtlich in den Beratungen der Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer einnehmen. Die vorausgehende Diskussion hat die Gemüter zum Teil stark erhitzt, und das Für und Wider ist bisher zu keiner befriedigenden Lösung gediehen. Wir zweifeln aber keinen Augenblick, daß eine solche Verständigung in Lübeck nicht allzu schwer werden wird. Wir sind der Meinung, daß nach Lage der Verhältnisse und nach der vorjährigen Gestaltung unsres Organisationsstatuts der Schiedsspruch weder verweigert werden noch anders lauten konnte. Der Parteitag wird einig darin sein, daß seine Sympathien durchaus auf der Seite des Maurerverbandes stehen, dem es gelungen ist, nach harten Kämpfen die Abschaffung der Accordarbeit durchzusetzen. Daraus folgt, daß man die Absplitterung der Accordmaurer und ihr Verhalten durchaus mißbilligen muß. Dennoch scheint uns eine allzu intime Vermischung der politischen Partei und der gewerkschaftlichen Bewegung für beide Teile verhängnisvoll zu sein. Die Partei kann durch ihren Einfluß, der durch die teilweise Personalunion der auf beiden Gebieten thätigen Personen verstärkt wird, dahin zu wirken suchen, daß die unseligen Spaltungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung beseitigt werden, sie hat aber kein Recht, durch positive Maßnahmen in die inneren Kämpfe der Gewerkschaftler einzugreifen. Den Ausschluß aus der Partei über Genossen zu verhängen, die zweifellos objektiv sich schwer vergangen haben, deren Handlungsweise aber doch letzten Endes auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen ist — dazu konnte sich die zum Schiedsspruch genötigte Partei nicht entschließen, und wir glauben, daß auch der Parteitag die Verantwortung für solche in ihren Konsequenzen überaus gefährlichen Maßnahmen nicht übernehmen kann. Wohl aber wird es nicht ohne Eindruck bleiben, wenn der Parteitag mit aller Entschiedenheit seine Meinung dahin ausspricht, daß von den Hamburger Accordmaurern erwartet wird, daß sie ihren Disciplinbruch ehestens gut machen und sich ihren kämpfenden Genossen anschließen. Wir meinen, daß sich dem moralischen Gewicht eines solchen Beschlusses, wie er ja auch schon im Schiedsspruch selbst enthalten war, kein Parteigenosse entziehen wird, und es bedarf weiter keines juristischen Verdikts.

Nicht angängig scheint es zu sein, daß der Parteitag, wie von einzelnen geraten wird, den Schiedsspruch aufhebt, indem sie er ablehnt, über diese innere Angelegenheit der Gewerkschaften ein Urteil abzugeben. Nach unsrem Organisationsstatut kann die Partei gar nicht die Zuständigkeit ablehnen, wenn von irgend einer parteigenössischen Seite aus irgend einem Grunde ein Antrag auf Ausschluß an sie gerichtet wird. Freilich dürfte das Gefühl allgemein sein, daß die in Mainz beschlossene Centralisation der Ausschlußregelung nichts weniger als eine glückliche Lösung war, und der Parteitag wird vielleicht Anlaß nehmen, die Bestimmung des Organisationsstatuts in der Weise zu ändern, daß die Hineinziehung der Gesamtpartei durch ihren Vorstand gleich in erster Instanz beseitigt wird. Dagegen ist, wie auch vorgeschlagen wurde, eine Aenderung der Ausschlußbestimmung in der Richtung, daß sie die Verfehlungsgründe noch verallgemeinert, nicht empfehlenswert. Nichts wäre verkehrter, als der Versuch, den Hamburger Fall dadurch aus der Welt zu schaffen, daß man neue principielle Grundsätze in das Organisationsstatut hineinbringt, die den Ausschluß aus der Partei rechtfertigen sollen. Treten derlei peinliche Probleme an die Partei heran, so haben wir allen Anlaß, in jedem einzelnen Fall je nach den Umständen eine individuelle Entschließung möglich zu machen. Es bedeutete eine verhängnisvolle Erschwerung, wenn man es unternehmen wollte, statt den Konflikt zu isolieren, ihn zu generalisieren, indem man für alle denkbaren Möglichkeiten eine allgemeine Regel aufstellt.

Alles in allem sehen wir keine ernsthaftere Schwierigkeit, einen Ausgleich zu finden, der dem Maurerverband sein gutes Recht werden läßt, ohne daß doch die Partei einen Präcedenzfall schafft, der zu unabsehbaren Konsequenzen führen muß.

Vor einem Jahre in Mainz manifestierte der Parteitag wider den verwüstenden, ruchlosen Chinazug und die Barbarei der imperialistischen Weltpolitik im allgemeinen. Inzwischen ist das in der Geschichte beispiellose Abenteuer, das nicht nur die Unkultur, sondern auch die intellektuelle Verblödung des herrschenden Systems blutig bloßgestellt hat, in Schimpf und Gelächter jammervoll versunken.

In Lübeck wird die Socialdemokratie eine eindrucksvolle Demonstration gegen den inneren Hunnenkurs unternehmen, gegen die agrarisch-industrielle Beutepolitik, die es inmitten einer das Reich in den Tiefen erschütternden wirtschaftlichen Krisis wagt, das durch den industriellen Niedergang ohnehin als Produzent niedergedrückte Proletariat nun auch als Konsumenten auszuplündern. Den Tollheiten und Tobsüchte der schlimmsten Rückständigkeit gegenüber wird der Parteitag die klare, schöpferische Politik des Socialismus in schneidendem Kontrast aufs neue verkünden und bekennen.

Sachlich am wichtigsten ist auf diesem Parteitag die Beschäftigung mit der Wohnungsfrage. Wenn es auch für ihre völlige Lösung in der kapitalistischen Gesellschaft keine Möglichkeit giebt, so ist es doch auch eine unaufschiebbare Aufgabe, mit allen Kräften und Mitteln die Beseitigung der schlimmsten Notstände von Reich, Staat und Kommune zu erzwingen. Hier bietet sich den Socialdemokraten vielleicht das fruchtbarste Feld praktischer Arbeit und unmittelbarer Reformen. Nicht minder wie gegen den Brotwucher hat die Partei gegen den infamen Wohnungswucher zu Felde zu ziehen. Der Lübecker Parteitag wird unsrer längst geübten Thätigkeit, die auf Milderung, wenn nicht Beseitigung der Wohnungsnot abzielt, neue Anregung bringen.

Unser diesjähriger Parteitag entbehrt nicht der Weihe einer Jubiläumserinnerung. Wir dürfen den zehnjährigen Gedenktag des Erfurter Programms feiern, das in unverwellter Kraft während dieses Jahrzehnts unsere Propaganda und parlamentarische Thätigkeit, unsere principiellen Entscheidungen und praktische Arbeit bestimmt hat, das uns den unbeirrbaren Führer in den großen Aufgaben unseres weltpolitischen und welthistorischen Berufs wie in den kleinsten Entscheidungen, die der Tag fordert, gab. Gewiß, auch das Erfurter Programm ist nur Menschenwerk, es mag diese oder jene mißverständliche oder unklare Wendung enthalten, auch den Bedürfnissen knapper agitatorischer Schlagkraft nicht völlig entsprechen — ebenso gewiß aber ist, daß wir in ihm das eherne Gedankengefüge einer wissenschaftlich gegründeten Weltanschauung besitzen, das uns in unserem Kampf sicher leitet, uns vor dem Abirren in kleinliche Augenblicksrücksichten behütet und uns die gewaltigen Ziele weist, indem es uns zugleich eine Fülle praktischer Arbeitsmöglichkeit erschließt, die wir auf dem Wege zur Gestaltung unsrer Welt zu leisten haben.

Das Erfurter Programm ist auch an den reichlichen theoretischen Diskussionen nicht zu Schaden gekommen, die uns die letzten Jahre beschert haben. Wir sind der vielleicht ketzerischen Meinung, daß diese Auseinandersetzungen zwar notwendig sind, um uns vor dem Rosten zu bewahren — sie sind eine Art gymnastischer Uebungen zur Belebung des Parteigeistes — daß aber in diesem besondren Fall ihr Ertrag verzweifelt gering war. Wir leiden weder an der publizistischen Nervosität, die in jeder Meinungsverschiedenheit gleich den Untergang der Welt fürchtet, noch lassen wir uns beeinflussen durch die lieben Leute, die uns gern beerben wollen und den Erbschleicher in der Weise spielen, daß sie die eine Meinung gegen die andre karikierend ausspielen und dadurch in der Socialdemokratie selbst das Gefühl hervorzurufen suchen, als ob in ihr centrifugale, auseinandertreibende Kräfte am Werke seien.

Wer die innere Geschichte der Partei nur einigermaßen kennt, weiß, daß sie stetig an einheitlicher Geschlossenheit gewachsen ist. Principielle und taktische Fragen, an deren Lösung unsre Führer vor ein, zwei, drei Jahrzehnten pessimistisch verzweifelten, sind uns zu unbestrittenem Besitz geworden, über den niemand mehr verschiedener Meinung ist. Und wir haben eigentlich nur noch so viel Differenzen unter uns, wie gerade notwendig sind, um ein frisches geistiges Leben anzuregen. Die Partei ist in ihrem Handeln von solcher geschlossenen Einheitlichkeit, daß die bürgerlichen Parteien und Parteichen, die bei uns Spaltpilze entdecken, vor Neid noch weiter bersten müßten, als sie ohnehin durch die inneren Interessengegensätze schon zerklüftet sind.

Zählen wir mithin die litterarischen Diskussionen der letzten Zeit nicht eben unter die besonders wichtigen Parteifragen, die unbedingt nach einer Entscheidung verlangten, so halten wir die taktische Frage der Budgetabstimmung allerdings für zu bedeutsam, als daß der Parteitag an ihr vorübergehen könnte. Hier scheint uns bei einigen Parteigenossen eine sonderbar gemütliche Auffassung Wurzel gefaßt zu haben. Wir sind die letzten, die eine ceremonielle Formalpolitik über sachliche Arbeit stellen. Wir wissen auch, daß es staatsrechtliche Zwangslagen und politische Konstellationen geben kann, in denen nach der Maxime des kleineren Uebels auf die Budgetverweigerung verzichtet werden muß, — ohne jede Not und ohne jeden Gewinn aber einer Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen, deren Politik durch eine Welt von der socialistischen Anschauung getrennt ist, das ist eine Abirrung nicht nur von jeder grundsätzlichen, sondern auch von jeder klugen Politik. Wenn auch im Süden und Westen des Reichs die geselligen Gegensätze minder schroff sind als etwa in Preußen und Sachsen — an der in immer stärkerem Maße fortschreitenden politischen Reaktion — eine Erscheinung, über die uns die socialpolitische Reformiererei und die Abwendung vom Manchestertum nicht täuschen sollte — sind die Einzelstaaten ziemlich gleichmäßig mitschuldig. Es ist auch nicht der Schein eines triftigen Grundes anzuführen, warum man etwa in Baden anders verfahren soll als im Reich. Jede ernsthafte bürgerliche Opposition verweigert der Regierung die Kredite, geschweige denn die Socialdemokratie, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst negiert. Wenn dieser oder jener bürgerliche Freischärler den sonderbaren darwinistischen Ehrgeiz hat, durchaus das missing link, das fehlende Zwischenglied zwischen der Socialdemokratie und den bürgerlichen Parteien in seiner Person darzubieten, so hat die Socialdemokratie, wie immer die Nuance ihrer Opposition verschieden und ein zeitweises Zusammengehen in Einzelfragen mit bürgerlichen Parteien unvermeidbar sein mag, das ernsteste Interesse, das Bewußtsein scharf und klar zu erhalten, daß selbst zwischen der „entgegenkommendsten" bürgerlichen Partei und uns eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Zwischen uns und ihnen steht scheidend das — Erfurter Programm.

Die Socialdemokratie hat keine Zeit zu verlieren. Nicht erst fernen Generationen dürfen wir die Hoffnung auf den Sieg unsrer Sache überlassen, wir selbst haben das Recht und die Pflicht, zum Siege in aller möglichen Beschleunigung zu drängen. Wir schmachten nach Befreiung von Druck und Not. Die Arbeit der Vertreter des Proletariats, die wir in Lübeck grüßen, kann nur dem einen Zweck dienen, die Zuversicht unsres Sieges zu mehren, die Waffen des Kampfes zu schärfen, die politische Kriegskunst zu verfeinern. Mag uns auch Lübeck den Weg zum Ziele kürzen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. September.

Die Beseitigung der Nachtarbeit in den Bäckereien befürwortet der Gewerbe-Aufsichtsbeamte für Unter-Elsaß, Dr. Wolff, in sehr beachtenswerter Weise. Die große Mehrzahl der Bäckermeister und ihrer Frauen in Stadt und Land und erst recht die große Mehrzahl der Bäckergesellen werden es mit Freuden begrüßen, wenn der Bundesrat die Nachtarbeit in den Bäckereien untersagen wollte! „Meister wie Gesellen sind der Ansicht, daß erst dadurch für das Gewerbe „menschenwürdige" Zustände geschaffen werden würden. Jetzt sei der Meister schwer geplagt und ohne jede Nachtruhe, infolge dessen übellaunig, krankhaft oder kränklich und außer stande, seinen Bürger- und Familienpflichten zu genügen — wie eine Bäckersfrau es ausdrückte: die Kinder werden nicht erzogen, sondern verprügelt, weil der Mann unruhig, nervös, abgespannt, schlafbedürftig ist und für jede Störung seines Tagesschlafes Frau und Kinder büßen müssen. Dabei werde nachts schlechter und weniger geleistet als am Tage. Das Nachtverbot werde, sobald man sich darauf eingerichtet habe, bessere Geschäftsleistungen und Ergebnisse, vor allem aber gesundere Lebens- und Familienzustände herbeiführen und es ermöglichen, allmählich einen wirklich guten und leistungsfähigen Gesellenstand zu schaffen. Wenn jetzt unter den Gesellen viele unbefriedigende und unzufriedene seien, könne man es ihnen nicht anrechnen, sondern nur die Nachtarbeit dafür verantwortlich machen."

Der Gewerbe-Aufsichtsbeamte geht ja hier allerdings zu weit; er selber konstatiert, daß außer der Nachtarbeit noch andre Mißstände vorhanden sind, die den Gesellen das Leben verleiden können und müssen. So berichtet Dr. Wolff, daß in der Hälfte der von ihm revidierten Bäckereien nicht jeder Arbeiter ein Bett hatte, mehrere Gesellen also gemeinsam in einem Bett schlafen mußten. Schon dies allein — und nicht auch noch die Nachtarbeit bewirken, daß, wie Wolff schreibt, kein anständiger junger Mensch aus guter Familie heute noch Bäckerlehrling werden wollte! Auch die Unsauberkeit, die in den Backstuben herrscht, die schlechte Verpflegung der Gesellen, die rohe Behandlung der Lehrlinge seitens der Meister, die ebenso wie ihre Kinder auch die Lehrlinge verprügeln — all' das trägt dazu bei, den Bäckerberuf unleidlich zu machen. Daß aber die Nachtarbeit ebenfalls ein arges Uebel ist, darin stimmen wir den Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei und glauben ihm sehr gern, daß sich die Meister — es sind freilich nur wenige —, die die Nachtarbeit bereits beseitigten, sich deshalb glücklich schätzten und die Gesellen derselben Meinung waren.

Sehr wichtig ist nun aber, daß Meister und Gesellen erklärten, dem Verbote der Nachtarbeit stehe technisch nichts entgegen. „Die Behauptung, daß das Morgenbrötchen unter dem Nachtarbeitsverbot nicht frisch geliefert werden könne, sei falsch. Jetzt schon kämen in den wegen ihrer Brötchenware gerühmten Nachtbäckereien die Brötchen in der Zeit zwischen 12 und 1 Uhr nachts aus den Oefen; sie blieben also 7—8 Stunden

liegen, ehe sie zum Verzehr gelangen. Beim Nachtarbeitsverbot kämen sie um 9 oder 10 Uhr abends aus dem Ofen und ihre Knusprigkeit und Frische werde nicht beeinträchtigt, wenn sie, ordentlich verwahrt, die 2 bis 3 Stunden länger auf den Verzehr warten müßten. Für den Mittags-, Nachmittags- und Abendbedarf könne aber jeder Tagbäcker besser sorgen als der Nachtbäcker." — Dr. Wolff fügt hinzu, daß er nach den vergleichenden Versuchen, die er mit der Brötchenware von Tag- und von Nachtbäckern angestellt habe, diesen Angaben nur beitreten könne. Auf dem Wege beruflicher Uebereinkunft lasse sich aber die Nachtarbeit nicht beseitigen, wie alle befragten Bäckermeister erklärten: „Weil die Konkurrenzverhältnisse im Gewerbe dem entgegenstehen."

Selbstverständlich! Und deshalb ist eben eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit erforderlich. Würde der Bundesrat zum Verbot der Nachtarbeit schreiten, dann wäre auch der ganze jetzige Streit um die Bäckereiverordnung aus der Welt geschafft und den Gesellen wie den Meistern eine Wohlthat erwiesen. Das Publikum wird darunter nicht Schaden leiden, und wenn der Bundesrat will, kann er dies noch durch ärztliche Gutachten bestätigen lassen, die gern besagen werden, daß es gerade das frische Gebäck ist, das zu Magenerkrankungen Anlaß geben kann, weil es schlechter verdaut wird als älteres Gebäck.

Uebrigens tritt Dr. Wolff auch dafür ein, daß dieses Verbot, wie überhaupt alle Bestimmungen der Bäckereiverordnung, nicht auf Orte über 8000 Einwohner beschränkt bleiben, sondern allgemeine Anwendung finden, denn, sagt er, „die Besichtigung von Bäckereien in kleineren Orten, für welche die Verordnung nicht gilt, habe gezeigt, daß deren Einrichtungen ebenso häufig gesundheitlich mangelhaft sind, als in den Orten mit mehr als 8000 Einwohnern".

Etwas andres war auch nicht zu erwarten! Würden die Bäckermeister freiwillig auf Sauberkeit sehen, so bedürfte es ja der ganzen Bäckereiverordnung nicht, und da diese notwendig wurde, muß sie auch in Orten mit weniger als 8000 Einwohnern gelten! Schmutz bleibt Schmutz! —

Der Schlußakt der Friedensposse.

Die Abschiedstoaste des Zarenbesuches beteuerten nochmals den wiederholt hervorgehobenen friedlichen Charakter des Zweibundes. Loubet sagte:

„Sire, indem ich Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Kaiserin im Namen der französischen Republik den Dank ausspreche dafür, daß Sie geruht haben, den erhebenden Schauspielen dieser Tage beizuwohnen, lenkt sich mein Gedanke auf den großen politischen Vorgang zurück, der diesen vorangegangen ist, und der ihnen ihre ganze Bedeutung verleiht. Vorbereitet und geschlossen von Ihrem erlauchten Vater, dem Kaiser Alexander III., und von dem Präsidenten Carnot, feierlich kundgegeben an Bord des „Pothuau" durch Eure Majestät und den Präsidenten Felix Faure, hat das Bündnis Rußlands und Frankreichs Zeit gehabt, seinen Charakter zu bekräftigen und seine Früchte zu tragen. Wenn niemand an der wesentlich friedlichen Idee, aus der es hervorgegangen ist, zweifeln kann, so kann auch niemand verkennen, daß es in hohem Maße beigetragen hat zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen den europäischen Mächten der notwendigen Bedingung eines Friedens, der, um fruchtbringend zu sein, nicht unsicher bleiben konnte. Das Bündnis hat sich mit den Jahren entwickelt und die Fragen, die aufgetaucht sind, fanden es wachsam, entschlossen, seine eignen Interessen und die allgemeinen Interessen der Welt versöhnend; sie fanden es ferner gemäßigt, weil es stark war, und im voraus für die Lösungen gewonnen, die von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingegeben waren. Das Gute, was es gestiftet hat, ist ein Unterpfand des Guten, was es noch stiften wird, und im vollen Vertrauen darauf und, der edlen Begründer des Werkes pietätvoll gedenkend, dem der heutige Tag eine herrliche Weihe verleiht, erhebe ich mein Glas auf den Ruhm und das Glück Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen Familie, auf die Größe und das Gedeihen des Frankreich befreundeten und verbündeten Rußlands."

Die Antwort des Zaren Nikolaus auf den Trinkspruch des Präsidenten lautete folgendermaßen:

„Herr Präsident, in dem Augenblick, wo wir Frankreich verlassen, wo wir wiederum eine so herzliche und warme Aufnahme genossen haben, liegt es mir am Herzen, Ihnen unsre aufrichtige Dankbarkeit und lebhafte Bewegung zum Ausdruck zu bringen. Wir, die Kaiserin und ich, werden stets die kostbaren Erinnerungen dieser wenigen Tage bewahren, die von so tief in unsrer Herzen eingegrabenen Erinnerungen erfüllt sind und werden nach wie vor, aus der Ferne und der Nähe an allem teilnehmen, was das befreundete Frankreich betrifft. Die Bande, welche unsre Länder vereinigen, haben sich soeben noch mehr gefestigt und haben eine neuerliche Weihe durch die Beweise gegenseitiger Sympathie erhalten, die sich hier so beredt kundgaben und in Rußland ein so warmes Echo fanden. Die innige Vereinigung der beiden großen Mächte, welche von den friedlichsten Absichten beseelt sind und welche, obgleich sie ihren Rechten Achtung zu verschaffen wissen, nicht die Rechte der andren irgendwie zu beeinträchtigen suchen, ist ein wertvolles Element der Beruhigung für die gesamte Menschheit. Ich trinke auf das Wohl Frankreichs, der befreundeten und verbündeten Nation, des tapferen Heeres und der schönen französischen Flotte. Lassen sie mich Ihnen, Herr Präsident, gegenüber nochmals unsren Dank aussprechen und Ihnen zu Ehren mein Glas erheben.

So klang in rauschenden Accorden die Friedenssinfonie aus, deren Begleitung der tiefe Brummbaß der Marine-Artillerie und das heißere Geknatter der Schnellfeuergeschütze gebildet hatte. Der Friedenszar, der in seinem Friedensmanifest die social zerrüttenden und den kriegerischen Zündstoff bis zur höchsten Explosionsgefahr häufenden Folgen des wahnsinnigen Wettrüstens der Mächte vernichtend kritisiert hatte, kam nach Frankreich um sich als peinlicher Generalinspektor durch den Augenschein davon zu überzeugen, daß das verbündete Frankreich auch alle Fortschritte der mit Siebenmeilenstiefeln fortstürmenden Mordtechnik sich zu eigen gemacht habe. Beruhigt kehrt er nun wieder heim, um die eignen Rüstungen fortzusetzen und etwa — eine Neuauflage des Friedensmanifestes vorzubereiten. Eine weltgeschichtliche Posse von grandioser Lächerlichkeit! —

* * *

Deutsches Reich.

Die Wohnungsnot und der Freisinn.

Das Organ des Herrn Eugen Richter behandelt in einem Leitartikel die so aktuelle Frage der Wohnungsnot in einer Weise, die die absolute Unfähigkeit des Führers der Freisinnigen Volkspartei verrät, sich von dem vorsündflutlichen Manchestertum, das seine socialpolitischen Anschauungen beherrscht, auch nur um Haaresbreite zu entfernen. Wenn man ein so brennendes Thema, wie die Wohnungsnot, behandelt, sollte man doch mindestens den schüchternen Versuch eines Vorschlags machen, wie der skandalöse Wohnungswucher bekämpft werden könnte. Herr Richter begnügt sich jedoch damit, alle Mittel, die man bis jetzt zu einer Linderung der Wohnungsnot zur Anwendung resp. in Vorschlag gebracht hat, als unwirksam und verkehrt darzustellen. Die vollständige Ratlosigkeit, der absolute Fatalismus, mit der die „Freis. Ztg." der furchtbaren Wohnungskalamität gegenübersteht, hindert das Blatt freilich nicht, nicht nur die bürgerlichen Socialpolitiker, die wenigstens allerhand Palliativmittel in Vorschlag bringen, „dreister Oberflächlichkeit" zu zeihen, sondern auch die Socialdemokratie, die durch Vergesellschaftlichung des Grund und Bodens eine radikale Lösung des Problems erstrebt, im Stile seiner Zukunftsbilder wissenschaftlich zu vernichten.

Herr Richter belehrt uns darüber, daß eine Kommunalisierung des Grundeigentums am letzten Ende auch die Aufhebung der Freizügigkeit bedinge. Denn wenn der socialistische Zukunftsstaat sich für verpflichtet halte, jedem Einwohner eine Wohnung nachzuweisen, so müsse auch von Obrigkeits wegen angeordnet werden, wo jedes Individuum wohne. Für diese verblüffende Entdeckung erspart sich die „Freis. Ztg." jede Begründung, man müßte denn folgende Darlegung dafür nehmen:

„Beim Fortbestand der Freizügigkeit als Grundlage unsres Wirtschaftsleben aber wirkt jede künstliche Verwohlfeilerung der Wohnungen in industriellen Orten zugleich als Prämie auf den Zuzug von außerhalb und die Anlage weiterer industrieller Betriebe. Wir sind ebenso gegen künstliche Prämiierung eines solchen Zuzugs, wie gegen die künstliche Erschwerung durch Einzugsgeld und ähnliches. Die Vermehrung der Bevölkerung durch Zuzug bewirkt eine verstärkte Nachfrage nach Wohnungen und neutralisiert dadurch vollständig die Wirkung eines durch die Kommunen herbeigeführten Angebots von billigeren Wohnungen."

Wie durch den Zuzug neuer Arbeitskräfte bei einer Kommunalisierung des Grund und Bodens die Mietspreise gesteigert werden könnten, ist uns ein Rätsel. Der Wohnungswucher setzt doch gerade das Privateigentum am Boden und das Bauspekulantenunwesen voraus!

Aber auch, wenn unter den heutigen Verhältnissen lediglich durch eine vernünftige kommunale Wohnungspolitik eine Linderung der Wohnungsnot erzielt worden wäre, würde ein Bevölkerungszuwachs doch nur dann die alte Misere wieder herbeiführen, wenn diese kommunale Wohnungspolitik sich in einer einzigen Hilfsaktion erschöpft hätte und sich alsbald für alle Zukunft wieder schlafen legte.

Gegen die Herstellung von Wohnungen in kommunaler Regie wendet sich Herr Richter mit dem Einwand, daß der billige Mietspreis eines Teils der Wohnungen noch keineswegs regulierend auf den Durchschnitts-Mietspreis einwirke. Die Kommune begünstige also nur einen Teil der Mieter und gebe die Mehrzahl nach wie vor dem Wohnungswucher der Hausagrarier preis. Und das Uebel, daß nur ein Teil des Publikums gegen die Ausbeutung der Hausagrarier geschützt werde, erscheint Herrn Richter größer, als der gegenwärtige Zustand, der den Ausgewucherten wenigstens den Trost läßt, daß sie alle über einen Kamm geschoren werden. Alles oder nichts ist seltsamerweise die Parole des wackeren Eugenius. Ebensowenig mag die „Freisinnige Zeitung" von der Gewährung von Darlehen an Baugenossenschaften wissen. Die Baugenossenschaften seien zwar an sich ein vorzügliches Mittel der Selbsthilfe, allein durch eine Subvention gingen sie dieses Charakters verlustig.

So thut das Freisinnsblatt der Reihe nach alle Vorschläge ab, ohne doch selbst den geringsten Vorschlag zu machen, wie das Wohnungselend denn sonst zu bekämpfen wäre. Doch nein: ein Mittel findet auch die Anerkennung des unerbittlichen Eugen. Man verbillige und vermehre die Verkehrsmittel, um die Bevölkerung der großen Städe zu decentralisieren, und der Wohnungsnot wird ein Riegel vorgeschoben sein. Die minder bemittelten Schichten werden dann billige Vorortwohnungen beziehen können. Als ob nicht auch in den Vororten die Wohnungsnot vielfach unerträglich geworden wäre und in dem Maße unerträglicher werden müßte, als die Einwohnerzahl desselben wächst. Gewiß wäre es aus hygienischen und manchen andern Gründen nur zu begrüßen, wenn eine derartige Centralisation einträte, allein eine bloße Verbesserung der Verkehrsmittel böte nichts weniger als einen ausreichenden Schutz gegen den Wohnungswucher. Die Milderung der Kalamität wäre dann nur den Kommunen der Vororte zugeschoben — volà tout!

Herr Richter kann freilich nicht anders, als auch auf diesem Gebiet den Standpunkt des ödesten Manchestertums herauszukehren. Mit der proletarischen Bevölkerung hat sein „Freisinn" so wie so nicht zu rechnen, da gilt es wenigstens, sich des Spießertums, der biederen Zunft der Hausagrarier warmen Herzens anzunehmen. —

Gegen den Brotwucher.

Ueber weitere Brotwucher-Proteste gehen uns folgende Mitteilungen zu:

In **Freiburg** fand am letzten Dienstag, den 17. September, eine stark besuchte Protestversammlung gegen den Brotwucher statt. Nach einstündigem Referat des Gen. Engler wurde eine Protestresolution gegen die Zollpolitik einstimmig angenommen.

*

Eine in **Nürnberg** am 20. September abgehaltene, von mindestens 5000 Personen besuchte Volksversammlung gegen den Zolltarif-Entwurf faßte nach außerordentlich beifällig aufgenommenen Referaten der Landtags-Abgeordneten Dr. Barth-Berlin und Müller-Meiningen einstimmig nachstehende Resolution:

„Die heute von der deutsch-freisinnigen Partei gemeinsam mit der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth des Handelsvertrags-Vereins einberufene, von Tausenden besuchte öffentliche Volksversammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß bei Annahme des kürzlich veröffentlichten Zolltarif-Entwurfs das Zustandekommen neuer wertvoller Handelsverträge unmöglich gemacht wird, und daß dadurch die hochentwickelte Industrie und der blühende Exporthandel der Städte Nürnberg-Fürth im höchsten Grade gefährdet sind. Eine solche Schädigung und die gleichzeitig drohende ungeheuerliche Verteuerung fast aller notwendigen Lebensmittel würde die gesamte Lebenshaltung aller Minderbemittelten herabdrücken und insbesondre die Lebensinteressen von Millionen deutscher Arbeiter auf das empfindlichste treffen. Die Bürgerschaft von Nürnberg-Fürth protestiert deshalb mit aller Entschiedenheit gegen das geplante agrarisch-schutzzöllnerische Attentat und verlangt von der Reichsregierung und der Volksvertretung, daß sie von jeder schutzzöllnerischen Belastung der notwendigen Lebensbedürfnisse Abstand nehmen und alles aufbieten, um das bisher bewährte System der Handelsverträge zu erhalten. —

Gumbinnen.

Zum Gumbinner Mordprozeß wird der „National-Zeitung" geschrieben:

„Die Militärbehörden scheinen wegen der Maßregelung der Gumbinner Unteroffiziere einlenken zu wollen, um den üblen Eindruck ihrer früheren Schritte abzuschwächen. Gerüchtweise verlautet, der Unteroffizier Domning solle in ein andres Regiment vom 1. Oktober 1901 versetzt werden. Mit dem Vice-Wachtmeister Schneider soll weiter kapituliert werden. Wachtmeister Buckpesch soll bei seinem Ausscheiden am 1. Oktober eine Invalidenpension erhalten."

Die civile Kritik scheint danach von der Militärgewalt, die sonst für dergleichen Einflüsse unzugänglich ist, diesmal als berechtigt empfunden zu werden. Eine einfache Korrektur der geschehenen Mißgriffe in diesem Specialfall vermag natürlich die Erregung der Oeffentlichkeit nicht zu beschwichtigen, die durch die krasse Beleuchtung des Systems der Militärgerichtsbarkeit und der unhaltbaren Institution des „Gerichtsherren" hervorgerufen worden ist. —

Kavallerie-Attacken im Krieg und im Manöver. Ueber die Kavallerie-Attacken in dem letzten „Kaiser-Manöver" fällt ein englischer Berichterstatter ein wenig schmeichelhaftes Urteil. So urteilt er unter andern: „Die Kavallerie von Blau hätte bei der Attacke die Pferde schon ermüdet gehabt, ehe sie in den Bereich der ruhig und gedeckt feuernden Gegner gekommen wäre. Danach zu urteilen, würde jeder Boerenführer sämtliche deutschen Kavalleriepferde innerhalb drei Monaten tot gemacht haben. Wenn einer der britischen Generale in Afrika solche Thorheiten begangen hätte, würde ganz Europa sich einen Monat lang krank gelacht haben."

Die „Post" nimmt nun diese Reiterattacken in folgender originellen Weise in Schutz:

„Bei der Kavallerie-Attacke vergißt der Herr nun allerdings, daß der allerhöchste Kriegsherr der deutschen Armee gelegentlich solche Attacken reiten läßt, lediglich, um den Reitergeist seiner Kavallerie zu erproben und zu beleben. Die Führer werden bei solchen Gelegenheiten nicht darüber im unklaren gelassen, welchem Zwecke die vielleicht als Mittel zur Erreichung des Sieges unbrauchbare Attacke eigentlich gedient hat. Aber gerade von diesem Reitergeist, der alles wagt und nichts scheut, auch das scheinbar Tolle und Unmögliche nicht, hat man im britischen Heere in Südafrika nichts vernommen. Dem großartigen Patrouillenritt des Grafen v. Zeppelin zu Beginn des deutsch-französischen Krieges weit in den Rücken der feindlichen Armee hinein hat die britische Reiterei aus ihren südafrikanischen Erlebnissen nichts an die Seite zu stellen."

Wäre es nicht doch vielleicht vernünftiger, statt derartiger im Ernstfall unsinniger Attacken die Kavallerie an die Lösung möglicher Aufgaben zu gewöhnen? Namentlich da es uns völlig schleierhaft ist, inwiefern derartige unblutige Manöverattacken geeignet sein sollten, „den Reitergeist der Kavallerie zu erproben." Gegen Platzpatronenfeuer anzureiten, stählt schwerlich die Nerven, eine ernsthafte Probe auf den „Reitergeist" würde doch ein wenig zu gewagt sein. —

Ein Chinakrieger, der Kanonier Friedrich Domke von der zweiten Batterie des Ostasiatischen schweren Feldhaubitzen-Regiments, wurde am Sonnabend in Berlin vom Kriegsgericht der ersten Garde-Infanterie-Division wegen Vergewaltigung eines zwölfjährigen Mädchens zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeschuldigte beruhigte sich bei diesem Urteil, obwohl er ganz entschieden in Abrede stellte, die ihm zur Last gelegte That in der Nacht zum 23. August in dem kleinen Tiergarten begangen zu haben. Das Gericht billigte mildernde Umstände zu, weil es dem ihn belastenden Mädchen Neigung zum Herumtreiben beimaß. Der Verurteilte ist in China wegen Diebstahls vorbestraft worden.

Der Mann kann jetzt auch Hunnenbriefe aus Berlin schreiben. —

Revision des Börsengesetzes. Aus den Verhandlungen der Börsenkonferenz erfährt die „Voss. Ztg.": Die Hauptdebatte drehte sich um die Frage des Börsenvereinsregisters (hier wurden die Erweiterung, andrerseits Beschränkung bezw. Beseitigung desselben befürwortet), die Deklaration des § 50 des Börsengesetzes in seiner Rechtswirksamkeit (die Unklagbarkeit des Geschäfts wurde erörtert und die Frage aufgeworfen, was sich der Reichstag bei Beratung und Beschlußfassung gedacht habe), die Frage der Rückforderung der Depots (hier wurde die Revision des Bürgerlichen Gesetzbuches hinsichtlich des § 762 verlangt, von andrer Seite jedoch als unzeitgemäß zurückgewiesen), sowie die Sicherstellung der Produktenbörse in ihren Transaktionen (man fordert für die Effektenbörse dasselbe wie für die Produktenbörse.) Minister Möller erklärte, daß die Abstimmung über die gestellten zahlreichen Anträge nicht ratsam sei. Einzelne Reichstags-Abgeordnete behielten sich ihre Stellungnahme zu den Anträgen mit Rücksicht auf ihre Stellung in den Fraktionen vor und wollten sich zur Zeit nicht binden. Zum Schlusse der Verhandlungen gab Geh. Regierungsrat Wendelstadt aus dem Handelsministerium ein Resumé derselben, betonte, daß er nur die Sentiments der Versammlung zum Ausdruck bringe, und wies darauf hin, daß dieselben zum Teil sehr abschwächender Art, zum Teil nahezu übereinstimmend waren, und die Konferenz bei dem Stimmenverhältnis der Freunde der Radikalreform des Börsengesetzes und der Anhänger dieses Gesetzes nicht zur Abstimmung schreiten könne. Die Unterkommission wird am Freitag, 27. d. Mts., zusammentreten und das Resumé feststellen. —

Die Oeffentlichkeit der Militärgerichte. Wie es mit dem Verfahren der Oeffentlichkeit der Militärgerichte bestellt ist, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Ober-Kriegsgericht des VI. Armeecorps in Breslau am Freitag. Unser Korrespondent konnte aus den Worten des Vorsitzenden, Oberst v. Kropf, nur entnehmen, daß der Angeklagte, Lieutenant Rudolf Störich vom Infanterie-Regiment 63 in Oppeln der Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt sei. Gleich nach Verlesung des Richterpersonals beantragte der Vertreter der Anklage, Referendar Elbs, Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der militärdienstlichen Interessen. Das Ober-Kriegsgericht beschloß demgemäß, weil eine öffentliche Behandlung die dienstlichen Interessen gefährden könnte. Die Vertreter der Presse mußten infolge dieses Beschlusses den Saal verlassen. Bei der Urteilsverkündigung wurde die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Das Urteil lautete: Die Berufung des Angeklagten und des Gerichtsherrn gegen das kriegsgerichtliche Urteil vom 14. August wird verworfen; die des Angeklagten, weil sie nicht in der vorgeschriebenen Frist von 7 Tagen eingelegt, die des Gerichtsherrn, weil sie nicht durch einen Militär-Justizbeamten zu den Akten beurkundet ist. Was der Herr Lieutenant sich hatte zu Schulden kommen lassen, wird also geheim gehalten, ebenso ging aus dem öffentlichen Teil der Verhandlung nicht hervor, welche Strafe der Lieutenant für die Mißhandlung eines Untergebenen erhielt. —

Soldatenmißhandlung. Ein gar liebliches Bild aus dem Leben eines Vaterlands-Verteidigers enthüllte eine Ober-Kriegsgerichtsverhandlung am Freitag in Breslau. Der Unteroffizier Reinhold Martinell vom zweiten Schlesischen Husaren-Regiment Nr. 6 in Leobschütz war der Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt. Wegen dieses Deliktes war der Angeklagte am 15. August vom Kriegsgericht der 12. Division zu Neisse zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Während die erste Instanz eine fortgesetzte Mißhandlung annahm, sah der Gerichtsherr zwei einzelne Handlungen und wollte diese mit Gefängnis bestraft wissen. Die Verhandlung vor dem Ober-Kriegsgericht ergab folgenden Thatbestand: Am 30. Mai nachmittags befand sich der Angeklagte im Stall und sah bei einem sein Sattelzeug putzenden Husaren, daß am Zaumzeug die Kinnkette fehle. Er stellte ihn zur Rede. Als der Mann nicht schnell genug antwortete, gab ihm der Soldatenpädagoge in roher Weise einen Stoß ins Genick, daß der Husar hinfiel. Da schrie ein Unteroffizier dem Soldatenschinder zu, der Husar verstelle sich nur. Nun befahl der Angeklagte dem Gemißhandelten, zu traben, und um ihn dazu zu ermuntern, versetzte er ihm mit einem in einer abgebrochenen Lanze steckenden Besen einen Schlag vor die Brust. Der Husar **brach bewußtlos zusammen,** er konnte nicht sprechen, Schaum trat aus dem Munde, er bekam Krämpfe, mußte fortgetragen und ins Lazarett aufgenommen werden, wo er 14 Tage an **Herz- und Gehirnerschütterung** behandelt ward. An der Brust hatte er infolge des Stoßes mit der Lanze eine 3 Centimeter lange und 1½ Centimeter breite Wunde. Der Staatsanwalt beantragt das Strafmaß der ersten Instanz, der Verteidiger milde Bestrafung. Das Ober-Kriegsgericht verwarf die Berufung des Gerichtsherrn, es nahm nur eine fortgesetzte Mißhandlung an und bestätigte das Urteil des Kriegsgerichts: 6 Wochen Mittelarrest. —

Eine Kolonialaktion großen Stils scheint sich trotz aller Beschwichtigungsversuche im Hinterland von Kamerun vorzubereiten. Am Tschadsee hat sich bereits England, das zu diesem Zweck 2500 Mann auf die Beine gebracht hat, festzusetzen versucht und unsre Kolonialfexen agitieren nun für einen mit ähnlichen

Mitteln zu unternehmenden „Erschließungsversuch" des angrenzenden deutschen Hinterlandes von Kamerun. Man macht der deutschen Kolonialverwaltung bereits Vorwürfe, daß es England den ersten Schritt hat thun lassen. Das ist nun nicht mehr zu ändern, Deutschland solle nun aber wenigstens ebenso energisch zugreifen.

In der soeben erschienenen Nummer des „D. Kolonialblattes" hebt Konsul Vohsen hervor, nachdem Barth und Overweg das Adamawaland zuerst erforscht hatten, wäre es Pflicht der Deutschen gewesen, als die Ersten dort kolonisatorisch vorzugehen, anstatt den Franzosen und Briten den Vorrang zu lassen.

„Dort, zwischen Benuë und Tschad ist die Stätte, wo deutsche Verwaltung und deutscher Unternehmungsgeist ihren Einzug halten müssen, und es ist von unsrer Regierung zu erwarten, daß der Expedition des Lieutenants Dominik die Begründung einer deutschen Station in Garua auf dem Fuße folgt, und somit thatsächlichen Besitzergreifung Englands und Frankreich im Westen und Osten unseres Schutzgebietes die deutsche sich anschließt. Geht dann endlich auch die lang geplante deutsche Expedition den der Niger-Benuë stromaufwärts, und schließt sich der Begründung einer deutschen Station in Garua die deutsche Handelsthätigkeit an, so wird die Prophezeiung Barths nach einem halben Jahrhundert sich endlich verwirklichen, durch das kraftvolle Einsetzen von drei großen nordischen Nationen, Deutschlands, Englands und Frankreichs, zur Erschließung Centralafrikas an den Ufern des Tschads, des Niger-Benuës und Scharis, auf einem Arbeitsfeld, das vor ihm der Mythe angehörte. Es ist eine großartige, des neuen Jahrhunderts würdige Aufgabe, die den Nationen dort gestellt ist, die seit Jahrtausenden schlummernden Naturkräfte für die Allgemeinheit (!) zu erwecken und nutzbar zu machen, die latenten Menschenkräfte aus dem Bann der Sklaverei zu befreien (!) und die dortigen Völker zu Mitkämpfern für die großen Menschheitsaufgaben (!) zu erziehen. Ein freundnachbarliches Verhältnis der drei Nationen muß die Gewähr dafür bieten, daß das hohe Ziel auch gemeinsam verfolgt und erreicht wird und nicht an den Intriguen der früheren einheimischen Machthaber zwischen den interessierten Staaten scheitert."

Die Heranziehung der innerafrikanischen Völkerschaft „für die großen Menschheitsaufgaben" würde natürlich im Stile des Kongostaates und nach dem Kulturrecht der Leist, Wehlan, Flaschen-Schröder, Arenberg und Konsorten erfolgen. Und für diese koloniale Kulturarbeit wären jährlich so und so viel Millionen mehr in den Kolonialetat einzustellen! —

Ein Bekenntnis aus agrarischem Munde. Das Centrum sucht die katholischen Arbeiter außer mit der nebelhaften Witwen- und Waisenversorgung auch mit dem Hinweis zu ködern, daß durch einen erhöhten Zoll mit den Getreidepreisen die Löhne der Landarbeiter steigen würden. Daß das Schwindel ist, weiß der simpelste organisierte Arbeiter. Das Unternehmertum mag noch so hohe Gewinne einheimsen — es fällt ihm nie und nimmer ein, den Lohn freiwillig auch nur um einen Pfennig zu erhöhen. Und die begehrlichen Agrarier würden das erst recht nicht thun. Ueberdies können sich die landwirtschaftlichen Arbeiter infolge der Gesinde-Ordnung nicht mal einen höheren Lohn erringen. Zu allem Ueberfluß hat kürzlich in einer Versammlung in Bonn der ultramontan-agrarische Wortführer, Gutspächter Bitzer, öffentlich zugestanden: Die Landwirte zahlen aus gutem Herzen nicht einen Pfennig höheren Lohn; das thut niemand; jeder nimmt das billigste, was sich ihm bietet! — Dieses Eingeständnis verdient registriert zu werden. —

Christliche Arbeiter und Lebensmittel-Zollwucher. Ueber die Versammlung der Kölner Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes, aus der die „Kölnische Volkszeitung" so viel Wesens machte, wird uns aus Köln noch geschrieben: Es hat sich nachträglich herausgestellt, daß die Versammlung nur von 35 bis 40 Personen besucht war, und von diesen waren nur 15 stimmberechtigte Mitglieder der Kölner Ortsgruppe. In der Centrumspresse werden natürlich die schönsten Lügenberichte über die Versammlung verbreitet. So schreibt eins der dem Zeitungskaplan Dasbach gehörenden Blätter: der Kölner christliche Metallarbeiterverband habe nach einem Vortrage, der sich für die Notwendigkeit der Getreidezölle aussprach, „eine diesbezügliche Resolution" angenommen. Das ist vollständig falsch. Auch die „Kölnische Volkszeitung" stellt in ihrem Leitartikel das Wesen der Versammlung durchaus verkehrt dar. Sie schreibt beispielsweise: „Allerdings sind in der Kölner Versammlung auch (!) Gegner der Getreidezölle überhaupt aufgetreten." Dieses „auch" muß auf den Wissenden belustigend wirken. In Wirklichkeit hat sich außer dem Hauptredner, einem völlig kenntnislosen jungen Manne, nur noch ein Redner direkt für den Zoll ausgesprochen; zwei enthielten sich der Stellungnahme und meinten, man möge diese Streitfrage nicht in die christliche Gewerkschaftsbewegung hineintragen. Die übrigen sieben Redner aber äußerten sich gegen die Zollerhöhungen. Ueber die Zollfrage hat die Versammlung überhaupt nicht abgestimmt; sondern sie hat nur erklärt, daß der Verbandsvorsitzende Wieber, der auch Redacteur des „Christlichen Metallarbeiter" ist, sich nicht mehr im Verbandsorgan gegen den Zoll äußern möge. Dieser Beschluß kam mit acht gegen sieben Stimmen zu stande. Die zollfeindliche Minderheit bestand aus gesetzten Leuten, Familienvätern, die täglich des Lebens Not ins Auge blicken; die „Mehrheit" aber aus Gesellenvereinsjünglingen, deren Lippen kaum ein wenig Flaum zierte. Uebrigens sei noch festgestellt, daß die Centrumspresse die Protestversammlung in Mülheim a. Rh., wo der christliche Gewerkschafter Gödde sich so entschieden gegen den Brotwucher aussprach, vollständig totgeschwiegen hat.

Sächsische Landtagswahlen.

Am 25., 26. und 27. September finden in Sachsen die Wahlmänner-Wahlen für den Landtag statt. Die 31 jetzt frei werdenden Mandate waren von 15 Konservativen, 9 Nationalliberalen, 4 Socialdemokraten und 3 Fortschrittlern besetzt; jetzt sind für diese 31 Mandate 22 Socialdemokraten, 21 Konservative, 10 Nationalliberale, 2 Anhänger der freisinnigen Volkspartei und 1 sog. Kammerfortschrittler in den Wahlkampf eingetreten und haben sich als Kandidaten aufstellen lassen.

Die socialdemokratischen Kandidaturen haben bekanntlich bei dem sächsischen Dreiklassen-Wahlsystem kaum irgend welche Aussicht auf Mandatserfolg. Es sind Protestkandidaturen. Der angestrebte Erfolg für unsre Partei beruht darin: zu erweisen, daß die Abgeordneten **nicht die Vertreter des Volks**, dessen Massen in der dritten Wählerklasse stecken, sondern **nur Vertreter der Wohlhabenden und Reichen und Ausbeuter** sind, die in der ersten und zweiten Klasse wählen.

Wir hoffen, daß es unsren sächsischen Genossen gelingen wird, in einer großen Zahl von Wahlkreisen diesen moralischen Triumph über die Parteien der Wahlentrechtung zu erringen. Unsre Genossen kämpfen einen schweren Kampf, — möge Erfolg sie belohnen! —

*

Aus Sachsen wird uns über den unwürdigen Niedergang des Nationalliberalismus noch geschrieben:

Handlanger der Reaktion.

Die traurigste Rolle bei den sächsischen Landtagswahlen spielen die Nationalliberalen. Wenn die Konservativen für ihre reaktionären Pläne eines Vorspanns bedurften, fanden sie bei den Nationalliberalen bewegliches Entgegenkommen. Die muckerischen Einwände gegen die Hebung des Volksschulwesens wurden in der zweiten Kammer von dem nationalliberalen Bethbruder Niethammer mit demselben Elan erhoben, wie von dem verknöcherten Prof. Straumer oder andern Konservativen. Und die Lobpreisung der bekannten Nadelstichpolitik der Regierung und Behörden gegen die Socialdemokratie verstand der Nationalliberale Georgi mindestens eben so gut bei den zuhörenden Ministern anzubringen, wie der streberische Konservative Mehnert.

All ihre süßlichen, widerlichen Anbiedereien aber wurden in Schatten gestellt durch die von ihnen echt jesuitisch mitbetriebene Wahlentrechtung. Herrschten bei dem ersten Vorstoß der Konservativen gegen das Wahlrecht angeblich in der nationalliberalen Fraktion schwere Bedenken gegen diese Volksentrechtung, so war in den entscheidenden Momenten nicht das mindeste davon in den Kammerverhandlungen zu spüren. Ja, der einzige nationalliberale Abg. Preibisch, der gegen diesen Rechtsraub sich kehrte, wurde von seinen Fraktionsgenossen förmlich verfemt. Und nur schwer konnten diese heuchlerischen Geschäftspolitiker ihre Freude an dem Gelingen dieses Attentats verbergen, wenn sie auch feig und scheu eine offene Aufmunterung der konservativen Reaktionäre vermieden.

Warum sollten sie sich auch gegen diesen Anschlag wenden? Hatten denn nicht die in der nationalliberalen Partei tonangebenden Leipziger bereits früher für die Stadtvertretung Leipzigs das Dreiklassenwahl-System aus Furcht vor der Socialdemokratie eingeführt? Und stammte nicht die einzige Petition, die dem Landtag zur Einführung des „elendesten aller Wahlsysteme" riet, von ihrem würdigen Gesinnungsgenossen, dem Stadtrat Ludwig Wolf in Leipzig? Das schlechte Gewissen hieß sie also schweigen.

Heimlich gaben sie sich aber dabei der Hoffnung hin, die Mandate der socialdemokratischen Abgeordneten später für sich einzuheimsen und dann als ebenbürtige Partei mit ihren konservativen Kartellgenossen im Landtage sich in die Herrschaft teilen zu können. Darin haben sie sich schmählich verrechnet, denn ihre Kartellbrüder handeln nach der Bismarckschen Methode — sie drücken die Nationalliberalen bei den Wahlen an die Wand, bis sie quietschen. Aber diese quietschen nicht einmal, sondern lassen sich hundedemütig ein Mandat nach dem andern abnehmen.

Was haben denn auch Nationalliberale noch für Ansprüche auf eine besondere Vertretung im Landtage? Wenn eine Partei, so hat sich die ihrige überlebt, das mag wohl Miquel gespürt haben. Höchstens in Leipzig spielt der verlotterte Ueberrest der ehemaligen großen Partei noch eine Rolle, die aber der reaktionären konservativen Wirtschaft gleichkommt. Es sind nur mehr streberische Aspiranten, die mit der Unterstützung der Vertreter des mobilen Kapitals sich in die Höhe bringen wollen. Ihre Zahl wird aber immer kleiner und die Zeit ist sicher nicht mehr fern, wo von einem Auftreten der Nationalliberalen in Sachsen keine Rede mehr sein wird. Sie verhalten sich in der Wahlbewegung sehr still, sie mögen wohl nichts Gutes ahnen.

Vom Dreiklassenwahlrecht erhofften sie eine Auffrischung ihrer Partei, nun sehen sie als betrogene Betrüger auch diese Hoffnung schwinden. Von Achtung des Volkes gegenüber diesen Handlangern der Reaktion ist nicht eine Spur zu finden. Mögen sie bald den verdienten Gnadenstoß erhalten, damit wir diese volksverräterische Sorte Liberaler aus der Liste der Parteien streichen können. —

An der Grenze zweier christlicher „Kulturstaaten". Aus Saales, einem Grenzorte in den unterelsässischen Vogesen, berichtet die gouvernementale „Straßburger Post" vom 16. September das skandalöse Vorkommnis:

In den Vormittagsstunden des letzten Montag geleitete der deutsche Gendarmerieposten von St. Blaise eine aus sechs Köpfen bestehende Zigeunerfamilie an die französische Grenze bei Saales, um sie nach Frankreich abzuschieben. Die braunen Erdenbürger hatten, von Frankreich kommend, in der Umgebung von Saarburg unbemerkt das deutsche Gebiet betreten, wurden aber bald von der deutschen Polizei aufgegriffen und wieder an die nächste Grenze geschafft. Doch auch jenseits des Grenzpfahls wacht das Auge des Gesetzes; die französische Gendarmerie brachte die Gesellschaft schleunigst wieder zur Grenze zurück. Da nun keines der beiden Länder die Familie aufnehmen wollte, wurde der Wagen an der Straße von Saales nach La Grandfosse so über einen Grenzstein gestellt, daß das eine Rad auf deutschem, das andre auf französischem Gebiete stand. So saß denn die internationale Familie zwischen zwei Reichen, sich einstweilen still vergnügt des Daseins freuend; denn in der Hoffnung auf die Rückerstattung der Kosten durch den Bezirk versorgte die Gemeindeverwaltung Saales dieselbe mit dem nötigen Lebensunterhalt. Dem alten stockblinden Schimmel wurde die Freiheit belassen, er weidete bald diesseits, bald jenseits der Grenzlinie. Um das Eindringen der Nomadenhorde in das eine oder das andre Land zu verhüten, sah man auf französischer Seite gewöhnlich einen Gendarmen und zwei Grenzaufseher, auf deutscher Seite zwei Wächter und von Zeit zu Zeit die Gendarmen von Saales. Käppi und Helm standen oft nahe beisammen; denn durch die beiderseitigen Gendarmen wurden in den ersten Tagen die Unterhandlungen der Behörden vermittelt. Bis heute haben dieselben jedoch zu keinem Resultat geführt. Die Präfektur von Epinal verweigert die Annahme aus dem Grunde, weil die Familie nicht aus ihrem Bezirk, sondern aus dem Departement Meurthe-et-Moselle ausgewandert sei. Seit Dienstag ist die Familie in keiner beneidenswerten Lage. Der unaufhörlich dichte Regen dringt durch die Wagendecke, sodaß die Insassen pudelnaß sind. Am meisten bedauernswert waren zwei Kinder von etwa 6 und 8 Jahren, die dünne Kleidung gewährt keinen Schutz mehr. Die deutschen Gendarmen machten ihren französischen Kollegen den Vorschlag, den drei weiblichen Insassen des Wagens den Eintritt in die nahegelegene Farm Hong zu gestatten, woraufhin die drei männlichen Mitglieder der Familie in das Ortsgewahrsam in Saales verbracht worden wären. Allein die französischen Gendarmen erklärten sich zu einem solchen Schritte nicht ermächtigt. Heute nachmittag erbarmte sich die deutsche Verwaltung sämtlicher Wagen-Insassen und verbrachte sie nach Saales in einen trockenen, geheizten Raum, bis der Himmel wieder ein heiteres Aussehen haben oder die Angelegenheit zum endgültigen Austrag gekommen sein werde.

Es ist doch etwas Herrliches um die christliche Moral unsrer „Besten aller Welten", in der man die ärmsten und hilfsbedürftigsten unter den „Ebenbildern Gottes" wie Aussätzige von sich stößt und selbst Kinder im zartesten Alter auf dem Zwangsweg den schlimmsten Witterungsunbilden aussetzt! —

Ausland.

Frankreich.

Paris, 21. September. Dem „Siècle" wird aus London gemeldet: In amtlichen Kreisen eingelaufene Telegramme aus Konstantinopel, sowie Nachrichten aus dem Kabinett berichten, daß, wenn die Türkei bis Ende dieses Monats nicht sämtliche Angelegenheiten mit Frankreich geregelt habe, Frankreich energische Maßregeln ergreifen werde. Die Telegramme aus Paris besagen, Graf Lambsdorff habe Delcassé versichert, Frankreich könne bei einem eventuellen energischen Vorgehen gegen die Türkei auf die Unterstützung Rußlands rechnen. —

Rußland.

Aus dem Lande des Friedenszaren. Ueber ein neues Opfer des Zarismus ist uns Mitteilung zugegangen. Vor 16 Monaten wurde der Student Koltonowsky aus einem geringfügigen Anlaß verhaftet. Als nach Verlauf von einer halbjährigen Einzelhaft seine Nerven außerordentlich angegriffen waren, was zum Teil auch durch die schlechte Gefängniskost verursacht war, wurde er nach der Gefängnisabteilung der Irrenanstalt des St. Nikolaus übergeführt. Dort entwickelte sich bei ihm die Schwindsucht. Trotzdem ließ die Regierung ihr Opfer nicht los. Die Eltern des Unglücklichen, von seinen Kameraden benachrichtigt, reisten aus Barnaul (in Sibirien) nach Petersburg, jedoch ihr Flehen half nichts, die Gendarmen erklärten, die Voruntersuchung gegen ihren Sohn sei noch nicht abgeschlossen, erst nach 3—4 Wochen würde er entlassen werden. Aber die Krankheit wartete nicht und Koltonowsky starb, kurz bevor er aus dem Gefängnis entlassen werden sollte.

Am 7. September ist im Gefängnis von Kiew ein neuer Hungerstreik der politischen Gefangenen nach einer Dauer von neun bis zehn Tagen beendigt worden. Wie bekannt, kämpfen die politischen Gefangenen in Rußland gegen allzu unerträgliche Mißstände im Gefängnis- und Voruntersuchungswesen durch gemeinsam verabredete Verweigerung der Annahme von Nahrung. Die geheime Unterstützungskasse für aus politischen Gründen Verfolgte in Kiew wendet sich an die Gesellschaft mit dem folgenden Appell: „Die durch lange Gefängnishaft und Verhöre gequälten Inhaftierten leiden noch jetzt unter den Folgen des Hungerns, dem sie sich ausgesetzt haben. . . . Die Pflicht der Gesellschaft ist, ihnen zu Hilfe zu kommen, da Geldunterstützung für sie zugleich eine moralische Unterstützung ist."

In Odessa sind vor 14 Tagen aus politischen Gründen gegen 120 Personen, zumeist Arbeiter, verhaftet worden. Zahlreiche Verhaftungen haben auch in Nikolajew stattgefunden. —

Amerika.

Zum Prozeß Czolgosz. Ein Blatt läßt sich aus New York melden: Nach Auffassung der anarchistischen Presse werde den dem Czolgosz zu stellende Verteidiger gegen die Anklage auf Mord Einspruch erheben, da nach dem ärztlichen Befund Mc Kinley nicht an der ihm beigebrachten Verwundung, sondern an Nikotin-Vergiftung gestorben sei. Lunge, Herz und Magen hätten bereits infolge der Nikotin-Vergiftung in ganz anormaler Weise funktioniert und die dem Präsidenten beigebrachte Wunde habe den sicheren Tod nur beschleunigt. Deshalb könne gegen den anarchistischen Attentäter nur die Anklage wegen schwerer Körperverletzung erhoben werden.

Das New Yorker „Medical Journal" sagt, daß obwohl die Operation McKinleys und die nachherige Behandlung in strenger Uebereinstimmung mit der besten Praxis standen, die Aerzte sich insofern geirrt hätten, als sie angesichts der unheilvollen Bedeutung des hohen Pulses und der beschleunigten Atmung immer noch an ihrer hoffnungsvollen Auffassung des Zustandes des Präsidenten festhielten.

Der „Medical Record" sagt, die Operation verdiene Lob bis zu einem gewissen Grade, später aber sei über den Zustand des Präsidenten zu viel gemutmaßt worden. Das Blatt tadelt, daß die Aerzte unterließen, durch Anwendung von Röntgenstrahlen den Sitz der Kugel festzustellen. Es habe thatsächlich den Anschein, als ob sie es für besser gehalten hätten, zu vermuten anstatt sich zu vergewissern. Der Verfasser fragt, welche Erklärung geboten werde für die Thatsache, daß die Kugel selbst nicht bei der Autopsie der Leiche gefunden worden sei.

Die demokratische „gelbe" (Sensations-) Presse kriegt übrigens auch etwas ab, indem ihr vorgeworfen wird, daß sie durch ihre „blutigen" Witze über Mc Kinley und sonstige Leuchten der republikanischen Partei gegen dieselben „gehetzt" habe. Dies bezieht sich besonders auf das hiesige „Journal", welches auf seiner „humoristischen" Seite fast täglich illustrierte Satiren über „Willy, seinen Papa (Trust-Personifikation), seine Wärterin (Mark Hanna) und sein Brüderchen Teddy" (Vicepräsident Roosevelt) brachte. Diese sind jetzt natürlich eingestellt und das Blatt bringt nun den blödsinnigsten Tratsch über die „bösen Anarchisten". So schildert einer der Mitarbeiter, wie die anarchistischen Attentäter sorgfältig ausgewählt, monatelang „trainiert" und den schwersten Proben unterworfen werden, um sie auf ihre Nervenfestigkeit hin zu prüfen. —

Partei-Nachrichten.

Zur Frage der Budgetbewilligung. Im socialdemokratischen Verein in Mannheim verhandelte man über die Stellung der badischen Landtagsfraktion zur Budgetbewilligung. Nach einem Referat Katzensteins wurde die folgende, vom Referenten vorgeschlagene Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„I. Die Budgetabstimmung ist der Prüfstein für die grundsätzliche Stellung der Parteien zu dem herrschenden Staats- und Gesellschaftssystem. Da die Socialdemokratie als revolutionäre Partei die kapitalistische Gesellschaft und den bürgerlichen Staat grundsätzlich bekämpft, so beschließt der Parteitag:

Die socialdemokratischen Fraktionen der Parlamente deutscher Staaten sind verpflichtet, das Budget zu verweigern.

Eine andere Stellung kann zulässig sein in Ausnahmefällen, in denen die Ablehnung eines bestimmten Budgets die Annahme eines noch ungünstigeren herbeiführen würde.

II. Die Mitglieder der socialdemokratischen Fraktionen haben sich der Teilnahme an höfischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten."

Zur Angelegenheit der Accordmaurer faßte der socialdemokratische Verein in Kiel folgenden einstimmigen Beschluß: „Die heute, am 19. September, im „Elysium" tagende Versammlung des Socialdemokratischen Vereins von Kiel erklärt den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer für einen verfehlten und erwartet von dem Parteitage in Lübeck, daß im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung der Schiedsspruch aufgehoben wird. Die Versammlung erwartet von dem Parteitag, daß der § 2 des Organisationsstatuts in dem Sinne geändert wird, den Ausschluß von Genossen aus der Partei-Organisaton den einzelnen örtlichen Verwaltungen zu überlassen."

Eine Berichtigung zu dem Bericht über den Parteitag Westpreußen in Nr. 218 des „Vorwärts" erhalten wir heut auch vom Genossen Schwarz-Hamburg. Darin erklärt er, daß sein Antrag, die Vertretung der Provinz auf dem Parteitage in Lübeck dem Genossen Stamming zu übertragen, völlig lauteren Motiven ohne jegliche Nebenabsicht entsprungen und besonders von der Erwägung ausgegangen sei, der Provinz die Kosten zu ersparen.

Die Protestversammlung der Socialdemokratischen Föderation gegen die Entscheide der Lords fand Mittwochabend in der Memorial Hall in London statt und war von den englischen Arbeitern Londons stark besucht. Die Redner waren: H. Quelch, Redacteur der „Justice"; W. C. Steadman, Mitglied des Londoner Grafschaftsrates und des Parlamentarischen Komitees; J. Macdonald, Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrates; W. Thorne, Sekretär der Gas- und allgemeinen Arbeiter; A. F. Holmes, Mitglied der Londoner Buchdrucker; Nabey, Vertreter der Postbeamten; Mrs. Despard, eine Schwester des südafrikanischen Reitergenerals French.

Pete Curran, Georg Barnes, Frederic Harrison, Dr. Clifford, W. Coffey (Sekretär der Buchbinder) 2c., die der Versammlung nicht beiwohnen konnten, drückten brieflich ihre Sympathien aus. Curran schrieb: „Die Delegierten des Kongresses schienen keinen richtigen Begriff von der Sachlage gehabt zu haben." In ähnlichem Sinne schrieben Barnes und Coffey. Harrison glaubt, die Gewerkschaften seien der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt; der Geistliche Cr. Clifford betrachtet die Entscheidungen als Siege des Kapitalismus.

Nach einer Einleitung von Quelch stellte Steadman folgenden Antrag: „Die Versammlung betrachtet die Lage, die durch die Entscheide der Lords in Sachen der Taff-Thalbahn und Quinn gegen Leatham geschaffen wurde, als eine gefahrdrohende; sie betrachtet diese Entscheide als einen Schlag gegen das Vereinigungsrecht, das die Arbeiter seit dreißig Jahren besessen haben. Die Entscheide sind darauf gerichtet, die wichtigste Grundlage der Gewerkschaften zu untergraben und der Arbeiterklasse die wirksamste Waffe zu nehmen, die sie in ihrem Kampfe für wirtschaftliche und sociale Verbesserungen gebrauchen konnte." Steadman sprach als strikter Gewerkschafter, der Glauben in seine Organisation hat. Der Trades-Unionismus, der in den letzten Jahren ungeheure Opfer gebracht habe, werde auch den neuen Schlag überleben. Nur müsse er zur politischen Aktion greifen. Vom jetzigen Parlament sei nichts zu erwarten. Und vom nächsten? Das hänge von den Arbeitern ab. Sie müssen einsehen, daß es unlogisch sei, einen Ar-

beiter zum Kongreß zu schicken und einen Unternehmer ins Parlament. Er wünsche ein Zusammengehen mit den Socialdemokraten und würde für socialdemokratische Kandidaten stimmen, nur müßten die Socialisten wiederum für Arbeiterkandidaten stimmen, auch wenn diese dem socialdemokratischen Programm nicht folgen könnten. Wenn es zu wirklichen Verhandlungen zwischen socialistischen und gewerkschaftlichen Körperschaften kommen sollte, so würde er vorschlagen, daß die Kandidaten sich auf die Trades-Unions-Beschlüsse verpflichteten. „Schließen wir unsre Reihen, treten wir stets für die Interessen der Arbeiter ein, heute, morgen und immerdar, und bei den nächsten Wahlen werden wir das ganze Land stürmen."

Holmes unterstützte den Antrag. „Ich bin Gewerkschafter und Socialdemokrat. Hätten die Gewerkschaften dem Rate meiner Genossen gefolgt, so wären die Entscheide der Lords jetzt unmöglich gewesen. Parlamentarische Arbeitervertreter genügen nicht. Sie müssen ein bestimmtes Programm haben."

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

W. Thorne stellte folgenden Antrag: „Die Versammlung betrachtet die Entscheide der Lords als die Ausdrücke der allgemeinen Reaktion, die die herrschenden Klassen Englands leitet. Sie fordert die gewerkschaftlichen Arbeiter auf, sich als eine klar begrenzte, klassenbewußte politische Partei zu organisieren, um die politische Gewalt zu erlangen und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel herbeizuführen." Thorne sagte: „Die Beschlüsse des Trades-Unions-Kongresses betreffend die Entscheide sind ganz ungenügend. Ich halte die Sicherstellung unsrer Fonds durch Anlagen im Auslande für eine Feigheit. Socialisten und ehrliche Arbeiter ins Parlament schicken, ist die einzig richtige Antwort an die Lords."

Macdonald unterstützte den Antrag in einer längeren Rede. „Unsre Gewerkschaften sind „respektabel" geworden. Sie lesen und denken nicht. Und wenn sie lesen, so ist es die Jingo-Presse: „Daily Mail" und „Daily Expreß". Ihre freie Zeit wird ausgefüllt mit Wetten und Spekulationen über Pferderennen und Spiele wie Cricket und Football. Die herrschenden Klassen Englands haben unter diesen Umständen gar keine Ursache, von Arbeiterwünschen Notiz zu nehmen. Unsre Arbeiter wünschen überhaupt nichts. Aber die Zeit kommt, wo sie aus ihrem Schlafe gerissen werden. Auswärtige Konkurrenz, Trusts, die kommende Krisis und die Folgen des südafrikanischen Krieges werden sie denken lehren."

Nabey ergriff sodann das Wort im Namen von 40 000 Postbeamten. „Ich komme hier als Gewerkschafter, Steadman zu unterstützen, der uns in der letzten Legislaturperiode im Parlament große Dienste geleistet hat. Aber ich erscheine hier auch als Socialdemokrat. Unsre Regierung, die nach Südafrika ging, um Ausländern Bürgerrechte zu verschaffen, hat zwei unsrer besten Genossen gemaßregelt, da sie ihre Rechte als Bürger ausübten und das Vereinigungsrecht in Anspruch nahmen. Es ist unsre teuer erkaufte Erfahrung, daß Trades-Unionismus ohne Socialismus ein Körper ohne Seele ist."

Zum Schluß sprach Mrs. Despard: „Ich bin seit vielen Jahren eine eifrige Anhängerin des Trades-Unionismus und Leserin seiner großen Geschichte. Wir wären Verräter an der Arbeitersache, wenn wir den Entscheid der Lords ruhig annähmen. Gedenkt Eurer Vorfahren, die zusammen kämpften und litten für die Rechte, die Ihr bis jetzt hattet. Seid Ihrer nicht unwürdig. Aber gedenkt auch, daß Trades-Unionismus nicht das Ziel, sondern ein Mittel zum Ziele ist, wie die Vorredner schon ausgeführt haben."

Der socialistische Antrag wurde sodann einstimmig angenommen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung eines Rechtsanwalts wurde der Redacteur des „Sächsischen Volksblattes", Genosse R. Albert in Zwickau vom Schöffengericht zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte dem Rechtsanwalt in dem Bericht über eine Gerichtsverhandlung vorgeworfen, daß er sich unberechtigte Eingriffe in die Zeugenvernehmung erlaubt. Die Behauptung wurde als nicht erwiesen angesehen, obwohl ein Zeuge sie bestätigte und die andren sich des Vorgangs nicht mehr entsinnen konnten. Auf Gefängnisstrafe wurde deshalb anerkannt, weil, wie der Vorsitzende bei der Begründung ausführte, bei dem mehrfach vorbestraften Angeklagten eine Geldstrafe nichts mehr fruchtete.

Diese Begründung zeigt deutlich den Tiefstand geistiger Kultur in Deutschland, der die Presse in ihrer Aufgabe öffentlicher Kritik mit einem unfolgsamen Schulbuben auf eine Stufe stellt. Selbst wenn die Feststellungen des Gerichts als unanfechtbar anzusehen wären und der Angeklagte in seiner Kritik zu weit gegangen wäre, so kann es sich doch nicht darum handeln, durch die Strafe irgend eine fruchtbare Wirkung auf ihn zu erreichen, sondern nur darum, durch eine Sühne die Ehre des zu Unrecht Angegriffenen wieder herzustellen. Der Herr Amtsrichter oder Assessor ist nicht zum Erzieher der Presse berufen.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft Deutschlands, insbesondre an die Arbeiter Berlins!

Angesichts der Niederlage, welche die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden deutschen Glasarbeiter erlitten, ist es wohl angebracht, auf die im gleichen Kampfe sich befindenden Tabakarbeiter Nordhausens hinzuweisen.

Arbeiter allerorts! Es ist jetzt noch Zeit, denselben hilfreich zur Seite zu stehen; einerseits durch den von der Berliner Gewerkschaftskommission am 13. Juni cr. verhängten Boykott, andrerseits durch Entnahme der von derselben Kommission ausgegebenen Sammellisten, sowie durch regelrecht betriebene Zeichnung auf denselben.

Betreffs des Boykotts richten wir an alle Händler, Vereine, Gastwirte die dringende Aufforderung, nur boykottfreie Waren führen zu wollen und ihren Konsumenten, der deutschen Arbeiterschaft, mit gutem Beispiel vorzugehen.

Arbeiter Deutschlands! Helft Euren Nordhäuser Brüdern zum Siege!

Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. (Siehe Inserat.)

Die Kommission der Tabakarbeiter Berlins.

Berlin und Umgegend.

Der Vorsitzende des Centralverbandes der Steinsetzer, Genosse A. Knoll in Berlin, hatte vor kurzem sein Amt niedergelegt. Die Veranlassung hierzu boten eine Reihe unglaublich verwerflicher Machinationen, die ein Vorstandsmitglied, der sich als Anarchist bekennende Steinsetzer Alwin Koch, gegen Knoll ausgeübt hat. Diese Angelegenheit ist vor dem Forum eines aus dem Verbandsvorstand und Ausschuß bestehenden Schiedsgericht behandelt worden. Aus dem Urteil desselben, welches in der letzten Nummer der „Allg. Steinsetzer-Zeitung" bekannt gegeben wird, ist ersichtlich, daß der Anarchist Koch, in der Absicht, Knoll von seinem Posten zu verdrängen, um dann selber diese Stelle einnehmen zu können, zunächst versucht hat, die Geschäftsführung Knolls zu verdächtigen. Als ihm dies nicht gelang, hat Koch — wie es in dem Urteil heißt — „durch einen bodenlos gemeinen Vertrauensbruch" Knoll in seiner Eigenschaft als Gatte und Vater in brutaler Weise verletzt, um ihn so als Verbandsvorsitzenden unmöglich zu machen. Wir haben es hier also mit dem Attentat eines Anarchisten zu thun, bei welchem Mittel angewandt wurden, die in ihrer Wirkung weit gefährlicher sind als Dolch und Revolver, denn sie treffen einen Ehrenmann thatsächlich ins Herz. Der Spruch des Schiedsgerichts ist ein glänzendes Vertrauensvotum für Knoll, während Koch durch das Urteil aus dem Verbande ausgestoßen wird.

Auch aus mehreren Filialen des Verbandes liegen in der „Allgemeinen Steinsetzer-Zeitung" Vertrauenskundgebungen für Knoll vor, der ersucht wird, wenigstens noch bis zum nächsten Verbandstage sein Amt zu verwalten.

Deutsches Reich.

Eine gemeinsame Konferenz der Militäreffekten-Fabrikanten Deutschlands und der bei ihnen beschäftigten Sattler tritt am Montag, den 7. Oktober, in Berlin zusammen. Es handelt sich darum, einen für ganz Deutschland geltenden, auf längere Zeit festzulegenden Tarif zu vereinbaren.

Von den 38 Firmen, die in Deutschland Militärausrüstungen anfertigen, haben 23 ihre Beteiligung zugesagt, 3 erklären, keinen Vertreter zu entsenden, übernehmen aber die Verpflichtung, sich den gefaßten Beschlüssen zu fügen. Abgelehnt hat nur eine ziemlich unbedeutende Firma aus Karlsruhe; von 11 Firmen steht die Antwort noch aus, darunter befindet sich auch die des Berliner antisemitischen Stadtverordneten Pretzel. Da sämtliche Firmen von Bedeutung vertreten sein werden, so hat die Stellungnahme der ablehnenden und mit ihren Antworten noch ausstehenden Firmen keinen Einfluß auf die Arbeiten der Konferenz.

Der Zusammentritt dieser vom Verbande der Sattler vorbereiteten Konferenz ist von großer Bedeutung für den betreffenden Beruf; sowohl Unternehmer wie Arbeiter haben unter den bisher herrschenden ungerechten Verhältnissen zu leiden gehabt, und sie können sich freuen, wenn endlich eine gewisse Ordnung geschaffen wird. Es kann festgestellt werden, daß die meisten in Betracht kommenden Unternehmer der Frage ein großes Verständnis entgegengebracht haben, und daß sie sich sofort zur Teilnahme an der Konferenz bereit erklärten unter der Voraussetzung, daß es gelingen würde, alle bedeutenden Firmen zur Teilnahme zu bewegen. Das ist möglich gewesen und so konnte denn zwischen einer größeren Berliner Firma als Beauftragter der Unternehmer und dem Verbande der Sattler als Vertreter der Arbeiter der Zusammentritt der Konferenz vereinbart werden.

Bedrohung eines Arbeitswilligen erkannte das Gericht in der Handlung eines Maurers in Wismar, der einen Streikbrecher zur Niederlegung der Arbeit und zum Anschluß an die Organisation zu bewegen suchte. Das Schöffengericht hatte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Monat verhängt, das Landgericht in Schwerin setzte die Strafe auf zwei Wochen herab. — Immerhin eine hohe Strafe für eine vielleicht nicht gerade höfliche Aufforderung, der Solidarität der Arbeiter Rechnung zu tragen.

Besser kamen fünf Maurer davon, die, weil sie einen Kollegen, der auf einem gesperrten Bau anfangen wollte, davon abzureden versuchten, vom Schöffengericht in Dresden zu Gefängnisstrafen von einer bis drei Wochen verurteilt, von der Strafkammer aber freigesprochen wurden. In der Urteilsbegründung wurde der selbstverständliche, in der Praxis leider nicht immer beachtete Satz ausgesprochen, die Arbeiter müßten doch das Recht haben, ihre Kollegen im guten zu überreden, wenn nicht der § 152 der Gewerbe-Ordnung hinfällig werden solle.

Die Küfergesellen von Heilbronn sind am Montag in den Ausstand getreten, da die Innung nicht ihre Forderungen bewilligen wollte.

Ausland.

Ein Kohlenarbeiter-Streik ist im Revier von Zschebbe bei Brünn ausgebrochen. Die Ursache sind Lohndifferenzen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenausbeutung und Frauenorganisation.

In großer Anzahl hatten sich am Mittwoch den 18. d. M. alle in der Blumen- und Putzfedern-Fabrikation beschäftigten Arbeiterinnen von Friedrichshagen und Umgegend im Restaurant Lerche, Friedrichshagen, versammelt. Frau Ihrer-Berlin hatte das Referat übernommen: Die Lage der Putzfedern- und Blumenarbeiterinnen und wie verbessern wir dieselbe. Mit klaren, zu Herzen gehenden Worten schilderte sie die traurige Lage der Federarbeiterinnen. Da in Friedrichshagen fast nur Hausindustrie in Betracht kommt, so besteht der größte Teil der Arbeiterinnen aus verheirateten Frauen. In fast jedem Hause werden Federn gearbeitet. Da sagen sich die meisten Frauen, mein Mann verdient ja den größten Teil von dem, was wir zum Leben brauchen, so brauche ich ja nicht so viel zu verdienen. Dies ist eine richtige sociale Krankheit der Frauen und diese nutzt der Unternehmer aus. Tag und Nacht muß sie für den kümmerlichen Lohn arbeiten. Hauptsächlich jetzt in der niedergehenden Geschäftsperiode ist es, wo die Frauen noch mehr zu leiden haben. Viele, viele Männer sind arbeitslos. Die Kinder schreien nach Brot. Da heißt es denn: Mutter, Du mußt sehen, daß die Kinder was zu essen bekommen. Sie arbeitet und schuftet und muß mit den paar Pfennigen, die ihr der Unternehmer giebt, zufrieden sein. Zu sagen traut sie sich nichts, weil sie fürchtet, daß sie dann keine Arbeit mehr bekommt. Wenn die vielen Hundert Arbeiterinnen von Friedrichshagen und Umgegend sich zusammenschließen würden und zur kommenden Saison dem Unternehmer oder Zwischenmeister sagen würden: Wir wollen für unsre Arbeit mehr verdienen! so werden dieselben wohl unbedingt nachgeben müssen. Die Arbeiterinnen brauchen doch nicht den einen Unternehmer, aber der eine Unternehmer braucht die vielen fleißigen Arbeiterhände. Auch keine Branche leidet wohl in der Saison so an Arbeiterinnen-Mangel, als gerade die Blumen- und Putzfedern-Industrie. Es ist darum unbedingt notwendig, daß sich die Arbeiterinnen zusammenschließen und der Organisation ihrer Branche beitreten. — Reicher Beifall lohnte die Referentin.

Da sich trotz mehrfacher Aufforderung keiner von den anwesenden Zwischenmeistern zum Wort meldeten, so sprach zuerst Frau Reißner. Es ist bedauerlich, wie es hier um die Frauenbewegung bestellt ist. Unsre Flugblattverteiler haben dies am besten erfahren. Die Handzettel wurden ihnen aus den Händen geschlagen, und gesagt: Wir verdienen genug. Ja, sie verdienen 10—12 M. die Woche. Dafür geht die älteste Schwester ins Geschäft und vier Geschwister arbeiten zu Hause. Nachdem noch Frau Rönsch und Baatz gesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen. In dieser einstimmig angenommenen Resolution erklären sich die Anwesenden mit den Ausführungen Frau Ihrers voll und ganz einverstanden. Sie verpflichten sich, der Vereinigung der Blumen-, Blätter- und Putzfedern-Arbeiterinnen Berlins beizutreten. Sie sind der Ueberzeugung, daß nur durch den Beitritt zu dieser Organisation die wirtschaftliche Lage der Putzfedern-Arbeiterinnen gebessert wird. Nachdem 35 Frauen ihren Beitritt vollzogen, wurde bekannt gegeben, daß vorläufig Frau Tobias Beiträge entgegennimmt.

Gerichts-Zeitung.

Eine chemisch-pharmaceutische Streitfrage unterlag gestern der Prüfung der 5. Strafkammer, vor welcher sich der Apotheker Friedrich Sauer wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zu verantworten hatte. Der Angeklagte, Besitzer des Medizinisch-chemischen Instituts „Sicco", hat ein neues diätetisches Mittel in den Handel gebracht, welches er unter Darlegung seiner Bestandteile unter dem Namen „Hämatogen-Nähr-Kakao" anpreist. Die Anklagebehörde steht auf dem Standpunkt, daß durch diese Bezeichnung das Publikum irre geführt werde, in dem es zu dem Glauben komme, daß dieser Kakao einen größeren Nährwert habe, als andrer Kakao. Dies sei aber nicht der Fall. Die Anklagebehörde stützte sich dabei auf das Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Bischoff. Das Schöffengericht hatte seiner Zeit auf Freisprechung erkannt, der Staatsanwalt hatte aber Berufung eingelegt. In der gestrigen Verhandlung bestritt der Angeklagte, irgendwie gegen das Nahrungsmittelgesetz gefehlt zu haben und suchte unter Darlegung der chemischen Zusammensetzung seines Fabrikats den Nachweis zu führen, daß sein Präparat infolge des Zusatzes von Hämatogen und Hämoglobin ein ganz eigenartiges, wahrhaft diätetisches Mittel sei. Gerichtschemiker Dr. Bischoff hielt die gewählte Bezeichnung für eine unzutreffende und das Publikum irreführende und suchte nachzuweisen, daß der Nährstoff, der in dem Präparat des Angeklagten durch den Zusatz von Zucker verloren gehe, nicht ersetzt werde durch den Nährstoff, der in dem hinzugesetzten Hämoglobin enthalten sei. Von diesem Gutachten wichen diejenigen der Chemiker Dr. Aufrecht, Dr. Lohmann und Dr. Bein wesentlich ab. Letzterer erklärte, daß es sich bei dem fraglichen Präparat um ein ganz neues diätetisches Mittel handele, welches begrifflich ganz etwas andres darstelle, als der gewöhnliche Kakao. Staatsanwalt Ellendt folgte dem Gutachten des Dr. Bischoff und beantragte unter Aufhebung des ersten Urteils den Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe eventl. 20 Tagen Gefängnis zu verurteilen. — R.-A. Sonnenfeld hielt dagegen eine Freisprechung des Angeklagten ohne Rücksichtnahme auf ein Gutachten schon aus rechtlichen Gründen für geboten. Der Angeklagte, der die Bestandteile seines Fabrikats in allen Anzeigen mitteilte, könne das Publikum nicht getäuscht haben, er habe auch kein Präparat „verfälscht", denn dasjenige, um welches es sich hier handele, sei seine ureigenste Erfindung. In der Anwendung des Wortes Kakao könne doch kein Moment der Fälschung liegen. Der Verteidiger erinnerte an den „Kneipp-Kaffee", der keine Spur Kaffee enthalte, an den Stollwerckschen „Eichel-Kakao", zu dem nur Kakaoschalen verwendet würden, an die „Asthma-Cigaretten", in denen kein Tabak enthalten sei, an die „Gloria-Seife" 2c. 2c. Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung, die Sache zu vertagen und zu einem nächsten Termine noch das Gutachten eines Mediziners über den Nährwert des Präparates des Angeklagten einzuholen.

Der frühere Kriminalkommissar und ehemalige Besitzer des Detektiv-Instituts „Greif", Egon Grützmacher, befindet sich nach Verbüßung seiner Strafe seit kurzem wieder auf freiem Fuß. Grützmacher stand am 13. Januar 1899 vor dem hiesigen Schwurgericht, um sich wegen Meineids zu verantworten. Mit ihm war eine Frau Rosa Weyrauch und eine unverehelichte Clara Becker angeklagt. Es handelte sich um einen Tric, den die drei gemeinschaftlich in einer Ehescheidungssache ausgeführt haben, um einen in Lübeck wohnenden Konsul des Ehebruchs zu überführen. Grützmacher war damals zu 2½ Jahren Zuchthaus, die Weyrauch zu einem Jahr vier Wochen Gefängnis und die Becker zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Grützmacher hat nun seine Strafe in der Strafanstalt Sonnenburg voll abgebüßt und bereitet einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens vor, mit dessen Begründung Rechtsanwalt Dr. Heimann I beschäftigt ist.

Der Herr „Konzertdirektor". Unter der Anklage des vollendeten und versuchten Betruges in je zwei Fällen wurde gestern der 26jährige Kaufmann Georg Christoph der zweiten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der bereits mehrfach vorbestrafte Angeklagte hatte wieder einen argen Schwindel ausgeführt. Am 1. August d. J. hatte er in einer hiesigen Zeitung bekannt machen lassen, daß er einen Kassierer suche. Gleichzeitig hatte er bei einer Wittwe zwei möblierte Stuben gemietet, sich als „Konzertdirektor" vorgestellt und angegeben, daß er soeben von Heringsdorf komme. Sein Gepäck werde am folgenden Tage eintreffen. Als dies nicht der Fall war, wurde die Wirtin ängstlich, sie verlangte Vorausbezahlung. Der Angeklagte füllte ein Quittungsformular über 75 M. aus und gab es der Wirtin mit der Weisung, es unterschrieben bei der Deutschen Bank vorzulegen, sie werde dort auf Grund seines Guthabens Zahlung erhalten. Inzwischen hatten sich auf die Annonce des Angeklagten zwei Personen gemeldet. Er erzählte den Bewerbern, daß er im Beethoven-, im Bechsteinsaale und in der Philharmonie Konzerte geben wolle und dazu zwei Kassierer gebrauche, die zwar anständig bezahlt würden, aber je 200 Mark Kaution zu stellen hätten. Die letztere Bedingung konnte keiner der Bewerber erfüllen. Sie blieben deshalb vor Schaden bewahrt. Der Angeklagte mußte dann sein Logis heimlich verlassen, da er befürchten mußte, daß der Schwindel mit der Quittung entdeckt würde. Obgleich er mittellos war, quartierte er sich in einem Hotel ein und verschwand von hier wieder, ohne seine Schuld zu bezahlen. Im Termine behauptete der Angeklagte, daß er wirklich die Absicht gehabt habe, Konzerte zu veranstalten, wie er dies auch in Amerika gethan habe. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte es lediglich auf die Kautionen der Bewerber abgesehen habe, es müsse ihm endlich das Handwerk gelegt werden und beantrage er gegen ihn eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren. Dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Davidsohn gelang es, dem Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zu erwirken. Das Urteil lautete auf anderthalb Jahre Gefängnis.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiterentlassungen.

Gießen, 21. September. (B. H.) Wie die „Gießener N. N." melden, sollen heute auf dem Braunstein-Bergwerk vorm. Fernie größere **Arbeiterentlassungen** wegen Mangel an Beschäftigung vorgenommen werden. Man spricht von 100 Entlassungen.

Bau-Unglück.

Worms, 21. September. (B. H.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet: Kurz nach 4 Uhr stürzte das Haus der Gebrüder Harpenbach, das bereits unter Dach stand, ein. Fünf Personen wurden verschüttet. Die beiden Gebrüder Harpenbach, ein Verwandter von ihnen und ein Maurer wurden alsbald mit schweren Verletzungen aus den Trümmern hervorgezogen. Ein Maurer mußte, schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht werden.

Bonn a. Rh., 21. September. (B. H.) Ein **Doppelmord** ist in vergangener Nacht auf einem Gute bei Brühl verübt worden. Der Gärtner des Gutes schlich sich in das Schlafzimmer der Wirtschafterin und tötete diese durch einen Schuß in den Kopf. Dann entleibte er sich selbst durch einen Schuß in den Mund. Der Grund ist Eifersucht.

Leipzig, 21. September. (W. T. B.) Wie dem „Leipziger Tageblatt" aus Chemnitz von gestern gemeldet wird, sind auf den südlichen Höhen des Erzgebirges bei einer Temperatur von 0 Grad in der Nacht Schneefälle eingetreten.

Leipzig, 21. September. (B. H.) Die „Leipziger N. N." erhalten von unterrichteter Seite die Mitteilung, daß die Hebung des Kreuzers „Wacht" unmöglich ist, da der Rumpf des Schiffes in zu großer Tiefe liegt und außerdem zu stark beschädigt ist. Nur die Geschützrohre sind bis jetzt von dem Wrack geborgen worden.

Haag, 21. September. (W. T. B.) Die am hiesigen Hofe beglaubigten Gesandten und die Mitglieder des ständigen Verwaltungsrats des internationalen Schiedsgerichtshofs haben von dem Präsidenten, dem Minister des Auswärtigen, Baron Melvil van Lynden, eine Abschrift des Ansuchens der Boeren um einen Schiedsspruch mit der Mitteilung erhalten, daß er beabsichtige, das Ansuchen in der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats vorzulegen. Ueber das Datum der Zusammenberufung dieser nächsten Sitzung ist jedoch noch nichts bestimmt.

Wien, 21. September. (B. T. B.) Ueber das Eisenbahnunglück, das sich in der Nacht zum Freitag bei Palota (Rumänien) ereignet hat, wird der „Neuen Freien Presse" noch folgendes gemeldet: Von den 38 Passagieren wurden **32 getötet.** Das Unglück ereignete sich dadurch, daß die Bremse eines Petroleumzuges auf scharfem Gefälle versagte, der Zug infolgedessen eine Strecke von 48 Minuten in 7 Minuten zurücklegte und in einen Schnellzug hineinfuhr, dessen Führer überdies die Notsignale des nachfahrenden Zuges mißverstand und seinen Zug zum Stehen brachte.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Vom Kampfe gegen die Wohnungsnot in London.

Eine der wenigen Großstädte, deren Vertretung sich bisher dazu aufgeschwungen hat, an die Minderung der Wohnungsnot der unbemittelten Klassen selbst Hand anzulegen, ist London. Freilich das, was bis jetzt dort auf diesem Gebiete von kommunaler Seite geleistet worden ist, ist im Verhältnis zur Größe des Uebels, das es zu bekämpfen gilt, immer noch herzlich wenig. Auf Grund vorliegender amtlicher Erhebungen kann man die Zahl der Bewohner Londons, die in zu enger Behausung leben, auf rund 900 000 schätzen. Dieser, man möchte sagen, undenkbaren Zahl gegenüber ist es nur erst ein schwacher Anfang, wenn der Londoner Grafschaftsrat gegenwärtig für ungefähr 40 000 Personen Wohnräume teils hergestellt, teils ihren Bau in Angriff genommen hat. Aber selbst dies geringe Verhältnis von Abhilfe zur zu beseitigenden Not geht noch erheblich über das hinaus, was andre Großstädte auf dem gleichen Gebiet geleistet haben, obgleich das Bedürfnis nach Abhilfe der Wohnungsnot an der Seine, Spree 2c. relativ nicht geringer ist, als an der Themse. Dagegen sind die Schwierigkeiten einer ersprießlichen kommunalen Fürsorge für Volkswohnungen kaum irgendwo so groß wie in London.

Die zwei Hauptursachen der Wohnungsnot in Großstädten sind die hohen Preise des Bodens und die sich auftürmenden Verkehrsschwierigkeiten. Sie stehen in engem Zusammenhang miteinander: je größer die Verkehrsschwierigkeiten, um so höher die Bodenpreise in den Geschäfts- 2c. Centren. Wäre es möglich, die Menschen mit einem Mindestaufwand von Kosten und Zeit überallhin zu befördern, so würde es in den Städten zwar immer noch Vorzugsrenten für Boden in gewissen Vierteln oder Straßen geben, aber sie würden sich im ganzen in mäßigen Grenzen halten. Je teurer und umständlicher die Menschenbeförderung, um so teurer wird der Boden in all den Stadtvierteln, wo oder in deren Nähe eine größere Anzahl Menschen ihren Erwerb finden oder sich sonst viel aufzuhalten haben.

London hat ungeheure Verkehrsmittel, aber sie reichen entfernt nicht aus, eine bequeme, billige und schnelle Verbindung zwischen allen Teilen dieses Städte-Ungeheuers herzustellen. Infolgedessen hat sein Wachstum an den äußeren Grenzen, das Entstehen von Vorort über Vorort, keine wirkliche Entlastung der inneren Stadtviertel vom Druck auf die Wohnungsgelegenheiten zur Folge. Allerdings nimmt, wie die diesjährige Volkszählung wieder gezeigt hat, die Einwohnerzahl verschiedener innerer Stadtviertel ab. Aber dies nur infolge der Umwandlung von Wohnhäusern in Geschäftslokale, Fabriken, Amtsgebäude, Unterkunftsstätten für Sammlungen oder Lehranstalten 2c., wozu noch Freilegung von Gebäuden, Straßendurchbrüche, Straßenerweiterungen, Erweiterung von Bahnhöfen und Bahnkörpern, sowie die schärfere Kontrolle der Wohnhöhlen und die Lichtung von Höhlenquartieren kommen. All dies vermindert die Wohngelegenheit und treibt viele Leute mit Gewalt in andre Stadtviertel. Aber weil die Verbindungen noch im großen und ganzen umständlich und teuer sind, können die Massen der Ausgemieteten gar nicht daran denken, in die neuen Stadtviertel zu ziehen, sondern müssen um jeden Preis in der Nachbarschaft der verlassenen Wohnung eine neue Unterkunft aufzutreiben suchen. Wo aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege verseuchte Wohnquartiere niedergerissen werden, steigen daher erfahrungsgemäß in der näheren Umgebung die Mieten und bilden sich durch Ueberfüllung der Wohnungen neue Höhlenquartiere aus. In der äußeren Umgebung Londons sind die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einfamilienhäuser, die auf langfristig verpachtetem Boden stehen, billiger als auf dem Festlande, wohnen selbst die Arbeiter erträglich. In dem Ring von Stadtvierteln aber, die sich um die City herumlagern, müssen für erbärmliche Löcher unglaublich hohe Mieten bezahlt werden, steigt der Boden unausgesetzt im Wert.

Infolgedessen ist an eine einheitliche, nach einem bestimmten Plan gehaltene systematische Wohnungspolitik der Londoner Gemeindeverwaltung bezw. Verwaltungen vorerst noch gar nicht zu denken. Ihre Wohnungspolitik ist Flickarbeit. Es wird hier ein Loch zugestopft und da ein Flick angesetzt — mehr ist bei dem heutigen Enteignungsverfahren und den begrenzten Steuer- 2c. Vollmachten der Gemeinden nicht durchzusetzen. Ohne die Macht, der Rente direkt an den Leib zu gehen, ist da keine radikale Wohnungsfürsorge möglich. Im Gegenteil, bis zu einem gewissen Grade hat der Grafschaftsrat sogar von seinen früher ziemlich hochgesteckten Plänen ein gutes Stück ablassen müssen.

Natürlich war es von Anfang an ausgeschlossen, daß der Rat in den mehr inneren, dichtbewohnten Stadtteilen Einfamilienhäuser errichtete. Hier war nur der Bau von großen mehrstöckigen Gebäuden am Platz, die vielen Familien verschiedener Größe der Kopfzahl und des Einkommens Unterkunft boten. Aber nach den ersten Plänen des Grafschaftsrates sollen diese Häuser wenigstens in ihrer Art Muster sein. Seine ersten Bauten sind auch in diesem Sinne aufgeführt worden. Bald hat sich jedoch herausgestellt, daß die betreffenden Wohnungen für diejenigen Schichten der Bevölkerung, die in den niedergelegten Höhlenquartieren gewohnt hatten, viel zu teuer kamen, daß statt Arbeitern kleinbürgerliche Elemente sie besetzten, für die Masse der Arbeiter dagegen die Wohnungsnot durch sie statt verringert noch vergrößert wurde. Um dies zu vermeiden, hat der Grafschaftsrat immer mehr von seinen ursprünglichen Plänen zurückgehen müssen.

Bis zu welchem Grade es geschehen, hat sich kürzlich aus Anlaß eines Hausungsplans gezeigt, der auf einem bisher von einer Brauerei besetzten Grundstück in Clerkenwell (ein dichtbevölkertes Stadtviertel im Nordwesten der City) zur Ausführung gelangen soll. Als der Grafschaftsrat vor etwa acht Jahren im Nordosten der City, zwischen Shoreditch und Bethnal Green, einen Hausungsplan ins Werk setzte, den sogenannten Boundary Street Plan, da ward bestimmt, daß auf den Acre Boden (ein Acre gleich 40 Ar) auf keinen Fall mehr als 318 Personen wohnen sollten. Wie aber die Häuser fertig waren und sich die oben berührte Wirkung einstellte, wurde die Vorschrift abgeändert, und so sind es jetzt 507 Personen pro Acre geworden. Bei der Beratung über den Hausungsplan in Clerkenwell am 30. Juli stellte nun ein neugewähltes Mitglied des Grafschaftsrats, Mr. Robert Williams, den Antrag, wenigstens 500 Personen pro Acre die Höchstgrenze sein zu lassen. Aber er fand dafür nur eine einzige Stimme Unterstützung. Mit erdrückender Mehrheit ging vielmehr der Vorschlag des Hausungs-Ausschusses durch, wonach das Grundstück so bebaut werden soll, daß 720 Einwohner auf den Acre kommen können. 720 Menschen auf 40 Ar Boden!

Darüber hat sich nun eine ziemlich lebhafte Polemik in der Presse entsponnen. Dem Mr. Williams traten nicht nur der Vorsitzende des Hausungs-Ausschusses des Londoner Grafschaftsrats, Mr. David S. Waterlow, sondern auch John Burns, der Führer der Arbeitergruppe im Grafschaftsrat, entgegen. Nur ein Mitglied dieser Gruppe hatte den Williamsschen Antrag unterstützt. Die andren versagten ihm ihre Zustimmung — nicht, weil sie es principiell für falsch hielten, sondern weil es praktisch auf Verschleppung hinausgelaufen wäre. Angesichts der drückenden Wohnungsnot gerade der ärmsten Mieter erschien ihnen das Abweichen von dem ursprünglich normierten Höchstsatz als das kleinere Uebel. Burns behauptet, daß bei alledem die Wohnungen des Grafschaftsrats in Clarkenwell besser und billiger sein werden als sonst in jenem Distrikt. Dazu gehört nun allerdings wenig genug. Weiter erklärt er, daß wenn der Grafschaftsrat die Einwohnermassen pro Acre Boden heraufgesetzt habe, er dafür um so strenger darauf halte, daß die Wohnräume nicht überfüllt seien. Die Kopfzahl pro Raum, und nicht die Bewohnerzahl pro Acre bilde aber das Merkmal der Ueberfüllung.

Ganz richtig ist das nicht, wenn gleich festgestellt worden ist, daß in den Häusern der Improved Industrial Dewellings Company, einer gemeinnützigen Gesellschaft, die eine Verbesserung der Volkswohnungen erstrebt, trotz einer Bevölkerung von 740 Personen pro Acre die Sterblichkeitsrate, einschließlich der in Hospitälern verstorbenen Bewohner, nur 10 vom Tausend im Jahr beträgt, — ein Verhältnis, wie man es sonst nur in den allergesundesten Villenquartieren der vornehmen Welt vorfindet. Es kommen da eben noch viele andre Faktoren in Betracht — Charakter des ganzen Bezirks, Straßenweite, Nähe oder Entfernung von Parks oder Gartenplätzen, Rekrutierungsart der Mieter usw. usw. Und schließlich ist die Fürsorge für die sanitäre Beschaffenheit der Wohnungen zwar eine der allerwichtigsten, aber nicht die einzige Aufgabe einer guten Wohnungspolitik. In den ersten Wohnplätzen des Grafschaftsrats war der Flächenraum der Wohnzimmer auf 160, der der Schlafzimmer auf 110 englische Geviertfuß berechnet. In Clerkenwell werden die betreffenden Zahlen nur 144 und 96 sein. Und eine entsprechende Verkleinerung erfahren die Nebenräume. Die Zahl der Stockwerke wird vermehrt und der Umfang der Wohnungen verringert. Man kann das nicht lesen, ohne die Entrüstung der Gegner des Plans mitzufühlen.

Konnte aber der Grafschaftsrat anders handeln als er gethan? Bei dem heutigen Stand der Gesetzgebung scheint dies zweifelhaft. Der Vorgang kennzeichnet vor allem die ganzen Zustände, um deren Bekämpfung es sich handelt. Die Frage der städtischen Wohnungsnot besteht aus einem Rattenkönig von Einzelfragen, deren Mittelpunkt das Problem der städtischen Bodenrente bildet. Ihm gegenüber sind aber die Vollmachten der städtischen Verwaltungen noch sehr beschränkt. Der Kampf gegen den städtischen Bodenwucher erfordert, wie Lord Rosebery einmal sagte, einen Cromwell, d. h. die rücksichtslose Energie und Machtvollkommenheit des Puritanerführers. Daß sie die letztere nicht besitzt, lähmt offenbar auch die Energie der demokratischen Vertretung Londons.

Indes muß anerkannt werden, daß sie wenigstens den Kampf gegen das Uebel nicht aufgegeben hat, sondern unablässig an seiner Beseitigung arbeitet. Der Bau neuer Volkswohnungen bildet eine ständige Rubrik im Haushalte des Londoner Grafschaftsrats. Im vorigen Jahre erwarb er ein Grundstück in einem Vorort Londons, auf dem Kottagewohnungen für 12 000 Personen errichtet werden sollen, das Grundstück in Clerkenwell wird neben 23 Läden Wohnungen für 2660 Personen bieten. Es ist das aber durchaus nicht der einzige Hausungsplan, der zur Zeit auf der Liste des Grafschaftsrats steht. Ferner kommen dem Grafschaftsrat neuerdings auch verschiedene Distriktsvertretungen in und um London zu Hilfe. So hat der Distriktsrat von Berking (Arbeiterviertel im Osten von London) im Mai dieses Jahres die erste Gruppe von Arbeiterhäusern vergeben, die er auf einem speciell dazu angekauften Grundstück errichtet. Jedes Haus enthält je fünf Räume, Badevorrichtung, eignen Hof bezw. Gärtchen, und wird zu 6 Schilling 6 Pence (etwa 6,65 M.) Miete die Woche vermietet, worin schon alle Steuern und sonstigen Abgaben eingeschlossen sind. Die Mieter können gegen eine entsprechende Gebühr elektrische Beleuchtung haben. Für die ersten zwanzig Häuser fanden sich nicht weniger als 228 Bewerber.

Da das Wahlrecht zum Grafschaftsrat und den Distriktsvertretungen allen Mietern abgegrenzter Wohnräume zusteht und keine Klassenvertretung kennt, haben es die Arbeiter und kleinen Leute in der Hand, eine lebhafte Bauthätigkeit dieser Körperschaften durchzusetzen. Wird so von allen Seiten her gegen das Uebel vorgegangen, so muß sich mit der Zeit die Wirkung auf dem großen Wohnungsmarkt doch geltend machen. So fehlt es denn auch nicht an Angstrufen der Unheil witternden Bodeninteressenten. Auf der am 4. Juli ds. Js. in London abgehaltenen Jahreskonferenz des Vereins der Eigentümer und Steuerzahler ward zur Bildung einer starken centralisierten Organisation mit einflußreichen Lokalausschüssen aufgefordert, damit man die „Agitatoren" wirksam bekämpfen könne, von deren „unbegründeten Vorurteilen, Herrsch- und Verfolgungssucht denjenigen, die Interessen von größtem Kapitalwert wahrzunehmen haben, die größte Gefahr drohe." Dieser Angstruf zeigt, daß der Grafschaftsrat und die ihm nacheifernden Körperschaften wenigstens anfangen, den Mietsherren gefährlich zu werden. Insofern sind sie, trotz der geschilderten Abstriche des Londoner Grafschaftsrats von seinem ersten Programm, den meisten festländischen Kommunalvertretungen immer um Meilen voraus.

Ed. B.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Am Dienstag, 8. Oktober, finden in allen sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen wichtige Parteiversammlungen statt. Die Gewerkschaftsvorstände werden gebeten, zu diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen.

Die Vertrauensleute.

Zur Lokalliste. Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlins sowie besonders der Lokalkommissionen der Umgegend zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 29. September, die nächste Lokalliste erscheint. Wir ersuchen die Parteigenossen, Aenderungen resp. Neuaufnahmen bis spätestens Dienstagabend, den 24. September, an folgende Genossen einsenden zu wollen: Für Teltow-Beeskow: R. Preßler, Rixdorf, Ziethenstr. 69; für Nieder-Barnim: Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Prinzen-Allee 20a; für Potsdam-Osthavelland: Albert Neue, Spandau, Jagowstr. 9; diverse Orte: Gustav Stein, Former, Wriezen a. O.; für Berlin an den Obmann Karl Scholz, Wrangelstr. 110. Spätere Einsendungen können nicht berücksichtigt werden, da Nachveröffentlichungen nicht mehr stattfinden. Wir ersuchen die Genossen, hiervon Notiz zu nehmen.

Die Lokalkommission.
J. A.: Karl Scholz, Wrangelstr. 110, part.

Schmargendorf. Montagabend 8½ Uhr hält der Wahlverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal Sanssouci ab. Genosse Brille hält einen Vortrag über Lebensmittelzölle. Gäste willkommen.

Köpenick. Dienstagabend 8 Uhr spricht Dr. Alfred Bernstein in der im Kaiserhof stattfindenden Wahlvereins-Versammlung über unsre Heilwissenschaft.

Der Wahlverein von Johannisthal hält seine Mitgliederversammlung Dienstagabend 8 Uhr bei Nau ab.

Socialdemokratischer Wahlverein Bezirk Pankow. Die Vereins-Versammlung am Dienstag in Niederschönhausen fällt wegen der am gleichen Tage in Pankow bei Blaurock stattfindenden öffentlichen Versammlung aus. Pflicht jedes Mitgliedes ist es nun, dorthin zu gehen.

Kommunales.

Prüfung der Gemeinde-Wählerliste. Gegen die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste 1901 von Berlin waren insgesamt 33 Einwendungen erhoben. Der zur Vorprüfung dieser Einwendungen eingesetzte Ausschuß kam in seiner Sitzung zu folgendem Ergebnis. Von den 33 Einwendungen kommen zwei in Fortfall (Behling und Schmidt), weil die Reklamanten thatsächlich in der Wählerliste stehen. Die Einwendungen von 11 dieser Beschwerdeführer sind vom Ausschuß als berechtigt erachtet. Bei drei Personen (Schriftsetzer Münzer, Vergolder Oehlert, Schuhmacher Fetting) war die Nichtaufnahme infolge Verwechslung mit andren Personen zu Unrecht erfolgt. Bei sechs Personen handelt es sich um solche, die als Schlafburschen gemeldet waren, thatsächlich aber freies Verfügungsrecht über einen möblierten Raum haben (Maurer Brettschneider, Bote Schäpe, Lederarbeiter Methner, Tischler Grätz, Drechsler Bierwagen, Schmied Redlich). Der Maurer Hübner war nicht aufgenommen, weil ohne Angabe, daß er nur vorübergehend nach Gütergotz verzogen war, seine Abmeldung von Berlin erfolgt ist; sein Einspruch ist für berechtigt erachtet. Der Tischler Ertel endlich soll gleichfalls in die Liste aufgenommen werden. Hier war versehentlich von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung unterlassen, daß eine Untersuchung gegen den Beschwerdeführer vor Aufstellung der Liste erledigt war. In drei weiteren Fällen ist Beweiserhebung beschlossen. In einem dieser Fälle (Tischler Ziemann) handelt es sich um nochmalige Feststellung, ob steuerfreie Veranlagung vorliegt. In dem Fall des Zimmermanns Stockmar soll erniert werden, ob in der That eine Pfändung wegen einer Monatsquote ergebnislos erfolgt ist; alle andren Steuern sind stets pünktlich gezahlt. In einem dritten Fall (Schlosser Otto Dreßler) ist noch festzustellen, ob Reklament, der als Schlafbursche gemeldet ist, thatsächlich Schlafbursche oder ob er Chambregarnist ist. In 17 Fällen ist Zurückweisung der Einwendungen beschlossen. Die meisten dieser Fälle betreffen Personen, welche die hier für die Zeit vom 1. Juli 1900 bis 1. Juli 1901 treffenden Steuern nicht gezahlt haben oder unter einem Satz von 4 Mark Steuern veranlagt waren. Andere Zurückweisungen sind erfolgt, weil die Reklamanten zur Zeit der Offenlegung der Wählerlisten noch nicht ein Jahr in Berlin gewohnt haben. § 5 der Städte-Ordnung erachtet den „selbständigen Preußen" für wahlberechtigt, der „seit einem Jahre 1. Einwohner des Stadtbezirks ist, 2. keine Armenunterstützung empfangen hat, 3. die ihn betreffenden Gemeinde-Abgaben gezahlt hat und 4. usw.". Aus der Unmöglichkeit zur Zeit der Offenlegung der Wählerliste (15. bis 30. Juli) festzustellen, ob der Betreffende zum Beispiel im August Armen-Unterstützungen empfangen hat, ist dem Wortlaut dieser gesetzlichen Vorschrift entsprechend stets vom Ober-Verwaltungsgericht angenommen, das Jahr rechne für die Zeit der Offenlegung der Liste (ob der 15. oder ob der 30. Juli der entscheidende Tag ist, ist streitig). Diese Ansicht ist auch stets von der Stadtverordneten-Versammlung gebilligt. Nur ein eigenartig gearteter Fall hat im Jahre 1899 die Stadtverordneten-Versammlung zu einer Aufnahme in die Wählerliste geführt, nämlich der Fall, in dem ein Berliner alle 4 in Absatz 2 des § 5 der Städte-Ordnung aufgeführten Voraussetzungen erfüllt hat, aber erst zwischen der Offenlegung und dem 1. Oktober 24 Jahre alt wird. Die Stadtverordneten-Versammlung hat mit Recht angenommen: Die Wahlen finden nach der Städte-Ordnung „im November" statt. Mithin läßt sich bereits im Juli übersehen, daß bis am 31. Oktober Geborene zur Zeit der Wahl 24 Jahre alt sind. Entgegen dieser mit der Aufstellung der Reichstags-Wählerliste übereinstimmenden Praxis hat der Ausschuß mit Stimmengleichheit die Einwendungen zweier Berliner, die im Oktober 24 Jahre alt werden, mit Stimmengleichheit zurückgewiesen. Hoffentlich schafft die Stadtverordneten-Versammlung in diesen beiden Fällen Remedur. Der Einwand, daß ja möglicherweise in der Zeit vom August bis November Ergänzungswahlen stattfinden könnten, für die die Wählerliste des Juli maßgebend sein würden, trifft nicht zu. Die Städte-Ordnung hat bei der Aufstellung der Wählerliste die Novemberwahlen als Richtschnur genommen. Auch träfe ja das Bedenken, daß unter seltenen Umständen in einer neuen Wählerliste nicht Aufnahmefähige wahlberechtigt sind, ebenso auf die in der Zeit vom 30. Juli bis nächsten 30. Juli vorzunehmenden Wahlen zu: bei allen diesen Wahlen sind zweifellos auch diejenigen wahlberechtigt, die in der Zeit vom Abschluß der Liste bis zur Neuaufstellung z. B. Armenunterstützungen erhalten haben. Wer im August unterstützt wird, ist trotz dieser Unterstützung zweifellos wahlberechtigt, falls er in der Juliliste aufgenommen war.

Eine andre, der bisherigen Praxis entgegenstehende Entscheidung hat der Ausschuß zu Gunsten der Aufnahmefähigkeit über die Frage eingeführt: wann ein Einspruch als verspätet eingelegt zu erachten ist. Nach Absatz 3 des § 5 der Städte-Ordnung müssen die Einwendungen, so lange diese Frist nicht durch statutarische Vorschriften geändert ist, in der Zeit der Offenlegung der Wählerliste (15. bis 30. Juli) erhoben sein. Alle erst nach dem 30. Juli bei dem Magistrat erhobenen Einwendungen sind also verspätet. Die Städte-Ordnung schreibt aber nicht vor, daß in schriftlicher oder protokollarischer Form die Einwendung zu erheben ist. Mithin ist auch, wie der Ausschuß angenommen hat, eine mündliche, nicht protokollierte, Einwendung zulässig. Ob eine mündliche Einwendung erfolgt ist, der eine schriftliche dann folgt, hat der Ausschuß in freier Beweiswürdigung des Inhalts der schriftlichen Einwendung und unter Berücksichtigung des Umstandes beantwortet, daß der Magistrat in seiner Bekanntmachung irrtümlich erkannt hatte, daß nur schriftliche oder protokollarische Einwendungen zulässig seien. In vier von sechs nach dem 30. Juli bei dem Magistrat eingelaufenen Einsprüchen wurde deshalb die Frage, ob der Einspruch rechtzeitig erhoben sei, bejaht.

Lokales.

Arbeitslos.

Früher waren es Pest und Hungersnot, die das Volk in bestimmten Zeitabständen dezimierten. Die Plagen wurden hingenommen als eine Strafe des Himmels, und apathisch ertrug die dumpfe Masse das Elend, welches Mißwachs, Krieg und Unsauberkeit verschuldet hatten. Heutzutage rühmt man an der bestehenden Ordnung der Dinge, daß periodische Seuchen durch die hygienischen Einrichtungen der Neuzeit fast zur Unmöglichkeit geworden seien; und daß es dank der modernen Verkehrsmittel keine Hungersnot mehr in der Kulturwelt geben kann, steht für jeden einigermaßen beschlagenen Nationalökonomen bombenfest. Die braven Leute haben ja auch alle Ursache, sich insoweit beruhigt zu fühlen, als ihre, die herrschende Gesellschaftsschicht immerhin von den erwähnten Uebeln verschont bleibt. Es ist eine der Segnungen der „göttlichen" Weltordnung, daß bei den Würgengeln der Menschheit der Geschmack degeneriert ist, daß sie nicht mehr, wie dereinst der schwarze Tod, unterschiedslos nach Fetten und Magern greifen, sondern sich fast ausschließlich auf Jammergestalten kapriziert haben. So ist die Lungenschwindsucht mit Fug als die Proletarierkrankheit stizziert worden, und gar das Elend der Arbeitslosigkeit, das den Menschen nicht, wie früher die Hungersnot, aus Mangel an Waren und Werten, sondern aus Ueberfluß solcher zugefügt wird, übt die Exklusivität gegenüber den Besitzenden mit derselben Strenge, mit der die Offiziercorps der preußischen Garde-Kavallerieregimenter sich gegen die Roture abschließen.

Sichtbar für jeden, der sehen will, schreitet die Arbeitslosigkeit heute wieder durch die Reihen des Proletariats. Die Arbeiter, denen die Beteiligung an den Segnungen des gewerblichen Aufschwungs der letzten Jahre verwehrt war, die jede fünf Pfennige Lohnerhöhung, jede Verkürzung der Arbeitszeit sich erst unter erbitterten Kämpfen mit dem Kapital erobern mußten, die Arbeiter sind erbarmungslos allen Schlägen der niedergehenden Konjunktur preisgegeben. Keine Fabrik, die nicht von Entlassungen zu melden wüßte, keine Mietskaserne in den Vorstädten, wo nicht die Frauen einander die Not der Verdienstlosigkeit klagten. Fast alle Berufe sind von der Krisis ergriffen; aber ganz besonders ist es in Berlin die Metall- und die Elektricitäts-Industrie, die Opfer über Opfer fordert. Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft hat, um nur ein Beispiel zu nennen, in den letzten Wochen von den 12 000 Arbeitern, die sie beschäftigte, etwa den fünften Teil entlassen, und bis dahin war schon so sehr auf Lager gearbeitet worden, daß eine kürzlich aus dem Auslande eingetroffene Bestellung in Höhe von 1½ Millionen

Mark ohne besonders große Lücken zu hinterlassen, vom Lagerbestande aus effektuiert werden konnte. Von einer altrenommierten Maschinenbau-Aktiengesellschaft geht, um noch ein Beispiel zu nennen, das Gerücht, daß die Direktion bereits die völlige Schließung aller Arbeitssäle auf ein Vierteljahr in Erwägung gezogen habe. Und ähnliche Hiobsbotschaften kommen von allen Seiten. Täuscht nicht alles, so hat die Berliner Arbeiterschaft einen Winter vor sich, wie er grauenhafter selbst nicht in den schlimmen Zeiten zu Anfang der Neunziger erlebt worden ist. Was der Staat der Socialreform dem Elend gegenüber thun will, sehen wir in dem Kornwuchertarif und in den Verordnungen des Eisenbahnministers Thielen, in welchen nicht allein Arbeiterentlassungen, sondern auch systematische Lohnkürzungen den Direktionen zur Pflicht gemacht werden. Ob die Gemeinde durch Vornahme von Notstandsarbeiten etwas zum Schutze ihrer Bürger thun wird, muß sich herausstellen. Viel ist auch hier, nach früheren Erfahrungen zu rechnen, nicht zu hoffen. Wie immer, ist der Arbeiter auch im Zeichen der Arbeitslosigkeit auf sich selber angewiesen. Er soll, wo er das Elend unter der heutigen Ordnung nicht aus der Welt schaffen kann, für kommende Tage einen Gesellschaftszustand anstreben, der allen, die arbeiten wollen, ein auskömmliches Dasein sichert. Er soll aber auch sich dem Elend von heute gegenüber wappnen, und das kann er, indem er der Gewerkschaftsorganisation, die ihn bis dahin gegen die Uebergriffe des Kapitals geschützt hat, auch im Zeichen des geschäftlichen Niedergangs treu bleibt. Er bedarf heute dieser Schutzwehr mehr denn je.

Daß es bei der Bürgermeisterwahl darauf ankommt, sich nicht ins Bockshorn jagen zu lassen, haben wir schon neulich in der Erinnerung an die Affaire des Wiener Bürgermeister Lueger dargelegt. Dies war im Auslande, in Oestreich, mag man sagen, und da die Geographie den staatserhaltenden Elementen hierin recht giebt, so ist vielleicht aus diesem Grunde der wunderliche Umstand erklärlich, daß die konservativ-antisemitische Presse die in Berlin im Falle Kauffmann bewiesene Beharrlichkeit als eine Art Majestätsverbrechen denunziert, während sie doch in der Luegerschen Sache die schließliche Bekehrung des Monarchen als den Gipfel staatsmännischer Einsicht pries.

Aber auch aus frommen reichsdeutschen Gauen ist ein Beispiel dafür beizubringen, daß auch bei Bürgermeister-Wahlen Beharrlichkeit zum Ziele führen kann. Der Fall hat sich in der mitteldeutschen Residenzstadt Rudolstadt zugetragen. Mit stattlicher Mehrheit wählte dort vor einigen Jahren die Bürgerschaft ihren zweiten Bürgermeister zum Oberbürgermeister. Als nach der Nichtbestätigung wiederum die Wahl des Oberbürgermeisters in der Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen wurde, erhielt der nicht bestätigte Bürgermeister noch mehr Stimmen als bei der ersten Wahl. Hierauf sah sich die Regierung nach einiger Zeit veranlaßt, die Gründe der Nichtbestätigung des Gewählten amtlich bekannt zu geben. Alle diese Gründe konnten sofort vollkommen widerlegt werden bis auf einen, der den Gewählten von der Repräsentation bei Hof ausschließen sollte. Nunmehr beantragte der Gewählte als Landwehrhauptmann bei der zuständigen Militärbehörde die Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen seine eigne Person, aus welchem er in jeder Weise gerechtfertigt hervorging. Damit hatte die Verlegenheit der Regierung ihren Höhepunkt erreicht. Sie schwieg sich zunächst aus und schwieg immer weiter; es wurde Winter und Sommer und der „gewählte Nichtbestätigte" versah als Stellvertreter sein Amt mit ungeschwächtem Eifer weiter, bis eines Tages das Amtsblatt meldete, daß Seine Durchlaucht der Fürst eine längere Erholungsreise angetreten habe. Einige Zeilen weiter unten erfolgte die Meldung von der so lange hartnäckig verweigerten Bestätigung.

Unser Parteigenosse Karl Wasche ist gestorben. Die Arbeiterschaft des Südostens kannte ihn als einen Mann von hervorragendem Opfermut, als einen Mitkämpfer, den sein drückendes Proletarierlos nie hinderte, für die Verwirklichung unsrer Ideen, für die Verbreitung unsrer Litteratur sein Bestes zu thun. Ihm wird ein ehrendes Andenken bewahrt werden. Die Beerdigung unsres toten Genossen erfolgt Montagnachmittag 4 Uhr vom Sterbehause, Reichenbergerstraße 84, aus.

Fernsprechdienst bei Nacht. Die schon einige Zeit erwarteten neuen Bestimmungen über die Benutzung der Fernsprechleitungen bei Nacht sind jetzt erschienen. Danach können Fernsprechverbindungen zwischen Orten, wo Nacht-Fernsprechdienst abgehalten wird, von den Fernsprech-Teilnehmern in der Zeit von 9 Uhr nachmittags bis 7 Uhr vormittags im Sommer und bis 8 Uhr vormittags im Winter sowohl zu Einzelgesprächen wie auch zu Gesprächen im Abonnement benutzt werden. Gewöhnliche und dringende Einzelgespräche sind unter denselben Bedingungen wie am Tage zulässig. Sie können indes nur zu den durch Abonnements nicht belegten Zeiten abgewickelt werden. Abonnementsgespräche sind für solche Gesprächsverbindungen zulässig, welche täglich zwischen denselben Teilnehmern zu denselben Zeiten hergestellt werden. Jedes Abonnement umfaßt mindestens die Dauer eines Monats. Für Abonnementsgespräche ist die Hälfte der Gebühren gleich langer gewöhnlicher Tagesgespräche zu entrichten. Die Gebühr ist im voraus fällig. Die Mindestdauer eines Gespräches beträgt 6, die Höchstdauer 12 Minuten. Abonnementsgespräche dürfen nur in Angelegenheiten des Teilnehmers oder der zu seinem Hausstand oder Geschäft gehörigen Personen geführt werden. Nach Maßgabe dieser Bestimmungen wird vom 1. Oktober ab der Nachtdienst im Fernsprechverkehr zwischen Berlin und München, Berlin und Nürnberg, Frankfurt (Main) und München, Frankfurt und Nürnberg eingerichtet werden.

Das städtische Obdach hat einen neuen Verteidiger gefunden. Als solcher tritt jetzt mit einem Male der freisinnige Bezirksverein „Königsviertel" auf, der aus Neugier oder Wissensdurst die Anstalt gerade an jenem Abend besichtigt hat, an welchem Genosse Stadtverordneter Hoffmann in die Lage kam, die hier herrschende Prügelwirtschaft endlich einmal mit Sicherheit festzustellen. Nach einer Mitteilung, die wir im „Berliner Börsen-Courier" finden, waren die 45 Herren, die sich an der Besichtigung beteiligten, sämtlich von den Einrichtungen der Anstalt sehr befriedigt und des Lobes voll. Wir glauben das ohne weiteres. Solche Besichtigungen sind noch stets zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmer verlaufen, und die Obdachlosen sind in der Regel gleichfalls sehr erbaut davon. Wenn Besuch da ist, dann klappt nämlich alles vortrefflich, und es wird dann auch nicht geschimpft oder geprügelt — alles Dinge, die auch ein Obdachloser zu schätzen weiß. Der „Berliner Börsen-Courier" hebt besonders hervor, daß die Herren vom Bezirksverein um 7 Uhr abends auch im Männerbade gewesen seien, wo man nicht eine Spur von Zugluft bemerkt, sondern es sehr mollig, sowie peinlich sauber und praktisch eingerichtet gefunden habe. Gleich darauf habe sich der Auftritt mit Hoffmann ereignet. Damit soll Hoffmanns Angabe entkräftet werden, daß die Obdachlosen sich wegen der herrschenden Zugluft geweigert haben, sich zu entkleiden. Der Auftritt ereignete sich aber bekanntlich erst zwischen 8 und 9 Uhr (Hoffmann hatte sich ja erst um 8 Uhr vor dem Obdach eingefunden) und nicht im Baderaum, sondern an ganz andrer Stelle in einem Saal, in dem die zum Baden bestimmten Personen einstweilen untergebracht worden waren. Unsre Angaben über den Mangel an Handtüchern, über die Entziehung des Essens usw. werden von dem „B.-B.-C." auf Grund der von der Obdachverwaltung gemachten Mitteilungen als unwahr bezeichnet. Das war zu erwarten, nach allem, was die Obdachverwaltung im Abstreiten bisher geleistet hat.

Aus der „Stiftung eines Ungenannten" hat die städtische Stiftungs-Deputation einmalige Unterstützungen im Betrage von je wenigstens 30 M. an solche Weber und Stuhlarbeiter (das heißt Weber, Wirker, Rüschmacher, Zeugmacher, Tuchmacher, Strumpf- und Seidenwirker), Meister und Gesellen zu vergeben, welche zwar der öffentlichen Armenpflege nicht anheimgefallen sind, aber sich in Geldverlegenheit, nämlich was die Zahlung der Wohnungsmiete betrifft, befinden. Bewerber müssen sich seit mindestens 2 Jahren in Berlin niedergelassen haben. In erster Linie sollen diejenigen berücksichtigt werden, welche mehr als 4 Kinder unter 14 Jahren haben. — Gesuche mit Angaben über die Dauer des Aufenthalts in Berlin und über die Zahl der am Leben befindlichen Kinder unter 14 Jahren sind bis 1. Oktober d. J. an die städtische Stiftungs-Deputation, Poststr. 16, 2 Treppen zu richten.

Von den Kommunalsteuern. Die Gemeinde-Grundsteuer, die mit 18 360 000 M. in den Etat von 1900 eingestellt war, ergab eine Mehreinnahme von 235 228 M., infolge eines höheren Nutzertrags bei der Veranlagung der steuerpflichtigen Grundstücke. Die Gewerbesteuer, mit 8 640 000 M. in den Etat eingestellt, brachte, weil im Laufe des Jahres neue Gewerbe hinzugetreten sind, eine Mehreinnahme von 516 557 M. und größere Rückzahlungen, als im Etat vorgesehen worden. Die Betriebssteuer überstieg um 12 537 M. den Etatsansatz von 286 000 M. Die Gemeinde-Einkommensteuer brachte einen Mehrüberschuß von 973 206 M. gegenüber dem Ansatz von 29 380 000 M. nach dem Etat, weil zahlreiche Steuerpflichtige mit Einkommen über 3000 M. infolge Beanstandung der Steuer-Erklärungen höher veranlagt wurden. Auch die Rückzahlungen sind hinter dem Etatsansatz zurückgeblieben. Die Hundesteuer, mit 559 500 M. angesetzt, ergab 23 936 M. mehr, weil die Zahl der steuerpflichtigen Hunde weiter zugenommen hat. Der Braumalzsteuer-Zuschlag brachte statt 750 000 M. 757 834 M. und die Wanderlager-Steuer statt 1000 M. rund 1500 M. Nur die Umsatzsteuer, mit 1 848 573 M. in den Etat eingestellt, blieb mit 68 355 M. hinter dem Ansatz zurück, weil die Zahl der Auflassungen geringer als im Vorjahre war. Die Ausgaben waren nur bei der Gewerbesteuer um 55 643 M. und bei der Gemeinde-Grundsteuer um 8912 M. höher als veranschlagt, dagegen bei der Gemeinde-Einkommensteuer um 158 846 M. und bei der Umsatzsteuer um 8985 M. weniger als im Etat angesetzt.

Der Ausschuß zur Vorberatung der Vorlage über die Festsetzung einer neuen Fluchtlinie für die Südseite der Alten Jakobstraße zwischen der Sebastian- und Dresdenerstraße unter dem Vorsitz des Stadtv. Rosenow und im Beisein des Stadtbaurats Krause lehnte gestern den Antrag des Magistrats, der dahin geht für die Südseite der Alten Jakobstraße zwischen Sebastian- und Dresdenerstraße eine neue Baufluchtlinie mit einer Straßenbreite von 18 Metern festzusetzen, ab und beschloß der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, unter Zurückziehung der durch den Beschluß vom 28. Juni v. J. erfolgten Festsetzung einer neuen Baufluchtlinie für die Südseite der Alten Jakobstraße zwischen Ritter- und Dresdenerstraße neue Baufluchtlinien mit einer Straßenbreite von 19 Metern zur Festsetzung zu bringen.

Bauarbeiterschutz in Berlin. Die neue Polizeiverordnung über die Arbeiterfürsorge auf Bauten, über die der Magistrat bereits gehört worden ist, ist jetzt von dem Polizeipräsidenten für den Geltungsbereich der Baupolizei-Ordnung für den Stadtkreis Berlin erlassen worden. Die Verordnung tritt am 1. Oktober in Kraft. Die neuen Bestimmungen finden Anwendung auf Hochbauten, bei denen, einschließlich der Poliere und Lehrlinge, zur Zeit der Ausführung des Rohbaues mehr als zehn Personen gleichzeitig beschäftigt sind. Während der Rohbau-Ausführung vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Zimmerleute und Staaker, werden nicht in diese Zahl eingerechnet. Auf Tiefbauten werden die Bestimmungen angewandt, wenn die Bauten von Unternehmern ausgeführt und wenn die Arbeiter mehr als eine Woche an einer bestimmten Stelle gleichzeitig beschäftigt werden. Zur Unterkunft der Arbeiter müssen bei den Bauten Räume bereit gehalten werden, welche die Arbeiter bei ungünstiger Witterung und in Ruhepausen benutzen können. Die Räume müssen ausreichend Licht- und Luftzufuhr und einen trocknen festen Fußboden haben, sowie auf Erfordern der Polizei vom 1. November bis 1. April heizbar sein. Für die dauernd beschäftigten Arbeiter müssen Sitzplätze vorhanden sein. Für die Anlage der Aborte ist besondere Fürsorge getroffen. Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuccateur-, Putzer- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster geschlossen sind. In Räumen, in denen Coaksfeuer ohne Ableitung der Gase brennen, darf nicht gearbeitet werden. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit 30 M. Geldstrafe oder entsprechender Haft bedroht.

Auch die Schornsteinfegermeister haben ihre Preise erhöht, soweit die dreijährigen Verträge abgelaufen sind. Die neuen Verträge, die wieder auf drei Jahre lauten, sehen einen Preisaufschlag von 25 Proz. des bisherigen Satzes vor.

Ein Aufsehen erregender Vorfall, der noch der näheren Aufklärung bedarf, ereignete sich am Freitag in einem Vorortzuge Berlin-Spandau. Als dieser eben von Charlottenburg abgefahren war, vernahm ein Passagier der zweiten Klasse, der praktische Arzt Dr. Löwenberg aus Berlin, vom Nebenabteil her Röcheln; er sah dann einen Herrn, der in einer Blutlache fast regungslos dalag und nur schwache Lebenszeichen von sich gab. Er bemühte sich um den Patienten und machte Wiederbelebungsversuche, die er bei der Ankunft in Spandau fortsetzte. Seine Bemühungen waren auch von einigem Erfolg begleitet, indes mußte der augenscheinlich schwer kranke Passagier doch in das Spandauer Krankenhaus gebracht werden. Dem Vernehmen nach ist dieser gleichfalls ein Berliner Arzt; er soll an einer akuten Cocainvergiftung infolge zweier Einspritzungen erkrankt sein, die er sich wegen einer sehr schmerzhaften Handwunde beigebracht hatte.

Die ermordete Dachdeckerfrau Clara Rühlicke aus der Gleditschstr. 7 ist gestern, Sonnabend, nachmittag auf dem Schöneberger Friedhof an der Maxstraße zur letzten Ruhe bestattet worden.

Feuermelder. Das Polizeipräsidium ersucht uns, darauf hinweisen zu wollen, daß das beste Mittel zur Verhinderung gefährlicher Ausdehnung eines Schadenfeuers das sofortige Herbeirufen der Feuerwehr ist. Zu diesem Zwecke sind zahlreiche öffentliche Feuermelder in Berlin aufgestellt und an den Straßenkandelabern der Straßenecken weiße Richtungspfeile angebracht worden, die den nächsten Weg zu ihnen weisen. Außer diesen Straßen-Feuermeldern befinden sich in einzelnen Gebäuden Privat-Feuermelder, die bei Gefahr ebenfalls von jedermann benutzt werden dürfen. Ferner bietet jedes Polizeirevier-Bureau die Möglichkeit zur telegraphischen Herantrufung der Feuerwehr, endlich kann die Feuerwehr auch durch das Telephon benachrichtigt werden, die dafür erforderlichen Angaben findet man in dem amtlichen Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen. Jeder Einwohner Berlins wird gut thun, sich rechtzeitig vorher darüber Klarheit zu verschaffen, auf welchem Wege er im Falle der Not die Feuerwehr am schnellsten herbeirufen kann.

Der Schriftsteller M. Harden wurde, nachdem er die ihm von der Berliner Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zuerkannte sechsmonatige Festungshaft verbüßt hat, gestern aus der Festung Weichselmünde entlassen. Mit ihm zugleich hat Justizrat Dr. Sello nach Verbüßung der ihm wegen Herausforderung des Staatsanwaltschaftsrates Braut zum Zweikampfe auferlegten Festungshaft von vier Wochen Weichselmünde verlassen.

Von der Mord- und Einbrecherbande Stern und Genossen ist in der Nacht zu gestern ein viertes Mitglied festgenommen worden. Wie wir mitteilten, wurden am 9. d. M. zwei Einbrecher überrascht, als sie in der Niederwallstr. 27 den Cigarettenladen von Brundzky ausplünderten. Einer der Spitzbuben wurde sofort ergriffen und später als „Bäcker-Otto", als jener Otto Oelze erkannt, der zweimal aus der Untersuchungshaft entlassen worden war; der zweite Einbrecher entkam, nur einen Hut ließ er am Thatorte zurück. In der vergangenen Nacht erwischte die Polizei den Burschen, der nach der Festnahme seiner Komplicen auf eigne Faust weiter arbeitete, als er in der Schwartzkopffstraße einen Einbruch versuchte. Der Verhaftete ist ein junger Bursche Namens Thiele.

Durch einen elektrischen Strom schwer gefährdet wurde gestern, Sonnabendvormittag, der Arbeiter Bielke aus der Wilmersdorferstraße 26 zu Charlottenburg. In dem Hause Berlinerstraße 46 zu Charlottenburg, an der Ecke der Cauerstraße, werden Bodenräume zu einer Wohnung umgearbeitet. Aus dem Keller sollte nun ein Leitungsdraht des Fahrstuhls, der elektrisch betrieben wird, an einer Schnur emporgezogen werden. Bielke, der hiermit beschäftigt war, faßte jedoch nicht die Schnur, sondern den Draht selbst an und erhielt, da der Strom nicht abgestellt war, heftige Schläge. In der Aufregung verschlimmerte er seine Lage noch dadurch, daß er mit der rechten Hand eine Stange des eisernen Vorgartengitters faßte, während er mit der Linken den Draht festhielt. Laut schreiend und sich vor Schmerzen krümmend stand er nun hilflos da. Niemand wußte ihm zu helfen, bis der Straßenbahnarbeiter Biermann und der Straßenreiniger Ludwig ihm beisprangen. Diese faßten ihn und rissen ihn von der Leitung und dem Gartenzaun los. Sie erhielten dabei einen starken elektrischen Schlag, blieben aber unversehrt. Bielke brach zunächst zusammen, konnte sich aber bald wieder erheben. Er hat sich beide Hände verbrannt und klagt über Schmerzen im Kreuz.

Das Berliner Aquarium, dessen Tierbestände sich jetzt durch außerordentliche Reichhaltigkeit und Seltenheiten auszeichnen, wurde dieser Tage auch vom Prinzen Tschun besucht. Der ostasiatische Gast machte kein Hehl daraus, daß ihn unter allen Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt das Aquarium ganz besonders interessiere. Neben dem herrlichen, z. B. durch den genialen Meister W. Lüer geschaffenen Bauwerk an sich fesselten den hohen Besucher in erster Linie die in solcher vielgestaltigen und farbenbunten Besetzung nirgend wo anders zu findenden Seewasserbecken, und der Prinz konnte sich von ihrem Anblick nicht eher trennen, als bis seine Begleiter ihn wiederholt darauf aufmerksam machten, daß die anderweitig getroffenen Dispositionen ein längeres Verweilen nicht gestatteten. Betreffs der neu eingetroffenen Meeresbewohner sei heute nur dreierlei hervorgehoben: Zunächst ist die „Lummen-Kolonie" um zwei Stück dieses für ein binnenländisches Aquarium höchst wertvollen Tauchervogels bereichert worden, sodann hat die Firma G. A. Rady-Berlin durch Ueberweisung einer beträchtlichen Anzahl Austern aus drei verschiedenen Stämmen die „Austernbank" des Aquariums erweitert und endlich ist eine Sammlung prächtiger Quallen angekommen.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin teilen uns mit, daß die neue, sechste kaufmännische Fortbildungsschule am 8. Oktober in den Räumen der dritten Realschule, Steglitzerstraße 8a, eröffnet wird. An diesem Tage beginnt das Wintersemester auch an den übrigen Fortbildungsschulen. Die Aeltesten weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Lehrherren bei 150 M. Geldstrafe verpflichtet sind, ihre Angestellten unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschule anzuhalten.

In der zahnärztlichen Klinik der Schönhauser Vorstadt werden während des kommenden Wintersemesters die Sprechstunden wochentäglich von 10—4 Uhr abgehalten. Unbemittelte Zahn- und Mundkranke werden unentgeltlich behandelt, für andre Verrichtungen werden nur die Auslagen berechnet. Die Klinik befindet sich in den bisherigen Räumen, Schönhauser-Allee 177, I. Hof Seitenflügel.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15. Heute abend 7 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, Vortrag des Schriftstellers Dr. Steiner über: Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich? Der Unterricht beginnt Mitte Oktober. 14. Oktober Geschichte. 15. Oktober Naturerkenntnis. 17. Oktober Nationalökonomie. 18. Oktober Redeübung. (Näheres siehe im Lehrplan unter Inseraten in gestriger Nummer.) Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Aus den Nachbarorten.

Aus Lichtenberg wird uns berichtet: Die Klage gegen die Beanstandung des Beschlusses vom 25. April d. J. wegen Absendung einer Petition gegen die Erhöhung der Kornzölle wurde von der Gemeindevertretung im August beschlossen. Der Gemeindevorsteher teilt der Vertretung nun mit, daß die „Frist" verstrichen und der Beschluß dadurch gegenstandslos geworden sei!! Auf Anregung aus der Mitte der Vertretung wird demnächst eine Petition an Reichstag und Bundesrat, gerichtet auf Abschluß langfristiger Handelsverträge, Gegenstand der Verhandlung sein. Zur Beschaffung einer mechanischen Leiter für die freiwillige Feuerwehr sind 4000 M. bewilligt, zuzüglich des Ertrages einer „Kollekte", die im Kreise der Fabrikbesitzer und Versicherungsgesellschaften vorgenommen war und etwa 3000 M. ergeben hat. Einer Anregung der Socialdemokraten, den Kindern, die aus der Kolonie Wilhelmsberg die Lichtenberger Gemeindeschule besuchen müssen, während der Schulstunden trockenes Schuhwerk auf Kosten der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, wurde nicht widersprochen, und diese Anregung wird demnächst, ebenso wie die Frage der Herstellung eines gesicherten Fahrweges von Wilhelmsberg nach Lichtenberg, Gegenstand der Verhandlung sein. Die Regierung hat auch dem Gemeindevorstand von Lichtenberg den bekannten Erlaß zugehen lassen, wonach laufende Beihilfe zu den Schullasten an die Vorortsgemeinde nicht mehr gewährt werden. Im Hinblick auf die großen Aufwendungen, die Lichtenberg machen muß, wurden aber 10 000 M. als einmalige Beihilfe zur Verfügung gestellt.

In Zukunft sollen erkrankte Gemeinde-Angehörige nicht mehr durch einen Möbelwagen den Berliner Krankenhäusern zugeführt werden, vielmehr soll ein durch ein Privat-Institut gestellter Krankenwagen dazu benutzt werden. Wie diese Sache, so regten die Socialdemokraten auch die Krankenhausbaufrage wieder an. Ein geeignetes Desinfektionsverfahren im größeren Maße soll demnächst zur Anwendung kommen.

Ein Mädchen-Realgymnasium für Schöneberg. Die Schöneberger Schuldeputation beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Antrage des Leiters der Schöneberger städtischen höheren Mädchenschule, Prof. Dr. Schmidt, in Verbindung mit dieser Schule ein Realgymnasium für Mädchen zu errichten. Die Schulform soll sich dem System der aus Gymnasium und Realschule bestehenden Hohenzollernschule (Reformgymnasium) insofern anschließen, als vorgeschlagen wird, auf einem gemeinschaftlichen Unterbau von vier oder fünf Klassen eine Gabelung eintreten zu lassen, so daß in der Oberstufe neben den Klassen der höheren Mädchenschule Gymnasialklassen bestehen würden.

Aus Steglitz wird uns gemeldet: Gestern zeigten wir, wie fest die Hausbesitzermehrheit in der Gemeindevertretung der Regierung entgegentritt, wenn diese sich gestattet, der Gemeinde in der Grund- und Bodenfrage sowie in Sachen der Wohnungsnot gesunde Bahnen zu weisen. Weniger steifnackig gegenüber der Regierung hat sich jedoch die Gemeindeverwaltung in Sachen des Einspruchs der Gemeinde gegen einzelne Punkte des Teltowkanal-Projekts erwiesen. Es handelt sich um die Forderung der Fortsetzung der unterbrochenen Straßenzüge durch Anlage von Parallelstraßen längs des Kanals, Anlage der Brücken in Straßenbreite, wo das Projekt nur eine Breite von 7,6 Meter für den Fahrdamm vorsieht, Verflachung der steilen Anrampungen zu den Brücken u. a. m. Alle Einwendungen der Gemeinde hat die Regierung, zum Teil ohne sie einer Begründung zu würdigen, in Bausch und Bogen abgelehnt und die freisinnigen Mannesseelen, die noch vor Jahresfrist mit flammenden Protesten und Eingaben gegen das Kanalprojekt zu Felde zogen, ducken sich, „weil der Kampf doch von vornherein aussichtslos sei".

An ein Schildbürgerstückchen erinnert ein Vorkommnis, das allerdings der früheren Gemeindevertretung zur Last fällt. Zum Zweck der Müllabfuhr für die Gemeinde wurde von einem findigen Kopf ein besonderer Wagen konstruiert, von einer Kommission begutachtet und seiner Zeit von der Gemeinde für den Preis von 700 M. in Auftrag gegeben. Als jedoch der Wagen

fertig war, entdeckten die Gemeindeväter, die ihr Mandat offenbar nicht nur ihrer Weisheit, sondern, entsprechend der Klassenwahl, auch ihrem Besitz verdankten, daß der Wagen für den beabsichtigten Zweck unbrauchbar war, weil er schon in leerem Zustand für eine gewöhnliche Bespannung zu schwer war! Neuerdings ist es erst gelungen, das Monstrum für 250 M. anderweitig unterzubringen.

Aus Friedrichsfelde schreibt man uns: Laut Verfügung des Landrats wurde auch hier von der Gemeindevertretung eine Gesundheitskommission gewählt, bestehend aus einem Arzt, einem Baufachverständigen und sechs andren Mitgliedern. So leicht wie bei der Wahl über diese Sache hinweggegangen wurde, so leicht scheinen es auch die Mitglieder mit ihrem Amt zu nehmen. Bisher hat man nämlich noch nichts von irgend welchen Revisionen oder Maßnahmen vernommen. Die Mitglieder der Kommission sind durchweg Hausbesitzer und Rentiers, also kann man von ihren Werken Verbesserung in gesundheitlicher Beziehung kaum erwarten. Einen Mieter in diese Kommission zu wählen hat man wohlweislich unterlassen. — Während in Karlshorst infolge der enorm hohen Mieten noch viele Wohnungen leer stehen, herrscht hier eine Wohnungsnot wie noch nie vorher. Um die Obdachlosen am 1. Oktober unterzubringen, hat die Gemeindeverwaltung bisherigen Insassen des Armenhauses mit dem Strafgesetz gedroht, falls sie sich keine anderweitige Wohnung beschaffen. Ein billigeres Mittel, der Wohnungsnot abzuhelfen, kann es wahrlich nicht geben; geholfen soll es aber auch noch nicht haben. — Der Mangel an Lungenheilstätten hat unsrer Gemeindekasse eine Ausgabe erspart. Wurde da vor gut drei Monaten einem hiesigen Gemeindebeamten ein Zuschuß bewilligt, damit er seine lungenkranke Frau in eine Heilanstalt schaffe. Trotz aller Bemühungen erhielt der Mann überall ablehnenden oder gar keinen Bescheid. — Ueber großen Wildschaden klagen die Landbesitzer und Pächter; einige beabsichtigen gegen den jagdberechtigten Rittergutsbesitzer Landrat v. Treskow klagbar zu werden.

Die allgemeine Einführung des Haushaltungsunterrichts an den Charlottenburger Gemeindeschulen ist von dem dortigen Magistrat beschlossen worden. Haushaltungsunterricht wird seit anderthalb Jahren in Charlottenburg an mehreren Mädchenschulen erteilt, doch handelte es sich bisher nur um einen Versuch. Nunmehr sollen sämtliche Schülerinnen der höheren Klassen der Gemeindeschulen an dem Haushaltungsunterricht teilnehmen. Hierzu ist die Bereitstellung besonderer Räume erforderlich. Die Bewilligung der Mittel ist vom Magistrat zum Gegenstand einer besonderen Vorlage gemacht worden, die der Stadtverordneten-Versammlung in einer der nächsten Sitzungen zugehen wird.

Verlorene Konsummarken. Der Arbeiter Schmoldt verlor auf dem Wege von Karlsgartenstraße bis Ziethenstraße, Rixdorf, beim Kohlenabfahren Quittungsmarken im Werte von 121,55 M. Da dieselben für den eventl. Finder wertlos sind, so wird ersucht, dieselben gegen Erstattung von Unkosten an den Konsum-Verein Berlin-Rixdorf abzuliefern.

Schwer verunglückt ist auf dem Bahnhof Charlottenburg der Magazin-Assistent bei der städtischen Gasanstalts-Verwaltung in Charlottenburg, Bernhard Scheibig. Er war in einem Nordringzuge auf dem genannten Bahnhof angekommen. Während der Zug noch in der Fahrt war, öffnete er aus Versehen die dem Bahnsteig entgegengesetzte Wagenthür und sprang vom Trittbrett ab. Er prallte gegen das die Schienengeleise trennende Drahtgitter, kam zu Fall und der noch nicht ganz zum Stehen gebrachte Zug fuhr ihm am Unterschenkel den linken Fuß ab. Der Unfall war von niemand bemerkt worden und erst als der Zug wieder abgefahren war, sah man den Schwerverletzten. Herr Scheibig wurde in das städtische Krankenhaus in Charlottenburg gebracht, wo die Aerzte zu einer Amputation des zerschmetterten Unterschenkels schreiten mußten.

Litterarisches.

Auf dem Gebiete der billigen Unterhaltungslitteratur zeigen die uns eben zugegangenen Zehnpfennig-Hefte 34—38 der von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegebenen Illustrierten Romanbibliothek **„In Freien Stunden"** wiederum, daß sie sowohl in Bezug auf Inhalt wie Illustration für Arbeiterkreise bestens empfohlen werden können. Sie enthalten die Fortsetzung der Romane „Die Islandfischer" und „Dombey und Sohn" und wir raten unsren Lesern, Probehefte, die zum Zweck des Nachbezuges durch jeden Kolporteur zu beziehen sind, zu verlangen und sich selbst von der Güte dieser Romanbibliothek zu überzeugen. Alle Hefte des laufenden Jahrganges von 1 an mit dem Beginn des Dickensschen Romans „Dombey" können noch nachbezogen werden, ebenso von Heft 27 an, worin die „Islandfischer" ihren Anfang nehmen.

Vermischtes.

Die Gründe des Unterganges der „Cobra", des englischen Torpedozerstörers, bilden den Gegenstand eines umfangreichen Streites unter den Fachleuten. Nach den Aussagen von Zeugen ist das Schiff nicht aufgelaufen, es hatte vielmehr zwölf Faden Wasser. Auch eine Explosion hat nicht stattgefunden. Vielmehr ist das Schiff bei mittlerer Fahrgeschwindigkeit anscheinend mitten entzweigebrochen. Man ist in London empört, daß bei der sechsunddreißigstündigen Ueberfahrt nur ein Offizier und kein Lotse an Bord war.

Ueber die Eisenbahn-Katastrophe in Rumänien meldet man noch aus Bukarest: Bezüglich des Zusammenstoßes des Verciorovaer Schnellzuges mit dem Petroleumgüterzug bei der Station Palota, nächst Turnuseverin, konnte die genaue Todesliste noch nicht fixiert werden. Bisher sind neun Tote und fünf Verwundete ermittelt. Man vermutet, daß noch weitere Tote unter den Trümmern liegen. Alle Waggons des Schnellzugs, sieben an der Zahl, entgleisten. Der Güterzug, der aus 14 Waggons bestand, ist gleichfalls entgleist. Der Schnellzug wurde durch das ausgelaufene Petroleum, das Feuer fing, in Brand gesetzt. Ein Teil der Post ist gerettet. Der Schaden wird auf eine Viertelmillion Kronen geschätzt.

Ein östliches Kulturbild. Wegen eines Aktes mittelalterlicher Justiz, so schreibt die „Wiener Arb.-Ztg.", hatten sich am Montag der Bürgermeister von Arbora (Bukowina), Theodor Iremescu, und die beiden Gemeindediener Todosi Rustic und Wasilie Illiessi unter der Anklage des Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt vor dem Schwurgericht in Suczawa zu verantworten. Die beiden Bauernburschen Damian und Wasilie Buliga waren nämlich beim Diebstahl einer Gans betreten worden. Sie wurden in die Gemeindekaserne gebracht, wo der Wachtmeister Sawu den Auftrag gab, die beiden Burschen in der ganzen Stadt an den Pranger zu stellen, nämlich in der Weise, daß die beiden aneinander gebunden und an einem Seile unter Trommelschlag durch alle Gassen geführt und auf den öffentlichen Plätzen mit lauter Stimme als Diebe ausgerufen werden sollten. Mit der Ausführung dieses Auftrages wurde der Bürgermeister betraut, der wieder die beiden Gemeindediener anwies, den Auftrag des Gendarmerie-Wachtmeisters gewissenhaft auszuführen. So wurden denn die beiden Burschen aneinander gefesselt und an einem langen Seile von einem der Gemeindediener durch die Straßen gezogen, während der andre Gemeindediener den Trommelschlag und das „Ausrufen" besorgte. Gendarmerie-Wachtmeister Sawu wurde wegen dieser seiner Prangerjustiz zu sechs Wochen verschärften Kerkers verurteilt. Der Bürgermeister aber und seine beiden Gemeindediener hatten sich, weil sie den Auftrag des Gendarmerie-Wachtmeisters ausgeführt hatten, vor dem Kriegsgericht Suczawa als Schwurgericht wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu verantworten. Der Bürgermeister erklärte, er habe den Auftrag ausgeführt, weil er der Gendarmerie gehorchen müsse; die Gemeindediener erklärten, dem Bürgermeister Gehorsam schuldig zu sein. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung der Angeklagten, da eine solche Prangerstellung, die nur in China, aber nicht bei uns im 20. Jahrhundert für möglich gehalten werden sollte, nicht ungesühnt bleiben dürfe. Die Verteidiger wiesen darauf hin, daß der Bürgermeister, der nicht lesen und schreiben könne, von dem man daher keine Gesetzeskenntnisse voraussetzen dürfe, sich durch den Auftrag des Gendarmerie-Wachtmeisters für gebunden erachten mußte. Die Bauern auf dem Lande stehen unter dem Druck der Gendarmerie und gehorchen ihr blindlings. In der That verneinten die Geschworenen die Schuldfragen, so daß die Angeklagten freigesprochen wurden.

Von einem großartigen Naturereignisse, das leider große Opfer an Menschenleben und Werten forderte, ist kürzlich die russische Stadt Nowo-Alexandrowskaja in der Nordebene des Kaukasus heimgesucht worden. Zu abendlicher Stunde näherte sich dem Orte eine ungeheure Wasserhose, einer riesigen vorwärtsschreitenden Wand vergleichbar. Die Inhaber der Verkaufsläden begannen entsetzt die Thüren zu schließen und ihre Waren zu bergen, als auch schon die Riesenwoge alles, was sich ihr in den Weg stellte, unter sich begrabend, mit donnerähnlichem Krachen über sie hereinbrach. Der Strom des Wassers riß sofort mehrere Magazine um und erreichte Manneshöhe. Eine Armenierin wurde samt dem Dache, auf dem sie sich befand, eine ganze Meile mit fortgeschwemmt und kam in den Fluten um. Die steinerne Brücke wurde in wenigen Minuten fortgerissen. Der angerichtete Schaden ist ungeheuer; viele Einwohner des Ortes sind an den Bettelstab gebracht worden.

Marktpreise von Berlin am 20. September 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut	D.-Ctr.	—,—	—,—	Kartoffeln, neue,	D.-Ctr.	8,—	5,—
„ mittel	„	—,—	—,—	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,70	1,20
„ gering	„	—,—	—,—	do. Bauch	„	1,30	1,—
†Roggen, gut	„	13,80	13,78	Schweinefleisch	„	1,60	1,30
„ mittel	„	13,76	13,74	Kalbfleisch	„	1,70	1,10
„ gering	„	13,72	13,70	Hammelfleisch	„	1,60	1,20
*Gerste, gut	„	14,80	14,10	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	14,—	13,30	Eier	60 Stück	4,40	2,40
„ gering	„	13,20	12,50	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*Hafer, gut	„	16,10	15,30	Aale	„	2,60	1,20
„ mittel	„	15,20	14,40	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,30	13,60	Hechte	„	2,20	1,—
Richtstroh	„	7,16	6,82	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,—	5,80	Schleie	„	2,40	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse	per Schock	16,—	2,50
Linsen	„	60,—	30,—				

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 21. September. Getreide war heute im ganzen und großen behauptet. Amerika sandte eine Kleinigkeit höhere Preise; auch Oestreich-Ungarn zeigte eine Besserung um 1—2 Heller. Der Verkehr war bei uns ein sehr kleiner, und das Angebot fehlte aus dem Inlande fast gänzlich. Für Weizen waren die Lieferungspreise etwas besser und ½ bis ¾ M. höher. Dagegen stellten sich die Notierungen für Roggen etwas niedriger als gestern. Wie in der letzten Zeit fehlte nordrussisches Angebot und die Preise für südrussischen Roggen sind immer noch unrentabel. Mehl war gut behauptet. Von Futterartikeln lag Hafer sehr still, Mais unverändert; notiert wurde amerikanischer Mixed 142—143 M., La Plata 126 bis 127 M. Rüböl unverändert und sehr still.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 21. September 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 4614 Rinder, 915 Kälber, 11 501 Schafe, 7564 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 64—68, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 58—63; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 51—54; d) gering genährte jeden Alters 49—50. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 58—62; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 53—57; c) gering genährte 45—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 52—54; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 49—50; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44—48; e) gering genährte Kühe und Färsen 38—42. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 70—72, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 66—68, c) geringe Saugkälber 58—62, d) ältere, gering genährte (Fresser) 35—42. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 65—68, b) ältere Masthammel 60—64, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 51—57, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 24—32. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer, 61—62; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 63—64; c) fleischige 57—60; d) gering entwickelte 54—56; e) Sauen 57—59. Für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelte sich außer bei ganz guter Ware gedrückt und schleppend ab und hinterläßt Ueberstand. Der Kälberhandel gestaltete sich fest, aber langsam. Bei den Schafen war der Geschäftsgang langsam, es bleibt erheblicher Ueberstand, hauptsächlich in geringer Ware. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

A. O. Um in Berlin Hebamme zu werden, meldet man sich beim Bezirksphysikus Schulz am Tempelhofer Ufer 29; Frauen aus dem Regierungsbezirk Potsdam melden sich bei ihrem Kreisphysikus. Diese erste Meldung geschieht zum Zwecke der Vorprüfung und Untersuchung. Hierauf haben die Frauen beim Polizeipräsidenten und die aus dem Regierungsbezirk Potsdam beim Regierungspräsidenten ein Gesuch um Zulassung zur Ausbildung einzureichen. Sodann erhalten sie Bescheid, ob sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersteren Fall zu dem Kursus einberufen, der jährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charité abgehalten wird. Während der Zeit ihrer Ausbildung müssen die Frauen in der Charité wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in Preußen zur Ausbildung nicht zugelassen.

P. S., Rixdorf. Die Civilliste des Königs von Preußen beträgt 16 Millionen Mark jährlich, als Deutscher Kaiser erhält er kein Gehalt. Ueber den Gesundheitszustand der Kinder des Kaisers und des Prinzen Heinrich sind wir nicht unterrichtet.

P. W. 75. Die „Vakanzenliste für Militäranwärter" abonniert man bei der Post, sie kostet 50 Pf. pro Quartal.

Thaler. Ist uns leider unbekannt.

Zimmermann. Für Sie dürfte sich die Fachschule für Maurer und Zimmerer, Stallschreiberstr. 54a, empfehlen. Meldungen beim Rektor Horst daselbst. Für die Ausbildung von Bauhandwerkern und Bauhandwerksmeistern in der Theorie, im Zeichnen und Projektieren besteht ferner die Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141. Die Schule hat vier aufsteigende Klassen mit halbjährigem Kursus. Das Schulgeld beträgt halbjährlich 100 M. Es sind halbe und ganze Freistellen vorhanden.

3. U. Eine deutsche Lohnstatistik existiert leider noch nicht. Einzelangaben, die Ihren Zwecken dienlich sein könnten, finden Sie außer in den von Ihnen bereits genannten Schriften noch in dem umfangreichen vierbändigen Werk „Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Oesterreich", das als ein Teil der Schriften des Vereins für Socialpolitik im Verlage von Duncker u. Humblot in Leipzig erschienen ist. Dann nennen wir Ihnen noch die Broschüren: 1. Die Lage der Arbeiter in der Sächsischen Oberlausitz. Von Edmund Fischer. Verlag von Otto Burkholdt in Zittau. 2. Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer, Berliner Arbeiterbibliothek VI. 3. Das Sweatingssystem in der deutschen Konfektionsindustrie. Von Johann Timm. Verlag von Fr. Holzhäuser in Flensburg. 4. Bebel, Hofgängerleben in Mecklenburg. Die Schriften können Sie wahrscheinlich noch durch die Buchhandlung Vorwärts beziehen, eventuell in der Bibliothek Alexandrinenstr. 26. Die deutsche Kriminalstatistik existiert seit 1882.

Reinickendorf. 1. und 2. Besuch ist nur auf vorheriges Gesuch zu der von der Gefängnisverwaltung angegebenen Zeit zulässig. In der Regel wird nur einmal monatlich Besuch bewilligt. 3. Nein. 4. Das läßt sich nicht im voraus sagen. — **J. St. 99.** 1. Schlafstelleninhaber, Chambregarnisten usw. sind bis am Fünfzehnten zum Ersten, nicht umgekehrt zu kündigen und haben auch das gleiche Kündigungsrecht. Sind andre Vereinbarungen getroffen, so gelten diese. 2. Von Hohenzollern. — **D. 1039.** 1. Nur was vereinbart ist, gilt. 2. Teilen Sie dem Wirt mit, daß Sie mit der Aenderung des Vertrages nicht einverstanden sind. Er hat kein Recht, einseitig den Vertrag zu ändern. — **Roth.** Aber! Wie überall an die Druckerei, also an die Firma. — **W. W., Dresdenerstraße.** Nein. **E. L.** 1. Die Verjährungsfrist richtet sich danach, woraus die Forderung entstanden ist (aus Darlehn? aus einem Mietsvertrag? aus einem Arbeitsvertrag? und dergleichen). Eine Angabe hierüber fehlt Ihrer Anfrage. 2. Sie müssen am Ersten die Wohnung geräumt haben. — **O. Ehlert.** Der Wirt ist im Recht: Sie müssen das aus Versehen Mitgenommene zurückbringen. — **K. H. 59.** Bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not muß ein von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter Aufgeforderter Hilfe leisten, wenn er der Aufforderung ohne erheblicher eigner Gefahr genügen kann. Sonst kann er mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bis 6 Wochen bestraft werden. — **W. Hä., Kopenhagenerstraße.** Nein. — **L. 14.** Wenden Sie sich an einen hiesigen Kutscher — **H. S. 100., A. Sch.** Nein. — **H. Sch. 1901.** Sie haben kein Recht auf Zahlung, weil Sie den Vertrag mit einem Minderjährigen geschlossen haben. — **M. H. Rixdorf.** Die zur Begründung und Abwickelung der Rechtsverhältnisse zwischen den Versicherungsanstalten und den Versicherten notwendigen Verhandlungen und Urkunden — hierher gehört auch die Heiratsurkunde bei den Anträgen auf Rückerstattung — sind gebühren- und stempelfrei. Heiratsurkunden zu andren Zwecken kosten 50 Pf. Das Gesuch um Rückerstattung findet in der Regel vor zwei Monaten nicht seine Erledigung: die Versicherungsanstalt hat die von der Antragstellerin angeführten Thatsachen zu prüfen und kann ihr die Urkunden nach rechtskräftiger Entscheidung über ihren Anspruch zurückgeben. Die für die Versicherungsanstalt ausgestellten Urkunden sind für andre Zwecke nicht zu verwenden. — **Empor.** 1. und 2.: Nein. — **P. K.** Unbedeutende körperliche Fehler. — **A. E. 9.** Sie müssen Ihren Anspruch gegen den Luftschiffer im Civilwege beim Amtsgericht, und wenn Ihr Schaden 300 Mark übersteigt, beim Landgericht einklagen. — **Greifenhagenerstraße.** Nein. — **Pfandrecht.** 1. Sie können die Sachen öffentlich versteigern lassen. Lohnt der Wert der Sachen dies nicht, so hätten Sie die Sachen nicht in Pfand nehmen oder ausmachen sollen, daß Sie ohne öffentliche Versteigerung die Sachen verkaufen dürfen. Der Weg, wie sie ohne Klage die Sachen öffentlich versteigern lassen können, ist S. 205, 206 des Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch, der dem „Arbeiterrecht" beigefügt ist, angegeben. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **N. St. 23.** 1. In jedem Fall von Krankheit kann Steuererlaß beantragt werden. 2. Ja, aber die früheren Wochen sind verfallen, weil zwei Jahre lang nichts geleistet war. Selbstversicherung ist für die noch nicht 40 Jahre alten Hausgewerbetreibenden zulässig. (S. 303 des „Arbeiterrechts".) — **M. G. 27.** Solange Ihrerseits eine Austrittserklärung nicht erfolgt ist, gelten Sie als Mitglied der Religionsgemeinschaft, der Ihr Vater durch Geburt zugerechnet wurde. Die Austrittserklärung Ihres Vaters ändert hieran nichts. — **Alex H.** Ist im Vertrage nichts Gegenteiliges vereinbart, so ist der Wirt und nicht der Mieter verpflichtet, die Mietsräume während der Mietszeit in einem dem vertragsmäßigen Gebrauch entsprechenden Zustand zu erhalten, beispielsweise also zerrissene Jalousien in Ordnung bringen zu lassen. Lehnt er dies, auch nachdem ihm eine Frist zur Herstellung gestellt ist, ab oder war schleunige Reparatur erforderlich und durch den Mieter herbeigeführt, so kann der Mieter den verauslagten Betrag einklagen. Zum Abzug von der Miete ist in der Regel nicht zu raten, weil in der Regel in den Mietsverträgen das Anrechnungsrecht aufgehoben und für den Fall nicht vollständiger Mietszahlung Exmission vereinbart ist. — **Konkurs.** Ja. Die Klage ist gegen den Konkursverwalter zu richten. Was Sie bis zum 1. Oktober verdient haben, ist abzuziehen. — **O. M. 68.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **M. W. 77.** Nein — **J. K. S.** Sie können auf Alimentation gegen Ihren Mann klagen. Die Klage können Sie Grunerstr. 1, Anmeldestube, zu Protokoll erklären. Eine Ehescheidungsklage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Ihr muß ein Sühnetermin, dessen Vornahme Sie gleichfalls auf der Anmeldestube zu erklären können, vorausgehen. — **J. H. Altona.** Nein. Aber es kann die Ausweisung eines Ausländers ohne Grund, weil der Ausländer „lästig" gefallen sei, verfügt werden. Reklamationen auf Ausweisung in den Fällen, in denen die Militärpflicht nicht erfüllt ist, erfolgen in der Regel nicht. — **Rechtswissenschaft.** Die von Ihnen erwähnte Zeitschrift ist nicht empfehlenswert. Erhalten können Sie dieselbe durch jede Buchhandlung.

Witterungsübersicht vom 21. September 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	761	SSO	4	wolkenl	13	Haparanda	761	Still		bld.bed	11
Hamburg	757	OSO	3	wolkig	14	Petersburg	765	W	1	Nebel	13
Berlin	760	SO	2	wolkenl	13	Cork	744	W	3	heiter	15
Frankf./M.	756	ONO	1	wolkenl	15	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	759	SO	3	wolkenl	13	Paris	752	SO	2	bedeckt	16
Wien	761	SSO	1	bld.bed.	13						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 22. September 1901.
Nachts etwas kühler und nebelig, am Tage warm, meist heiter und trocken bei mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wochen-Spielplan.	Sonntag 22.	Montag 23.	Dienstag 24.	Mittwoch 25.	Donnerstag 26.	Freitag 27.	Sonnabend 28.	Sonntag 29.
Opernhaus	Samson und Dalila	Der Ring des Nibelungen Siegfried	Figaros Hochzeit	D. Ring d. Nibel. Götterdämmerung	Aida	Der Barbier von Bagdad Aschenbrödel	Die Zauberflöte	Die verkaufte Braut Aschenbrödel
Königl. Schauspielh.	Der Revisor	Das Leben ein Traum	Weh' dem, der lügt	Mädel sei schlau Hochzeitstag	Weh' dem, der lügt	Der Revisor	Der kommende Mann	Der kommende Mann
Neues Königliches Opern-Th.	Die Fledermaus	Die Fledermaus	Die Fledermaus	Mamsell Angot	Mamsell Angot	Die Fledermaus	Die Fledermaus	Mamsell Angot
Schiller-Theater	Heimat	Heimat	Heimat	Heimat	Die Kronprätendenten	Jugend	Jugend	Heimat Nachm.: Wilhelm Tell
Deutsches Theater	Rosenmontag	Die Weber	Rosenmontag	Nora	Johannes	Die Macht der Finsternis	Die Hoffnung	Die Hoffnung Nm.: Cyrano von Bergerac
Berliner Theater.	Die Goldgrube	Ueber unsre Kraft I	Die Goldgrube	Ueber unsre Kraft II	Die Goldgrube	Ueber unsre Kraft II	Die Goldgrube	Die Goldgrube
Lessing-Theater	Haus Rosenhagen	Haus Rosenhagen	Die Zwillingsschwester	Haus Rosenhagen	Haus Rosenhagen	Haus Rosenhagen	Flachsmann als Erzieher	Haus Rosenhagen
Theater des Westens	Die Debutantin	Der Waffenschmied	Die Debutantin	Zar und Zimmermann	Der Bettelstudent	Die Debutantin	Martha	Die Debutantin Nm.: Undine
Luisen-Theater	Der Mann im Monde	Der Mann im Monde	Maria Stuart	Die Leibrente	Der Mann im Monde	Der Verschwender	Der Goldbauer	D. Verschwender Nachm.: Der Goldbauer

Ständiges Repertoire: **Neues Königl. Opern-Theater (Kroll).** (Im Trianon-Theater): Alle Abende: Lebende Lieder. — **Residenz-Theater.** Alle Abende: Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. — **Neues Theater.** Alle Abende: Das ewig Weibliche. Nur Dienstag: Gespenster. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Alle Abende: Die Landstreicher. — **Central-Theater.** Alle Abende: Grosse Grosuá. — **Thalia-Theater.** Alle Abende: Ein tolles Geschäft. — **Metropol-Theater.** Alle Abende: Schön war's doch! — **Secessionsbühne.** Alle Abende: Detlev von Liliencrons Buntes Brettl. — **Belle-Alliance-Theater.** Alle Abende: Talolo. — **Carl Weiß-Theater.** Alle Abende: Berliner Rangen. — **Urania.** Taubenstr. 48/49. Sonntag: Mittelmeerfahrten. Von Montag an alle Abende: Ueber den Wolken. — **Apollo-Theater.** Frau Luna. Specialitäten. — **Casino-Theater.** Berlin N—Berlin W. Specialitäten.

Waarenhaus Hermann Tietz.

Ausserordentliche Ausnahme-Preise für den Wohnungs-Wechsel!

Beginn dieses Sonder-Verkaufs

Dienstag, den 24. September,

da **Montag, den 23. September,** geschlossen.

Wir stellen in unseren Abtheilungen: Teppiche, Möbelstoffe, Betten und Bettfedern, Einrichtungs- und Wirthschafts-Artikel besondere Gelegenheits-posten in hervorragend schönen Sortimenten zum Verkauf. Die ganz bedeutend reducirten Preise sind neben den früheren Preisen in deutlich sicht-barer Schrift auf jedem einzelnen Stücke vermerkt.

Auf Wunsch bleiben die gekauften Waaren bis nach erfolgtem Umzug bei uns liegen.

CARL ZOBEL

Berlin SO., Köpnickerstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.

Beste **Herren-** und **Knaben-Moden** der Gegenwart. Auch für sehr korpulente Figuren die reichste Auswahl. Eleganteste Massanfertigung. Werkstatt im Hause. Sehr billige aber feste Preise. Nur prima Arbeit. Prämiirt mit goldenen Medaillen.

Möbel

Solide ✻ Praktisch ✻ Preiswert.

Baar oder **Teilzahlung!**

Keine Ladenmiete,
Geringe Unkosten,
Grosser Umsatz,
daher:
Reelle Waare,
Niedrige Preise,
Coulante Bedingungen.

Wilhelm Misch, Berlin NO.,

Grosse Frankfurterstrasse 45/46, I.

Kein Kaufzwang!

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4

Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im **Einzelverkauf** große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen!
Portieren! Steppdecken!

zu **sehr billigen Preisen** zum

Ausverkauf!!

Einzelne schlerhafte Exemplare für die **Hälfte des Werthes.**

Grösstes Möbel-Kaufhaus

für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf

!! Credit !!

bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus vertheilten Raten
Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000
und mehr auf Teilzahlung

Central-Möbel-Halle

S. Kommandantenstr. 51 Ecke Alexandrinenstr.

Bitte die 7 grossen Schaufenster zu beachten

Neueste Nachricht!

Vollständige Wohnungs-Einrichtung für Mark **250.** [2134G*

Sofas	von Mark 30 an
Bettstellen mit Federboden und Kissen	„ „ 30 „
Plüschgarnituren	„ „ 100 „
Paneelsofas	„ „ 90 „

Eberhardts Möbelfabrik, Berlin O., Holzmarktstr. 21.

Kohlen nach Gewicht

bedeutend billiger als nach Stückzahl und Maß

Heinrich Schneidemühl

Haupt-Comptoir: **NW., Quitzowstr. 109.**

Erste Bezugsquelle für Einkauf nach Gewicht.

Specialität:

Ilse Bergbau-Act.-Ges. | THEYE | Poleyer Werke MARIE Poley

sowie alle Sorten **Brennmaterialien billigst frei Haus.**

Bei Selbstabholung ab Lagerplatz
Bahnhof Moabit, Quitzowstraße 87/88
besondere Preisermäßigung.
Handwagen kostenlos zur Verfügung meiner Abnehmer. [2354L*

Fernsprecher: Amt II No. 84. Mit spec. Preislisten stehe gern zu Diensten.

Eugen Joachims Möbelfabrik

Neue Königstraße 59, nahe Alexanderplatz.

Großer Möbelspeicher. Specialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Teilzahlung unter den coulantesten Bedingungen gestattet, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verliehen gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der teuren Ladenmiete bin ich im stande, nübliche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 150, 200, 300 bis 10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtoilette, Divan mit Sitzauszug 35, Spiegel 6, Muschelkleiderspind 35, Bettstelle mit Matratze 21, Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Nußbaum- und Mahagoni fournierte Kleiderspinde, Vertikows 36 M., Muschelbettstelle mit Sprungfedermatratze 38, elegante Säulentrumeaux 45, Bücherschränke, Salongarnituren 105, Büffetts aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig gebraucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gekaufte Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenlos lagern. [2201G*

Möbel Bartsch.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen **Rudolf Bartsch,** **Oranienstrasse 73,** zwischen Alexandrinenstrasse u. Moritz-Platz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinem extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlenswerte Einkaufsquelle für **Brautleute.** Solide und gediegene Einrichtungen für **200–300–400–500 bis 10 000 Mark** stets zur Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen. **Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus durch eigene Gespanne. Gegr. 1889.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die Krankenversicherung der Hausindustriellen in Berlin.

Wie kürzlich gemeldet wurde, soll endlich die Bestätigung des Ortsstatuts über die Krankenversicherung der in der Hausindustrie beschäftigten Personen erfolgt sein. Damit wäre denn eine Frage zum Abschluß gebracht, die über ein Jahrzehnt die Behörden wie die interessierten Schichten der Bevölkerung beschäftigt hat. Als in den infolge des großen Berliner Konfektionsarbeiter-Streiks veranlaßten Verhandlungen vor dem Gewerbegericht die ganze Tiefe des entsetzlichen Notstands in der Hausindustrie an das Tageslicht kam, da schwelgte die Masse des großen Publikums in Mitleid mit den Aermsten der Enterbten. Ein preußischer Minister erklärte von der Tribüne des Reichstags herab den Streik für gerechtfertigt; das Centrum kündigte gesetzgeberische Maßnahmen an, um das Elend zu beseitigen, und sogar der „Berliner Lokal-Anzeiger" schwang sich dazu auf, hin und wieder seine Spalten den Schilderungen des vorhandenen Elends zu öffnen. Seitdem haben sich die aufgeregten Gemüter längst wieder beruhigt. Natürlich ist nichts geschehen, was die Lage der in der Hausindustrie Beschäftigten bessern könnte, und selbst ein so winziges Reformchen, wie die Zwangsversicherung, hat zu ihrer Durchführung fast eines Jahrzehnts bedurft, trotzdem diese Maßregel von den meisten Kennern der Verhältnisse als notwendig seit langem gefordert wurde.

Schon im Jahre 1895 beantragten die Berliner Armendirektion und 27 Innungs- und Ortskrankenkassen die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die Hausindustriellen auf Grund der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom Jahre 1892; die Armendirektion ging bei ihrem Antrag von der Erwägung aus, daß bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen des größten Teils der Hausindustriellen diese oftmals gezwungen seien, die Hilfe der Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Die dadurch herbeigeführte nicht unerhebliche Belastung der Stadtgemeinde würde zweifellos durch eine Zwangsversicherung bedeutend verringert werden. Die Krankenkassen wurden bei ihrem Antrag durch die Rücksicht auf die finanziellen Nachteile geleitet, die ihnen durch die einander widersprechenden Rechtsauffassungen des Bezirksausschusses und des Ober-Verwaltungsgerichts erwuchsen. Die vorgetragenen Gründe veranlaßten den Magistrat, der Gewerbedeputation den Auftrag zu erteilen, ein Ortsstatut für die Zwangsversicherung der Hausindustriellen auszuarbeiten.

Die Gewerbedeputation hat nach Einholung einer großen Anzahl von Gutachten aus den beteiligten Kreisen in einer ausführlichen, 1896 verfaßten Denkschrift die Notwendigkeit dieser Maßregel dargelegt und auch ein Ortsstatut ausgearbeitet. Sowohl gegen die Zwangsversicherung selbst, wie auch namentlich gegen die darin ausgesprochene Beitragspflicht der Arbeitgeber, die ein Drittel der Beiträge zahlen sollten, erhob der größte Teil der Großkonfektionäre Widerspruch. Magistrat und Stadtverordnete wurden mit Petitionen der einflußreichen Vertreter der verschiedenen Branchen der Konfektion überschüttet und um Ablehnung des Ortsstatuts ersucht. Am 30. Mai 1899 teilte denn auch der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung mit, daß er beschlossen habe, das vorgelegte Statut abzulehnen, die Frage aber nach Ablauf von etwa zwei Jahren wieder in Erwägung zu ziehen. Maßgebend für diesen Beschluß war dem Magistrat die heftige Gegnerschaft gegen den Entwurf; in die widerstreitenden Interessen der beteiligten Kreise wolle er umsoweniger eingreifen, als demnächst eine anderweite gesetzliche Regelung der Materie in Aussicht genommen sei. Die der Versammlung zur Kenntnisnahme überreichte Vorlage wurde auf Antrag der Socialdemokraten einem Ausschuß überwiesen. In diesem Ausschuß wurde nach dem Protokoll von einer Seite ausgeführt,

daß man sich nicht habe überzeugen können, daß die Versicherung der Hausindustriellen äußerst nötig sei. Der Arbeitnehmer solle immer mehr entlastet, der Arbeitgeber immer mehr belastet werden, man könne fragen, wer eigentlich den Arbeitgeber versichere? Theoretisch möge alles ganz gut sein, praktisch bewähre sich's nicht, die Ware werde dadurch verteuert.

Trotz dieser kapitalistischen Jeremiaden beschloß der Ausschuß, und das Plenum der Versammlung schloß sich dem an, den Magistrat um Einsetzung einer gemischten Deputation zur weiteren Beratung der Frage zu ersuchen.

Am 7. Mai 1900 hatte die Deputation ihre Arbeit beendet. Endlich am 3. Dezember legte der Magistrat den Entwurf der Stadtverordneten-Versammlung vor. Diese neue Vorlage deckte sich „inhaltlich vollkommen mit dem Entwurf der Gewerbe-Deputation". Auch jetzt noch machte sich in der Stadtverordneten-Versammlung Widerspruch geltend. Der Stadtverordnete Wallach beantragte abermalige Beratung durch einen Ausschuß, ein Antrag, der nach Lage der Verhältnisse nichts weiter als eine nochmalige Verschleppung bedeuten konnte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und das Ortsstatut angenommen. Allerdings waren die städtischen Behörden nicht mehr so ganz frei in ihrem Entschluß.

Durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom Jahre 1900 war dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt, seinerseits die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf bestimmte Gewerbszweige und für bestimmte örtliche Bezirke auszusprechen, und es mußte die Befürchtung nahe liegen, daß der Bundesrat Berlin gegenüber recht bald von dieser Befugnis Gebrauch machen würde. Unter diesen Umständen mußte denn die Stadtverordneten-Versammlung, wenn auch widerstrebend, in den sauren Apfel beißen. Mit schneidendem Hohne hatte schon bei den ersten Verschleppungsvorlagen des Magistrats unser Parteigenosse Borgmann darauf hingewiesen, wie die auf ihre Selbstverwaltung so stolze Gemeinde auch hier wieder warten werde, bis das Reich sie zwingen würde, die vorgeschlagene Maßregel zu ergreifen.

Artikel VI. des angenommenen Ortsstatuts bestimmte, daß dasselbe am 1. April 1901 in Kraft treten sollte.

Dieser Termin konnte nicht innegehalten werden, weil die erforderliche Zustimmung des Oberpräsidenten nicht eingetroffen war. Vielleicht hätte unser verehrter Magistrat sich schon längst einmal bei seinem „Chef" nach dem Schicksal der bedeutungsvollen Vorlage, von deren schleuniger Erledigung das Wohlergehen von Tausenden Berliner Bürger abhing, erkundigen können. Die Verzögerung der Angelegenheit ist umso unbegreiflicher, als auch die Gesetzgebung die Ausdehnung der Zwangsversicherung für notwendig gehalten hat.

Es ist selbstverständlich, daß der großkapitalistische Klüngel die Zwischenzeit weidlich ausgenutzt hat, um das verhaßte Ortsstatut zu Falle zu bringen, oder wenigstens eine andre Verteilung der Beiträge zu erwirken. Im Bericht der Aeltesten der Kaufmannschaft wird zwar die Zwangsversicherung mit süßsauren Worten als notwendig anerkannt, dann aber die Hoffnung ausgesprochen, daß der Oberpräsident das Ortsstatut zur nochmaligen Beratung unter Hinzuziehung von Interessenten an den Magistrat zurückgeben werde.

Diese Wünsche scheinen ein geneigtes Ohr beim Oberpräsidenten gefunden zu haben, wenn es richtig ist, was eine Korrespondenz zu berichten weiß.

Nachdem in dieser Mitteilung ausgeführt ist, daß die Bestätigung zu dem Ortsstatut nur „vorläufig" erfolgt sei, heißt es weiter: In dem bezüglichen Schreiben des Oberpräsidenten wird darauf aufmerksam gemacht, wie es nicht unbedenklich sei, daß die Arbeitgeber einen Beitragsanteil auch in den Fällen zahlen sollen, in welchen die Zwischenpersonen, die die Arbeitsvermittelung zwischen den Großgewerbetreibenden, den eigentlichen Arbeitgebern, und den Hausgewerbetreibenden übernehmen, nicht selbst Hausgewerbetreibende sind. Derartige Fälle, in denen die betreffenden Zwischenmeister gleichzeitig unter 1500 Mark gewerbliches Einkommen besitzen, werden aber voraussichtlich nicht häufig sein. Es soll die Frage der Heranziehung der Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden zu Beiträgen für das von diesen beschäftigte Hilfspersonal unselbständiger Arbeiter und Heimarbeiter nochmals städtischerseits geprüft und geeignetenfalls das Ortsstatut danach revidiert und ergänzt werden.

Damit hätte sich der Oberpräsident im wesentlichen der Auffassung der „Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft" angeschlossen. Uns will es nicht recht einleuchten, inwiefern eine „vorläufige" Bestätigung gesetzlich zulässig ist. Der Oberpräsident kann ein Ortsstatut genehmigen oder nicht, er kann auch Wünsche an die Genehmigung knüpfen; dagegen scheint uns eine vorläufige Genehmigung rechtlich nicht zulässig. Jedenfalls wird es sich empfehlen, daß die interessierten Arbeiter die weitere Entwicklung der Frage aufmerksam verfolgen.

Schriften-Eingang.

Ratgeber in militärischen Angelegenheiten für angehende Einjährig-Freiwillige 2c.; von Hartmann, Hauptmann, Verlag von Jul. Bagel in Mülheim a. d. Ruhr. Preis 1 M.

Die Arbeitsleistung und ihr Lohn nach neuem deutschen Reichsrecht, mit Klage-Entwürfen 2c.; von Amtsgerichtsrat Gerson. Verlag von Jul. Bagel in Mülheim a. d. Ruhr. Preis 1 M.

Der praktische Stellensucher. Ein Handbuch zur erfolgreichen Bewerbung um offene Stellen, nebst vielen Mustern zu Bewerbungsbriefen 2c. von Eduard Bösken, Bücherrevisor und Handelslehrer. 2. Auflage. Verlag von Jul. Bagel in Mülheim a. d. Ruhr. Preis 1 M.

Gemeinverständliche Darwinistische Vorträge und Abhandlungen. Heft I. „Die Abstammungslehre". Von Prof. Dr. L. Plate, Berlin. Oben-kirchen. Preis 1 M. Verlag von Dr. W. Breitenbach. 1901. Heft II. „Die Biologie im 19. Jahrhundert". Von Dr. Wilhelm Breitenbach. Preis 75 Pf. Verlag ebendaselbst.

Elektrische Schnellbahn Hamburg-Berlin. Von A. Petzenbürger. Preis 50 Pf. Fr. Grabows Verlagshandlung, Hamburg.

Deutsche Alpenzeitung. Illustrierte Wochenschrift. Preis eines Heftes 50 Pf. Leipzig, München, Wien. Verlag von Kaßner u. Loffen, Inhaber: Sulzig Loffen.

Die Sociologie. Ihre Aufgabe, ihre Schulen und ihre neuesten Fortschritte, von Achille Loria. Vorträge gehalten an der Universität Padua im Januar bis Mai 1900. Autorisierte und vom Verfasser durchgesehene deutsche Uebersetzung aus dem Italienischen von Dr. Clemens Heiß. Verlag von Gustav Fischer in Jena 1901. (Preis 1 M.)

Das historische Gesetz. Zur Kritik der materialistischen Geschichtsauffassung von Jakob Hollitscher. Dresden und Leipzig. Verlag von Carl Reißner 1901.

„Das Ganze der Buchführung". (Methode Gutheil.) Kaufmännische Unterrichtsbriefe von Johannes Rudolf Gutheil, Praktischer Bücherrevisor und Sachverständiger. Verlag von J. R. Gutheil in Berlin, Fehrbellinerstr. 86.

Wörishofer Kalender für Kneippsches Heilverfahren. 1902. Herausgegeben von Dr. med. A. Baumgarten, prakt. Arzt, Wörishofen. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Wörishofen. Preis 50 Pf.

Schall, Herkunft des Junkertums, des Adels und der Agrarier. 128 S., Preis 1 M. Verlag von Scholl, München.

Einsegnungs-Anzüge ausserordentlich reichhaltige Auswahl in Satin, Ripsgarn, Diagonal, Croisé, Kammgarn, Cheviot, Tuch, Melton u. s. w., je nach Grösse und Qualität, 33,–, 27,–, 24,–, 20,–, 18,–, 16,–, 14,–, 12,– **9 M.**

Hüte, Wäsche, Handschuhe u. s. w. für die **Einsegnung.**

Herbst-Kleidung.

Zwirn-Buckskin-Anzüge für Herren 25,–, 18,–, 15,– 9 M.	Herbst-Paletots für Herren 36,–, 24,–, 18,– 8 M.	Herbst-Hosen für Herren 12,–, 8,–, 6,– 4 M.	
Herbst-Anzüge für Herren 22,50, 18,– 15 M.	Loden-Havelocks, enorme Auswahl, 21,–, 15,–, 10,– 6 M. 75	Kammgarn-Hosen . . . . . 10,–, 8,– 5 M.	
Herbst-Anzüge für Herren 45,–, 36,–, 30,– 25 M.	Gummi-Mäntel, absolut wasserdicht, 36,–, 30,–, 24,– 18 M.	Radfahrer-Anzüge, vielseitigstes Sortiment, von 30,– M. bis 6 M.	
Schwarze Jacket-Anzüge für Herren 40,– 30,–, 25,– 18 M.	Haus-Joppen für Herren 3,–, 2,–, 1,75 90 Pf.	Radfahrer-Pelerinen in Gummi und Loden 9,–, 6,50 5 M.	
Schwarze Rock-Anzüge 50,–, 42,–, 36,–, 30,– 21 M.	Loden-Joppen für Herren 10,–, 6,75, 4,– 3 M.	Knaben-Anzüge, entzückende Façons, von 15,– M. bis 2 M.	
Schwarze Gehrock-Anzüge 65,–, 55,–, 45,–, 36,– 30 M.	Litewken für Herren 11,–, 9,–, 7,50 3 M. 50	Schüler-Anzüge, enorme Auswahl, von 25,– M. bis 1 M. 80	

Herren-Anzüge nach Maass. Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung. 60,–, 50,–, 40,–, 36,–, 30,– **24 M.**

Herren-Hosen nach Maass Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung. 21,–, 18,–, 15,–, 12,–, 10,– **6 M. 50**

In unsern Häusern Chausseestr. 24a/25 u. Brückenstr. 11 grösste Auswahl in **Hüten, Cravatten, Schirmen, Kragen, Manschetten** usw.

BAER SOHN

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

En gros / En detail — Lieferanten an die preussische Armee. Lieferanten an ausländische Gesellschaften. | Lieferanten an Garderoben-Geschäfte. Lieferanten an Waaren-Häuser. | Lieferanten an Vereine. Lieferanten an Institute. — Export / Import

Chausseestrasse 24a u. 25 zwisch. Invalidenstr. u. Friedrich Wilhelmstädtisch. Theater. | **11 Brückenstrasse 11** zwisch. Jannowitzbrücke u. Köpnickerstr., Ecke Rungestr. | **Gr. Frankfurterstr. 20** Ecke Koppenstr., neben dem Bürger-Hospital.

Die 17te reich illustrirte Jubiläums-Preisliste 1901 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 22. September.

Freie Volksbühne. Berliner Theater. 7. Abteilung (braune Karten) und 8. Abteilung (gelbbraune Karten): Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 2¾ Uhr. Gleichzeitig im Lessing-Theater 1. Abteilung (rote Karten): Gespenster.

Opernhaus. Samson und Dalila. Anf. 7½ Uhr.
Montag: Der Ring des Nibelungen.

Schauspielhaus. Der Revisor. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Das Leben ein Traum.

Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 8 Uhr.
Montag: Die Fledermaus. Anfang 7½ Uhr.
Im Trianon-Theater: „Lebende Lieder". Anfang 8 Uhr.

Schiller. Heimat. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Das Gefängnis.
Montag: Heimat.

Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 2½ Uhr: Die versunkene Glocke.
Montag: Die Weber.

Berliner. Die Goldgrube. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Ueber unsre Kraft. (1. Teil.)

Lessing. Hans Rosenhagen. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Residenz. Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Das blaue Kabinett.
Montag: Sein Doppelgänger. Vorher: Im Coupé.

Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Leibalte.
Montag: Das Ewig-Weibliche.

Westen. Die Debutantin. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Der Waffenschmied.
Nachm.: Der Freischütz.

Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central. Girofle-Girofla. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.
Montag: Girofle-Girofla.

Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen. Der Verschwender. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Goldbauer.
Montag: Der Mann im Monde.

Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Montag: Dieselbe Vorstellung.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Landstreicher. Anf. 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Die Fledermaus.
Montag: Die Landstreicher.

Belle-Alliance. Talolo. Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr: Der liebe Onkel.
Montag: Talolo.

Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.

Palast. Specialitäten-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Zu kleinen Preisen: Mittelmeer-Fahrten.
Montag zum erstenmale: Ueber den Wolken:

Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Das Gefängnis.** Lustspiel in 4 Akten von R. Benedix.

Sonntagabend 8 Uhr: **Heimat.** Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Montagabend 8 Uhr: **Heimat.**

Dienstagabend 8 Uhr: **Heimat.**

Central-Theater.

Heute Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittag 3 Uhr volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.** Abends 7½ Uhr mit neuer Ausstattung zum zweitenmale: **Girofle-Girofla.** Operette in 3 Akten v. Charles Lecocq mit Mia Werber, Wildner, Delma, Albes und den Herren: Kunnstadt, Schulz, Sandermann.
Montag und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Girofle-Girofla.

Casino-Theater

Lothringerstrasse 37.
Glänzender Erfolg der Saison!!
Steidl.
Berlin N. — Berlin W.
Anf. wochent. 8, Sonntags 7½ Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Mittelmeerfahrten.
(Kleine Preise.)
Morgen zum erstenmale:
Ueber den Wolken

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit:
Der „Clou" der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mitt., 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Zoologischer Garten

Heute Sonntag Entree: **50** Pfennig.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab 4 Uhr nachmittags **Militär-**Doppel-Konzert.
Morgen Montag und folgende Tage ab 4 Uhr: Gr. Konzert.

Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.
Eingang Schadowstr. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Seetieren, Reptilien etc.

Carl Weiss-Theater

Große Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 3 Uhr bei kleinen Preisen (30 Pf., 60 Pf.):
Liane, die zweite Frau.
Schauspiel nach dem Roman in der „Gartenlaube" von E. Marlitt.
Abends 7½ Uhr: **Berliner Rangen!**
Große Ausstattungsposse mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von R. Leonard.
Montag 8 Uhr: Berliner Rangen.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg des neuen Programms!
Marcelle Grandet
Die 4 Provenceales
Robert Steidl
Frau Luna
Luftballett Grigolatis
Anfang 7½ Uhr.

Metropol-Theater.

Schön war's doch!
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas a. G.
Joseph Josephi a. D.
H. Bender. G. Kaiser.
Else de Veré a. D.
Frid-Frid. F. Georgette.
Gastspiel:
Saharet!
Anfang ½8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Herrliches Programm, u. a. **„Bosco".**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72. Heute u. folg. Tage:
Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen
Fritz Helmerding als Wolzogen.
Junkermann, Bojé. Anfang 7½ Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die wilde Katze.
Volksstück mit Gesang in vier Akten von Mannstädt und Weller. Musik von G. Steffens.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Montag: **Die wilde Katze.**

Cirkus Alb. Schumann.

Renz-Gebäude. Karlstrasse.
Sonntag, den 22. September, abends präc. 7½ Uhr:
Zweite gr. Vorstellung.
Wiederholung des Programms der Eröffnungs-Vorstellung.
Preise der Plätze wie gewöhnlich. Die Cirkuskasse ist von 10 Uhr ab ununterbrochen geöffnet.
Montag, den 23. d. M.: Dritte große Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Wiederauftreten von **Adolf Hoffmann.**
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5—7 Uhr Konzert.
Entree **50** und **75** Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree **30** u. **50** Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Schweizer-Garten

Am Königstor. Am Friedrichshain.
Heute:
Gr. Extra-Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Cirkus Busch

Bahnhof Börse.
Gala-Premiere
Sonnabend, den 28. September.
Anfang 7½ Uhr.

Palast-Theater

fr. Feen-Palast. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Sonntag, 22. September 1901:
Gr. Extra-Vorstellung.
Hochinteressantes Künstler-Personal.
William Neuberti.
Karl Braun, deutscher Blitz-Verwandlungs-Künstler.
Der Komponisten-Wettstreit.
Direktor **Wilhelm Fröbel** in der allabendlich beliebten Gesangsposse
Rosenmontag
Lebende Photographien usw.
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Entree 50 Pf. Numer. Platz 1 M.
Billet-Vorverkauf 11—1 Uhr.

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15
Jeden Sonntag und Dienstag: **Großer Extra-Ball** bei doppelt besetztem großen Orchester. Anfang 5 Uhr. **A. Zameitat.**

Urania

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagsäulen.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
1937Q* **C. F. Walter.**

Gesellschaftshaus

Swinemünderstr. 42.
Tägl. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: **Ball.**
Säle für Gesellschaften, Vereine, **kulant zu vergeben.** [1938Q*

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 22. September 1901,
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:
Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner
Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich?
Nach dem Vortrage: 4/19
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. Eröffnung 7 Uhr.

Cirkus Renz' Riesen-Tunnel.

Josefine Delcliseur
Die grösste Attraction Berlins mit ihren unübertroffenen Schlagern.
Zum Totlachen.
Ferner das vorzügliche September-Programm.
Heute Sonntag Anfang 5 Uhr. [2336L*
Gute Küche. Billige Preise.
Cirkus Renz' Riesen-Tunnel.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. H. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Wo amüsiert man sich grossartig?
in **Schnegelsbergs Festsälen**
Hasenheide 21 und **Jahnstrasse 8.**
Inh.: **Max Schindler.**
Heute: **Grosser Ball und Thaler-Regen**
verbunden mit **Cigarren-, Bonbon-Regen** und diversen Ueberraschungen. 2106Q*
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Neue Welt.

Hasenheide 108—114. Hasenheide 108—114.
Täglich:
Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Im Bal champêtre: **Grosser Festball.** Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung.
Jeden Donnerstag: Grosses Feuerwerk.
Kaffeeküche, Karussells, Marionettentheater rc. täglich geöffnet.
Alles Nähere durch die Tagesanschläge an den Säulen. [2209Q*
A. Fröhlich.

Achtung! Allen Vereinen und Gewerkschaften zur Nachricht, daß ich das früher **Wilkesche Lokal**

Andreas-Garten, Andreasstr. 26,

übernommen habe und als **Gastwirtschaft** und **Logierhaus** weiterführen werde. Sämtliche Räume sind vollständig renoviert und stehen die **Säle, Vereinszimmer** sowie **Kegelbahn** noch für einige Tage, auch Sonnabends, frei. Es wird mein Bestreben sein, durch vorzügliche und preiswerte Küche und gutgepflegte Biere meinen werten Gästen den Aufenthalt in meinem Lokal so angenehm wie möglich zu machen, und lade ich zu recht zahlreichem Besuch freundlichst ein.
2353L* **Franz Merkowski.**

Andreas-Fest-Säle, Andreas-Strasse 21,

am Andreasplatz.
Empfehle meine neu dekorierten Säle, 100, 200 bis 1500 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten aller Art, besonders meinen kleinen eleganten Saal zu Hochzeiten. Bei **Polonaisen** Beleuchtung durch **Marine-Scheinwerfer** in über 100 verschiedenen Farben. [2194Q*
Carl Stechert, Telephon: Amt VII Nr. 5323.

Graumanns Festsäle (früher Renz)

Naunynstrasse 27. [2196Q*
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage in der bevorstehenden Saison noch frei für Vereine. — **Sonntag, 29. September,** umständehalber auch noch zu vergeben. **Gustav Graumann.**

Restauration, Lortzingstr. 24.

Ecke Graunstrasse.
Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. [2179Q*
Um freundlichen Zuspruch bittet **Carl Koblenzer.**

O., Rigaerstrasse 127, Restauration Otto Plöger.
Empfehle Freunden und Gönnern meine freundlichen Lokalitäten. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit. **Großes Vereinszimmer mit Piano** noch einige Tage in der Woche frei. Telephon: 7a, 7844. *

Franke's Speisehalle

Neue Grün-Straße 39 (zwischen Kommandanten- und Seydelstraße).
Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte zum Preise von 10—30 Pf. | Speisezeit ununterbrochen von vormittags 8—10 Uhr abends.
Bier 4/10 10 Pf., 2/10 5 Pf. **Kaffee** 5 Pf. **Milch** 5 Pf.

Handwerker und Arbeiter!

die ihren Frauen ein Cigarrengeschäft als Nebenerwerb einrichten, erhalten mit wenig Mitteln Kredit. Auch bestehende Cigarrenhändler können durch erstklassiges Fabrikat ihr Absatzgebiet erweitern. [2276L*
Cigarren-Generalagentur und Kommissionslager
S. Rund, Grosse Frankfurterstr. 52.

C. Haberechts Fest-Säle

Grosse Frankfurter-Strasse 80.
Vereinszimmer von 20—150 Personen zu vergeben.
Säle mit Bühne im Oktober u. November Sonnabends **noch frei!**
5435 **R. Haberecht.**

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität.-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Johannisthal.

Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche. Kegelbahn. Ausspannung.
Saal für Vereine u. Versammlungen.

Engl. Garten.

Alexanderstraße 27c.
Säle im November, sowie der Totensonntag und 1., 2. Weihnachts-Feiertag zu Festlichkeiten noch zu vergeben. 2203L*

Neues Klubhaus

72. Kommandantenstr. 72.
Habe noch **Sonnabende u. Sonntage im November, Dezember, Januar rc. einen größeren Saal zu vergeben. H. Ebert.**

Märkischer Hof,

Admiral-Straße 18c.
Jeden Sonntag in den neurenovierten Spiegelsälen:
Grosser Fest-Ball.
Große Ball-Musik. Tanz frei.
Empfehle meine neurenovierten Säle Sonnabends und Sonntags zu allen Festlichkeiten, Hochzeiten, Versammlungen. Der große Saal ist noch einige Sonnabende im November an Vereine zu vergeben. Die Restaurationsräume stehen den geehrten Familien jederzeit, auch Sonntags, zur Verfügung.

Dr med. Woerlein's Magentrank

das beste **Genußmittel für den Magen,** unentbehrlich für jede Haushaltung. Preis **1 M., 1.50 M.** und **3 M.** Nur echt mit vollem Namenszug **Dr. med. Woerleins, prakt. Arzt.**
Erhältlich bei: [107/6*
Berlin W. L. Horn, Drogerie, Potsdamerstr. 5. **Max Eckert,** Adler-Drogerie, Culmstr. 1, Ecke Alvensleben-straße. **W. Köppen,** Drogerie, Alvensleben-straße 26a. **E. A. Winkler Nachfl.,** Drogenhandlung, Kurfürstenstraße 139. **Max Schwarzlose,** Königl. Hoflieferant, Potsdamerstr. 7a.
Berlin NO. Richard Loose Nachf. E. Ulbrich, Neue Königstraße 19. **Franz Buhl,** Neue Königstr. 85.
Berlin C. Dr. Albert Bernard, Einhorn-Apotheke, Kurstr. 34/35. **Max Schwarzlose,** Kgl. Hoflief., Königstr. 59.
Berlin SW. Franz Schwarzlose, Drogerie, Leipzigerstr. 56. **E. R. Heininger,** Drogerie, Kochstraße 3. **Gustav Rettig,** Belle-Alliancestr. 91. **Ernst Wilh. Weirich,** Blücherstr. 1. **E. F. Ancker,** Friedrichstr. 249.
Berlin NW. G. A. Hesterberg, Drogerie u. Parfumerie, Luisenstr. 39.
Berlin N. G. A. Hesterberg, Drogerie und Parfumerie, Elsassestraße 97. **Hugo Barth,** Drogerie und Parfumerie, Brunnenstr. 18.

Eigene Fabrikation.

Fertige Kleider

Enorm billig
praktische reinwoll.
Jackettkleider
elegante Façons in Covercoat u. Homespun **15** M., **20** M., in feinster Ausführung **30** M.
Reich garnierte
Strassenkleider
elegante Façons **30** M., **40** M., **50** M.
Schwarze Kleider in Fantasiestoffen **20** M., **25** M.,
Trauerkleider 20 M.
Morgenröcke u. Matinees
Blusenhemden, reine Wolle, entzückende Streifenmuster **4.50** M., **6.50** M., **8** M.
Kostümröcke
elegante Façons **6** M., **7** M., **10** M., **12** M., **15** M., aus **Seide 25** M., aus Alpacca **4,50** M., **6** M. bis **30** M., aus **weiss** und **crême**-Cheviot und Piqué **3, 5, 7—15** M.
Golf-Capes
5,50 M., **8** M., **10** M.
Schwarze, glatte u. bestickte **Capes und Kragen** in Eskimo **10** M., **15** M.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
Mass-Anfertigung.

III. Wahlkreis.

Dienstag, den 24. September, abends 8½ Uhr, im „Dresdener Casino", Dresdnerstr. 96 (Martin Herzberg).

Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Rechtsanwalts Victor Fränkl über: „Der Katholikentag in Osnabrück. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 242/19

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Dienstag, den 24. September, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Küchenmöbel-Tischler

im **„Gewerkschaftshaus"** (Saal VIII), **Engel-Ufer 15.**

Tages-Ordnung:
1. Die Lage der Küchenmöbel-Tischler unter jetziger Krise. 2. Verschiedenes.

Es ist Pflicht jedes Kollegen, für den Besuch der Versammlung zu agitieren. 109/2

Parkettbodenleger!

Dienstag, den 24. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, **Engel-Ufer 15,** Saal V.:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Schlegel.** 2. Neuwahl von 4 Kommissions-Mitgliedern. 3. Branchenangelegenheit. 4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden organisierten Parkettbodenlegers, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.

Branchen-Versammlung der Näh- und Damenschreibtischmacher

am Mittwoch, den 25. September, abends 8½ Uhr, bei **Mann, Straußbergerstraße 3.**

Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lage in unsrer Branche. 2. Werkstatt-Angelegenheit.

Es ist Pflicht, daß sämtliche Tischler dieser Branche in der Versammlung erscheinen.

Modell- und Fabriktischler sowie Modelldrechsler.

Mittwoch, den 25. September:

Branchen-Versammlung

im **Wedding-Park, Müllerstraße 178.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Wollheim** über: Staatshilfe und Selbsthilfe. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Branchen-Versammlung der Büffett- u. Herrenschreibtisch-Tischler

am Donnerstag, den 26. September, abends 8½ Uhr, bei **Louis Keller, Koppenstraße 29.**

Tages-Ordnung:
1. Die Wirkung der geschäftlichen Krise auf unsre Branche. Referent: **Kollege Stusche.** 2. Diskussion.

Es ist Pflicht, daß sämtliche Kollegen aus dieser Branche in der Versammlung erscheinen.

Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter

am Donnerstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus** (Saal VII), **Engel-Ufer 15.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Naturerkenntnis und Weltfortschritt"; Referent: **Dr. Wollheim.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Kommission.**

Dienstag, den 24. September, abends 8¼ Uhr, im Lokale des Herrn Gold, Gr. Frankfurterstr. 133:

Branchenversammlung der Kammmacher

und aller in dieser **Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.**

Tages-Ordnung:
1. Unsre augenblickliche Lage. 2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Kommission.**

Branche der Korbmacher.

Montag, den 23. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheit. 3. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet **Die Kommission.**

Achtung! Bauanschläger!

Dienstag, den 24. September, abends 7½ Uhr, in Andreas Festsälen (Inh. Stechert), Andreasstr. 21:

Außerordentliche Generalversammlung

des Vereins der Bauanschläger Berlins u. Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Unser Streik. 2. Verschiedenes.

Die Mitgliedskarte legitimiert! 34/7

Der Vorstand.

Tapezierer.

Montag, den 23. September, abends ½9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Zustände in unsrem Berufe in der letzten Saison vor Ablauf des Vergleichs-Vertrages. 2. Diskussion. 178/16

J. A.: **Leo Schmidt.**

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.

Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung. 23482*

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**

empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 22079*

Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen.

Achtung! Achtung!

Volksversammlung

Montag, den 23. September, abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause, Engelufer 15:**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Martha Tietz** über: **Die willkürliche Milch- und Fleisch-Verteuerung, ein neuer Raubzug gegen die Besitzlosen.** 2. Diskussion. 6819

Frauen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. **Die Vertrauensperson.**

Konsumverein Berlin-Nord.

Montag, 30. September, abends 8½ Uhr, in Ballschmieders Saal, Badstraße 16:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die stattgefundene gerichtliche Revision.
2. Bericht des Vorstandes über das zweite Geschäftsjahr.
3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Ergänzungswahl des Vorstandes.
6. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates und dreier Ersatzmänner.
7. Anträge der Mitglieder.

Nur Mitglieder haben Zutritt. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Aufsichtsrat. F. Lietzke.

Der Vorstand. Grashold. F. Walther.

Eröffnung drei neuer Verkaufsstellen

4. Verkaufsstelle: **Wildenowstraße 30.**
5. Verkaufsstelle: **Gartenstraße 3.**
6. Verkaufsstelle: **Wiclefstraße 31.**

Die erstere wird **Dienstag, den 24. September,** die beiden letzteren **am 1. Oktober** eröffnet.

Mitglieder werden in **Moabit** aufgenommen bei **A. Werth,** Wiclefstraße 38, und **Otto Fischer,** Beusselstr. 60. 264/11

Konsum-Verein Berlin-Süd

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz

für das Geschäftsjahr 1900—1901.

Aktiva.	Mark	Passiva.	Mark
An Kassenbestand	443,74	Mitglieder-Guthaben	6388,52
„ Warenbestand	9111,38	Reservefonds	189,42
„ Inventar nach 10 Proz. Abschreibung	4698,10	Kreditorenkonto	3077,86
„ Kautionskonto (Gas-Anstalt)	60,—	Darlehnkonto	250,—
„ Anteilkonto bei der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Hamburg	323,35	Reingewinn	5284,57
Debitorenkonto	553,80		
	M. 15 190,37		M. 15 190,37

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am 30. Juni 1900	302 Mitglieder
Eingetreten	334 „
	636 Mitglieder
Es schieden aus durch Tod, Bezug usw.	32 „
Bleibt Bestand am 30. Juni 1901	604 Mitglieder

Die Mitglieder-Guthaben betrugen am 30. Juni 1901 . . . 6388,52 M.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1901 . . 18 120,— „

Die Auszahlung der Dividende beginnt am **30. Oktober 1901** im **Comptoir, Gräfestraße 40.**

Berlin, den 22. September 1901. 264/12

Der Vorstand.

Paul Müller. Hugo Schmidt. Emil Welk.

Für den Aufsichtsrat: Karl Mucke, Vorsitzender.

IX. IX.

Berliner Pferde-Lotterie.

Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901.

3333 Gewinne Wert Mark

100000

Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc.

Lose à 1 Mark, 11 Lose = 10 Mark

Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme

Carl Heintze, Berlin W.

Unter den Linden 3. [2371L*

Zahnärztl. Institut

83 I. Wrangelstrasse 83 I. 21979*

Für Kinder Zahnziehen gratis.
Zahnersatz, Plomben Klinikpreise.
Spec.: Völlig schmerzloses Zahnziehen.

Wünsche meinem lieben Bruder **Emil Kluge** zum 37. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch. Gruß aus Mülsen-St. Jacob.

Außerordentliche

General-Versammlung d. Orts-Krankenkasse für das Barbiergewerbe

Montag, den 30. d. M., abends 8 Uhr, in Wondts Clubhaus, Königsgraben 14a.

Ergänzungswahl von 11 Arbeitgebern zu Vertretern zur Generalversammlung.

General-Versammlung d. Delegiert. d. genannten Kasse

9½ Uhr ebendaselbst.

Tagesordnung:
1. Protokollverlesung. 2. Statutenabänderung einiger Paragraphen. 3. Erhöhung der Beiträge. 4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Kassenbuch legitimiert.

Der Vorstand.

J. A.: Kitschmann, Vorsitzender.

Ich bin von Blücherstr. 7 nach **Blücherstraße 9** verzogen. **Dr. S. Rahmer,** Arzt.

Elektra.

Großer Eröffnungs-Kursus z. Beginn d. Wintersemesters am **3. Oktober, 8 Uhr abends. 6 Mark monatlich.** Anmeldungen schleunigst. Neanderstraße 4.

Prospekt gratis.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Großes Lager. • Billige Preise. Langjährige Garantie.

Wilh. Lambrecht, Simeonstraße 19.

Ziehung 13., 14., 15., 16. October

Allerh. genehmigt 183 184 Loose.

Königsberg Geld-Lotterie

Loose à 3 M. Porto u. Liste 20 Pf. extra.

6240 Geldgewinne, ohne Abzug Mk.

190000

Hauptgewinne: Mark

50,000
20,000

1 à 5000 = 5 000
1 à 3000 = 3 000
2 à 2000 = 4 000
4 à 1000 = 4 000
10 à 500 = 5 000
40 à 300 = 12 000
60 à 200 = 12 000
120 à 100 = 12 000
200 à 50 = 10 000
800 à 20 = 19 000
5000 à 10 = 34 000

Loos-Versand durch General-Debit

Lüd. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5.

Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Süd-Ost.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Metallarbeiter

Carl Masche.

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Montag, den 23. September, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Reichenbergerstr. 84, nach dem Emmauskirchhof. (Bezirk 115a.)

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

266/1 **Der Vorstand.**

J. A.: **A. Runge.**

Todes-Anzeige.

Am 20. September cr. starb unser Kollege, der Schriftsetzer

Gustav Schneider,

51 Jahre alt, an Magenkrebs.

Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 22. September cr., nachmittags 5 Uhr, auf dem Kirchhofe der Heilig Kreuz-Gemeinde in Marienbdorf von der Leichenhalle aus statt.

Berlin, 21. September 1901.

6835 **Die Kollegen d. Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt.**

Typographia.

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

Gustav Schneider

Donnerstag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder bei dem Begräbnis (siehe oben) erwartet

Der Vorstand.

Charlottenburg.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß am Freitag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zimmermann

Otto Storbeck

nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Neuen Luisen-Kirchhofs aus statt. **Die trauernde Witwe nebst Kindern.** 6585

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. d. Mts. unser Mitglied, der Zimmermann 250/14

Otto Storbeck

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., nachm. 6 Uhr, von der Halle des neuen Luisen-Kirchhofes aus statt.

Der Vorstand.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder, der Cementarbeiter [6665

Ludwig Hahn

am 18. d. M. im Alter von 33 Jahren plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Charité aus nach dem Johannis-Kirchhof in Plötzensee statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.
Witwe Marie Hahn geb. Moldenhauer nebst Mutter und Geschwistern.

Danksagung.

Anläßlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes, des Fellenhauers

Julius Liepold

sind mir so viele Beweise inniger Teilnahme geworden, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken. Sage nun auf diesem Wege Herrn Manasse für seine trostreichen Worte am Sarge des Dahingeschiedenen, sowie dem Metallarbeiter-Verband und Kollegen, und allen übrigen Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank. 6285

Die trauernde Witwe Agnes Liepold.

Bruch- u. Salonbriketts sowie sämtliche andren Brennmaterialien sind billig zu haben bei **Carl Schultz,** Urbanstr. 171. 664b]

Welt-Ausstellung **Paris 1900** **Grand Prix.**

Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind mustergültig in Konstruktion und Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind in den Fabrikbetrieben die meist verbreiteten.
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunststickerei die geeignetsten.

Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der Modernen Kunststickerei. [2357L*

Die Nähmaschinen der **Singer Co.** verdanken ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeher alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das 50jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste Garantie für die Güte unsrer Maschinen.

Singer Elektromotoren, speciell für Nähmaschinen-Betrieb, in allen Größen.

Hauptgeschäft: BERLIN, Kronen-Str. 11. **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** Erstes Detailgeschäft: BERLIN, Leipziger-Str. 86.

Filialen in allen Stadtgegenden.

Buss' Salon, Gr. Frankfurter-Strasse 85.
Empfehle meinen Saal mit schönen Nebenräumen noch einige Sonnabende, Busstag zu Festlichkeiten, einige Wochentage zu Versammlungen.
Otto Theel.

Kautabak-Fabrik-Lager von
Hugo Karl Hagenbruch
Mühlhausen in Thür., bei **Aug. Kleinert**, Berlin SW., **Großbeerenstr. 39.** Fernspr. VIa 10560.
Vertreter für Berlin und Vororte. *

Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise.
F. Wienert Nachf. L. Lehmann
23. Rosenthalerstr. 23. [*

Roh-Tabak
Gute Qualitäten, weißer Brand.
J. Fränkel,
5 Neue Promenade 5.
Sebastian Gröbel,
181 Brunnenstraße 181.

Roh-Tabak
19303*] Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Rohtabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! Vorzügliche Qualität.
Sämtliche [19322*
Fabrikations-Utensilien.
Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck,
185. Brunnenstr. 185.

Roh-Tabak,
sämtliche Utensilien zur
Cigarren-Fabrikation
offeriert in der größten Auswahl zu den billigsten Preisen
W. Hermann Müller,
22, Alexanderstraße 22.

Erstklassiges neues Musikwerk
„Sirion"
Fabrikat Seidel u. Naumann ist sofort umständehalber billigst zu verkaufen, event. auf Abzahlung.
J. Jendrosch, 6035
NW. Siemensstraße 4.

Max Guckel, Lausitzer Platz No. 2,
Zahn-Atelier. Bestrenom. und wohlbekannt. Künstl. Zähne, tadellose Ausführ. v. 3 M. an, Plomb. v. 2 M. an. Keine Extraberechn. Schmerzl. Zahnziehen. Ratenz. gestattet, Woche 1 M.

Presskohlen
Bruch aus Henckels Werken, pro Centner 80 Pf. ab Platz
A. Herrmanns Kohlenlager,
Mühlenstraße 12 und Pfuelstraße 5

Brauerei
Germania
Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645
empfiehlt für **1,50** frei Haus
18 Fl. 4/10 Lagerbier [23162*
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
15 Fl. 00 Weissbier
20 Fl. Doppel-Weissbier.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderst. 21

Ziehung: 26. bis 30. Oktober, 1. u. 2. November d. J.
Lose à 3 Mark {Porto u. Liste 30 Pf. extra} bei
Alex. Hessel, General-Debiteur, **Dresden, Weissegasse 1.**
Verkaufsstellen in Berlin:
Neubauer & Co., W., Friedrichstrasse 198—99,
Oscar Bräuer & Co. Nachf., W. Friedrichstr. 181 u. Wilsnackerstr. 63,
Ludw. Müller & Co., C., Breitestrasse 5,
Carl Heintze, W., Unter den Linden 3,
Emanuel Meyer jun., C., Stralauerstr. 54, **Carl Leipziger, C.,** Rosenthalerstr. 58, **Hugo Rendelmann, W.,** Friedrichstr. 205, sowie in allen durch Plakate kenntl. Loshandl.

Grosse Meissner Geld-Lotterie
Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark**
Prämie **60000,** Haupt-Gewinne **40000, 20000, 10000,**
2 à 5000, 5 à 3000, 20 à 1000, 30 à 500, 50 à 300, 150 à 100, 400 à 50, 1000 à 20, 11500 à 10 Mark.
13160 Geld-Gewinne u. 1 Prämie, zus. **375,000 Mark** baar Geld ohne Abzug.

Wir bereiten uns
hochfeinen, reinen und wohlbekömmlichen
Cognac,
Rum,
Branntweine
und sämtl. **Liqueure selbst** und verwenden dazu nur echte
Allein echt | **Original-Reichel-Essenzen** | Echt Original
mit der Marke „Lichtherz".

Kein Misslingen! Die Erfolge überraschen **Man prüfe selbst!**
Jede Originalfl. m. Gebrauchsvorschr. giebt bis 2½ Ltr. Liqur. u. kost. je n. Sorte **40, 50, 60, 75 Pf.** 2c.
Geringe Selbstkosten! Ueber 100 Sorten. Bei 6 Flaschen die 7. gratis. Bedeutende Ersparnis!
Erhältlich bei: **Otto Reichel,** Essenzen-Fabrik m. Dampfbetrieb, **Berlin SO, Eisenbahnstr. 4,** Fernsp. IV 3190 IV 646
und in den bekannten Niederlagen, kenntlich durch meine Plakate.
Wo keine Niederlagen frei Haus durch meine Gespanne! Versand n. auswärts gegen Voreinsend. od. Nachn.
Vorsicht vor Nachahmungen! Verlangen Sie ausdrücklich **Echte Original-Reichel-Essenzen** und nehmen Sie nur Original-Flaschen mit unverletztem Verschlusse, meinem Namenszuge und Schutzmarke
Lichtherz, nur dann haben Sie Garantie für Echtheit und Erfolg!
Lassen Sie sich nicht durch unechte Fabrikate täuschen!!
Täglich begeisterte Anerkennungen. — Jeder verlange kostenfrei:
Die Geheimnisse der Liqueurfabrikation.

Trinken Sie gern einen hochfeinen
Cognac, Rum, Branntwein oder **Liqueur** 2c.,

so werfen Sie nicht Geld fort f. hochversteuerte, durch Zwischenhandel verteuerte, oft höchst minderwert. fert. Fabrikate. Verlangen Sie **ganz umsonst und portofrei** mittels Postkarte wertvolles Receptbuch:
„Die Destillation i. Haushalte"
8. Aufl., und bereiten Sie sich Ihre Getränke selbst mittels der echten, unerreichbaren, einzig dastehd. **Noa's Original-Extracte** (gesetzl. gesch.), mehrfach prämiiert mit golden. **Medaille,** nur dann haben Sie das volle Bewußtsein und die sichere Garantie, stets fuselfreie, wohlbekömmliche und gesundheitszuträgliche Spirituosen zu genießen. Preis per Flasche Extract, reichend bis zu 3 Liter, **35, 40, 50, 60, 75** Pf. 2c. [19753*
Hüten Sie sich vor minderwertigen Fabrikaten
und achten Sie genau auf Firma, Straße und Hausnummer
Max Ed. Noa, Berlin N., Reinickendorferstraße **48.**
Detail-Verkauf auch in den durch meine Plakate kenntlichen Geschäften.

J. Baer,
BERLIN N. [19233*
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schliemannstrasse 37
empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten **streng festen** Preisen:
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Arbeitssachen.
Grosses Stofflager
zur Anfertigung nach Mass.
Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge
Elegante Einsegnungs-Anzüge.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
16093*] jetzt: **Köpnickerstrasse 160,** Ecke Manteuffelstrasse.

Anker-Brikets
sind zu haben bei
Friedr. Daniel & Co.,
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29. *

Gardinenhaus
Bernhard Schwartz

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin S.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 21378*

Kinderwagen 8—90 M., mit Gummirädern 12 M., vernickelt 16 M., **Kinderbettstellen** 7 M., **Puppen-, Sport-, Kasten- u. Leiterwagen** aus **Konkursm. spottbillig.** Groß. Lager Bestes Fabrikat. Schutzvorrichtung „Ideal" verhindert Herausfallen der Kinder, 3,50 M. Versand n. außerhalb ab Fabrik. Must. gr. Teilz. nur i. Berlin und Vororten gestattet. Woche 1 M.
F. Bergmann & Sohn Andreasstr. 53 part. u. I. Etg.
Aelt. Geschäft Berlins. Amt VIIa, 7228.

Filz-Hüte

in größter Auswahl für **Damen und Kinder.** garniert u. ungarniert zu anerkannt billigen Preisen, auch Trauerhüte.
W. A. Peschke, Berlin, 1. Geschäft **Lützowstr. 30.** 2. Geschäft **Lützowstr. 39.** Eigne Stroh- u. Filzhutfabrik i. d. Geschäftsräumen
Gegr. 1871. Fernspr. Amt 9, 6341.

---

36 Mark
elegante **Winter-Paletots.**
30 Mark
hochfeine **Herren-Anzüge.**
12 Mark 2206L*
schwere **Winter-Beinkleider.**
Anfertigung nur nach Maß.
Guter Stoff, tadelloser Sitz.
14 Krausenstr. 14,
1 Tr. kein Laden 1 Tr.

Eine Million
Wanzen ohne Gnade mitsamt der Brut sofort und gründlich beseitigt mein **Wanzenfluid** in Fl. 50 Pf. u. 1 Mk. Spritzapparat 50 Pf.
Schwaben mitsamt der Brut schnell und für immer beseitigt mein Schwabentod. Dose 50 Pf. und 1 Mk. Radikaler Erfolg. **Motten, Flöhe, Fliegen, Ameisen, Blattläuse** vertilgt **sicher** mein Specialmittel. Garantiert nur direkt beim Erfinder **Georg Pohl,** Drogerie, Berlin, Brunnenstr. 157. 19298*

Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung. *
Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Elektrotechnikum
SW., Alte Jakobstrasse No. 124, III.
In höherer Lehranstalt u. prakt. Fachschule beginnen jetzt neue
Abendkurse in **Elektrotechnik** und **Maschinen**-bau-Ausbildung v. **Elektro- u. Maschinen-Ingenieuren,** Technikern, **Werkmeistern** und Monteuren.
Eröffnungskursus Dienstag, den 1. und 2. Oktober.
Vorkenntnis nicht erforderlich. — Unbegabtheit kein Hindernis. — Lehrbrief, Diplom, Stellung. — Man beschleunige Anmeldung im **Ingenieur-Bureau, Alte Jakobstr. 124 III links.** [21019*
Prospekte kostenlos.

Schönschreiben 8 M., Buchführung 12 M.
Stenographie, Schreibmaschine, sämtliche Comptoirfächer, lehrt gründlich, auch älteren Personen, **Krachts Handelsschule, Rosenthalerstr. 44.** Zweigschule: **Charlottenburg, Wilhelms-Platz 2.** Anfang jeden Monatsbeginn. Der Dreimonats-Kursus in sämtlichen Fächern monatlich 25 Mark. 23739*

Metzners Korbwaren-Fabrik.

Berlin, **Andreasstraße 23.**
II. Geschäft: **Brunnenstr. 95**
III. Geschäft: **Bensselstr. 67.**
IV. Gesch.: **Leipzigerst. 54/55**
V. Geschäft: **Stralauerstr. 19**
Pappenwagen, Leiterwagen, Sportswagen, Kinderstühle. Teilzahlg. gestattet.
Kinderwagen, Kinderbettstellen. Grösstes Lager Berlins. Musterb. gratis.

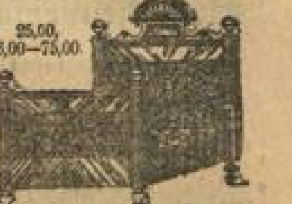
1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Specialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren aus und ist meine Konkurrenz garnicht in der Lage, diese 1000 Mk. zu verdienen.

Steppdecken
billiger wie im **Warenhaus** und billiger wie in **jedem Laden** kauft man direkt in der
Steppdecken-Special-Fabrik,
Gollnowstr. 44.
Steppdecken in allen Farben und Grössen in Wolle und Seide. Alte Decken werden neu bezogen. Wer Zuthaten hat, dem fertige ich Decken von 1,50 Mark an. **Nahe Alexanderplatz.** Auch einzelne Decken stets am Lager. 2256L*

Bettstellen, Matratzen und Betten.
Special-Geschäft
für Kinder, Erwachsene u. Dienstboten.

Fertige Betten:
No. 1. Oberbett, Unterbett, 2 Kissen, 100/200, roth-rosa gestreift, 12,00 M.
No. 2. 100/200, „ „ „ 18,00 „
No. 3. 100/200, grau-roth „ 32,00 „
No. 4. 100/200, glatt roth „ 44,50 „
No. 5. 100/200, roth-rosa „ 66,00 „
9,00, 14,—60,00. 12,50, 18—60,00.

Neu. Schütten der Betten im Beisein der Käufer.
Schlafmöbel-Bazar „Baby".
6,50, 9,00—21,00 **Invalidenstr. 160,** an der Brunnenstr. 30,00—50,00.
Filialen:
Tauenzienstr. 7a, Ecke Nürnbergerstr. | Bernauerstrasse 18, an der Thurmstrasse.
Belle-Alliancestr. 107, am Blücherplatz. | Reinickendorferstr. 2 d/e, am Wedding.
Gr. Frankfurterstr. 115, Ecke Andreasstr. | Brunnenstrasse 92, Ecke Rügenerstr.
Oranienstrasse 31, an der Adalbertstr. | Spandau, Havelstrasse 20.
Theilzahlung gestattet, bei grösseren Raten Cassapreise.


25,00, 38,00—75,00.
Lieferant des Post-Spar und Vorschuss-Vereins.
27,50, 35,00 bis 100,00.

R. Schrödter,
Frankfurter Allee 197,
vis-à-vis vom Bahnhofe, im Hause der Badeanstalt, empfiehlt zur
Einsegnung
reichhaltiges Lager zu sehr billigen Preisen in **Krawatten, Glacé-Handschuhen, Wäsche, Serviteurs, Hosenträger, Taschentücher, Stickerei Valencienne-Unterröcke etc.** 19242*

Wer schnell und zu coulanten Bedingungen 22502*
Geld!
Darlehen oder Hypothek sucht, verlange unsern **Hypotheken- und Darlehens-Nachweis.**
H. Bittner & Co., Hannover-Z.

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.
Darmkrankheiten
Georg Pohls **Sanitäts-Heidelbeerwein** ist erprobt bei Darmkrankheiten (Diarrhoe), Zuckerkrankheit, Blutarmut, Verdauungsstörung usw. a Fl. **1** Mark. 10 Fl. **9** Mk. Altbewährtes beliebtes Hausmittel. Aerztlich empfohlen, sicherer Erfolg. Viele Dankschreib. Droguerie **Georg Pohl,** Berlin, Brunnenstr. 157. Sonst nirgends. 1724L*

Wer Darlehnsgeschäfte irgend welcher Art zu machen wünscht, inseriere **kostenlos** im **„Specialblatt für den Geldverkehr".** **H. Bittner u. Co., Hannover Z.** 22512*

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante
Herren-Garderobe
nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.
Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16. II.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Stralsunderstr. 1.

Herren-Anzüge,
Paletots n. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert
J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13 prt. Teilzahlung gestattet.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Max Brinner,
Jerusalemerst. 42
Brunnenstr. 6.
Großartige Auswahl von Kinder-, Sport- und Puppenwagen, Kinderbettstellen, best. Fabrikat, billigst. Teilzahlung gestattet. 20789*

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
reell, zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister,
Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkmal.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Zur Wohnungsfrage.

Wohnungszustände.

I.

Noch nie war das Interesse für die Wohnungsfrage ein so allgemeines im Deutschen Reiche, wie gegenwärtig. Im vorigen Jahre beschäftigte sich die Hauptversammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege mit ihr, vor wenigen Tagen hat die Jahresversammlung der Orts-Krankenkassen Deutschland zur Wohnungsfrage Stellung genommen, in wenigen Tagen wird der socialdemokratische Parteitag und der Verein für Socialpolitik diese brennende Frage einer Erörterung unterziehen. Auch andre Parteien und Korporationen haben im Laufe dieses Jahres zur Wohnungsfrage Stellung genommen. Ein ungünstiges Zusammentreffen mit der heute die gesamte Bevölkerung aufs tiefste berührenden Agitation gegen den Brotwucher, die Konzentration des gesamten Interesses der Bevölkerung und der parlamentarischen Körperschaften auf die zollpolitischen Fragen, läßt leider befürchten, daß die vielen Erörterungen über die Wohnungsfrage kaum einen praktischen Nutzen haben werden. Unsrer Meinung nach, die, wie der Verein Reichs-Wohnungsgesetz beweist, auch von Vertretern vieler andren Parteien geteilt wird, muß das Schwergewicht einer Wohnungsreform in das Reich und damit in den Reichstag gelegt werden. Nun ist schon mehrfach offiziös dargelegt worden, daß bis zur Erledigung des Zolltarifs der Reichstag nur mit dem allerdringlichsten Beratungsmaterial befaßt werden soll; daß zu diesem die Wohnungs-Gesetzgebung gehört, ist nach dem socialpolitischen Kurse des Reichsamts des Innern und nach der Erklärung des Reichskanzlers, daß die Wohnungsfrage Gegenstand der Fürsorge der Einzelstaaten und nicht des Reiches zu sein habe, wohl nicht anzunehmen. Es wird unsre Aufgabe sein, so bald dies irgendwie angeht, die Frage der Wohnungsgesetzgebung in Fluß zu bringen, die Massen dafür zu interessieren und sie über die vielen hier in Betracht kommenden Fragen zu informieren.

Reichliches Material wird von allen Seiten beigebracht, in erster Linie steht da das, was der Verein für Socialpolitik in diesen Wochen veröffentlicht hat. Es ist zum zweitenmale, daß der Verein für Socialpolitik sich mit diesen Fragen befaßt. Im Jahre 1886 hat derselbe, hauptsächlich unter dem Einfluß des damaligen Oberbürgermeisters von Frankfurt a. M., der damals noch nicht Herr von Miquel war, eine Reihe von Darstellungen über das Wohnungselend und die Wohnungsnot in deutschen Städten veröffentlicht. Herr Miquel hatte damals auch ein recht weit ausschauendes, wenn auch in vielen Einzelheiten recht unklares Programm für die Lösung der Wohnungsfrage aufgestellt, in großen Worten hat er damals diese Frage als eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben charakterisiert; aber als er an die Macht kam, hat er nicht den Finger gerührt, um irgend etwas von dem auszuführen, was er damals als brennende Frage dargestellt hat, war doch seine ganze Ministerthätigkeit von einem antisocialen Geiste beherrscht. Selbst seine Ruhmredner werden den Bau von einigen Hundert Beamten- und Arbeiterhäusern in Preußen als einen erheblichen Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage nicht ansehen können. In der kurzen Spanne Zeit zwischen dem Rücktritt und Tode des warmen Befürworters einer Wohnungsreform vom Jahre 1886 ließ der Verein für Socialpolitik „neue Untersuchungen über die Wohnungsfrage in Deutschland und im Auslande" erscheinen, fast 1400 Seiten. Diese Arbeit unterscheidet sich ganz wesentlich von ihrer Vorgängerin; war diese eine Feststellung des Wesens und eine Illustrierung der Wohnungsfrage durch Einzeldarstellungen, so suchen die neuen Untersuchungen die Wege zur Lösung derselben abzustecken, die gesetzlichen und polizeilichen Maßregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und die Maßnahmen zur Herstellung und zur Förderung des Baues gesunder und billiger kleiner Wohnungen darzustellen und zu bewerten. Eingehend geschieht dies für das Deutsche Reich und für Oestreich, in kürzerer Weise für die Schweiz, England, Frankreich, Belgien, die Vereinigten Staaten, Rußland, Norwegen, Schweden und Dänemark. In einem Punkt gleichen sich die Veröffentlichungen von 1886 und 1901, in beiden findet sich eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Wohnungsstatistik, kurz zusammengefaßt 1886 von dem Breslauer Städtestatistiker Neefe, diesmal ausführlich und in das Material wie in die Erhebungsmethoden tief eindringend, von unsrem Parteigenossen Dr. Lindemann (C. Hugo). Auf 123 Seiten erhalten wir von Lindemann eine Zusammenfassung des vielen in mannigfachen Zahlenwerken verstreuten und leider nicht unter einheitlichen Gesichtspunkten aufgenommenen Materials über die Wohnungsverhältnisse in deutschen Großstädten. Nur wer das Urmaterial kennt, das Lindemann verarbeitet hat, wird die außerordentliche Leistung bewerten können. Das, was er uns bietet, wäre die Aufgabe einer statistischen Centralstelle gewesen, die mit dem nötigen Personal zu arbeiten in der Lage ist; hier haben wir vor uns die Leistung eines Privatstatistikers, der von der Kalkulatorenarbeit bis zur wissenschaftlichen Durchleuchtung des Materials alles selbst besorgen mußte. Seine Arbeit enthält so vieles, daß sie für jeden Wohnungspolitiker künftig unentbehrlich sein wird; bei der Unmasse des Stoffes, die in ihr konzentriert ist, kann selbstverständlich ein Zeitungsartikel nur ein schwaches Bild ihres Reichtumes geben.

Lindemann geht von der Gebäudestatistik als der Grundlage jeder Wohnungsstatistik aus. Für die letzten vier Jahrzehnte konstatierte er die Tendenz nach Steigerung der Höhe der Häuser, also nach Vermehrung der Zahl der Stockwerke in den gezählten Gebäuden. Am schärfsten ist diese Entwicklung in Berlin zum Durchbruch gekommen. Während im Jahre 1864 die Gebäude, die höchstens Erdgeschoß und drei Stockwerke umfassen, zu jener Zeit für Berlin als normal zu bezeichnen waren, 848 von je 1000 umfaßten, während auf die Klasse mit vier und mehr Stockwerken nur 152 auf je 1000 entfielen, hat sich in den folgenden 31 Jahren das Verhältnis geradezu umgekehrt. Im Jahre 1895 ist der Anteil der Mietskaserne mit 4 und mehr Stockwerken auf 671 von je 1000 gewachsen, während der der früher normalen Häuser-Klassen auf 329 von je 1000 gesunken ist. So die Häuser, die nur Erdgeschoß haben, von 79 auf 36 unter je 1000, die mit Erdgeschoß und erstem Stockwerk von 154 auf 52 unter je 1000, die mit Erdgeschoß und zwei Stockwerken von 253 auf 65 unter je 1000; am rapidesten gewachsen ist die Klasse der Gebäude mit 5 und mehr Stockwerken, sie hat sich in der Zeit von 1875 bis 1895 mehr als verachtzigfacht. Dieser doppelte Prozeß des Verschwindens der kleinen, ein-, höchstens zweistöckigen Gebäude und des Entstehens der fünfstöckigen Mietskasernen spielt sich natürlich in erster Linie an den äußeren Grenzen der Großstadt ab, wie dies Lindemann an Beispielen für einzelne Berliner Stadtbezirke nachweist. Ganz ähnlich, wenn auch nicht gleich stark, ging die Entwicklung in den übrigen deutschen Großstädten vor sich, nur mit dem Unterschied, daß die Stelle der fünften Stockwerke von den dritten und vierten Stockwerken eingenommen wird.

Es ist klar, daß in dem Maße, wie die Häuser, die nur ein Erdgeschoß enthalten und nur mit 1 bezw. 2 Stockwerken versehen sind, von den vielstöckigen Mietskasernen verdrängt werden, auch die relative Zahl der im Erdgeschoß, ersten und zweiten Stock gelegenen Wohnungen abnehmen muß. Von 1861 bis 1890 beträgt diese Abnahme bei der Klasse der Erdgeschoßwohnungen 711, bei der Klasse der Wohnungen im ersten Stock 800, und bei der im zweiten Stock 235 von je 10 000. Während noch 1871 mehr als 6/10 aller Wohnungen im Erdgeschoß, ersten und zweiten Stock belegen waren, sind seitdem die ungünstigsten Stockwerklagen: die Keller, dritten, vierten und fünften Stockwerklagen, sehr in den Vordergrund getreten, indem nun auf sie 4513 von je 10 000 aller Wohnungen entfallen. Der ungünstige Charakter dieser Bauentwickelung tritt noch klarer dadurch hervor, daß Lindemann die Bevölkerungsziffern der nach den Stockwerklagen klassifizierten Wohnungen heranzieht. Der Bevölkerungsanteil der Wohnungen im Erdgeschosse fiel von 233 im Jahre 1861 auf 141 unter je 1000 im Jahre 1890; der Wohnungen im ersten Stock mit Einschluß des Zwischenstocks von 2670 auf 1715, der im zweiten Stock von 2190 auf 1941, ein Totalverlust der drei Klassen von 2174 unter je 10 000 Wohnungen, dagegen wuchs die Bevölkerung im dritten Stock von 76 975 Bewohnern im Jahre 1861 auf 308 598 im Jahre 1890, die in vierten und höheren Stockwerken Wohnenden stieg an Zahl von 18 437 auf 314 494 Bewohner. Auf die drei ungünstigsten Wohnungsklassen (Keller, dritte und höhere Stockwerke) entfielen 4837 unter je 10 000 Einwohner, d. h. nicht viel weniger als die Hälfte der gesamten Wohnungsbevölkerung.

Die Behausungsziffer, das ist die Anzahl der Bewohner eines Hauses, stieg fast ununterbrochen in den deutschen Städten, so in Berlin von 50 im Jahre 1864 auf fast 73 im Jahre 1890, um dann auf 72 im Jahre 1895 zu sinken, in Breslau war die Steigerung eine nicht so starke, aber eine ununterbrochene von 46 im Jahre 1871 auf 51,2 im Jahre 1895, in Dresden stieg sie ununterbrochen von 31,53 im Jahre 1880 auf 36,33 im Jahre 1895, in Frankfurt a. M. von 16,52 im Jahre 1875 auf 19,56 im Jahre 1890. In München von 25,8 im Jahre 1875 auf 33,5 im Jahre 1895, in Charlottenburg von 29,19 im Jahre 1885 auf 49,02 im Jahre 1895.

Eine der auffallendsten Erscheinungen in der Entwicklung unsres Wohnungswesens ist die Abnahme der einzimmerigen bei gleichzeitiger Zunahme der zwei- und dreizimmerigen Wohnungen; auf den ersten Anblick hin, eine der erfreulichsten und beruhigendsten Erscheinungen, die man sich denken kann, ein offenkundig klarer Beweis gegen die Verelendung der Arbeiterbevölkerung in Bezug auf das Wohnungswesen. Aus diesen Zahlenreihen aber eine optimistische Legende zu schaffen, verhindert Lindemann, indem er die Ursachen dieser merkwürdigen Erscheinung klarlegt. Am energischsten hat sich diese Entwicklung in den drei Städten Frankfurt a. M., Hamburg und Leipzig abgespielt; an der Spitze steht Leipzig, wo sich der Abnahmeprozeß auch bereits auf die zweizimmerigen Wohnungen ausgedehnt hat. Seit 1867 nimmt die Zahl der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer relativ ab, von 1885 an haben wir eine absolut und relativ schnelle Abnahme. Nicht nur in Alt-Leipzig, sondern auch in Neu-Leipzig läßt sich diese Entwicklung beobachten, gegenüber dieser Abnahme der kleinen Wohnungen mit einem und zwei heizbaren Zimmern nehmen die Wohnungen mit drei und vier heizbaren Zimmern, vor allem aber die mit drei heizbaren Zimmern zu. Absolut hat sich die Zahl der Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern seit 1875 verdoppelt, relativ ist sie von 1/6 auf 1/4 der Gesamtzahl der Wohnungen gestiegen. Bei den Wohnungen mit 4 heizbaren Zimmern hat gleichfalls fast eine Verdoppelung der absoluten Zahl und eine Erhöhung der relativen von 1/10 auf 1/8 stattgefunden. Lindemann erklärt nun, diese auch in den anderen Großstädten zu Tage tretende Entwicklung treffend folgendermaßen: „Das besonders schnelle Sinken der Zahl der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer erklärt sich zum Teil wohl dadurch, daß das Zubehörzimmer in sehr vielen Fällen in ein heizbares Zimmer verwandelt wurde. Dadurch wurde zugleich das schnellere Sinken der Zahl der zweizimmerigen Wohnungen aufgehalten. Allgemein beweist die Abnahme der ein- und zweizimmerigen Wohnungen, die sowohl in Alt- wie in Neu-Leipzig gilt, aufs deutlichste, daß die Abneigung der Bauunternehmer gegen den Bau von kleinen Wohnungen in stetem Steigen begriffen ist. Mehr und mehr setzt sich die Tendenz durch, die Zahl der Mieter, mit denen zu verhandeln ist, durch Einrichtung größerer Wohnungen zu verkleinern und das Risiko auf den sich allmählich zum gewerblichen Zimmervermieter entwickelnden Mieter abzuwälzen. Wir haben hier offenbar den Ausdruck einer neuen Entwicklung vor uns. Zwischen die Hausbesitzer und die eigentliche Klasse der Mieter schiebt sich ein Mittelsmann ein, der Zimmervermieter, der natürlich seinerseits zur Steigerung der Mietspreise beiträgt. Auf ihn wälzt der Hausbesitzer das ganze Risiko oder einen Teil desselben, auf ihn die Verantwortlichkeit ab; diese Mietsleute haben eine große Aehnlichkeit mit den Zwischenmeistern der Hausindustrien, die, häufig selber ausgebeutet zu Werkzeugen der Ausbeutung werden. Für derartige Mittelsleute ist es selbstverständlich auch lohnender, größere Wohnungen mit 3 bis 4 Zimmern zu mieten. Die größere räumliche Ausdehnung der Wohnungen giebt ihnen Gelegenheit, den Betrieb nicht nur extensiver, sondern auch intensiver zu betreiben. In den Wohnungen von einem heizbaren Zimmer mit Zubehör war das nicht möglich; so wurde zunächst in sehr vielen Fällen das Zubehör heizbar gemacht. Das Bedürfnis nach Betriebsraum trieb dann aber weiter von der Wohnung mit zwei zu der mit drei und vier heizbaren Zimmern. Dazu kam dann noch der begünstigende Umstand, daß der Durchschnittspreis für ein heizbares Zimmer bei den Wohnungen von einem heizbaren Zimmer mit Zubehör ganz unverhältnismäßig viel höher ist, als bei den Wohnungen mit 2—4 heizbaren Zimmern". Selbstverständlich entspricht dieser Entwicklung eine steigende Zahl der Aftermieter, Schlafgänger 2c. Daß dieses Verhältnis zu dem räumlichen Wohnungselend noch eine ganze Reihe weiterer Schädigungen socialer und moralischer Art hinzufügt, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden; wer sich übrigens hierfür mehr interessiert, findet eine beachtenswerte Schilderung in der Schrift von Dr. Kurella über die Wohnungsnot (Frankfurt a. M., 1899).

Die Vermehrung der Zahl von Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern ist zum Teil auch auf eine bedeutende Verschlechterung des Wohnungstypus zurückzuführen, den uns die Statistik als einzimmerige Wohnung vorführt. Die Wohnung mit einem heizbaren Zimmer in den Wohnungsaufnahmen früherer Jahrzehnte besaß oft noch außerdem ein nicht heizbares Zimmer; nunmehr ist der Prozentsatz derjenigen Wohnungen, die als einzimmerige aufgeführt werden, aber daneben noch ein nicht heizbares Zimmer besitzen, bedeutend gesunken. In Berlin z. B. wuchs die Klasse der einzimmerigen Wohnungen ohne nicht heizbare Zimmer von 3350 im Jahre 1875 auf 4277 im Jahre 1895, also um 927 unter je 10 000 Wohnungen, während die Zahl der „einzimmerigen" Wohnungen mit einem heizbaren und einem nicht heizbaren Zimmer in der gleichen Periode von 1650 auf 639, das ist um 1011 unter je 10 000 Wohnungen abnahm. Dieselbe Beobachtung ergab sich bei den zwei- und dreizimmerigen Wohnungen. Die Wohnungen ohne Zubehör nehmen zu: die zweizimmerigen um 469, die dreizimmerigen um 174 unter je 10 000. Dieser Zunahme steht die Abnahme der Wohnungen mit Zubehör gegenüber: um 272 beziehentlich 140 unter je 10 000. Den stärksten Rückgang weisen also die einzimmerigen Wohnungen mit einem nicht heizbaren Zimmer auf. Sie sind auch absolut 1895 an Zahl geringer als 1875, 26 189 gegen 34 996 im letzteren Jahre, also eine Differenz von 8807 zu ihren Ungunsten, während sich die Zahl der Wohnungen ohne Zubehör verdoppelt bis verdreifacht hat. Auch die Wohnungen mit 2, 3 und mehr nicht heizbaren Zimmern zeigen absolute Abnahme. Man mag geneigt sein, in dieser Nutzbarmachung des nicht heizbaren Zimmers eine Verbesserung der Wohnungen zu sehen, thatsächlich bedeutet sie aber zugleich eine nicht unbedeutende Preissteigerung und eine Verdichtung der Belegung durch Aftermieter und Schlafgänger. Von den gleich ungünstigen socialen Folgen ist die Ausbreitung der Kochstube begleitet.

II.

Bis zum Jahre 1895 hat sich im allgemeinen eine Entwicklung zum Besseren gezeigt, die übervölkerten einzimmerigen Wohnungen sind in allen Städten in der Abnahme begriffen, am stärksten in Frankfurt a. M. Hier waren von 5999 einzimmerigen Wohnungen nur 258 im Jahre 1895, d. h. nur 43 auf 1000, übervölkert. Sehr stark und gleichmäßig ist die Abnahme in Berlin, wo die Zahl der übervölkerten Wohnungen von 1955 im Jahre 1875 auf 1342 unter je 10 000 im Jahre 1895 sank. Lindemann hält es aber für sehr fraglich, ob diese günstige Entwicklung dauernd sein wird, da von 1895 an in den meisten Großstädten sich eine steigende akute Wohnungsnot eingestellt hat, die ihren Ausdruck natürlich in dem Anwachsen der übervölkerten Wohnungen finden muß. Lindemann führt auch sehr deutlich vor Augen, daß der Begriff der übervölkerten Wohnung erstens kein gleichmäßiger und zweitens ein ungenügender sei, in Wirklichkeit müßte man viel mehr Wohnungen als übervölkert bezeichnen als dies seitens der deutschen Städtestatistik geschieht. Auf diese sehr bemerkenswerten Ausführungen können wir aber hier nicht weiter eingehen. Nach Lindemann stehen unter den einzimmerigen Wohnungen in Berlin im Jahre 1895 88 985 übervölkerte, gegen 114 069 normale, in Charlottenburg im gleichen Jahre 4258 übervölkerte gegenüber 5430 normalen, in Dresden 18 737 übervölkerte gegenüber 24 310 normalen. Für das gleiche Jahr und für die Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern stellte er fest für Berlin 26 132 übervölkerte und 85 641 normale Wohnungen, für die dreizimmerigen 2675 übervölkerte, 42 371 normale Wohnungen und nicht viel abweichende Verhältnisse in Charlottenburg und in Dresden. Es kamen somit fast die Hälfte der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, über 1/3 der mit 2 heizbaren Zimmern und ca. 6 auf 100 der Wohnungen mit 3 heizbaren Zimmern auf die übervölkerten Wohnungen. So ergiebt sich eine erschreckende Ausdehnung der Uebervölkerung, selbst nach der modernen Wohnungsstatistik. Nach einem Maßstabe, den Lindemann auch aus amtlichen Statistiken entnimmt, der aber schärfer als üblich das Problem der Uebervölkerung zu erfassen sucht, waren unter den einzimmerigen Wohnungen 831 bis 867 unter je 1000 Wohnungen mit einem und zwei heizbaren Zimmern in Berlin, Charlottenburg und Dresden übervölkert. Wie notwendig ein tieferes Eindringen in die doch immer an Schablonenhaftigkeit leidende Wohnungsstatistik ist, geht daraus hervor, daß die Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer eine verhältnismäßig günstige Stellung einnehmen, weil diese Wohnungsklasse den absolut und relativ größten Anteil an der Zahl der Wohngemeinschaften mit bloß einem Bewohner hat. Scheidet man mit Lindemann diese Gruppe aus, so gilt im allgemeinen die Regel, daß auch innerhalb derselben Wohnungsklasse die Ausdehnung der Bevölkerung mit der Größe der Wohnung abnimmt.

Erhebungen amtlicher Natur der Art, wie wir sie aus schweizerischen Städten besitzen, mit Ausmessung der Bodenfläche und des Kubikinhalts der Wohnungen fehlen leider in Deutschland fast vollständig; die erste größere Erhebung dieser Art ist eben für Nürnberg im Gange. Ein kleiner Versuch, der in Breslau gemacht wurde, bewies, daß 44 Proz. der untersuchten Wohnungen den allerbescheidensten Anforderungen einer Bodenfläche von 4 Quadratmetern und einem Luftraum von 10 Kubikmetern in einem oder dem andern Stücke oder in beiden Punkten entsprachen. Lindemann macht noch aufmerksam, daß es sehr notwendig wäre, statistisch in die Wohnungsverhältnisse dadurch näher einzudringen, daß man der nächtlichen Uebervölkerung der Wohnungen, die natürlich in den Wohnungen der Arbeiterklasse die Hauptrolle spielt, besondere Aufmerksamkeit schenke. Man käme da zu tieferen Einblicken in das gesamte Schlafgängerwesen. Freilich werden dann die Bewohner nach Geschlecht, Alter, Verwandtschaft, Haushaltungsangehörigkeit 2c. und ihre Verteilung auf die einzelnen Schlafräume eingehend zu berücksichtigen sein. Nur ein Beispiel, um die Wichtigkeit derartiger Erhebungen darzulegen: Ein heizbares Zimmer und drei Bewohner! Was kann in dieser so harmlos klingenden Feststellung der Statistik alles stecken, ebenso gut eine Mutter mit zwei kleinen Kindern, wie ein erwachsener Mann und zwei Schlafgängerinnen. Schon die Feststellung in Breslau über das Verhältnis von Personen und von Betten in einer Wohnung ist bedeutsam, es stellte sich heraus, daß von 3206 Schlafräumen bloß 25 mehr Betten als Personen hatten, 783 gleich viel Betten und Personen, und 2398, also fast 3/4 aller Schlafräume, weniger Betten als Personen besaßen, daß ferner, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Personen auf die vorhandenen Betten vorausgesetzt, von je 10 000 Einwohnern nur 251 und von den Bewohnern in den übervölkerten Wohnungen bloß 171 unter je 10 000 den Genuß eines eignen Bettes hatten. Wir finden da Schlafräume mit 4 Personen und einem Bett, mit 9 Personen und 2 Betten, mit 10 Personen und 3 Betten, mit 11 Personen und 4 Betten, mit 12 Personen und 5 Betten, mit 13 Personen und 6 Betten. Wenn dies auch die Extreme sind, so verbirgt sich hinter diesen doch eine Unmasse ähnlichen tiefsten Wohnungsjammers. Das fürchterlichste hieran ist der Anteil vollständig familien-fremder Personen an den gemeinsamen Schlafräumen, ja an den gemeinsamen Betten. Man halte sich doch bei diesen Erwägungen vor Augen, daß im Jahre 1890 in Berlin von 52 140 Haushaltungen 41 485 neben Familienmitgliedern Schlafgänger beherbergten, und zwar unter je 10 000 Wohnungen mit einem bis 2 heizbaren Zimmern ohne nichtheizbare Gelasse 7956 Wohnungen dieser Art; dazu kommen noch weitere Wohnungen, die außerdem Gewerksgehilfen und andre Hausgenossen enthielten.

In überwiegender Mehrzahl sind es gerade die Familien mit Kindern, welche Schlafleute in ihre Wohngemeinschaft aufnehmen. Einfach erklärt sich diese betrübende Erscheinung, die zu den vielen Hemmnissen einer guten Kindererziehung im Proletarierhaushalte ein weiteres bringt, aus der wirtschaftlichen Not der Familien. In den Familien ohne Kinder kann die Frau häufig auf Arbeit gehen, so daß der gemeinsame Lohn es ermöglicht, die Wohnungsmiete ohne die Aufnahme von Schlafgängern zu erschwingen. In Familien mit Kindern, vor allem mit kleinen Kindern, ist dies trotz Krippen schwerer möglich und nur dann dem mütterlichen Herzen erleichtert, wenn Verwandte, wie z. B. die Großmutter, die Aufsicht über die Kinder übernehmen könnten. Diese Fälle sind aber nicht häufig. Wo die Ehefrau aus diesen Gründen nichts verdient, ist gleichzeitig das Einkommen der Familie geschmälert und infolge der größeren Kopfzahl der Familie das Bedürfnis nach der Wohnung vergrößert. Der allein nicht zu erschwingende Ausgabeposten für die Wohnung soll durch die Aufnahme von Schlafgängern ermöglicht werden.

Die Hauptmasse der Schlafräume drängt sich in den Wohnungen mit zwei Wohnräumen mit Küche und mit drei Wohnräumen mit oder ohne Küche zusammen. Von 10 775 Dresdener Haushaltungen mit Schlafleuten entfallen auf sie allein 8529 oder auf 10 000 berechnet 7515. Die Wohnungen mit gleichen Räumlichkeitsklassen, die von Haushaltungen mit Schlafleuten belegt sind, erscheinen bedeutend stärker bevölkert, als die Wohnungen mit Haushaltungen ohne Schlafleute. Mit der größeren Dichtigkeit der Wohnungen verschärfen sich natürlich all' die Uebelstände, mit denen das Schlafstellenwesen an und für sich verknüpft ist.

Die Statistik der Mietspreise ist leider für die deutschen Städte fast gar nicht vergleichbar, weil sie nach den verschiedensten Methoden

aufgenommen wird; das geht aber aus den meisten dieser Erhebungen hervor, daß die unteren Mietsstufen ganz beträchtlich abgenommen haben, daß man also zu dem billigen Preis, zu dem man vor einem Vierteljahrhundert bescheidene Wohnungsbedürfnisse noch befriedigen konnte, heute keine Wohnung erhält, in Dresden z. B. ist der Anteil der Mietsstufe bis 250 M. von 6550 auf 4798 unter je 10 000 Wohnungen in den zehn Jahren von 1885 bis 1895 gesunken, während die Mietsstufe von 251 bis 500 M. von 2129 auf 3460 unter je 10 000 Wohnungen gewachsen ist. Ebenso wird für Hamburg festgestellt die stärkste Abnahme bei den beiden untersten Mietsstufen und die stärkste Zunahme bei den Wohnungen in Preislagen von 270 bis 420 M. Die Gründe für diese Erscheinung sind nach Lindemann außer der alten und überall gleichen Abneigung der Kapitalisten gegen den Bau von Zinshäusern mit kleinen und kleinsten Wohnungen die Erschwerung und Verteuerung des Baues solcher Häuser durch die neueren Baupolizei-Gesetze und den Abbruch zahlreicher kleiner Wohnungen infolge der gewaltigen Umgestaltungen der Städte. In München erstreckt sich die Abnahme auch nur auf die Mietsstufen bis 500 M.; die Klasse bis 250 M. hat von 4956 im Jahre 1885 auf 4213 im Jahre 1895, d. h. um 743 unter je 10 000 Wohnungen abgenommen. Bei der Klasse 251 bis 500 M. sank diese Gruppe von Wohnungen von 2776 im Jahre 1890 auf 2456, d. h. um 320 unter je 10 000 im Jahre 1895. Bloß Frankfurt a. M. zeigt die entgegengesetzte Entwicklung, eine stärkere Zunahme der kleineren Wohnungen. In Hamburg sind die einzimmerigen Wohnungen in den 5 Jahren von 1885 bis 1890 um 30 M., die zweizimmerigen um 24 M. gestiegen, während in dem Zeitraum von 1890—1895 ein allgemeines Sinken des Mietspreises zu verzeichnen ist. In Dresden ist der Mietswert der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer von 1885 bis 1895 von 147 auf 205, demnach um 58 M. oder fast um 2/5 gestiegen, bei den zweizimmerigen Wohnungen beträgt dort die Steigerung 51 M. oder 17,3 Proz. des Mietswertes. In Berlin betrug die Steigerung der einzimmerigen Wohnungsmiete in 15 Jahren 38 M., der zweizimmerigen 55 M. in der Zeit 1880 bis 1895. In Leipzig ist allein der Mietspreis der Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer von 1867 an ununterbrochen im Steigen und diese Steigerung hält auch dann an, wenn die Preise der andren Wohnungen fallen.

Eine andauernde Preissteigerung der Mietswohnungen gerade für den ärmsten Teil der Bevölkerung kann nicht ohne verhängnisvolle Wirkungen auf ihre ganze Lebenslage sein; entweder geschieht die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses durch Verkleinerung und Verschlechterung der Wohnung oder durch Aufnahme von Schlafgängern oder durch eine Verringerung der sonstigen Lebenshaltung. Dies ist nur eine der vielen zum Teil schon geschilderten bedenklichen socialen Folgen des Wohnungswuchers auf die ganze Lebenslage der arbeitenden Klassen.

Es bedarf keines besonderen Beweises, daß die Lohnarbeiter diejenigen sind, die am schwersten unter dem unseligen Stand unsrer Wohnungsverhältnisse leiden, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß die Wohnungsmisère bis in die Mittelschichten des Bürgertums schwer empfunden wird. Soweit das vollständig ungenügende statistische Material überhaupt verwertbar ist, hat Lindemann eine Berufsgliederung in Beziehung gebracht mit den verschiedenen Typen der kleinen Wohnungen. Es würde zu weit führen, wenn wir mehr als einige Beispiele aus diesem Zahlenmaterial hervorheben wollten. In Frankfurt a. M. bewohnen unter je 1000 Arbeitern und Tagelöhnern 534 einzimmerige Wohnungen, 455 zwei- bis dreizimmerige und 114 vier- und mehrzimmerige. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe bewohnen von je 1000 317 einzimmerige, 584 zwei- bis dreizimmerige und 149 vier- und mehrzimmerige. In München bewohnen unter je 1000 zur Landwirtschaft gehörigen Personen 345 einzimmerige Wohnungen, unter den Gewerbegehilfen 470, unter den unständigen Lohnarbeitern 666, und zwar 270 eine einzimmerige Wohnung ohne Küche und Nebenraum, 362 mit Küche, aber ohne Nebenraum, und bloß 34 die einzimmrige Wohnung mit Küchen- und Nebenraum, dagegen ist für 7 diese einzimmrige Wohnung nicht einmal heizbar.

Zum Schluß noch einige Zahlen aus Berlin. Von 2974 Wohnungen ohne heizbare Zimmer entfallen 428 auf die eigentlich gewerblichen Arbeiter, 349 auf das Handelsgewerbe, 155 auf die von persönlichen Dienstleistungen Lebenden, 786 auf die Arbeiter ohne Gewerbsangabe und 198 auf Berufslose. Unter je 10 000 Wohnungen der betreffenden Gruppe entfallen auf die gelernten Gewerbsgehilfen 2693 auf die Wohnungen mit einem heizbaren Zimmer, 1682 auf die Wohnungen mit zwei heizbaren Zimmern und 306 auf die Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern; mit der Zahl der heizbaren Zimmer fällt also der Anteil der gelernten gewerblichen Arbeiter ganz rapide; die gleiche Erscheinung ist bei den Arbeitern ohne Gewerbe-Angabe zu beobachten, das ungünstige Verhältnis tritt da noch schärfer hervor. Beide Klassen zusammen besetzen mehr als die Hälfte aller einzimmerigen Wohnungen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in der Gruppe Bekleidung und Reinigung die große Mehrheit der Heimarbeiter offenbar nicht unter die Gehilfen gezählt wurde.

Auch in Hinsicht auf die Stockwerkslage der Wohnungen kommt der ungünstige Charakter der Wohnverhältnisse der behandelten Berufsklassen zu klarem Ausdruck; am ungünstigsten ist wiederum die Lage der Arbeiter ohne Gewerbsangabe, sie bleiben in den untersten Stockwerkslagen bedeutend unter dem allgemeinen Durchschnitt, übertreffen denselben dagegen ganz beträchtlich in den höheren (4. und 5.) Stockwerken sowie in der ungünstigen Kellerlage. Nicht viel besser sind die gelernten Gehilfen in dieser Beziehung gestellt, mit der Ausnahme, daß bei ihnen die Kellerwohnungen noch unter dem allgemeinen Durchschnitt bleiben. Die Mehrzahl der Wohnungen sind im zweiten und dritten Stock, dann im vierten und fünften. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den niederen Beamten. Unter je 10000 Wohnungen, die gelernte Gewerbsgehilfen einnehmen, sind 999 im Erdgeschoß und Halbstock, 1521 im ersten Stock, 4343 im zweiten und dritten Stock, 2438 im vierten und fünften Stock und 708 im Keller; bei den Arbeitern ohne Gewerbe-Angabe sind unter je 10 000 Wohnungen 1138 im Erdgeschoß und Halbstock, 1480 im ersten Stock, 3813 im zweiten und dritten Stock, 2437 im vierten und fünften Stock und 1132 im Keller.

Wer aus den vorstehenden Ausführungen und aus den zahlenmäßigen Belegen des Wohnungsjammers, unter dem die weitaus überwiegende Mehrzahl der in Lohn arbeitenden Bevölkerung und der in ihren Erwerbsverhältnissen gleich gestellten Klassen leidet, sich ein Bild gemacht hat von der Größe des socialen Elends, der wird auch die Ansicht teilen, daß hier zu bessern auch ein socialer Herkules nicht vermögen wird. Bei den vielen Bestrebungen, die Wohnungsnot zu lindern, übersieht man leider nur zu häufig den raschen Zuwachs unsrer Bevölkerung, vor allem in den Großstädten, deren Wohnungselend am meisten besprochen wird, weil es am meisten in die Augen springt. Welch' großer Kraftleistung würde es in unsren antisocial regierten Staaten und Städten bedürfen, wollte man sich bloß das eine Ziel setzen: der zuwachsenden Bevölkerung günstigere Wohnungsverhältnisse zu schaffen und dabei vollkommen verzichten auf eine Besserung der heute schon unsre Städte bis auf den letzten verborgenen Winkel füllenden Massen. Der sociale Optimismus unsrer Tage hält aber im Rahmen unsrer heutigen Wirtschaftsordnung eine erhebliche Besserung der Wohnungsverhältnisse für möglich. So weit diese Bestrebungen ehrlich und ohne Nebenzweck unternommen werden, verdienen sie alle Sympathie, aber es kann uns dies nicht hindern, ihnen keine Erfolge vorauszusagen. Die Aufgabe, die zu lösen ist, ist für die kapitalistische Gesellschaft zu groß; zu mächtig sind die Widerstände, die diesen Bestrebungen heute schon entgegenstehen und sich künftig noch verstärken werden.

Wohnungsreform.

III.

In zwei vorangegangenen Artikeln haben wir an der Hand der Statistik das Wohnungselend in Deutschland darzustellen gesucht; der Kenner weiß wohl, daß diese Zahlen nicht genügen. Ein bürgerlicher Socialreformer, der Breslauer Arzt Dr. Kurella, hat erst unlängst darauf hingewiesen, daß das Wohnungselend der Arbeiterklasse das noch nicht vollständig abgestumpfte Auge, Ohr und Nase beleidigt, daß diese Erscheinungen durch die beste Statistik nicht wiedergegeben werden können. Aber gerade diejenigen, die das Wohnungselend lediglich aus einigen statistischen Zahlen kennen, glauben, daß wohlgemeinte Reformvorschläge leicht Besserung herbeiführen können.

Die Bemühungen der Wohnungsreformer teilen sich in zwei Gruppen: die eine bezieht sich auf gesetzliche und polizeiliche Maßregeln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die andre auf Maßnahmen zur Erstellung und zur Förderung des Baues gesunder und billiger kleiner Wohnungen. Die gesetzlichen und polizeilichen Maßregeln haben unzweifelhaft die große Bedeutung, daß sie die Größe des Wohnungselends, die Bedeutung und den Umfang der Aufgabe abgrenzen. In schwierigen Fällen, aber immer nur in Einzelfällen, wird eine kräftige Kommunalverwaltung manche Besserung schaffen können. Die Wohnungsinspektionen, die Wohnungskommissionen sind Einrichtungen, die aufs lebhafteste zu befürworten sind, wenn sie nicht bureaukratisch eingerichtet, wenn die zu schützenden Personen in Gemeinschaft mit technischen, ärztlichen und andren Fachmännern die Kommissionen bilden, die Inspektionen vornehmen. Wir haben, gerade vor Jahresfrist, an der Hand des vortrefflichen Buches des Straßburger Beigeordneten v. d. Goltz auf die große Bedeutung der Wohnungsinspektion hingewiesen. Der unsrer Partei durchaus fernstehende Straßburger Magistratsbeamte hält die Beteiligung der Arbeiterschaft in den Wohnungskommissionen bei der Wohnungsinspektion für erforderlich. Hiergegen wendet sich in den Schriften des Vereins für Socialpolitik mit Aufwand vieler Energie der Ober-Bürgermeister von Essen, Herr Zweigert. Weil die Socialdemokratie mit vielem Mißtrauen der städtischen Wohnungsstatistik und der bürgerlichen Wohnungsreformerei gegenüber stehe, deswegen könne man mit ihr nicht zusammenarbeiten. Daß Herr Zweigert, der sonst ein ernster Mann ist, so komisch werden kann, hätten wir fast für unmöglich gehalten; soll etwa die Socialdemokratie im Gegensatz zu allen sachkundigen Statistikern die Maßstäbe der deutschen Wohnungsstatistik in Hinsicht auf die Ueberfüllung der Wohnungen, die Ungleichheit der Wohnungsaufnahme, das falsche Princip, sich bloß auf ungenügende Wohnungserhebungen in Verbindung mit den Volkszählungen zu beschränken, als ein mustergültiges System bezeichnen, soll man etwa den Hut abnehmen vor der Unterstützung des Spekulantenwesens durch die in den Gemeindevertretungen, vielfach auf Grund des Gesetzes, fast immer thatsächlich herrschenden Hausagrarier? Herr Zweigert ist aber sicherlich nicht der engherzigste unter seinen Berufsgenossen; erklärt er sich schon gegen die Mitarbeit der aufgeklärtesten Gruppen derjenigen Bevölkerungsklasse, in deren Interessen vor allem die Wohnungsinspektion durchzuführen ist, so beweist dies für uns, daß wir bei aller Zustimmung zu dem Gedanken der Wohnungsinspektion uns mit der Einführung derselben nicht unter allen Umständen befriedigt erklären können, daß wir Garantien fordern müssen, damit diese Wohnungsinspektion unparteiisch im Interesse der Mieter und nicht durch beamtete oder gar uniformierte Polizei-Organe vorgenommen werde. Wir haben weiter zu fordern, daß das Princip der vollen Oeffentlichkeit für die Verhandlungen der Wohnungskommissionen durchgeführt werde, wie es sich in Straßburg i. E. vorzüglich bewährt hat. Die Vorschläge des Orts-Krankenkassen-Verbandes auf seiner diesjährigen Generalversammlung, die Krankenkassen, deren Aerzte und Krankenkontrolleure zu den Wohnungskommissionen und Wohnungsinspektionen heranzuziehen, erscheint uns sehr erwägenswert.

Bei der Frage der Wohnungspolizei zeigt es sich wieder klar, daß selbst die besten Vorschläge an sich allein nicht genügen, um zu befriedigen; wir müssen die Garantie für eine sachgemäße unparteiische, unter der Kontrolle der Oeffentlichkeit stehende Durchführung erhalten. Selbstverständlich muß jeder Wohnungspolitiker dafür eintreten, daß die Erweiterung der Städte nicht der Willkür der Bodeneigner überantwortet wird. Die Richtung der Ausdehnung der Städte, die Entwicklung und Breite der Verkehrslinien, die Zahl der Straßen und Plätze, die Bestimmungen von Räumen für Gärten, Erholungsstätten, Spielplätze, für öffentliche Gebäude, Schulen 2c. ist im öffentlichen Interesse festzulegen. Rücksichten auf rasche Verbindungen der entfernten Stadtteile, auf Garantien für die Gesundheit der Bevölkerung, für die künstlerische Ausgestaltung der Straßenzüge müssen hier maßgebend sein. Wieviel hier gefehlt wurde, lehrt uns jeder Gang durch die modernen Viertel unsrer Großstädte; fast überall herrscht die äußerste Nüchternheit, die Straßen und die Häuser stehen von außen fast so traurig und poesielos da, wie sie sich dem Kenner ihres Innern darstellen. Unendliche schnurgerade Straßenzüge ohne die geringste Unterbrechung, ohne die Möglichkeit, das Auge rasten zu lassen, stellen sich uns meist dar. Mit Lineal und Rechteck ohne jede Rücksicht auf die Bevölkerung sind diese Straßenbaupläne vielfach entstanden, die Häusermeere werden fast nie von einem Baume, einem Blumenbeet oder einer Anlage unterbrochen. Die Häuserfassaden ähneln sich wie ein Ei dem andern. Nüchtern wie die Straße ist jedes einzelne Haus. Von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, werden fast nirgends den Grundbesitzern Auflagen über die künstlerische Ausgestaltung der Bauten gemacht.

Für die ausgebauten Teile einer Stadt wurden, soweit bedeutendere Leistungen dieser Art vorliegen, bestenfalls Anforderungen der Aestheik und des Verkehrs und der Hygiene befriedigt, aber zumeist auch die Wohnungsnot gesteigert. Vieles hätte aber durch social und künstlerisch weitsichtige Stadterweiterungspläne geleistet werden können, wenn unsre Stadtverwaltungen eben nicht Organisationen der Hausbesitzer, sondern Interessenvertretungen der gesamten Stadtbevölkerung auf Grund des gleichen und allgemeinen Wahlrechts gewesen wären.

Was in den letzten Jahrzenten, gerade in der Epoche der Großstadtentwicklung Deutschlands, verabsäumt wurde, würde in Jahrzehnten beim besten Willen nicht geändert werden können. Vorsichtig wie gewandte Geschäftsleute nun sind, haben die Eigner des Grund und Bodens für erhebliche Teile unbebauten städtischen Terrains Garantien erhalten, daß Erhebliches an den bisherigen Baubedingungen für ihren Besitz nicht geändert werden kann. . . . So sehr wir für die Anlage von Stadterweiterungsplänen sind, so halten wir diese doch nur dann für ersprießlich, wenn die Vetternwirtschaft auf den Rathäusern aufhört, wenn nicht das Interesse der Hausbesitzer sondern das der Mieter, nicht das der Reichsten sondern das der breiten Schichten der Bevölkerung in den Magistraten und Stadtverordneten-Versammlungen maßgebend wird. Das gleiche gilt für die Bauordnung. Was hier gefehlt wurde, das zeigt jeder Hof, das lehrt das Geruchsorgan nicht weniger wie das Auge, mangelhafter Luftzutritt in die Höfe, ungenügende Ventilation der Treppenhäuser, Mangel jeder Ventilationsmöglichkeit in vielen Wohnungen, Sparsamkeit bei der Anlage von Korridoren, Aborte für mehrere Familien, Wohnungen ohne Küchen, Fehlen von Einrichtungen für den Abguß, Fehlen von Abständen zwischen den Häusern, zu hohe Häuser, zu niedrige Zimmer, keine Beziehungen zwischen der Anzahl der Bewohner und dem Luftraum der Wohnungen oder gar der Möglichkeit des regelmäßigen Luftwechsels. Noch immer werden Häuser mit Kellerwohnungen, mit Mansardenstockwerken erbaut, obgleich die Nachteile dieses Systems ausnahmslos von allen Fachleuten verurteilt werden. Man ersieht hieraus, daß durch gute Bauordnungen, wenn auch nicht viel für die gegenwärtige Volkszahl in den Städten, so doch für die nachdrängenden Massen noch Erhebliches geschehen könnte. Aber diejenigen, die für den Erlaß der allgemeinen Grundsätze für Bauordnungen die Befugnisse haben, sind bar jeden socialen Sinns, sie haben sich fast immer nur als die Vertreter ihrer eigensten Interessen gefühlt. Die Hoffnungen auf ein reichsgesetzliches Eingreifen sind zu vertagen, hat doch der Reichskanzler in der letzten Sitzungsperiode des Reichstags durch den Staatssekretär für das Reichsamt des Innern erklären lassen, daß er die Wohnungsfrage als eine Aufgabe der Gesetzgebung und Verwaltung der Einzelstaaten betrachtet. In Preußen haben die großen Junker im Herrenhause und die kleineren im Abgeordnetenhause zwar durch die Geburt schon die Anlage zum Gesetzgeber gewonnen, aber wie die Schicksale des mehr als harmlosen Adikesschen Gesetzentwurfs beweisen, ist die Wohnungspolitik nicht die Specialität der Herren von und zu. Und nun gar unsre preußischen Gemeinden, über die ist kein weiteres Wort zu verlieren! Nicht darauf kommt es also an, nur die Forderungen in Bezug auf vernünftige Stadterweiterungspläne und Bauordnungen festzulegen, sondern die Macht zu erringen, diese auch durchzusetzen. Ohne politische Macht der Arbeiterklasse wird die Wohnungspolitik auch künftig abhängig sein von den Entschließungen der Geheimräte, der Hausbesitzer und der ostelbischen Junker.

Aber Bauordnung und Stadterweiterungsplan sind doch nur in gesundheitlicher Beziehung von Bedeutung, dem Wohnungswucher und der Wohnungsnot können sie selbst indirekt nicht erheblich Abbruch thun. Doch auch hier fehlt es den Wohnungsreformern nicht an Vorschlägen; so stellt z. B. der Verein für Socialpolitik in den Leitsätzen für seine Untersuchungen über die Wohnungsfrage das folgende Programm auf:

a) Bau von kleinen Wohnungen durch private Arbeitgeber, Stiftungen, gemeinnützige Baugesellschaften, Baugenossenschaften und in eigner Regie der Gemeinden 2c.

b) Beschaffung von Baukapitalien für die gemeinnützige Bauthätigkeit.

c) Förderung der gemeinnützigen Bauthätigkeit durch die Gemeinden (inkl. Fragen der Besteuerung).

d) Förderung des Baues kleiner Wohnungen durch private Bauthätigkeit.

Man sieht, daß hier große Gesichtspunkte nicht als maßgebend betrachtet werden, daß man mit einem Netze kleiner Mittelchen auf die Schmetterlingsjagd gegen das Mastodon Wohnungsspekulantentum auf die Jagd ziehen will. Angenommen selbst, all' diese Mittelchen würden aus Vorschlägen zur That werden, so dürfte doch nichts Erhebliches geändert werden. Was erstrebt wird, ist doch eine Konkurrenz der organisierten Mieter, der Gemeinden und öffentlich rechtlicher und privater Wohlfahrtseinrichtungen mit den Wohnungsbesitzern und den Eignern des unbebauten und zu Spekulationszwecken zurückgehaltenen Grund und Bodens. Es würde sich empfehlen, zu berechnen, was alles unter den denkbar günstigsten Umständen, aber freilich nicht unter phantastischen Voraussetzungen mit den vorgeschlagenen Mitteln des Vereins für Socialpolitik geleistet werden könnte; das Ergebnis einer solchen Berechnung sollte man in nüchterner Weise gegenüberstellen den Ergebnissen der Wohnungsstatistik, wie wir sie in zwei vorausgegangenen Artikeln geschildert haben, und dem Zustrom eines Bevölkerungszuwachses von jährlich 800 000 Personen, die zum allergrößten Teil die Volkszahl der Städte vermehren. Dies wäre eine Methode, die sehr nüchtern machen würde, die am meisten vor Ueberschätzung des unter den heutigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen Erreichbaren bewahren würde.

Aber es kann auch gar keine Rede sein, daß dieses Sammelsurium von Vorschlägen in seiner Gesamtheit angewandt oder auch nur bei einer größeren Gruppe von Menschen Beifall finden kann. Daß weit über die Kreise der Socialdemokratie der Bau von kleinen Wohnungen durch Arbeitgeber als eine unerwünschte Verschärfung des Abhängigkeitsverhältnisses der Arbeiter betrachtet wird, ist bekannt; Erfahrungen haben uns gelehrt, daß wir selbst beim Bau von Arbeiterwohnungen durch Staat und Gemeinde Garantien nötig haben gegen eine Vermehrung des Abhängigkeitsverhältnisses bei Einmietung in Häuser dieser Art. Bei der Verwendung von Stiftungsvermögen für ähnliche Zwecke wird es auch in erheblichem Maße darauf ankommen, wer die Verwalter dieser Stiftungen sind; in der Regel sind es nicht Vertreter der Mieterinteressen. Für die Baugenossenschaften wird nun wieder bis in die Reihen der Socialdemokratie hinein lebhaft Stimmung gemacht. Aber es scheint uns auch hier nicht das Mittel zu einer beachtenswerten Eingung der Wohnungsnot gegeben. Es ist merkwürdig, daß gerade bei Beurteilung dieser Frage die die Deutschen sonst auszeichnende Gewohnheit, sich um die Erfahrungen des Auslandes zu kümmern, vollständig außer acht gelassen wird und doch haben England und Frankreich eine mehr als fünfzigjährige Erfahrung, daß die Baugenossenschaften das Wohnungselend, vor allem das der Proletarier, nicht einengen. Nun kann man ja sicherlich gegen die Uebertragung englischer und französischer Erfahrungen auf diesem Gebiete auf unsre Verhältnisse einwenden, daß uns nun die Mittel unsrer Arbeiterversicherung zur Unterstützung der Baugenossenschaften zur Verfügung stehen. Es soll dies keineswegs als ein unbedeutender Fortschritt charakterisiert werden, aber vor einer Ueberschätzung dieser Leistungen ist doch zu warnen. In Betracht kommen da nicht die Reserven der Krankenkassen, obgleich ja bezügliche Vorschläge erst vor kurzem auf der Jahresversammlung der deutschen Orts-Krankenkassen gemacht wurden. Die Reserven vieler Kasseneinrichtungen sind ungenügend; wo dies nicht der Fall ist, haben die Kassen in ihrem engsten Wirkungskreise noch so vieles im Interesse der Versicherten zu leisten, daß eine Verwendung der verwendbaren Mittel im Interesse des Wohnungsbaues nicht befürwortet werden kann. Die Unfallversicherung ist wegen des im Interesse der Unternehmer eingeführten Umlageverfahrens nicht in der Lage, über viele flüssige Mittel zu verfügen, ihre ausschließliche Verwaltung durch Vertreter des Unternehmertums macht sich ungeeignet zu socialen Aufgaben, macht die Arbeiter mit Recht mißtrauisch gegen ihr Eingreifen in die Wohnungspolitik. Beim organisierten Unternehmertum tritt der sociale und philantropische Zug Einzelner vollständig zurück hinter ihr Klasseninteresse. So bleibt nur die Invalidenversicherung übrig, aus der mit der Zeit einige hundert Millionen Mark zur Bekämpfung der Wohnungsnot ausgegeben werden können, aber auch hier wird eine Berechnung bald klar machen, daß damit im Laufe von 20 Jahren kaum dem Wohnungsbedürfnis der in einem Jahr zuwachsenden Bevölkerung genügt werden kann. Wir haben gar nichts gegen eine vorsichtige klug abwägende, von wahrem socialen Sinne geleitete Verwendung von Mitteln der Invaliditätsanstalten für die Linderung des Wohnungselends einzuwenden, aber man behalte dabei doch den Kopf kühl und sei sich immer bewußt, daß diese Leistungen außer jedem Verhältnisse stehen zu dem was wir fordern müssen, um auch nur die gröbsten Schäden aus unsrem Wohnungswesen zu entfernen.

Als wir auf der Höhe der Prosperitätsperiode im letzten Jahre angelangt waren, gediehen üppig all die Hoffnungen, die Lage der Arbeiterklasse durch Selbsthilfe zu bessern. So haben auch die Baugenossenschaften eifrige Anwälte bei den Arbeitern gefunden. Wir erwarten von ihnen keine Linderung des Wohnungselends, wir sind überzeugt, daß sie sich bei dem ungeheuren Umfang unsrer Städte, bei der geringen Anzahl von Arbeitern, die mit dem Wechsel der Arbeitsstätte nicht zu rechnen haben, nicht als ein irgend wie ins Gewicht fallendes Mittel zur Verminderung des Wohnungselends erweisen werden.

Durch Steuernachlässe, die Bauthätigkeit anzuregen, ist ja oft gelungen, dagegen hat sich die erhoffte Wirkung, einen Druck auf die Mieten herbeizuführen nicht eingestellt. Der Vorteil des Steuererlasses wird bei dem ersten Verkaufe des Hauses kapitalisiert, so daß sich die Steuerermäßigungen ebenso als ein Geschenk an die Hausagrarier darstellen, wie die Steigung der Grundrente durch Erhöhung der Getreidezölle als ein Geschenk an die Junker.

An eine Förderung der gemeinnützigen Bauthätigkeit durch die Gemeinden ist so lange nicht zu denken, so lange eben die Hausbesitzer das Heft in den Händen haben. Man vergesse dabei auch nicht, daß der für Zwecke dieser Art verfügbare Boden in den ungünstigsten Lagen sich befindet.

So stellen sich all' die von den bürgerlichen Wohnungsreformern aufgestellten Forderungen als an sich wenig Erfolg versprechend dar, überdies unter den heutigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen in Staat und Gemeinde als fromme Wünsche. Bloß die organisierte Arbeiterschaft hat ein lebhaftes Interesse an einem wirksamen Kampfe gegen die Wohnungsnot und das Wohnungselend, bloß sie hat sich zum Ziele gesetzt, als Voraussetzung jeder durchgreifenden socialen Reform, die politische Macht in Staat und Gemeinde zu erobern. Solange dies nicht geschehen ist, werden wohl noch viele Bücher über die Wohnungsfrage geschrieben, viele Enqueten vorgenommen, viele Vorschläge ausgedacht werden. Aber dies schätzbare Material wird doch noch einigermaßen bereichert werden müssen, wenn die politischen Voraussetzungen zur Bekämpfung des Wohnungswuchers gegeben sein werden. Der Kampf wird sich dann gegen das Bodenmonopol zu richten haben, man wird sich nicht begnügen mit der in

Bayern z. B. noch nicht erfüllten Forderung des Enteignungsrechtes der Gemeinden für Straßenland, man wird das Enteignungsrecht ausdehnen auf allen für Wohnzwecke verwendbaren oder verwendeten Grund und Boden. Man wird das Enteignungsverfahren so zu gestalten haben, daß bei der Festsetzung der Entschädigungssummen nicht bloß wie heute die Gesichtspunkte der Hausbesitzer sondern die der Allgemeinheit in Betracht kommen. Man wird zu erwägen haben, ob der unverdiente Wertzuwachs des Grund und Bodens nicht den Gemeinden in einer Weise gesichert werden könnte, daß das Interesse an der Wohnungsspekulation erlahmt. Erst unter diesen Voraussetzungen wird sich eine wirksame Thätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungspolitik entwickeln können, wird mit dem systematischen Bau von Wohnungen durch die Gemeinden vorgegangen werden können. Dann wird eine Wohnungspolitik mit der Verkehrspolitik verknüpft werden können; werden die Verkehrsmittel im Gebiete der Stadt im Interesse derselben übernommen, ausgebaut und betrieben, dann kann erst von einer wirkungsvollen Decentralisation des Städtebaues gesprochen werden. Erst unter den politischen Voraussetzungen einer vollständigen Umgestaltung der Städte-Ordnung im Interesse der Gesamtheit der Bewohner wird die Wohnungspolizei, werden die Wohnungsordnungen und die Stadterweiterungs-Pläne, die Bau-Ordnungen der Gesamtheit förderlich werden. Das Mißverhältnis der Zahl der leerstehenden Wohnungen und der Obdachlosigkeit könnte dann durch zwangsweise Vermietung von Wohnungen, die aus Spekulationsrücksichten leer gelassen werden, durch die Gemeinden beschränkt werden.

Dies scheinen uns die Wege zu sein, auf denen man versuchen kann, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen das Wohnungselend mit einiger Aussicht auf Erfolg vorzugehen. Aber auch hier wird es sich zeigen, daß die im engsten Zusammenhange mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln stehenden Wohnungsschäden nicht auszurotten sind. Daß wir uns klar sein müssen, eine Lösung der Wohnungsfrage innerhalb des Rahmens der heutigen Ordnung nicht erhoffen zu können. Erst die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, die zeitlich wohl mit der Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den Gemeindebesitz zusammenfallen dürfte, wird an Stelle des Wohnungselends, der Wohnungsnot, an Stelle des Wohnungsjammers und der Wohnungsgreuel menschenwürdige Zustände schaffen.

Diese Erkenntnis muß uns scheiden in unserer Auffassung der Wohnungsfrage von den Wohnungsreformern aller Richtungen, die jetzt an der Arbeit sind, von dem Verein für Socialpolitik ebenso wie von den Nationalsocialen und der deutschen Volkspartei. Mögen wir auch denjenigen, die auf ihre Nüchternheit so stolz sind, als Utopisten erscheinen, wir haben die festbegründete Ueberzeugung, daß es keine größere Utopie geben könne, als innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung die Wohnungsfrage lösen zu wollen. Die Wohnungsfrage ist der Prüfstein des socialen Unvermögens der heute herrschenden Ordnung, gerade sie ist für jeden Kenner der beste Beweis, daß menschenwürdige Zustände für die breiten Volksschichten nur herbeigeführt werden können in einer socialistischen Wirtschaftsordnung auf demokratischer Grundlage. —

br.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 13. Juni d. J. hat die Berliner Gewerkschafts-Kommission den Boykott über die Nordhäuser Kautabakfabrikate verhängt. Den Knebelrevers (Versagung des Rechts auf Koalitionsfreiheit) verlangen folgende Nordhäuser Kautabakfirmen: C. A. Kneiff, G. Reddersen, H. A. Hanewacker, Berlin & Bona, H. & R. Wittig, Rothbard & Comp., F. C. Lerche, Salfeld & Stein. [189/8

Wir ersuchen, den Tabak obiger Firmen so lange zu meiden, bis die Inhaber das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkannt haben.

Die Kommission der Tabakarbeiter.

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg

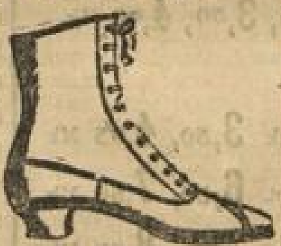
Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

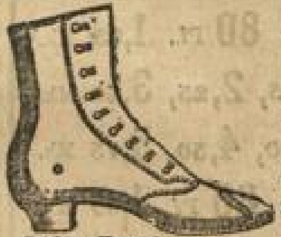
Central-Bureaux: BERLIN S., Neue Jacobstr. 5.

Damen-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.

Praktischer Strand-u. Promenaden-Schuh
2,60 Mk.

Lasting Zugstiefel
mit Lackspitze u. Ballenleder angenehm für den Sommer.
3,50 Mk


Leder-Schnür-Stiefel
bequem — solide
4,50 Mk.


Leder-Knopf-Stiefel
elegant — dauerhaft
5 Mk.

Damen-Schuhe.

Hauspantoffel
38 Pf.

Segeltuch-Schuh
mit Ledersohle und Absatz
1,20 Mk.

Lasting Promenadenschuh
m. Gummizug auf d. Spann, bequem. leichter Schuh für Strasse und Haus **1,25 Mk.**

Leichter Gemsleder-Schuh
mit Lederfutter, f. Strasse u. Haus
2,60 Mk.

Unsere sämmtlichen Erzeugnisse sind anerkannt von hervorragendster Haltbarkeit und Passform.

Farbiges Schuhwerk für Damen, Herren und Kinder in den modernsten Farben und in reichhaltigster Auswahl.

69 Filialen im Deutschen Reiche unter eigener Firma.

Davon 14 in Berlin.

Andreasstrasse 50	Friedrichstrasse 240-41	Oranienstrasse 65	Spittelmarkt 14
Bensselstrasse 29	Gr. Frankfurterstrasse 139	Potsdamerstrasse 50	Thurmstrasse 37
Danzigerstr. 1, Ecke Schönhauser Allee	Müllerstrasse 3	Rosenthalerstrasse 14	Wilsnackerstrasse 22

RIXDORF: Bergstr. 30-31. ♦ CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Strasse 122.

Echt Good year Welt-Schuhe und Stiefel, nur eigenes Fabrikat. Das anerkannt beste Schuhzeug der Gegenwart.

Gleiche Preise in allen unseren Geschäften. Preise streng fest. Auf jeder Sohle gestempelt.

Kinder-Schuhzeug.

Dauerhafter Mädchen-Knopf-Stiefel **3,50 Mk.** Grösse 27/28

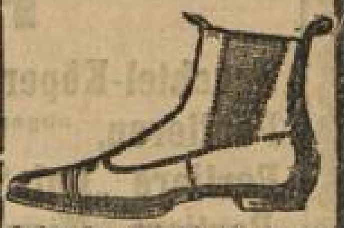
Mädchen- u. Knaben-Segeltuch-Schuh mit Gummisohle
für Sport und Strand
1,65 Mk.
Grösse 8/9.

Kinder-Jahres-Schuh (Bronceleder)
35 Pf.

Derb. Knaben-Agraffen-Stiefel
3,90 Mk. Grösse 27/28.

Herren-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.

Praktischer Strand- und Promenaden-Schuh
3,50 Mk.


Leder-Zug-Stiefel mit Besatz
bequemer dauerhafter Strassenstiefel
4.50 Mk.

Leder-Schnür-Schuh,
bequemer Strassenschuh
4,50 Mk.

Leder-Schnallen-Stiefel
bequemster Stiefel der Jetztzeit
9,50 Mk.

Wir bitten genau auf unsere Firma

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg zu achten.

Carl Helbig,
Heilgehilfe und Masseur
für sämtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend. 11142*]
Usedomstr. 9. Eing. Wattstr. 19, I.

[22252*

Berlins größtes **Specialhaus**

Teppiche

Prachtstücke a 3,75, 5, 8, 10—300 M.
Stets Gelegenheitskäufe in Teppich., Gardinen, Portieren, Möbelstoffen, Tischdecken 2c.
Pracht-Katalog mit ca. 450 Abbildungen,
sowie **Extra-Liste**
für besondere Gelegenheits-Angebote gratis und franco.
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstr. 158.

Eigene Werkstätten!

Möbelfabrik.

Für bestes und trockenes Material garantiert!

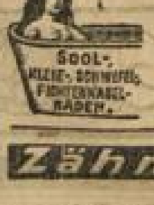
Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
kaufen Sie bei 22442*

Julius Apelt, Tischlermeister, Berlin SO., **Skalitzerstraße 6,** am Kottbuser Thor.

Gesundheit ist Reichtum!
Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen **Erkältung, Gicht und Rheumatismus**
Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 1927L*

Bad Frankfurt	**Ritter-Bad**
136 Gr. Frankfurterstr. 136	18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:



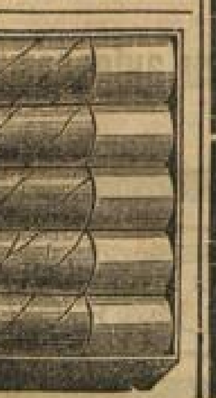
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Zähne vorzügl. sitzend, **Garantie.** Teilzahl., Plomb., schmerzl. Zahnz., Umarb. schlecht. Geb. Goldstein, Oranienstr. 123

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spr. 9—7.

Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigarren zu teuer einkaufen. Rauchen Sie nur meine beliebten Havanillos (genau wie Abbildung) 8 cm lang, 500 Stück für nur 7 M. franko gegen Nachnahme. Sie werden viel Geld sparen! Ueber 2000 Anerkennungen aus allen Ständen. Bestellen Sie bitte sofort postfrei ins Haus 500 Stück für 7 M. bei **R. Tresp,** Cigarrenfabrik, **Neustadt,** Westpr. H. 3. [*



Haben Sie Wanzen, Schwaben oder sonstiges **Ungeziefer,**
so werfen Sie nicht Geld fort für nutzlose Pulver u. Tinkturen. Noa's unerreichte Specialmittel befreien Sie sicher und schnell von dieser Plage. Preis p. Port. 50, 1, 1,75 u. 3,— Mk. Einzig und allein nur **echt** beim Erfinder und Fabrikanten
Max Ed. Noa,
Berlin N., Reinickendorferstraße **48.**

Arbeits-Anzüge
für jeden Industriezweig, kauft man billigst bei [23432*
Adolf Wecker
3. Mühlendamm 3.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. BERLIN. Frankfurter Allee 110.

Detail. **Engros.**

Gardinen.

Engl. Tüll-Gardinen, 2 Seiten Bandeinfassung . . . Meter **22** Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, Zwirn- u. Relief-Qualitäten, in Jugend- und Secessionszeichnung . . . . Meter **30, 45, 60** Pf.
Engl. Tüll-Gardinen, abgepasst, 3 Seiten Bandeinfassung, Fenster **1,10** Mk.
Engl. Tüll-Gardinen, abgepasst, in reichhaltiger Ausmusterung Fenster **2,25, 3,00** u. **4,50** Mk.
Kongressstoff, gestreift und glatt . . . . Meter **40, 60** u. **75** Pf.
Spachtel-Stores u. Gardinen in vielen neuen Dessins **7,00, 9,00, 12,00** Mk.
Tüll- u. Spachtel-Bettdecken für 1 und 2 Betten **3,50, 4,50, 6,00** Mk.

Portieren.

Spachtel-Köper-Rouleaux ein- und zweiteilig Stück **1,50, 2,50, 3,00** Mk.
Portieren, abgepasst, in schönen Querstreifen, mit Fransen Stück **88** Pf.
Portiere „Lula“, mit reicher Bordüre, 2 Seiten Franse, Stück **2,25** Mk.
Portiere „Mignon“, elegante Bordüre, Jugendstil . . . . **2,65** Mk.
Portiere „Peking“, mit schwerer Blumen-Bordüre . . . . **4,50** Mk.
Portieren- u. Cantonieren- Garnituren, 2 Shawls und 1 Querbehang in Wolle und Plüsch . . . . . **10,50, 16,00** und **22,50** Mk.

Tischdecken.

Fantasie-Tischdecken mit Schnur und Quaste . . . . **1,35, 1,75, 2,50** Mk.
Krepp-Tischdecke mit Bordüre und Franse . . . . . **2,95** Mk.
Gobelin-Tischdecken in schönen Mustern . . . **3,25, 4,25** Mk.
Côteline-Tischdecken einfarbig m. Schnur und Quaste . . . **2,25, 3,75, 5,00** Mk.
Chenille-Tischdecken . . . . . **2,50** u. **4,00** Mk.
Plüschdecke mit reicher Bordure u. Wollfranse . . **5,50** u. **7,00** Mk.
Plüschdecke mit Chenillebordüre und Franse ganz besonders wohlfeil . . . . . **10,50** Mk.
Plüschdecke mit reicher Kurbelei . . . . . **12,50, 15,00** Mk.

Teppiche.

Axminster 8/4 Sofa-Teppich . . . . . **4,50, 5,50, 7,50** Mk.
Velour 130/200 Sofa-Teppich . . . . . **9,75, 11,75, 15,00** Mk.
Axminster 155/215 Salon-Teppich . . . . . **9,75, 12,50** Mk.
Velour 160/230 Salon-Teppich . . . . . **16,50, 22,50** Mk.
Axminster 200/300 Saal-Teppich . . . . . **16,50, 24,00** Mk.
Velour 210/300 Saal-Teppich . . . . . **32,00, 37,50** Mk.

Möbelstoffe.

Livadia, in reichhaltiger Ausmusterung, 130 cm breit . . . Meter **1,10** Mk.
Austria, moderne Zeichnungen . . . . . Meter **1,75** Mk.
Brokat u. Gobelin, in schwerer Qualität Meter **2,25, 3,00, 4,00** Mk.
Moquette in schönsten Farbenstellungen . . . . . Meter **6,00** Mk.
Portieren-Fries in allen Farben . . . . . Meter **1,65** Mk.
Möbel- u. Portieren-Plüsch in grosser Auswahl.
Möbel-Kattun u. Köper . . . . . Meter **30, 35** Pf.
Möbel-Krepp in immenser Auswahl . . . . . Meter **45, 60** Pf.
Möbel-Krepp, 130 cm breit, zweiseitig bedruckt . . . Meter **1,25** Mk.

Läuferstoffe.

Läuferstoffe in schönen Streifenmustern Meter **25, 30, 45, 60** Pf.
Läuferstoffe in Jaquard u. Streifenmustern . Meter **0,60, 0,75, 0,90, 1,00, 1,25** Mk.
Läuferstoffe in Tapestry, Brüssel, Velour u. Tournay-Velour Meter **2,25, 2,75, 3,50, 4,00** Mk.
Linoleum und Wachstuche in allen Preislagen.
Steppdecken in reiner Wolle . . . . . Stück **3,50, 4,95** Mk.
Steppdecken in reiner Wolle, Handarbeit, m. Seide gesteppt **6,50, 7,50** Mk.
Steppdecken, Seiden imit. Handarbeit . . . . . **8,00** Mk.
Steppdecken, prima Wollatlas in reichhaltigen Mustern . . . . . **9,00, 10,50, 12,50** Mk.
Schlafdecken, weiss und gestreift . . . . . Stück **80** Pf., **1,25** Mk.
Schlafdecken, Jacquardmuster . . . . . **1,75, 2,25, 3,50** Mk.
Schlaf- u. Reisedecken in Wolle u. Plüsch **3,00, 4,50, 5,75** Mk.
Plättdecken, ein grosser Posten . . . . . Stück **80** Pf., **1,00** Mk.
Kinderwagen-Decken in Tuch u. Plüsch **70** Pf., **1,50, 2,50** Mk.
Kinderwagen-Felle . . . . . **2,75, 3,75, 4,50** Mk.

Bettvorleger.

Axminster, ein grosser Posten . . . . . Stück **68** Pf.
Axminster, 45/100 cm, grosser Posten . . . . . Stück **1,25** Mk.
Tapestry, Brüssel u. Velour . . . . **2,15, 2,75, 3,50** Mk.
Angora- u. Chines. Ziegenfelle . . . . . **1,65** Mk.
Wölfe mit Gebiss und Rand-Besatz . . . . . **7,50** Mk

Neu aufgenommen: Gardinenstangen, Portierenstangen, Rouleauxstangen, Rosetten etc.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Etwas über das Unwesen der „Aufsichtsräte".

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird uns geschrieben:

Die neuesten Bankkrachs haben einen so tiefen Einblick in das Unwesen der „Aufsichtsräte" thun lassen, daß nunmehr sogar stramm kapitalistische Organe bedenklich von einer notwendigen „Reform des Aktiengesetzes" zu reden beginnen, sei es auch nur, um das angeschmierte Publikum zu beruhigen. Hunderttausende von Mark haben sich die finanziellen Notabeln zuweisen lassen als „Entschädigung für Mühewaltung", Tantiemen, Gratifikationen usw. Dabei bestand die ganze „Mühewaltung" oft nur in dem Einstecken eben jener Gelder. Von einer Beaufsichtigung der Geschäftsführung, einer Prüfung der Bilanz war keine Rede, das berühmte kindliche „Vertrauen zu Ehrenmännern" überhob die Aufsichtsräte der Mühe, ihren Pflichten nachzukommen. Wie es dann schließlich zum Ende mit Schrecken kam, lehrt am drastischten der Terlinden-Skandal. „Ehrlich im Handel, christlich im Wandel", hieß der Wahlspruch des grandiosen Betrügers Terlinden; man darf sagen, daß er so „christlich" war, wie unsre „modernen Christen durchschnittlich alle sind.

Im Interesse einer Erforschung unsrer Wirtschaftszustände dürfte es aber liegen, auf „Auswüchse" des Aufsichtsrats-Unwesens hinzuweisen, wie sie so großartig wohl nur wenigen Eingeweihten bekannt sind. Wohl sind hier und da kritische Bemerkungen laut geworden über die Anhäufung von Aufsichtsratswürden auf einige Personen, wie sehr diese jedoch thatsächlich vor sich ging, dafür wollen wir aus dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk handgreifliche Belege bringen.

Mag man sich die Aufsicht über ein industrielles oder ein Geldinstitut auch noch so leicht machen, uns scheint, immerhin gehört die volle Kraft eines tüchtigen Mannes dazu, heutzutage das Geschäftsgebahren eines oder zweier Werke mit einem Millionenumsatz so zu beaufsichtigen, daß man den Vorschriften des Gesetzes und der Moral Genüge leistet. Denke man sich ein Gruben- oder Hüttenwerk mit 5000 bis 20 000 Arbeitern, mit seinen vielfachen Geschäftsverbindungen, Absatzusancen, kaufmännischer Kalkulation, finanzieller Fundierung und Amortisierung. Ein gewissenhafter Aufsichtsrat soll sich über alles das fortlaufend unterrichten, ja, er ist, wie gerichtlich festgestellt ist, schließlich auch verantwortlich für die Beachtung der socialpolitischen (Arbeiterschutz-) Gesetze auf den Werken (siehe Prozeß gegen die Vertreter der Eigentümer von Zeche „Unser Fritz"). Wir behaupten, daß eine peinliche Befolgung seiner Obliegenheiten dem Aufsichtsrat eines großen Werkes höchstens nur noch die Ausübung des gleichen Amtes in zwei oder drei andren Anlagen gestattet, vorausgesetzt, der Herr ist in seinem „Haupterwerb" Aufsichtsrat. Ist der betreffende Herr aber gar im Hauptamte selbst Eigentümer eines industriellen Werkes oder vollbesoldeter staatlicher oder kommunaler Beamter, so können wir uns gar nicht vorstellen, wie er im Nebenamte mehr als einfacher Aufsichtsrat sein kann. Denn man bedenke, daß dessen Gratifikation sich häufig auf 10—20 000 M. und mehr beläuft. Solche Summen werden doch nicht ausgegeben ohne entsprechende Gegenleistung! Oder doch?

Dies vorausgeschickt, wollen wir jetzt einige Umschau halten in den Aufsichtsräten und Verwaltungsvorständen der industriellen Anlagen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Wir werden zur besseren Veranschaulichung der unvergleichlichen körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit unsrer Finanznotabeln zunächst ihre Namen hierher setzen und anfügen die Gruben, Hütten und Banken, deren Aufsichts- oder Verwaltungsräte sie sind. Beginnen wir:

Justizrat Robert Esser-Köln: Friedrich Wilhelmshütte-Mühlheim, Gußstahlwerk Witten, Hüttenwerk Phönix.

Ober-Bergrat a. D. Weidtmann-Dortmund; Dannenbaum-Differdingen, Baker Mulde, Friedlicher Nachbar, Rheinische Bank.

Bankier Leo Hanau-Mühlheim: Dannenbaum-Differdingen, Baker Mulde, Konkordia, Friedlicher Nachbar, Kaiser Friedrich, Massen, Mont Cenis, Mühlheimer Bergwerksverein, Nordstern, Phönix, Rheinische Bank, Westfälische Kohlenwerke.

Fabrikbesitzer Thyssen-Mühlheim: Baker Mulde, Aktien-Gesellschaft für Montanindustrie, Deutscher Kaiser, Deutscher Kronprinz, Friedlicher Nachbar, Gladbeck, Nordstern, Rheinische Bank, Schalter Gruben und Hüttenverein, Victor.

Gewerke August Waldhausen: Altendorf, Eintracht Tiefbau, Essener Bankverein, Friedrich der Große, Magdeburger Berg. Verein, Neuessen, Unser Fritz.

Hugo Waldhausen: Altendorf, Steingatt.

Bergrat Lindner-Dortmund: Aplerbecker B. u. H.-B., Bochumer B.-A.-G., Freien Vogel Unverhofft.

Oskar Waldhausen: Arenberg, Essener Kreditanstalt, Victor.

Gustav Waldhausen: Arenberg, Essener Kreditanstalt, Magdeburger L. G., Victor, Westfälische Stahlwerke.

Bergwerks-Direktor Hilbck-Berlin: Auguste Victoria, Blankenburg, Georg Marienhütte, Sprockhövel.

Gewerke Winnes-Mühlheim: Baker Mulde, Karolus Magnus, Friedlicher Nachbar, Friedrich Ernestine, Graf Beust, Mühlheimer Bank, Mühlheimer Bergwerks-Verein, Victoria Mathias.

Generaldirektor Müser-Dortmund: Kannegießer A.-G., Bochumer Verein, Scharnhorst, Schürbank und Charlottenburg.

Kommerzienrat Klönne-Berlin: Bochumer Verein, Kannegießer A.-G., Dorstfeld, Essener Bankverein, König Wilhelm, Essener Kreditanstalt, Harpen, Königsborn, Schalker Gr. u. H. V.

Stadtrat Kleine-Dortmund: Bickefeld Tiefbau, Dortmunder Bankverein, Hamburg u. Franziska, Siebenplaneten.

Stadtrat Grimberg-Bochum: Bochumer Bank, Bochumer B. A. G., Essener Kreditanstalt, Gelsenkirchen, General Blumenthal, Graf Schwerin, Lothringen.

Geh. Bergrat, Bergschuldirektor Dr. Schulz-Bochum: Bochumer B. A. G., Bochumer Verein, Charlotte, Fröhliche Morgensonne, Gelsenkirchen, Hamburg und Franziska, Johann Deimelsloch, Märkisch-Westfälischer Bergwerks-Verein, Neumühl, Westfälische Drahtindustrie Hamm, Zollverein.

Gewerke Hilgenberg-Essen: Bochumer Coaks- und Kohlenwerke, Karoline, Louise Tiefbau, Essener Bankverein, König Wilhelm, König Ludwig, Königsborn.

Heinrich Waldhausen: Bochumer Verein, Borussia, Konsolidation, Essener Kreditanstalt, Nordstern, Unser Fritz.

Kommerzienrat Funke-Essen: Karl Wilhelm, Karoline, Dahlhauser Tiefbau, Dorstfeld, Eisenberg, Essener Bankverein, König Wilhelm, Graf Schwerin, Herkules, König Ludwig, Lothringen, Pörtingsteppen, Anthracitwerke Kupferdreh, Richrath.

Kaufmann Küchen-Mühlheim: Karolus Magnus, Friedrich Ernestine, Graf Beust, Victoria Mathias.

Kommerzienrat Lueng: Konkordia, Gußstahlwerk Witten, Gutehoffnungs-Hütte, Lintorfer Erzbergwerke.

Ober-Bergrat Harz-Dortmund: Deutscher Kronprinz, Louise Tiefbau, Eintracht Tiefbau, Hibernia, Wiendahlsbank.

Landgerichtsrat a. D. Schmieding-Dortmund: Gelsenkirchen, Union-Dortmund.

Apotheker Grevel-Essen: Ewald, Neuessen, Nordstern.

Kommerzienrat Haniel: Gute Hoffnungshütte, Hibernia, Lintorfer Erzbergwerke, Neumühl, Zollverein.

Bergassessor Tilmann-Dortmund: Julius Philipp, Königin Elisabeth, Massen, Tremonia.

Das wären etwa die Hauptvertreter des hiesigen Industrieadels; wir könnten noch eine Anzahl nennen, z. B. die Herren Hansemann, Bleichröder, Russel, sämtlich in Berlin; oder Finanzleute aus Köln, Aachen, Frankfurt a. M. Aber die von uns genannten Herren fast alle sind dem Industriegebiet „eigentümlich", sie üben auf sein gesellschaftliches Leben direkten Einfluß aus in mehrfacher Hinsicht.

Nun mustere der freundliche Leser die obige Liste! Muß uns nicht ordentlich bange werden vor der gigantischen Arbeitskraft dieser Aufsichtsräte?

Vor allen die Mammuts unter den Aufsichtsräten, die Herren Funke, Schulz, Hanau, Thyssen, Stinnes, Waldhausen. Sie beaufsichtigen gleich ein Dutzend und mehr Werke, darunter Riesenanlagen wie Hibernia, Bochumer Verein, Harpen, Gelsenkirchen, Gutehoffnungshütte usw. Nehmen wir Harpen heraus; diese Gesellschaft hat einen Gesamtumsatz von über 50 Mill. Mark, beschäftigt über 20 000 Arbeiter. Jeder Unterbeamte hat vollauf zu thun in seinem engbegrenzten Wirkungskreis, der Herr Aufsichtsrat Klönne aber bewältigt nicht nur die Kontrolle dieses Riesenwerks, sondern kontrolliert noch acht andre Unternehmungen dazu, darunter Bankinstitute wie die Essener Kreditanstalt mit einem Jahresumsatz von nahezu 2000 Millionen Mark. Herr Klönne hat aber nun noch ein eignes Bankhaus in Berlin zu leiten. Welche wunderbare Arbeitsleistung!

Die Herren Funke und Waldhausen beaufsichtigen gleich ein Dutzend großer Werke und Banken. Sie haben Geschäftsgebahren zu überwachen, die über Milliarden Rechenschaft ablegen. Und welche Entlohnung heimsen die Herren Aufsichtsräte ein! Der eine Bochumer Verein verteilte laut Statut 4 Proz. des 4 586 682 Mark betragenden Reingewinns an die neun Verwaltungsräte, worunter die Herren Waldhausen, Schulz, Klönne, Müser. Die andren Werke zahlen häufig noch höhere „Entschädigungen", „Tantiemen", „Gratifikationen". Königsborn zahlt vom Reingewinn erst 5 Proz. zum Reservefonds, dann 4 Proz. Dividende und nun erhalten die Aufsichtsräte 10 Proz. des verbleibenden Betrags; dasselbe leistet der Aplerbecker Verein. „Concordia"-Oberhausen zahlt 7 Proz. vom Reingewinn an den Aufsichtsrat; Massen giebt nach Ausschüttung der Dividende 7 Proz. an den Aufsichtsrat; Hibernia giebt unter derselben Voraussetzung 8 Proz. (es sind 10 Aufsichtsräte vorhanden, an denen im Vorjahre **237 499 Mark Tantiemen, also pro Kopf über 23 000 Mark** ausgezahlt wurden!!!), an die 17 Aufsichtsräte der Gelsenkirchener Gesellschaft wurden **157 894 Mark** bezahlt, Nordstern warf **234 220 Mark** an Tantiemen aus, Dahlbusch gab dem Aufsichtsrat **81 000 Mark** (9 Personen).

Solche enorme Summen werden doch nicht für nichts und wieder nichts ausgezahlt! Ihre Empfänger haben dafür doch sicher entsprechendes zu leisten. Und wenn ein Lohnarbeiter im ganzen Jahre bei stetiger, sehr anstrengender Arbeit mit 1000 bis 1200 M. „sehr gut entlohnt" ist, wie sehr muß dann ein Aufsichtsrat der Hibernia sich abmühten für 23 000 M. Und doch ist ein solcher Herr noch im Aufsichtsrat eines ganzen Dutzend andrer großer Werke.

Nach einem ungefähren Ueberschlag nehmen die Mammut-Aufsichtsräte pro Jahr nur für ihre beaufsichtigende Thätigkeit zwischen **200 000—600 000 Mark** ein! Das ist eher zu wenig denn zu viel berechnet. Manche Werke lassen aus ihren Geschäftsberichten gar keine Berechnung der Aufsichtsratseinnahmen zu.

Wir fragen nochmals: Ist die Arbeit des Aufsichtsrats eine so leichte, daß sie in einem Dutzend und mehr Werke ausgeübt werden kann? Ist sie wirklich so leicht, wie kann man solche enorme „Löhne" für Bagatellen ausgeben?! Die Werke werden dadurch schwer geschädigt.

Aber es kommt noch manches hinzu! Die Herren haben vielfach auch eigne Geschäfte, die ihnen Hunderttausende einbringen. Schon dieser „Mühepreis" muß doch ihre ganze Kraft in Anspruch nehmen, sie müßten denn zugeben, dieser Entbehrungslohn sei gleich geschenkt. Sodann sind viele der Aufsichtsräte auch engagiert als Stadtverordnete, Landtags-, Reichstags-, Provinziallags-Abgeordnete, auch hier gehen manche Wochen verloren, die sie ihrer geldbringenden Thätigkeit nicht widmen können. Und noch dazu sind die Herren alljährlich monatelang in Bädern und Kurorten, wo sie sich ganz dem süßen Nichtsthun hingeben. Um alles in der Welt, wo nehmen sie ihre Zeit her zur wirksamen, gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolle der ihrer Obhut anvertrauten Werksanlagen!?

Da ist z. B. der **zwölffache** Aufsichtsrat Schulz-Bochum. Er ist im Hauptamte Bergschul-Direktor, wofür er volles, anständiges Gehalt bezieht. Schon dieses Amt muß einen normalen Menschen vollauf in Anspruch nehmen. Aber Schulz ist auch Herrscher im Stadtparlament, er ist eifrigster Wortführer der Grubenbesitzer im preußischen Landtage, wo er stets pro domo spricht, er gehört einer ganzen Reihe von staatlichen und kommunalen Körperschaften an, er ist auch noch an andren als den genannten Werken hervorragend beteiligt (z. B. in der Kali-Industrie), sein Einkommen muß in die Millionen gehen. Um Himmels willen, wo nimmt der Herr die Zeit her, um seinen Pflichten gewissenhaft nachzukommen?! Das ist ja ein wahrer Herkules an Arbeitsleistung und — Geldeinnahmen!

Da sind ferner die parlamentarischen Werksvertreter Hilbck (der als Generaldirektor der Montangesellschaft 120 000 M. Gehalt bezieht, und doch allein im Ruhrgebiet vierfacher Aufsichtsrat ist), Herr Landgerichtsrat Schmieding, Herr v. Eynern. Sie alle leisten wunderbares als Aufsichtsräte. Ferner sind da die Mitglieder der Bergbehörde, die Herren Harz und Lindner. Daß ihre intime Verwandtschaft mit den Grubengewinnen nicht gerade zur Fortführung des Bergarbeiterschutzes dienlich ist, muß menschlich erklärlich werden. Wo nehmen sie, die vollbesoldeten Staatsbeamten, aber nur ihre Zeit her zum großartigen Nebenerwerb? Wir stehen vor grandiosen Arbeitsmenschen, die dabei ein stattliches Aussehen haben und ein weit über den Durchschnitt hinausreichendes Lebensalter erreichen, während der Berg- und Hüttenarbeiter in seinem engen Arbeitsfeld sich rasch zu Tode schuftet für einen Lohn, der für die Herren nur als Frühstücksgeld in Betracht kommt. Wie erklären wir uns diese einfach phänomenale Anhäufung von Arbeitskraft und Intelligenz bei Leuten, die sonst gar nichts von „königlichen Kaufleuten" an sich haben? Mögen Berufene uns darüber Aufklärung geben.

Nicht ohne Nutzen ist auch, einige Streiflichter zu werfen auf die politische Stellung der Herren Aufsichtsräte. Daß sie fast ausnahmslos „alldeutsch" sind, versteht sich schon aus ihrer Heranholung von Scharen ausländischer, fremdsprachiger Arbeiter. Aber die Geldfürsten beherrschen auch die Gemeindeverwaltungen, die Kreis- und Provinziallage. Mehr noch: Zahlreiche aktive Justizpersonen und sonstige Staatsbeamte sitzen in den Aufsichtsräten. Herr Ober-Bergrat Harz (fünffacher Aufsichtsrat) hat als Specialität das Präsidium der hiesigen Kriegervereine gewählt, die er denn auch häufig siegreich gegen die vaterlandslose Rotte führte. Obwohl viele Krieger wissen, was Herr Harz damit der „heimischen Industrie" für einen Dienst leistet?

Hochinteressant ist aber auch, daß sich immer mehr „katholisches Kapital" an der Werksausbeute beteiligt. Herr Thyssen (zehnfacher Aufsichtsrat) ist bekannt als Förderer der ultramontanen Bewegung. Herr Tillmann-Dortmund (vierfacher Aufsichtsrat) gehört zu den christlich-katholischen Stimmführern (nimmt an den Katholikentagen teil). Herr Rechtsanwalt Stöck-Dortmund (Dortmunder Handelsbank) vertritt mit großem Eifer angeklagte Grubendirigenten („Borussiaprozeß") und ist in Aussicht genommen als Centrumskandidat für den Reichstags-Wahlkreis Dortmund. Bei der Gewerkschaft Thalburg fungiert ein Aufsichtsrat, der auf den nicht mehr unbekannten Namen Rechtsanwalt Dr. Julius Trimborn-Köln hört! Wir sehen, das Centrum ist eng liiert mit dem Grubenadel und sind demnach manche Ereignisse in der Arbeiterbewegung des Industriegebiets („christliche" Verhetzung der Bergarbeiter!) wohl zu erklären. Einträchtig sitzen die Centrumsapologeten zusammen mit den „Kulturkämpfern" und den jüdischen Großkapitalisten, unter denen Herr Leo Hanau (zwölffacher Aufsichtsrat) allmählich beginnt, eine interessante Persönlichkeit zu werden. Siehe die unheimlichen Transaktionen der Rheinischen Bank.

Also finden wir unter den Aufsichtsräten Wundermenschen an Kraft und Weisheit, Rechtspfleger, staatliche und kommunale Verwaltungsbeamte, Führer der Kriegervereine, Kulturkämpfer, Juden, Centrumsführer — aber keine Socialdemokraten.

Aber tüchtige Pioniere des Socialismus finden wir unter ihnen: Die Firma Waldhausen-Funke-Thyssen-Stinnes-Müser-Schulz-Küchen ist emsig am Werke, die Konzentration des Kapitals zu vollenden, wofür die Affaire Scharnhorst-Harpen schönen Beweis ablegt. Diese Firma sorgt für Expropiierung der kleinen Kapitalisten und Anfachung dumpfer Erregung in der Bevölkerung auf das vortrefflichste. Der Himmel halte sie beim Werke.

Ob aber die Herren Mammut-Aufsichtsräte auch wirklich ihre Rieseneinkommen verdienen, vielleicht giebt uns darüber jemand Auskunft, der hinreichend Geschäfts- und Gesetzeskenntnis hat und dabei glücklicher Besitzer einiger Aktien der genannten Werke ist. So ein kleiner Aktionär kann oft wirklich dramatische Scenen aus den Generalversammlungen der Aktionäre erzählen.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Montanindustrie.

Die Auflösung des östreichisch-ungrischen Eisenkartells, die wegen innerer Differenzen bevorsteht, verschafft der oberschlesischen Eisenindustrie eine scharfe Konkurrenz. Das östreichisch-ungrische Kartell gebot über eine Organisation, die den inneren Markt ziemlich beherrschte, dann aber auch die Abmachungen mit gleichen Unternehmungen in Deutschland traf, die sich auf den gegenseitigen Wettbewerb in Oestreich und Deutschland bezogen. Die Ursache des Zusammenbruchs des östreichischen Kartells ist ein Streit um die Höhe der Beteiligung des Eisenwerks Stima-Muranger. Dieses Werk hat das durch die Konkurrenz des Syndikats nahezu vollständig ruinierte Werk Hernadthal angekauft und verlangt nun eine dem entsprechende hohe Einschätzung seiner Beteiligungsziffer. In Syndikatskreisen wollte man dem Outsider, dem Hernadthaler Werk, wohl am liebsten gänzlich den Todesstoß geben, weshalb man über den Ankauf und die Neubelebung des Werkes in Syndikatskreisen sehr ungehalten ist und schließlich das ganze Syndikat zusammenkrachen läßt, ehe man den Eintritt des verhaßten Gegners gestatten will. Für den oberschlesischen Markt ist diese Wendung der Dinge nicht bedeutungslos, die benachbarten Witkowitzer und Teschener Hütten werden sich bald mit ihrem unangenehmen Wettbewerb bemerkbar machen, wie überhaupt die böhmische Konkurrenz fühlbarer in Mitteldeutschland auftreten dürfte.

In Deutschland ist die Lage der Eisenindustrie noch immer eine sehr bedrängte. Die Klagen der Puddel- und Walzwerke über die hohen Roheisen-Preise, die ihnen das Syndikat auferlegt, werden immer beweglicher, da die Werke durch die Konkurrenz der großen Betriebe, die ihr eigenes Roheisen fabrizieren, zu Preisnachlässen gezwungen werden. Das Syndikatstreiben bedeutet eine Bedrängnis der kleineren Werke, denen man wohl glauben kann, daß sie bei ihren teuren Abschlüssen für Roheisen heute mit Verlust arbeiten. Die Folge dieser Syndikatspolitik muß in einer Vernichtung der kleinen Betriebe auslaufen und eine Begünstigung des Großbetriebes zur Folge haben. Schon längst wären die reinen Walzwerke von der Konkurrenz der Großen, die ihr eignes Roheisen herstellen, eigne Kohlen- und Erzgruben haben, erdrückt, wenn nicht in diesen Betrieben so zahlreiche Parasiten zu ernähren wären, die als Direktoren, Aufsichtsräte einen übermäßigen Beamtenapparat konstruieren, der die Geschäftsunkosten ungeheuer anschwellen läßt. Die überlegenen Kräfte dieser Betriebe kommen in der Konkurrenz nicht ungehindert zur Entfaltung.

Wer die Entwicklung der Eisenindustrie beobachtet hat, weiß, daß die Syndikate viel dazu beigetragen haben, die Gründungen zu fördern, die auf ein Zusammenfassen der eignen Produktion der Rohmaterialien (Eisenerz, Kohlen, Coaks, Roheisen) bis zur Verarbeitung der verschiedenen Halbfabrikate im Maschinen-, Brücken- und Wagenbau gerichtet waren. Die gewaltige Konzentration der Kapitalien in solchen Betrieben muß natürlich die Syndikatsbildung befestigen — ein Ziel, dem die Leiter dieser großen Trustbildungen planvoll zustreben. Mit dieser Aufgabe haben sich die großen Trusts aber nicht begnügt, ihr Machtbereich geht weiter. Die Abhängigkeit einiger Specialbranchen von dem Kohlen- und Roheisensyndikat benützten sie, um diese Berufe gleichfalls der Syndikatsbildung geneigt zu machen. Daß das Roheisen-Syndikat auf seine hohen Preise und Erfüllung der Lieferverträge besteht, soll für diejenigen Berufe, die sich der Syndikatsbildung verschlossen zeigen, ein deutlich fühlbarer Denkzettel sein, daß sie ihre Preise gleichfalls durch Syndikatsgründungen festhalten. Der Halbzeugverband hat dies den Walzdrahtwerken erst vor kurzem wieder deutlich zu verstehen gegeben und angedroht, daß die Exportbonifikation, die der Verband an die Walzdrahtwerke austeilt, künftig nur noch den Werken zu gute kommen wird, die dem Syndikate angehören. Wollen also die übrigen Werke nicht des Vorteils verlustig gehen, dann müssen sie sich dem Syndikat anschließen.

So drängen diese Unternehmungen fortgesetzt zur Konzentration des Kapitals, Riesenbetriebe entstehen, die in technischer Beziehung alle Vorteile in sich vereinigen, die aber auch in sich den Todeskeim der heutigen Gesellschaft enthalten.

Der Verband deutscher Linoleumfabriken ist in der Auflösung begriffen; es dürfte nunmehr in diesem Industriezweig eine scharfe Konkurrenz entstehen.

Rückgang im Eisenbahn-Güterverkehr. Aehnlich wie die sächsischen, weisen auch die preußischen Bahnen einen erheblichen Rückgang im Güterverkehr auf. Im Monat August ist gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Mindereinnahme von 1 777 000 M. zu verzeichnen. Für die Periode vom 1. April bis 30. August brachte der Personenverkehr gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme von 1 130 000 M., sodaß der Schluß nicht unberechtigt ist, daß der Reiseverkehr von der augenblicklichen wirtschaftlichen Stockung bisher unberührt ist. — Die Mindereinnahmen im Güterverkehr gegenüber dem Vorjahr betrugen vom 1. April bis 31. August 9 174 000 M. Ein großer Teil der Mindereinnahmen fällt auf das rheinisch-westfälische Kohlengebiet.

Der große amerikanische Trust, an dessen Spitze der bekannte Millionär Morgan steht, dehnt sein Herrschaftsgebiet immer weiter aus. Die neueste Transaktion ist, daß das Konsortium die Dampfergesellschaft White Star-Linie angekauft hat. Dadurch wird eine der bedeutendsten amerikanischen Dampferlinien von dem obengenannten Syndikat kontrolliert. Die White Star-Linie besteht aus 24 Dampfern, zu denen die besten und größten Schnelldampfer des Atlantischen Oceans gehören. Der „Oceanic", „Teutonic", „Majestic" und „Britannic" befinden sich unter den Riesendampfern dieser Flotte, zu welcher auch der erst vor kurzem eingestellte Dampfer „Celtic" gehört, welcher als der größte Dampfer der Welt angesehen wird. Das sogenannte Morgan-Syndikat kontrolliert jetzt die drei Dampfergesellschaften, die Leyland-Gesellschaft, die sogenannte American-Linie und die White Star-Linie.

Der Zweck des Unternehmens kann natürlich nur der sein, die Frachtgebühren für die Erzeugnisse des Stahltrustes je nach Bedarf herabzusetzen, um die Ausfuhr nach den überseeischen Ländern zu begünstigen.

Ueber die Lage des englischen Arbeitsmarktes im Monat August giebt die Septembernummer der „Labour Gazette" folgende Auskunft: 124 Gewerkschaften, mit einer Gesamtmitgliedschaft von 543 971, sandten statistische Aufstellungen an das Arbeitsamt. Sie hatten 3,9 Proz. Arbeitslose gegen 3 Proz. im Monat August 1900. — Die Lohnänderungen im Berichtsmonate betrafen 103 419 Arbeiter; 101 354 Arbeitern wurde der durchschnittliche Wochenlohn um 2,24 M. reduziert; 2065 um 1,50 M. erhöht. Im Monat August 1900 hatten 333 680 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 2,80 M. die Woche zu verzeichnen. — Ueber die allgemeine Geschäftslage sagt der Bericht: „Ein Vergleich mit dem vorigen Jahre zeigt, daß die große Mehrheit der wichtigen Industrien im Rückgang begriffen ist."

Theater.

Residenz-Theater. Tragödie der Seelen von Bracco. Das Residenz-Theater hat manche litterarische Erfolge gesehen. Wenn jetzt die Direktion den Willen hat, neben den leichten französischen Schwänken auch der Litteratur ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, darf man das als einen höchst erfreulichen „Rückfall" bezeichnen. Um so mehr als das Engagement Zickels beweist, daß es sich nicht um eine flüchtige Laune, nicht um einen tugendhaften Entschluß handelt, der schnell gefaßt auch schnell vergessen ist. Es liegt offenbar ein Plan vor und hinter dem Plan steht offenbar ein Wille, den man loben muß, wie nun auch immer im Laufe der Saison die Resultate sich gestalten mögen.

In dem dreiaktigen Schauspiel des Italieners handelt es sich um das Glück einer Ehe. Der Mann ist ein Schriftsteller, ein Philanthrop, der das Gesetzbuch bekämpft, weil es ein finstres Buch ist, das die Begriffe Vergeben und Vergessen nicht kennt. Er ist ein Mann, den ein erfahrener, allzu erfahrener Freund als einen „Gläubiger der Humanität" bezeichnet, weil die Humanität ihm nie zurückzahlt, was er in ihren Diensten verbraucht. Von seiner Frau wird er schwärmerisch geliebt, mit jener Liebe, in der Verehrung steckt. Er steht auf dem Gipfel meiner Gedanken, sagt sie selbst. Da trifft es sich einmal, daß er lange abwesend ist, während sein erfahrener, allzu erfahrener Freund im Hause ein- und ausgeht. Er stellt der Frau nach und sie fällt vor seinen Nachstellungen. Vielleicht fällt sie, eben weil sie ihren Mann verehrt. Vielleicht war in ihrer Liebe zu viel Verehrung und sie sehnte sich, wenn auch unbewußt, nach einem brutalen rücksichtslosen Mann. Wie das Sehnen gestillt ist, folgt die graue Ernüchterung, folgen Scham, Reue, Verzweiflung, Thränen. Das sündige Vergehen hat ein Kind zur Folge und nun erbebt die Frau jedesmal, wenn ihr Mann sich dem Kind in Liebe nähert. Das Verhältnis zwischen den Eheleuten wird getrübt und verbittert. Als schließlich die Spannung nicht mehr zu ertragen ist, nimmt die Frau das schwere Kreuz auf sich und bekennt ihre Schuld. Der Mann ist zunächst starr vor Entsetzen, will dann aber doch vergeben, wenn sie sich von dem Kind trennt. Aber die Frau bleibt bei dem Kind . . .

Der Mann verläßt nun das Haus und flieht in die Einsamkeit des Dorfes. Unterdessen muß die Frau, die in dem verödeten Heim zurückbleibt, einen schweren Kampf durchfechten. Das Kind, das dem Ehebruch entsprossen ist, ist krank, krank von Geburt an, krank durch die zerrüttete Lebensmannskonstitution seines Erzeugers. Es stirbt schließlich. Damit ist eine neue schwere Buße auf die Frau gelegt, das Hindernis der Versöhnung ist beseitigt und Mann und Frau finden sich im letzten Akt in einem melancholischen Wiedersehen.

Und die Tragödie? Die Tragödie der Seelen? Es kann nicht befremden, wenn diese Frage erhoben wird, wie sie erhoben worden ist. Nichtsdestoweniger ist die Tragödie vorhanden, nur daß das tragische Moment im letzten Akte stärker hätte betont werden müssen. Nie kann ich das bleiche Kindergesicht vergessen, sagt die Frau, und immer wird in mir die bange Frage aufsteigen, ob ich seinen Tod nicht vielleicht gewünscht habe. Und der Mann hätte hinzufügen können: „Immer wenn ich Deine stumme Trauer seh', wird ein Schatten durch unsre neue Ehe huschen, denn ich weiß, daß diese Trauer dem Kinde eines fremden Mannes gilt." So ist die Tragödie allerdings vorhanden und da es keine Tragödie ist, die mit Gift und Dolch durchgefochten wird, da es vielmehr am Schluß ein tragisches Wiederfinden giebt, darf man auch von einer Tragödie der Seele sprechen. Schade nur, daß im letzten Akt die tragischen Töne nicht fester klangen; sie wären dann nicht so vielen entgangen.

Die Ausführung des vorhandenen tragischen Motivs ist im ersten Akt fein und geschickt. Es fällt da manches nachdenkliche Wort, dessen man sich gern erinnert. Im zweiten Akt müssen wir einige von den bösen Effekten mit in den Kauf nehmen, die von den Theaterarbeiten der Italiener nun einmal unzertrennlich scheinen. Der dritte Akt endlich ist zu blaß, hält sich aber von theatralischer Unnatur fern. Welche Töne wir hier im Schlußaccord gerne hätten stärker klingen hören, haben wir bereits gesagt.

Im Vordergrund der Darstellung stand wohl eigentlich Pagay, ob er gleich nur eine einzige bescheidene Scene spielte. Frl. Hofmann war als Gattin prächtig, natürlich und dabei echt und stark im Ton. Wir haben sie früher nie gesehen, aber wir hoffen, daß die Zukunft uns Gelegenheit bietet, die interessante Bekanntschaft noch recht oft zu erneuern. Herr Gerhard, der den allzu erfahrenen Freund spielte, bekundete entschiedenes Talent, nur daß ein gewisses unelegantes Etwas in dieser eleganten Theaterarbeit störte. Fast dasselbe läßt sich von Herrn Waldemar sagen, nur daß sein Talent uns schwächer scheinen will, als das seines Partners. — E. S.

Operettenwoche. Das „Lämmchen, Lämmchen meeh, Lämmchen, Lämmchen beeh", das sich vorgestern im Theater des Westens eingeschmeichelt hat, scheint einem flüchtigen Blick nicht höher über altem Operettenulk zu stehen als „Der Lieutenant Rudi Muggenhain Und Fähnrich Mucki Rodenstein", die tags zuvor im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater als Hosenrollen das Publikum entzückten. Und doch ist Adolf Zamara's „Debütantin" ein kritikwürdiges Stück musikalischer Dramatik und C. M. Ziehrer's „Die Landstreicher" nicht mehr als eine Vorstadtposse mit Gesang und Ausstattung. Daß aber diese einen „ausverkauften Bombenerfolg" erzielte und jene mehr, nur die ruhigere Wirkung auf Kenner auszuüben schien, dürfte in der Hauptsache auf die traurige Thatsache zurückgehen, daß in weiten Kreisen das Gefühl für die grundsätzliche Verschiedenheit zwischen Leistungen künstlerischen Wertes und solchen von anderweitigem Wert fehlt. Insbesondere durchzieht die Verwechslung einer geschickten Brettermache mit einem litterarisch wahrhaften Bühnenspiel einen großen Teil unsres Kunstlebens und speciell auch der Pflege der Operette. Die bekannten französischen Theaterdichter Meilhac und Halévy (Neffe des gleichnamigen Komponisten) hatten im Jahre 1878 ein Stück geschrieben: „Der Mann der Debütantin." Der Grundgedanke ist die Doppelstellung Ninas als junge Frau und als angehende Operettensängerin. Ueber ihn sind nun zwei Librettisten gekommen, H. v. Waldberg und A. M. Willner; sie haben da einen Operettentext geschaffen, der einen so vernünftigen Aufbau aus jener Grundsituation ergiebt, daß im wesentlichen nur noch die Hauptsache fehlt: die Begründung alles Weiteren aus einer Doppelnatur der führenden Person. Was hätte ein Komponist von dem Können und dem Geschmack Alfred Zamara's aus einer solchen Vertiefung zu machen vermocht! So aber muß sich seine Kunst der Charakterisierung beschränken auf den Gegensatz zwischen einer Musik, die das gewöhnliche Menschenleben, und einer, die das Theaterleben kennzeichnet — zwischen lyrischen Erhebungen einerseits und Lämmchencouplets andrerseits. Dazu kommt nun der Umstand, daß seine Librettisten einem famos dramatischen ersten Akt einen verschleppten zweiten und einen fast überflüssigen dritten folgen ließen, und daß im Verlauf des Ganzen das Musikspiel immer mehr und mehr vom Sprechspiel verdrängt wird. Im ersten Akt ein musikalisches Meisterwerk nach dem andern: Ninas Brautlied vom „dunkeln Unbekannten", ein Terzett über einen falschen Grafen (wie schade, daß dies ohne Zusammenhang da steht!), und ein kräftiges Finale. Im zweiten Akt: ein Bangigkeitslied Ninas von der Bühne (sollte mir da eine Gegensätzlichkeit in der Charakterisierung entgangen sein?); dann eine Unterweisung Ninas im Cancan durch die theaterblütigere Soubrette Sylvia („sie kann kan' Cancan" — „i kann kan' Cancan"); endlich wieder ein gutes, doch durch die bisherige Verschleppung wirkungsloseres Finale. Im dritten Akt ein Vereinigungsduett der Gatten, vielleicht das musikalisch bedeutendste Stück. Ueberhaupt zeigt der Komponist jedesmal, wenn er zu Worte kommt, seinen entschieden künstlerischen Beruf — von den ersten Takten der Ouverture an. Irren wir nicht, so ist er identisch mit dem Kammervirtuosen und Geiger in der Wiener Hofkapelle und Lehrer der Harfe am Wiener Konservatorium (an dem ein Professor Anton Zamara ebenfalls Harfe lehrt). Herr C. M. Ziehrer ist unsers Wissens den Wienern längst bekannt als Dirigent einer unterhaltlichen Kapelle. Unterhaltlich, wie eine lustige Fanfare, ohne künstlerischen Ehrgeiz, setzt denn auch seine „Landstreicher"-Ouverture ein. Und dann ein alter Singsang nach dem andern, alles die bekannten Wiener Tanz- und Liedspiel-Weisen, mit dem ewigen Hinaufschlagen in die Sexte oder Septime, mit den falschen Betonungen und den Sentimentalitäten, die, wie in dem Sang zu einer goldenen Hochzeit („Wenn im Lenz die jungen Rosen") so lang über sich hinwegtäuschen, bis ein Dacapo diese Einförmigkeit unerträglich macht. Im Laufe des Stückes erhebt sich die Musik immerhin zu manchem hübschen Walzerduett und dergleichen, und merkwürdigerweise zu einer nicht üblen Instrumentierung. Hier hat vielleicht Herrn Ziehrer seine Dirigententhätigkeit, wenigstens relativ, mehr genützt, als Herrn Zamara seine Solistenthätigkeit nützte.

Im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater gab's gute schauspielerische und Regieleistungen; man ahnt kaum, was zum Einstudieren eines solchen Massenaufgebots gehört. Gesungen wurde zum Teil unerträglich. Anna Calice als die Landstreicherin sang und spielte wohl am besten. Sigmund Steiner, der selbst schon ein Stück Geschichte der Operette verkörpert, ist einer der stimmkräftigsten Tenore, leider mit einer manchmal bis zum Rohen flachen Tongebung. Der neue Tenor des Theaters des Westens, Siegfried Adler, hatte Gelegenheit, seine Vorzüge, zumal ebenfalls eine Stimmfülle, zu verwerten, verriet aber auch wieder seinen Mangel an der richtigen Bildung höherer Töne. Was hier die Trägerinnen der weiblichen Hauptrollen, Lina Doninger als Nina und Margarethe Lieban-Groß als Soubrette Sylvia, geleistet haben, ist gesangstechnisch und schauspielerisch aller Ehren wert. Schade, daß die Erstgenannte ihre Kunst nicht auch für eine solche Charakteristik verwenden konnte, wie wir sie in dieser Rolle vermißten. Die Letztgenannte scheint uns eine ebensolche Theaterblütigkeit und Bretterroutine zu besitzen wie die köstliche Figur, die sie darzustellen hatte. Unter den Vertretern kleinerer Partien fielen uns im Theater des Westens Friedrich Alberti und im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater Gustav Kaitan insbesondere durch ihre guten Stimmen auf.

Die Regie im Charlottenburger Opernthea ter (Jacques Goldberg) giebt sich Mühe, auf der alten Höhe zu bleiben. Allein im zweiten Akt scheiterte sie an einer Unfertigkeit der Einstudierung und an der Weitschweifigkeit des Textes. So langsam kann es hinter den Coulissen nicht hergehen, und so darf es nicht hergehen, wenn einem Komponisten die Entfaltung einer solchen dramatischen Sturmbewegung ermöglicht werden soll, wie sie Zamara unter günstigeren Umständen leisten könnte. An Reinhold Wellhof, dem vielseitigen Theaterdirektor Mondefir, wird es jedenfalls nicht fehlen, wenn das Ensemble mindestens zu rascherem Zeitmaß gebracht werden soll. — sz.

Versammlungen.

Mit der Hamburger Accordmaurerei

beschäftigte sich eine Sitzung der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission, zu welcher auch die Gewerkschafts-Vorstände geladen waren. Die Versammlung fand am Freitagabend im Gewerkschaftshause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Schultzki folgende Erklärung ab:

„Infolge der von den Tabakarbeitern gegen den Konsumverein Berlin-Rixdorf sowie gegen den Lagerhalter desselben, Genossen Emil Voigt, Vertrauensmann des vierten Wahlkreises, erhobenen Beschuldigungen haben die Genossen des Kreises nach eingehender Prüfung der Sache nichts gefunden, was den Genossen Voigt in irgend einer Weise belastet. Ferner wurde nach Einsicht der Bücher und Belege festgestellt daß die letzte Anschaffung von Hanewacker-Kautabak am 3. Mai, also sieben Wochen vor dem Boykott, in Höhe von 6,50 M. stattgefunden habe. Die Genossen sind deshalb der Ansicht, daß in ähnlichen Fällen die Gewerkschaften sich erst mit den maßgebenden Faktoren in Verbindung zu setzen haben, ehe sie in der Weise, wie geschehen, solche Dinge in die Oeffentlichkeit bringen und dadurch die Allgemeinheit schädigen."

Börner als Vertreter der Tabakarbeiter gab die Erklärung ab, daß die Kommission der Tabakarbeiter obige Erklärung prüfen werde und sich ihre weitere Stellungnahme der Oeffentlichkeit gegenüber vorbehalte.

Sodann referierte Maurer Silberschmidt über oben angegebenes Thema. Derselbe gab in erster Linie einen historischen Ueberblick über die Agitation der Hamburger Maurer gegen die Accordarbeit. Daraus ist hervor zu heben, daß diese Agitation bereits im Jahre 1890 eingesetzt hat, was zur Folge hatte, daß die Accordarbeit bis zum Jahre 1900 bis auf einige wenige Bauten verschwunden war. Es ist nun in der Presse fast immer so dargestellt worden, als habe es sich bei den Sperren um die Abschaffung bereits vorhandener Accordarbeit gehandelt. Es könne aber nicht nachgewiesen werden, daß auch nur in einem einzigen Falle die Entlassung von Accordmaurern seitens der Verbandsmaurer verlangt worden sei. Immer habe es sich darum gehandelt, daß die letzteren von den Unternehmern die Ausführung der Bauten nach den Bedingungen des vereinbarten Tarifs, also in Tagelohn, verlangt hätten. Nicht die Accordmaurer seien die Drangsalierten gewesen, sondern weil die Accordmaurer fast stets in einem gewissen Stadium des Baues an die Unternehmer mit dem Anerbieten herangetreten seien, den Bau in Accord zu vollenden, und weil dann die Verbandsmaurer vor die Zwangslage gestellt worden seien, ebenfalls in Accord mitzuarbeiten, also den bestehenden Tarif zu durchbrechen und zu Verrätern an ihren Kollegen und ihrer Organisation zu werden — oder aber die Arbeit zu verlassen: deshalb sei es stets zu Konflikten gekommen. Man habe den Verbandsmaurern wiederholt offen gesagt: Wenn Euer Verband Euch die Accordarbeit nicht gestattet, dann tretet doch aus. Also man habe sich nicht gescheut, die tariftreuen und die Satzungen ihrer Organisation befolgenden Arbeiter offen zum Disciplinbruch aufzufordern.

Das Schiedsgericht habe die Frage: Ist Streikbruch eine ehrlose Handlung? ziemlich verdunkelt. Die zweite Frage des Schiedsgerichts: Haben die Accordmaurer Streik- und Sperrebruch begangen? — ist ganz falsch gestellt. Die Frage mußte lauten: Haben die Accordmaurer ihre Hand dazu geboten, die Bauten zu nichttarifmäßigen Bedingungen fertig zu stellen? Dann hätte die Antwort anders lauten müssen, denn dies haben die Accordmaurer bewußt und absichtlich gethan. Das Bewußtsein ihrer schädlichen Handlungsweise haben dieselben schon dadurch gehabt, daß die Frage der Accordarbeit seit zehn Jahren nicht von der Tagesordnung verschwunden ist und alle Beschlüsse, denen ja auch von jener Seite nicht widersprochen worden ist, die Schädlichkeit dieses Systems hervorgehoben haben. Es seien aber auch Beweise subjektiver Natur vorhanden, daß es an dem Bewußtsein der Schädlichkeit bei den Accordmaurern nicht gefehlt hat. Einer derselben hat sich sogar im „Echo" durch Inserat beschwert, daß er nicht auf der Liste der Ausschluß-Kandidaten stehe. Und wenn die Leute weiter offen erklären, daß sie um weniger Pfennige scheinbaren Mehrverdienstes willen Solidaritätsgefühl, Nächstenliebe, Disciplin und Organisation zum Teufel gehen lassen, so kann auch an der Ehrlosigkeit dieser Anschauungs- und Handlungsweise kein Zweifel bestehen. Im Falle Baumgart liegen die Verhältnisse noch ungünstiger für die Accordmaurer, als sie in der Broschüre des Hamburger Gewerkschaftskartells dargestellt sind.

Die späteren Ausführungen des Genossen Auer in der Sache zeigen, daß das Schiedsgericht den wirtschaftlichen Verhältnissen ziemlich entrückt gewesen sein muß. Solche Anschauungen werden in den Kreisen der Arbeiter, die täglich den wirtschaftlichen Kampf zu führen haben, nicht begriffen werden. Es läßt sich dem Schiedsspruch sogar grobe Fahrlässigkeit nachweisen, indem einige Fälle mit einander vermengt worden sind. Ebenso ist die Darstellung Auers über den Fall Hüttmann unzutreffend.

Die Thatsache, daß das Schiedsgericht so offen zu Tage liegende Dinge mit so geringem Verständnis behandelt habe, lasse die Frage gerechtfertigt erscheinen, ob daran vielleicht das Getrennt-Marschieren schuld trage.

Jedenfalls stehe fest, daß der Schiedsspruch eine schwere Schädigung der gesamten Arbeiterbewegung bedeute. Nicht bloß der Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der Partei wird durch denselben unabsehbarer Schaden erwachsen, weil beide nur auf der Grundlage strengster Disciplin aufgebaut sind und bestehen können und diese Disciplin durch den Schiedsspruch untergraben wird.

Es ist für uns als Parteigenossen keine angenehme Pflicht, daß wir den Führern dieser Partei, die sonst unser volles Vertrauen besitzen, sagen müssen, daß sie in einer der wichtigsten Fragen des Klassenkampfes mit uns in Widerspruch geraten sind. Aber das darf auch nicht unausgesprochen bleiben. Es trifft ganz gewiß auch die Gewerkschaften ein Teil der Schuld, daß in Parteikreisen solche Ansichten, wie sie der Schiedsspruch offenbart, möglich werden konnten. Es sollte in den Gewerkschaften dafür gesorgt werden, daß den Mitgliedern derselben jede Woche ein bis zwei Abende für die Partei übrig bleiben.

Bei der Aufregung, die der Schiedsspruch hervorgerufen, sei es aber auch nicht zu wünschen, daß derselbe auf dem Parteitage kurzerhand abgethan wird. Im Gegenteil sei nur zu wünschen, daß möglichst Klarheit geschaffen wird. Hoffentlich wird die Frage in einer Weise geregelt, die beide Teile befriedigt.

Buchdrucker Döblin: Es liegt in der Natur der Sache, daß nach den Maurern die Buchdrucker zu Worte kommen, wenn auch nicht gesagt werden kann, daß es sich bei den Vorgängen in der „Leipziger Volkszeitung" in der Arbeiterschaft so geregt habe, wie jetzt in der Angelegenheit der Maurer. Im übrigen ist es durchaus kein neuer Standpunkt, den das Schiedsgericht in der Sache eingenommen hat. Das Verhältnis von Partei zur Gewerkschaft sei schon auf dem Kölner Parteitage 1893 so aufgefaßt und beurteilt worden. Er erblicke wohl in der socialdemokratischen Partei die Vertretung der Arbeiter, aber ob man in der Partei auch die nötige Beachtung für die Gewerkschaften habe, das müsse leider bezweifelt werden. Wir unterschätzen die Notwendigkeit und Mithilfe der politischen Bewegung keineswegs, aber wir müssen auch von der Partei beanspruchen, daß man die Notwendigkeit der Gewerkschaften rückhaltlos anerkennt. Daß das noch nicht geschieht, liegt vielfach auch an dem Verhalten der Gewerkschaftsführer, die zwischen Partei und Gewerkschaften fortwährend hin und her pendeln, ängstlich bemüht, nirgends anzustoßen.

Eine politische Partei kann weit eher eine abweichende Meinung vertragen, als die Gewerkschaftsbewegung. In der Praxis ist es aber so, daß man in der Partei zwar den Vertretern abweichender Meinungen zu Leibe gehen will, dagegen den Sonderbündlern in den Gewerkschaften alles durch die Finger sieht. Wir wissen aber, daß beide Richtungen zusammen wirken müssen, folglich verlangen wir für beide auch gleiches Recht.

Kaufmann Maaß: Nach dem Regulativ der Berliner Gewerkschaftskommission haben sich die derselben angeschlossenen Gewerkschaften als „neutrale" erklärt, folglich ist es auch nicht richtig, daß sich die Gewerkschaften um Schutz an die Partei wenden. Redner ist für Aufhebung des Schiedsspruchs, weil es Sache der Gewerkschaften sein müßte, allein mit ihren renitenten Mitgliedern fertig zu werden. Es seien ja schließlich auch schon Fälle vorgekommen, daß die Gewerkschaften gegen die Partei gesündigt hätten, ohne von dieser zur Rechenschaft gezogen worden zu sein.

Schuhmacher Herrmann und Schneider Schulz wenden sich ebenfalls namens ihrer Gewerkschaften gegen den Schiedsspruch. Es stehe nicht im Organisationsstatut, daß die ehrlose Handlung, wegen deren der Ausschluß erfolgen könne, sich gegen die Partei richten müsse. Und ehrlos sind die in Rede stehenden Handlungen.

Es sprachen weiter für die Aufhebung des Schiedsspruchs Fritz (Kupferschmied), Hübsch (Textilarbeiter) und Fritsch (Maurer). Hierauf gelangte folgende von Silberschmidt empfohlene Resolution gegen eine Stimme zur Annahme.

„Die Delegierten der Berliner Gewerkschafts-Kommission betrachten den Schiedsspruch in Sachen der Hamburger Accordmaurer als einen Fehlspruch ärgster Art, der geeignet ist, die Arbeiterbewegung (Gewerkschaft und Partei) auf das schwerste zu schädigen. Die Berliner Gewerkschafts-Kommission erwartet deshalb vom Parteitag in Lübeck die Aufhebung des Schiedsspruchs."

Alsdann berichtete Girbig über den Verlauf des Glasarbeiterstreiks. Derselbe erhob den Vorwurf, daß die Gewerkschaften durch ungenügende Unterstützung den ungünstigen Verlauf des Kampfes verschuldet haben. Das sei ein Fehler, der sich an den Gewerkschaften selber bitter rächen würde. Man hätte den Streik noch vier Wochen unterstützen sollen, dann wäre ein Sieg wahrscheinlich gewesen. Trotzdem aber haben die Glasarbeiter den Mut nicht verloren. Fast allenthalben lehnen dieselben es ab, dem Verlangen der Unternehmer, sich einzeln zu melden, nachzukommen. Redner wiederholte dann die Bitte, die Glasarbeiter noch eine Zeitlang zu unterstützen, da dieselben erst in vier Wochen den ersten Lohn erhalten.

Körsten und Link wandten sich scharf gegen den Vorwurf, daß die Arbeiterschaft, speciell die Berliner, ihre Schuldigkeit nicht gethan hätten. Daß der Streik nicht gewonnen werden könne, das habe man den Glasarbeitern vorher gesagt. Wenn während des Kampfes geschwiegen worden sei, so sei es aus Taktgefühl geschehen. Wie aussichtslos die Situation gewesen sei, gehe u. a. daraus hervor, daß selbst der Generaldirektor Röside auf ein ungemein vorsichtig abgefaßtes Vermittelungsangebot von den Glasbaronen nicht einmal eine Antwort erhalten habe.

Glasarbeiter Leutel schiebt die Schuld an dem ungünstigen Verlauf auf die Centralvorstände, welche vielfach entgegen dem Willen der Mitglieder gehandelt hätten.

Unentschuldigt fehlten die Vertreter der Brauer, Dachdecker, Asphalteure, Maschinisten und Heizer, Musiker, Rabitzputzer und Schlächter.

Der Milchring und die Milchverteuerung

war das Thema, worüber Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine am Freitagabend in einer namentlich von Frauen stark besuchten Volksversammlung in der Moabiter Kronenbrauerei referierte. Einleitend bemerkte der Redner, daß das Interesse der Konsumenten mit dem der Berliner Milchhändler gegen die geplante Milchcentrale sich decke. Da man ihm (Redner) leicht entgegnen könne, daß er als Jurist in solchen Dingen keine Sachkenntnis besitze, wolle er bemerken, daß er mit dem eigentlichen Leiter des Milchringes, dem Oekonomierat Ring-Düppel, eine persönliche Unterhaltung vor einigen Tagen gepflogen und sich gleichzeitig von der überaus großen „Menschenfreundlichkeit" dieses Herrn überzeugt habe. Herr Ring habe versichert, daß man bei der Milchlieferung vom 1. Oktober ab nicht unter 13½ Pf. pro Liter liefern werde, da bei diesem Preise kein Gewinn erzielt werden könne. Man wolle sogar in Zukunft „möglichst" bessere Qualität liefern, als sie jetzt polizeilich, das heißt mit 2,7 Proz. Fettgehalt verlangt werde! Das scheine aber genau dieselbe „Menschenfreund-

lichkeit" zu sein, wie man sie seiner Zeit beim Fleischbeschau-Gesetz seitens der Agrarier vorgab! Das heißt: zum Nutzen der — Agrarier! Und dabei angeblich alles im Interesse der „Mittelstands-Parteien." Ja, für diese Mittelstands-Parteien, die gerade im Moabiter Stadtteil noch verhältnismäßig stark vertreten sind, dürfte nunmehr wieder einmal die Zeit zur inneren Einkehr gekommen sein, um zu erkennen, bei welcher politischen Partei am besten ihre Interessen gewahrt sind! Nachdem Redner alle schon bekannten Momente bezüglich der Milchverteuerung ausführlich erörtert, verweist er noch auf den geplanten großen Nachteil für die Berliner Händler, welcher darin besteht, daß in Zukunft nicht mehr Berlin, sondern der Stall des betreffenden Gutes als „Erfüllungsort" gelten soll! Das heißt, daß der Milchhändler bis jetzt schlechte oder schlecht gewordene Milch noch auf dem Bahnhof 2c. zurückweisen konnte, wo ein Nahrungsmittel-Untersuchungsamt vorhanden ist. Dagegen müssen in Zukunft die Händler, um gegen Nachteile geschützt zu sein, auf ihre Kosten einen Untersuchungs-Bevollmächtigten zur Revision aller Ställe unterhalten, da die „Centrale" noch Ablieferung vom Stall keine Rüge mehr entgegennimmt. Welche Unzuträglichkeiten daraus erwachsen, ist gar nicht abzusehen. Da die Milchhändler, deren Existenz durchaus nicht glänzend, sondern eher proletariermäßig sei, die Milch von der „Centrale" zwar teurer bezahlen, aber an die Kunden nicht teurer verkaufen sollen, so scheint es eben nur darauf abgesehen zu sein, erst die Kleinhändler zu ruinieren, um alsdann die Preise dem Publikum selbst zu bestimmen. Möge das Publikum zu geeigneter Zeit die nachdrückliche Antwort geben durch den Boykott gegen den Milchring, auch wenn derselbe ähnliche verwerfliche Mittel, wie seine Kollegen seinerzeit in München, anwendet, wo man in besonderen Läden die Milch zu Schlenderpreisen verkaufte, um die Händler zum Nachgeben zu zwingen. Wenn aber die kurze Zeit bis zum 1. Oktober gründlich ausgenutzt wird, dann dürften die Absichten des Herrn Ring-Düppel gründlich vereitelt werden. (Stürmischer Beifall.)

Es entwickelt sich nunmehr eine recht lebhafte Aussprache, an welcher ein Gegner trotz mehrfacher Aufforderung sich indessen nicht beteiligte. Ein Redner bemerkte, es sei ihm versichert worden, daß Herr Ring-Düppel bereits bei der Polizeibehörde beantragt und auch schon die Zusage erhalten habe, daß der bisherige Fettgehalt von 2,7 Proz. herabgesetzt werde. Wolfgang Heine spricht daraufhin seine Verwunderung aus, daß Herr Ring ihm (Redner) gegenüber davon nichts geäußert, sondern gerade das Gegenteil gesagt habe! Heine stellt nunmehr öffentlich an Herrn Ring-Düppel die Frage: Warum haben Sie in Ihrer Unterredung mit mir dieses Ihr Vorhaben mir gegenüber verschwiegen? Redner wünschte zum Schluß, daß während des Kampfes sich die Frauen in den Familien auch einige Einschränkungen auferlegen, damit der Kampf gegen die Agrarier siegreich durchgeführt werde. Die Milchhändler selbst sollten alsbald in allen Zeitungen einen Aufruf veröffentlichen; später aber bei Reichstags- und Gemeindewahlen nur der Partei ihre Stimme geben, durch welche sie zum Siege gelangen! Hierauf wurde nachstehende, vom Vorsitzenden Schumann verlesene Resolution einstimmig angenommen:

Die Volksversammlung erklärt einmütig die wucherischen und gemeingefährlichen Pläne zur Milchverteuerung mit allen zulässigen Mitteln bekämpfen, namentlich auch dafür sorgen zu wollen, daß die Frauen des arbeitenden Volkes die Milchhändler im Kampfe gegen die Verteuerung der für Kranke und Kinder unentbehrlichen Nahrungsmittel mit allem Nachdruck unterstützen und diejenigen Geschäfte meiden, in denen Ring-Milch verabfolgt wird. Der Ueberschuß der Tellersammlung wurde den Glasarbeitern überwiesen.

Eine gut besuchte Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten tagte am Freitag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Zunächst referierte Herr O. Skaller über die Abgabe von Medikamenten seitens der Krankenkassen. Wie der Referent ausführte, hat sich die Centralkommission eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist daraufhin zu dem Resultat gelangt, den Krankenkassen zu empfehlen, mit der Einführung einiger Präparate den ersten Versuch zu machen. Seitens der Kasse sollen vorläufig Aromatische Eisentinktur, Russischer Spiritus und Santalkapseln in den geeigneten Mengen angeschafft und direkt an die Kassenmitglieder laut ärztlicher Verordnung abgegeben werden. Die Centralkommission hat aus verschiedenen, wohlerwogenen Gründen gerade diese Medikamente als zur Einführung geeignet erachtet. Unter anderm ist berücksichtigt worden, daß diese Mittel ganz besonders häufig verordnet werden und daß durch die direkte Abgabe derselben von der Kasse an die Mitglieder eine ganz bedeutende Ersparnis erzielt wird. So z. B. berechnen die Apotheker jetzt für 500 Gramm Eisenpräparat 3,40 M., während sie der Ortskrankenkasse, die diese Präparate selbst beschafft und an ihre Mitglieder abgiebt, nur 90 Pf. kosten. Rechtlich dürfte es kaum zweifelhaft sein, daß die Kassen zu diesem Verfahren berechtigt sind und nur der § 367 des Strafgesetzbuches, der den Verkauf und die Zubereitung von Gift und Arznei und das Ueberlassen der Arznei an andre 2c. verbietet, auf die Kassen keine Anwendung finden kann. Wenn auch das Oberlandesgericht in Breslau vor zwei Jahren ein Urteil gefällt hat, nach welchem die Kassen zu der Abgabe von Medikamenten nicht berechtigt wären, so haben die Oberlandesgerichte in Frankfurt und Halle und auch das Kammergericht in Berlin entgegengesetzt entschieden und der Ansicht der Apotheker nicht zugestimmt. Jedenfalls sollen die Kassen den Versuch machen, und wenn damit gute Erfahrungen gemacht werden, was ganz sicher erscheint, so kann die Zahl der von den Kassen an die Mitglieder direkt abzugebenden Medikamente vergrößert werden.

In der hierauf folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner im Princip für den Vorschlag der Centralkommission. Während aber von einigen Vertretern die Einführung bereits am 1. Oktober gewünscht wurde, wurde andrerseits empfohlen, den Termin noch nicht festzusetzen, um den einzelnen Kassenverwaltungen die Gelegenheit zu geben, in Ruhe die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Es wurde schließlich beschlossen, die endgültige Beschlußfassung bis zu einer anfangs Oktober von der Centralkommission einzuberufenden Versammlung zu vertagen.

Hierauf referierte Herr Dr. C. Freudenberg über den Stand des Apothekenboykotts. Nach den Ausführungen des Referenten, der auch über die von der Centralkommission getroffenen Maßnahmen, sowie über die verschiedenen, den Lesern des „Vorwärts" bereits bekannten Entscheidungen der einzelnen Aufsichtsbehörden berichtete, ist die ganze Situation für die Kassen eine durchaus günstige. Die von den Apothekern vorgenommene Kreditentziehung hat nach dem allgemeinen Urteil der Kassenverwaltungen für die Kassen beträchtliche Vorteile, für die Apotheker große Nachteile gezeitigt. Durch die bisherigen Maßnahmen ist bewirkt, daß die Kassen an Arzneikosten ganz bedeutende Ersparnisse erzielt haben. So hat die Allgemeine Orts-Krankenkasse für Charlottenburg im 2. Quartal nur 7965 M., davon 6878 M. an die Apotheken, für Arzneimittel verausgabt und im Verhältnis zum Vorjahre 900 M. erspart. Im 3. Quartal, das hauptsächlich in Betracht kommt, sind bis zum 18. September nur 4620 M. für Medikamente verausgabt, so daß ca. 5000 M. erspart sind. Für die Apotheker bedeutet dies aber eine Mindereinnahme von etwa 8000 M., da ihnen nur etwas über 2000 M. zugeflossen sind. Wenn auch bei den andern Kassen die Ersparnis nicht ganz so hoch sein wird, so ist doch bereits festgestellt, daß die Ausgaben für Arzneien allgemein geringer geworden sind. Die Befürchtung, daß die Kassen während des Kampfes bedeutende Kriegskosten zahlen müßten, ist nicht eingetroffen; das ist um so bemerkenswerter, als die Apotheker bekanntlich den Kassen die vordem angeblich gewährten Vergünstigungen entzogen und ihnen die höchsten, zulässigen Preise berechnet haben. Die Apotheker befinden sich im Gegensatz hierzu in einer recht üblen Lage. Sie haben bisher schon eine sehr erhebliche Einbuße erlitten und neue Zwangsmittel gegen die Kassen stehen ihnen nicht mehr zur Verfügung. Es ist deshalb fast gar nicht begreiflich, daß sich insbesondere die weniger gut situierten Apotheker, die am meisten unter diesem Kampf zu leiden haben, von ihren unverständigen Führern noch nicht losgesagt haben. Trotzdem verschiedene Kassenvertretungen mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden sind, und erklärt haben, daß das finanzielle Verhältnis für die Kassen jetzt besser sei, als es der eventuell zu gewährende Rezeptur-Rabatt schaffen könne, so sind doch noch verschiedene Mittel in Aussicht genommen, um die Apotheker zur Anerkennung der Forderung zu zwingen. Unter anderm wird zur Zeit die Gründung einer Art Konsumgenossenschaft erwogen, durch die es ermöglicht werden soll, daß sich die Kassenmitglieder die von den Kassen direkt zu beziehenden Medikamente nicht nur von einer Stelle, sondern von der ihnen zunächst liegenden Geschäftsstelle einer der beteiligten Kassen besorgen können. Außerdem wird die Einführung von Bons (Gutscheinen) geplant, den der Arzt bei Verordnung von Handverkaufsmitteln an Stelle des Rezeptes benutzt. Bisher wurde jedes Mittel auf einem Rezept verordnet, und dadurch war es möglich, daß die Kassen z. B. für Ricinusöl, daß den Privatpatienten 10 Pf. kostete, 25 Pf. bezahlen mußten. Auf diesem geplanten Bon soll der Arzt lediglich die Ware und den Preis vermerken. Der Bon wird an den Apotheker nicht abgeführt, sondern das Kassenmitglied verlangt mündlich das ihm verschriebene Mittel und bezahlt es und erhält von der Kasse das Geld für den Bon ersetzt, event. kann der Betrag schon vorher von einer der in Betracht kommenden Droguenhandlungen erhoben werden.

Die Central-Kommission wird den Kassen zur geeigneten Zeit die entsprechenden Vorschläge unterbreiten.

Dem Referat folgte eine längere Diskussion, in der allgemein die Situation als günstig geschildert wurde und aus der zu entnehmen war, daß die Kassenverwaltungen sowohl als auch die Kassenmitglieder sich den Verhältnissen völlig angepaßt und der Kampf ohne besondere Schwierigkeiten noch auf lange Zeit fortgesetzt werden kann. Herr Dr. Friedeberg berichtete über die vom Verbandstag der Orts-Krankenkassen Deutschlands gefaßten Beschlüsse den Arzneiwucher betreffend und teilte mit, daß auch ein Teil der beteiligten Behörden der Frage näher treten und hoffentlich die so sehr berechtigten Wünsche der Kassen nicht unberücksichtigt lassen werden. Dr. Friedeberg empfiehlt den freien Hilfskassen, Innungskassen 2c., die an dieser Frage genau so wie die Orts-Krankenkassen interessiert sind, ebenfalls im Sinne der Beschlüsse zu wirken. Von einem Vertreter der Schöneberger Kasse wurde mitgeteilt, daß dem Apotheker Herrn Lutter auch anscheinend seitens der Behörden allerlei Schwierigkeiten bereitet werden. Nachdem es den Apothekern nicht gelungen ist, Herrn Lutter von den Vereinbarungen mit den Kassen abzubringen, ist er verschiedentlich denunziert und ihm darauf hin auch der bei ihm beschäftigte Lehrling entzogen worden. Außerdem hat die Behörde in allernächster Nähe eine neue Apotheke konzessioniert und ihm eine empfindliche Konkurrenz geschaffen. Die Kassen werden bemüht sein, daß eine Schädigung nicht eintritt.

Nachdem an die Kassenrendanten noch das Ersuchen gerichtet, eine Aufstellung über die Arzneiausgaben vom 2. und 3. Quartal dieses Jahres und auch vom vorigen Jahre an die Centralkommission recht bald einzusenden, wurde bekannt gegeben, daß Herr Dr. Sommerfeld an die Kassen Fragebogen versenden wird, deren sorgfältige Ausfüllung in Rücksicht auf den beabsichtigten Zweck sehr zu empfehlen ist. — In der Versammlung waren vertreten: 35 Orts-, 33 Hilfs-, 3 Innungs-, 4 Vororts- und 4 Betriebskrankenkassen.

Das Berliner Gewerkschaftskartell hielt am 20. September in der Dragonerstraße 15 eine Sitzung ab. Kleinlein als Revisor gab die Abrechnung für die Zeit vom 16. Mai bis zum 26. August 1901. Die Gesamteinnahme betrug 2433,80 M., die Gesamtausgabe 2147,63 M., wovon 1662,75 M. den streikenden Glasarbeitern zuflossen. Am 26. August verblieben einschließlich des Bestandes vom Mai 491,57 M. in der Kasse. Dem Kassierer Piesker wurde Decharge erteilt.

Dann nahm man zu den Vorwürfen Stellung, die dem Verein der Kellner Berlins und Umgegend, dem sogenannten Polterschen Verein, welcher sich dem Kartell angeschlossen hat, seitens der Leitung der Berliner Filiale des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen gemacht worden sind. Arendsee referierte namens des Ausschusses und schlug folgende Resolution vor:

„Der Anschluß des Vereins der Kellner an das Gewerkschafts-Kartell hat dem Vorstand der Berliner Filiale des Verbandes Anlaß gegeben, dem Verein der Kellner Indifferentismus, Solidaritätsmangel, Durchbruch der allgemein aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen und Täuschung betreffs der Löhne vorzuwerfen. In der am 6. September abgehaltenen Ausschußsitzung, zu der die Vertreter beider Vorstände eingeladen und erschienen waren, wurde folgendes festgestellt: Bei Cohn-Lichtenberg, Bockbrauerei, Happold ist vom Verein der Kellner an Sonntagen und bei Nachtgeschäften an Sonnabenden, d. h. nach 12 Uhr nachts für 2 M. anstatt für 3 M. placiert worden. Bei Cohn-Lichtenberg haben sich die vom Kellnerverein vermittelten Kellner mit einem Fahrgeld von 20 Pf. begnügt, ohne Lohnansprüche zu erheben, wenn Beschäftigung aus irgend einem Grunde nicht eintrat. Außerdem wurde der unbewiesene, aber auch unwidersprochen gebliebene Vorwurf erhoben, es sei, obwohl am 1. Mai ds. Js. in der Bockbrauerei für 2 M. serviert wurde, am 2. Mai eine fingierte Rechnung über 3 M. pro Mann vorgelegt worden. Hiernach beschließt die Delegierten-Versammlung des Berliner Gewerkschaftskartells: Die Delegierten sprechen ihr Bedauern über die unwahren Angaben der Vertreter des Vereins der Kellner Berlins und Umgegend aus und verurteilen die Handlungsweise betreffs der Lohnunterbietung auf das entschiedenste. Sie machen die weitere Zugehörigkeit des Vereins zum Gewerkschaftskartell von der strengen Innehaltung des von der Fachkommission der Gastwirtsgehilfen Deutschlands im Mai 1900 aufgestellten Lohntarifs abhängig."

Polter als Vertreter des angeschuldigten Vereins verteidigte diesen und meinte u. a., er wolle auch die Löhne hochhalten.

Zwei in der Versammlung erschienene Vertreter des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen traten dem Vorredner entgegen und betonten, daß die erhobenen Vorwürfe voll und ganz der Wahrheit entsprächen.

Reuter, Th. Fischer und Arendsee sprachen für die Resolution. Dieselbe wurde gegen eine Stimme angenommen.

Ueber den Ausgang des Generalstreiks der Flaschenmacher berichtete Glasarbeiter Dörwald. Durch den von den Fabrikanten in Flugblättern ausgenutzten bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung" sei der aussichtsvolle Streik einer jämmerlichen Niederlage zugeführt worden. Heftige Angriffe richtete Redner auch gegen die großen Verbände, die durch bessere Unterstützung den Glasarbeitern leicht zum Siege hätten verhelfen können. Die größte Schuld treffe die Generalkommission in Hamburg. — Dörwald und fast alle nachfolgenden Redner führten den Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung" auf die Generalkommission zurück, deren ausführendes Organ Röske nur gewesen wäre. Piesker teilte mit, daß durch das Kartell bereits 3871 M. für die Glasarbeiter aufgebracht worden seien. Eine Anzahl Listen stehen noch aus. Die Sammlungen sollen zu Gunsten der noch auf längere Zeit beschäftigungslosen Glasarbeiter fortgesetzt werden.

In der Sitzung fehlten die Vertreter der Bäcker, Maler und Polsterer (Tapeziere).

Im Wahlverein für den 1. Reichstags-Wahlkreis sprach am Freitag Genosse Stadtv. Heimann über das Thema: „Einiges von dem, was die Stadtgemeinde für die Gesundheit ihrer Mitbürger an Körper und Geist thun könnte". Der Vortragende schilderte, nachdem er einleitend auf den Mangel an Selbstverwaltung als auf die Grundursache der vielen Mißstände auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung hinwies, eingehend die Uebelstände, die im Schulwesen, im Wohnungs- und im Krankenhauswesen herrschen, und zeigte, wie durch leicht durchführbare Reformen auf den verschiedenen Gebieten wesentliche Verbesserungen der trostlosen Zustände herbeigeführt werden könnten, wie sich aber die bürgerlichen Vertreter jeder durchgreifenden Reform entgegenstellen und diesbezügliche Anträge mit den nichtigsten Vorwänden zurückweisen. Aber wenn auch, führte der Redner zum Schluß aus, die socialdemokratischen Vertreter in der Gemeindevertretung nichts Bedeutendes erreichen könnten, so stellten sie doch gewissermaßen das Gewissen der Stadtverordneten-Versammlung dar, und dadurch, daß sie die Motive, von denen die Mehrheit geleitet werde, aufdeckten, würde diese zu manchen Zugeständnissen gezwungen. Mit der Kleinarbeit des Tages, die hier geleistet werde, müsse man die weltumspannende Idee des Socialismus verbinden. Hieraus schöpfe das Proletariat seine sittliche Kraft, und um das Ziel zu erreichen, müsse auf allen Gebieten gekämpft werden. — An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion, in der noch mehrere Beiträge zur Kritik der Verhältnisse geliefert wurden.

Der Vorsitzende machte auf die am 29. September stattfindende Urania-Vorstellung aufmerksam, zu der noch Billets zu haben sind.

Im socialdemokratischen Verein für den 5. Reichstags-Wahlkreis sprach am 20. d. M. Robert Schmidt über das Thema: „Welche Reformen erstrebt die Socialdemokratie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft?" Redner erörterte sein Thema an der Hand des socialdemokratischen Programms, soweit die Forderungen im zweiten Abschnitt festgelegt sind. Er wies aber darauf hin, wie durch das Eindringen der Socialdemokraten in Landtagen und Gemeinden sich neben dem Erfurter Programm für bestimmte praktische Aufgaben auf diesen Gebieten der Verwaltung und Gesetzgebung die Zusammenfassung neuer Aufgaben und Forderungen notwendig geworden sei. Die Aufgaben sind hier so verschieden, müssen sich so sehr an die örtlichen und besonderen politischen Verhältnisse der Einzelstaaten anlehnen, daß eine Verallgemeinerung schwer möglich ist. Redner besprach dann eingehend, wie weit die Demokratie in einem großen Staatswesen durchführbar ist, wie ihre Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung sich gestalten müsse. Er betonte die wichtige Aufgabe der Schule für ein wirklich gut geleitetes demokratisches Staatswesen und kam zum Schluß auf das Milizsystem und auf die freie ärztliche Hilfeleistung zu sprechen. In der Diskussion nahmen Babiel und Glukowsky im zustimmenden Sinne zu dem Referat das Wort. — Die Mitglieder seinen darauf aufmerksam gemacht, daß am Mittwoch, den 25. d. M., in allen Abteilungen des Vereins Sitzungen stattfinden, die sich mit dem Reorganisationsplan beschäftigen werden.

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 436 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse. Heute Zahltag: Ackerstr. 123 bei Dicke und Mariannenstr. 48 bei Liebehenschel von 3—6 Uhr.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen Montag, abends präcise 8½ Uhr, in der Centrale Dresdenerstr. 45: Ordentliche Generalversammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. — Um rechtzeitiges Erscheinen wird gebeten. Mitgliedsbuch legitimiert. Heute nachmittag letzter Familien-Ausflug nach Reinickendorf. Treffpunkt: Restaurant Sandhagen.

Bildungsverein der Barbiere „Macht ist Wissen und Wissen ist Macht". Montag, den 23. d. M., abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenthalerstraße 57: Sitzung. Gäste willkommen.

Reste

Montag, den 23., Dienstag, den 24., und Mittwoch, den 25. d. M.,

für Kleider, Blusen, Kleiderröcke und Kinderkleider,

in schwarzen, farbigen und gemusterten Kleiderstoffen,

enorm billig.

Ültzensche Wollenweberei

Berlin W. 8, Leipziger Strasse 96, Ecke Charlottenstrasse.

Feuersteins Festsäle
Alte Jacobstrasse 75.
Empfehle meine **Festsäle 300, 250, 150, 100 Personen** fassend, zu Festlichkeiten und Versammlungen. Desgleichen Vereinsräume **150, 100, 50 Personen** fassend. Amt I. No. 867.

Luisenstädtisches Klubhaus
Annenstraße 16. Inhaber **H. Grupe.** (Altes Gewerkschaftshaus.)
Saal zu Festlichkeiten 2c. Warme Speisen, kleine Preise.
Sämtl. Braten 60 Pf., 75 Pf. Weißbier-Ausschank. [2235L*

A. Goldbach, O., Richthofenstrasse 8, Ecke Löwestrasse.
Bringe hierdurch mein **Weiß- und Bairischbier-Lokal,** verbunden mit Restauration zu soliden Preisen in empfehlende Erinnerung. Vereinszimmer noch einige Tage frei. — Telephon Amt VII, Nr. 4550. [2224U*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration zu verkaufen Rostockerstraße 40. 575b*

Ein besseres Grünkramgeschäft mit Rolle ist billig zu verkaufen. Nur ernste Käufer erhalten Auskunft Glogauerstraße 31. 520b*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als Milchkübel, Milchkannen, Milchsiebe 2c. billigst bei Jordan, Kleine Markusstraße 28. 804R*

Englische Drehrolle Rummangels billig verkäuflich Maxstraße 14. [†66

Garderobenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin, Zimmerstraße 30, liefert elegante Herren-Garderoben nach Maß zu solidesten Preisen. Th. Hannemann, Schneidermeister. [4335*

Garderoben für Herren und Knaben sowie Arbeitsanzüge für jeden Beruf kauft man gut und billig zu streng festen Preisen bei Fritz Hamburg, Steglitz, Schloßstraße 76, Ecke Flensburgerstraße. Fahrgeld wird zurückerstattet. †108*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoiruhren, Regulatoren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. 75/8*

Bettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinendaunen, Pfund 1,50. Fabriklager Landsberger-Allee 37, I. 843K*

Möbelverkauf, neue und gebrauchte. Römer, Sebastianstraße 81.

Kleiderspinde 15 an, Küchenspinde 14, ganze Ausstattung. Dräger, Reichenbergerstraße 178. 561b

Möbel, Gelegenheit, 4 Zimmer, darunter Sofa 20,00, Bettstelle mit Federmatratze 12,00, Kommode 10,00, geschliffener Trumeaux 30,00, Muschelspiegel 10,00, elegantes Plüschsofa, Muschelbetten, Regulator, Oelgemälde, verschiedenes sofort verkäuflich Gartenstraße 148, vorn I links. †135*

Möbel-Gelegenheit. Beim Auktionator Otto Lidecke, Möckernstraße 25 (Bahnspeicher), stehen zum spottbilligen Verkauf neue gediegene Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeaux 30,00, Prachtteppiche 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Muschelschränke 25,00, Salongarnituren, Paneelsofas, Ruhebetten, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, Salonbilder, gestickte Uebergardinen, Divandecken, Stores, Steppdecken, Pianinos, Salonuhren, Plüschdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheitskäufe. Gekauftes lagert unentgeltlich. [813R*

Trennigteirs Möbelfabrik, Oranienstraße 173, am Oranienplatz. Wenn Sie gute und gediegene Möbel billig kaufen wollen, so besichtigen Sie meine bedeutenden Lagerräume, denn ich liefere schon geschmackvolle Einrichtung von 200—300, elegante 400 bis 5000, zum Beispiel Muschelschrank, Vertiko 45,00, Herrenschreibtisch 60,00, elegantes Büfett 150,00, Ruhebett 30,00, Muschelbettstelle 48,00, Taschendiwan 80,00, Trumeau 45,00, Spiegelspindchen 28,00, verliehene und zurückgesetzte Möbel billigst. Auch Teilzahlung. *

Brautleute kaufen horrend billig bei kolossaler Auswahl. Einrichtungen, sowie einzelne Stücke, Muschelschränke 28,—, echt fournierte Säulenspinde 50,—, Trumeaus mit Stufe, Neuheit, 45,—, Plüschtaschensofa, elegant, 65,—, Küchenmöbel. Eigne Werkstätten. Hirschowitz, Mariannenstr. 7a. [847R*

Metallbetten, hochelegant, Patentmatratzen 40. Kappold, Pflugstr. 17, Quergebäude. 566b

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 722R*

Fahrradteile, billigste Preise, größte Auswahl, Reparaturwerkstatt Heinze, Brückenstraße 6b. 803R*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Strickmaschinen, Schlauchschloß, allerbester Qualität, guter Erwerb, leichtes Erlernen, Arbeitsnachweis, günstige Bedingungen. Homburger, Mendelssohnstraße 1. 801R*

Gaskocher! Sparsysteme! Einlochgaskocher 1,00, Zweilochkocher 5,00, Dreilochgaskocher 9,00. Geschlossene Gaskocher 10,00! Gas-Bügelapparate, Gas-Plätteisen billig! Gasheizöfen 6,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße zweiunddreißig. 2598b*

Abzahlungs-Schwindel, ohne solchen verkaufe ebenfalls auf Teilzahlung Schlagregulator, vierzehn Tage gehend, achtzehn Mark. Silberne Remontoiruhr fünfzehn Mark. Gewichtszug-Schlagregulator, fünfviertel Meter lang, dreißig bis fünfundvierzig Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. Gegründet 1848

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, Landsbergerstraße 82

Liebknecht-Relief-Porträts, anerkannt beste, a 1,50 Mark. Schätzler, Oranienstraße 159. 812R*

Haarfärbemittel, unübertroffen, Ueberzeugungshalber Fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3.

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/32 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 117/7*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Verkaufsgeschäft, Rolle, passend für Anfänger, verkauft billig Wrangelstraße 129. 679b

Singermaschine, wenig gebraucht, 12 Mark, Metzerstraße 10, parterre.

Ringschiffmaschinen, zwei fast neue, eine große für Schneider, verkauft spottbillig, Schuhmann, Waldemarstraße 27, vorn I. 77/8

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 77/7*

Damenrad, elegant, für 90,00 zu verkaufen Brückenstraße 6a, Restaurant.

Restaurant, gutgehend, fabrikreiche Gegend, sofort billig zu verkaufen Ackerstraße 93. [6545

Restauration wegen Krankheit billig zu verkaufen. Näheres Charlottenburg, Pestalozzistraße 30. [†144*

Eisernen Ofen verkauft billig Pinzer, Schützenstraße 18. [622b

Restauration, 18 Jahre im Besitz, krankheitshalber zu verkaufen. Adressen unter R. 3 Expedition des Vorwärts.

Sattler- und Tapezier-Werkstatt mit Geschäft ist sofort zu verkaufen wegen Todesfall gegen billige Miete. Adalbertstraße 79. [602b

Bettstelle (Sprungfedermatratze) und Betten, Sofa, Stühle, Verschiedenes Gitschinerstraße 108, vorn I bei Doctor. [599b

Partiewaren, Kaninchen, Handwagen kauft, verkauft Kastanienallee 61.

Wegen Todesfall Sargmagazin nebst guter Kundentischlerei preiswert zu verkaufen Naunynstraße 61, vorn, Keller. [587b

Sofa, neu, billig, Palm, Mariannenstraße 5. [607b

Halbrenner (elegant) spottbillig, von Herrschaft. Ansbacherstraße 42, Besichtigung Portier. [593b

Gutgehendes Grünkram-Geschäft wegen größerer Unternehmungen zu verkaufen Soldinerstraße 109. [631b

Pianino billig verkäuflich Burgsdorfstraße 2, Seitbau. [658b

Grünkramgeschäft, Holz und Kohlen, 400, verkäuflich. Erfragen Restauration, Fürstenwalderstraße 3.

Kanarienvorschläger, Junghähne, allerbilligst Restauration, Fürstenwalderstraße 3. 77/6

Menzenhauer-Zither nothalber. Bordan, Gipsstraße 17. 118/1

Wirtschaft, fast neu, Metzerstraße 30, II rechts. 118/2*

Regal billig. Jömer, Stralauerplatz 15a. 118/3

Wäschespind verkauft Klug, Friedensstraße 50. †38

Genossenschafts-Anteil bei etwas Verlust an Tischler zu verkaufen. Offerten K. M. 68, Postamt 34. [675b

Fahrräder, verfallene, kolossale Auswahl, wegen Saisonschluß ausgesucht billigste Preislagen von Marken und Qualitätsrädern, Fahrräder 25,00 an. Fahrräderleihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 118/4

Gaslyra, dreiflammig, ist billig zu verkaufen. A. Tietz, Invalidenstraße 124. †135

Buchbinderei, seit 30 Jahren bestehend, mit Preß- und Vergolde-Einrichtung, im Osten Berlins, ist billig zu verkaufen. Offerten an die Expedition dieser Zeitung unter P. 3.

Wegen Aufgabe der Wirtschaft billig zu verkaufen schöner mahagoni Sofatisch, Stühle, Sofa, Bettstelle mit gutem Federboden, Küchenspind, Küchentisch. Fürstenstraße 15, Hof, III links. 594b

Fortzugshalber Möbel, Kleiderspind, Spiegelspind, Spiegel, Ausziehtisch verkauft billig Pawlowski, Boechstraße 50. Vormittags 10 Uhr. [588b

Schwarzer Gehanzug und Gehrock, mittelgroß, zu verkaufen. Tauschke, Pasewalkerstraße 8, I. 637b

Kanarienhähne, 50, verkauft Schneider, Pannierstraße 4 (Hermannplatz). 636b

Kanarienvorschläger 6 Mark, Junghähne 4 Mark an. Baum, Chorinerstraße 34, Quergebäude. [582b

2 neue Fahrräder, 1 gebrauchtes, erstklassige, wegen Schulden angenommen, verkauft Steffen, Posenerstraße 6. †8

Restaurant, gutgehend, 7 Jahre in meinem Besitz, Miete 900 Mark, wegen andrem Unternehmen sofort billig zu verkaufen. Friedrichsberg, Rummelsburgerstraße 18. 656b

Kleiderspind 15,00, Spiegelspind 16,00, Küchenspind 9,00, Bettstelle mit Matratze, wie neu, 15,00, verkauft Fuchs, Pallisadenstraße 33. †38

Restauration zum Inventarpreise zu verkaufen. Zu erfragen bei Anders, Salzwedelerstraße 8, parterre. [†77*

Lieferwagen, alle Sorten Räder, Pallisadenstraße 101. 661b

Verschiedene Nußbaum- und Mahagonimöbel, Kleiderspind, Wäschespind, Bettstellen, Sofa, Tisch, Stühle, Spiegel, Regulator, Bilder, Betten, Nähmaschine, Steppdecken, Küchensachen, sofort spottbillig verkäuflich, Waldemarstraße 27, vorn I. [77/9

Singspinde, Singkästen, Flugbauer, Einsteckbauer, verkauft Beifert, Havelbergerstraße 3, Vorderhaus. [†77

Teleskopen, Makropoden, diesjährige, verkauft billig, Titze, Rixdorf, Steinmetzstraße 31, II. [†132

Aquarium, Terrarium, billig, Lewandowsky, Sickingenstraße 4. [†77

Papageien, große Auswahl, Kommandantenstraße 52, im Restaurant. 77/10

Gebrauchtes Sofa und Küchenspind verkauft Sikba, Lübbenerstraße 30, III. [†10*

Fortzugshalber gut erhaltene Möbel, Kleiderspind, Spiegel, Spiegelspind, Tisch verkauft Pawlowski, Boeckhstraße 50. [†10

Ladentisch, kleiner, zu verkaufen Oranienstraße 3, II, Puff. [†9

Fahrräder, gebrauchte 25,00, 30,00, 35,00, 40,00 bis 65,00. Neue 65 bis 100. Jahresgarantie. Gebrauchte Räder nehme in Zahlung, eventuell Teilzahlung. Fahrradbedarfsartikel wie bekannt billiger wie jede Konkurrenz. Bernauerstraße 21 I. Kein Laden. [673b

Hobelbänke, Werkzeug verkauft billig Peuker, Lausitzerstraße 10. [676b

Vermischte Anzeigen.

Bauschule Münzstraße 7. Tages-, Abendkurse. Wintersemester 2. Oktober. 116/20*

Gesang- und Klavier-Ausbildung, Einstudierung von Liedern, Stunde 50 Pf., bei akademischem Musiker, Stargarderstraße 62, vorn IV. links.

Rechtsbureau, Teltowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Raterteilung. 817R*

Unfallklagen, Invalidensachen, Eheverträge, Eingaben, Raterteilung, Schulze, Bergmannstraße 107. [300b*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung, Andreasstraße dreiundsechzig. 529b*

Patentanwalt Daumann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767R*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Patzger, Steglitzerstraße 65. 140b*

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 736R*

Kösliner Hof, Köslinerstraße 8. Sonntags zur Versammlung und Tanz frei. Kein öffentlicher Tanz. [*

Restaurant und Festsäle von Julius Wernau, Schwedterstr. 23/24. Zur Herbstsaison halte mein Lokal auf das beste empfohlen. Theater-Vorstellungen, Tanzlustbarkeiten, Volksbelustigungen aller Art. Speisen à la carte. Gut gepflegte Biere. [*

Säle sowie Vereinszimmer Sonnabends und Sonntags noch frei Neue Königstraße 7. 113/9*

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben, passend für Zahlstelle. Theodor Scherbing, Prenzlauer Allee 198. [*

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben, passend für Zahlstelle. Rudolf Jurran, Naunynstraße 86. *

Vereinszimmer mit Pianino Manteuffelstraße 49.

Vereinszimmer, geräumig, Simeonstraße 23. 845R*

Vereinszimmer zu 30 und 60 Personen, auch Sonntags, Hasenheide 89, Kühner. 488b

20,00 fertige, wer Stoff hat, Anzug oder Paletot. Marcus, Kleine Frankfurterstraße zwanzig. 113/10

Vereinszimmer, 40 Personen, passende Zahlstelle, Kurzestraße 17, Alexanderplatz, Centralpunkt Berlins.

Zwei Vereinszimmer, Kegelbahn, schöne Räume, empfiehlt Pinzer, Schützenstraße 18. [623b

Färberei, chemische Putzerei, E. Frey, Hirtenstraße 16, nahe Münzstraße. Damenkleider, Herrenanzüge, Paletots reinigen, bügeln 2,50 Mark an; färben 3 Mark an, Bettdeckenfärben 1,25 an. [647b

Vereinszimmer, Pianino, für Gesangvereine sowie Zahlstelle passend, empfiehlt Wild, Burgsdorfstraße 14.

Wer Stoff hat! Fertige Anzüge nach Maß, 18—20 Mark. Tadelloser Sitz, solidare Futtersachen. R. Franke, Ackerstraße 143, III, Ecke Invalidenstraße. 678b

Achtung! 20 Mark kostet Jackettanzug, wer Stoff dazu bringt. Für tadellosen Sitz Garantie. Kuschewski, Annenstraße 2. 597b

Wichtig! Tischler, Bildhauer! Unterricht, Fachzeichnen. Dörfer, Oranienburgerstraße 23. 627b

Saal mit Theaterbühne, auch Vereinszimmer, Lichtenbergerstr. 21. [*

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky empfiehlt sich für Berlin und auswärts, Sickingenstraße 4. [†77

Rechtsbureau Manteuffelstraße 38, Klagen, Eingaben, Verträge, Briefe, Raterteilung sachgemäß billigst. [†10

Vermietungen.

Zimmer.

Leere Stube zu vermieten Bülowstraße 56, 2. Hof parterre, Kleinert. *

Einfenstrige Vorderstube Grünerweg 70, III. Mieitz. 581b*

Teilnehmer für mein gut möbliertes Balkonzimmer gesucht. Frau Jacoby, Colbergerstraße 26, vorn III

Möbliertes Zimmer für zwei Herren, a 10 Mark, sofort zu vermieten. Rosenthal, Forsterstraße 54, Hof III.

Möbliertes Vorderzimmer, zwei Herren, 30 M., Buckowerstraße 3, I. Kuhlke. 650b

Freundlich möbliertes, 2fenstriges Vorderzimmer an 1 oder 2 Herrn sofort oder später zu vermieten. Langestraße 88/89, I, bei Bauch. 648b

Ein möbliertes Zimmer, 1 Herrn, separat, Tiesler, Stallschreiberstraße 31, II. 635b

Billig, möbliertes Zimmer, 1 oder 2 Herrn, Ritterstraße 107, III. 605b

Möbliertes Zimmer am Park, 1, 2 Herrn, Michaelkirchstraße 41, vorn IV. Martini. 610b

Ein oder zwei Herren freundlich möbliertes Gartenzimmer, 9 Mark, Gneisenaustraße 34, Hof hochparterre. Schulz. 612b

Sauberes, möbliertes Zimmer an zwei anständige Herren zu vermieten, a 15 M. mit Kaffee, Ritterstraße 2 b.

Kleines, möbliertes Zimmer, Rosenthalerstraße 60, bei Herrmann.

Separatzimmer, möbliert, einfenstrig, Herrn, vorn, Ritterstraße 2, Witwe Müller. 660b

Teilnehmer zum möblierten Zimmer, Pianino. Frau Leonhard, Friedenstraße 74, vorn. [†38

Möbliertes Zimmer für 1 auch 2 Herren, separat, Britzerstraße 6, vorn 4 Treppen, Petrat. 77/11

Möbliertes Zimmer, Herrn, Preis: Miete, Kaffee, Stiefelputzen, 15 Mark, Dresdenerstraße 18, vorn III links. 660b

Möbliertes Ballon-Zimmer an Herren zum Ersten zu vermieten. Beyer, Reichenbergerstraße 158, vorn II. †9

Möbliertes Zimmer Dresdenerstraße 20. Wolter. †9

Zweifenstriges möbliertes Zimmer zu vermieten Oranienstraße 3, II. Puff. †9

Teilnehmer am möblierten Zimmer 8 Mark. Gleier, Reichenbergerstr. 170, vorn IV. †9

Schlafstellen.

Schlafstelle vermietet Kirschner, Liegnitzerstraße 36, I. 364b

Schlafstelle Friedrichstraße 216, Gartenhaus IV. links. 639b

Freundliche Schlafstelle, alleiniges Zimmer, vermietet Theilemann, Schmidstraße 9. 637b

Anständiges Mädchen kann mit einwohnen. Witwe Kroll, Wienerstraße 8, Quergebäude, Keller. [608b

Freundliche Schlafstelle. Manke, Waldemarstraße 60, 2 Treppen, Vorderhaus. †9

Freundliche Schlafstelle Oranienstraße 186, vorn III. Petigk. †9

Bessere Schlafstelle. Schwarz, Wienerstraße 68, IV. †9

Schlafstelle für 2 Herren. Kerber, Manteuffelstraße 69, I. †9

Möblierte Schlafstelle für zwei anständige Herren. Kolbe, Naunynstraße 64, Seitenflügel parterre. [†9

Freundliche Schlafstelle für zwei Personen. Zedler, Lausitzerstraße 16.

Freundlich möblierte Schlafstelle für Herrn. Gänzel, Waldemarstraße 73 III. †9

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, 8 Mark, Wienerstraße 31, vorn 2 Treppen bei Meius. †9

Schlafstelle zu vermieten. Lehr, Manteuffelstraße 96. †9

Schlafstelle für Herrn. Poley, Lausitzerstraße 9, vorn 3 Treppen. [†9

Schlafstelle für zwei Herren, Stoof, Mariannenstraße 3 IV. [665b

Schlafstelle für einen Herrn zu vermieten Manteuffelstraße 115, vorn 2 Treppen, Kolbow. [667b

Möblierte Schlafstelle für Herrn zu vermieten Dresdenerstraße 1, vorn III links bei Buxmann (Kottbuser Platz). [668b

Möblierte Schlafstelle für Herrn, Pücklerstraße 20 bei Thiele. [669b

Schlafstelle zu vermieten an Herrn, Hannig, Manteuffelstraße 74, vorn III.

Schlafstelle für zwei Herren vermietet Witwe Laxke, Koppenstraße 100, Hof 2 rechts. [677b

Freundliche Schlafstelle bei Wildermuth, Moritzstraße 19. [676b

Schlafstelle vermietbar Fischerstraße 29, Cigarrenladen. 606b

Schlafstelle für Herrn bei Scheel, Pflugstraße 15, Quergebäude III.

Schlafstelle, Herrn, Kaffee 9 M., Prinzenstraße 8, Quergebäude 4 Tr. Hoffmann. 680b

Schlafstelle, separat. Larisch, Ritterstraße 124, Hof III. 633b

Schlafstelle, Herrn, Wrangelstraße 12 vorn I. Frau Rusch. [626b

Freundliche separate Schlafstelle. Stresemann, Schmidstraße 10. 624b

Möblierte separate Schlafstelle für Herrn. Lierke, Schmidstraße 10.

Schlafstelle. Rosenberg, Elisabeth-Ufer 30, II. 619b

Möblierte Schlafstelle, separat, Breslauerstraße 19, IV. Witwe Wolff.

Möblierte Schlafstelle vermietet Dresdenerstraße 99, Hof part. links. Nährlich. 640b

Möblierte Schlafstelle Georgenkirchstraße 37a vorn III. links. [634b

Schlafstelle vermietet Burkazki, Landwehrstraße 4. 662b

Schlafstelle, Herrn, Landsbergerstraße 35, III, Krause. 653b

Schlafstelle mit Balkon vermietbar bei Wöller, Rigaerstraße 136. [†38

Möblierte Schlafstelle bei Reuter, Höchststraße 4, Hof links I. [†86

Möblierte Schlafstelle, Herrn, 12 Mark, zu vermieten. Hase, Bernauerstraße 106, vorn 2 Treppen.

Schlafstelle, ein Herr allein, bei Meier, Gothenstraße 8. [†123

Schlafstelle für anständiges Mädchen. Schoßau, Schliemannstraße 47, vorn III. [†54

Freundliche Schlafstelle für Herrn bei Gleizmann, Pappel-Allee 35, Ecke Stargarderstraße. [†54

Möblierte Schlafstelle, Herrn, vermietet Chorinerstraße 23, vorn IV links. [†54

Möblierte Schlafstelle, billig, Herrn, Weißenburgerstraße 59, Kloß.

Schlafstelle, möbliert, Herrn. Blumenstraße 50a, III. links. [641b

Schlafstelle zu vermieten Lausitzerplatz 16, Hof parterre, Wessel. [642b

Schlafstelle für 1 Herrn, Waldemarstraße 65a, Rosenthal. 643b

Schlafstelle vermietet A. Krüger, Oranienstraße 197 III. 644b

Bessere Schlafstelle, Herrn, Adalbertstraße 84, vorn IV., Frau Altmann.

Freundliche Schlafstelle zu vermieten Reichenbergerstraße 47, Quergebäude III. bei Laube. 649b

Freundliche saubere Schlafstelle, 6 Mark, bei Stange, Luisen-Ufer 39.

Ordentliches Mädchen mit Bett kann einwohnen. Böhnke, Schleiermacherstraße 15, Quergebäude II.

Möblierte Schlafstelle bei Gruse, Bartinstraße 41a, 4 Treppen. [†66

Freundliche Schlafstelle für anständigen Herrn. Grüneberg, Blumenstraße 53, Hof I. 604b

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, mit Kaffee a 12 Mark. Röder, Reichenbergerstraße 56, II. links. †9

Möblierte Schlafstelle für Herren. Faber, Dresdenerstraße 61, IV. [611b

Möblierte Schlafstelle für Herrn oder junges Mädchen vermietet zum Ersten. Dühring, Dieffenbachstraße 37, I.

Möblierte Schlafstelle für Herren bei Witwe Schwabe, Kottbuserstraße 9, III. 577b

Eine freundliche Schlafstelle, 1 auch 2 Herren, zu vermieten bei Frau Holz, Wendenstraße 2, vorn 4 Treppen.

Eine freundliche Schlafstelle für Herren Camphausenstraße 18 bei Magen. 583b

Schlafstelle Dresdenerstraße 38, vorn. Witwe Faber. 613b

Schlafstelle, Herren, vermietet Witwe Keßler, Oranienstraße 194, vorn 4 Treppen links. 620b

Schlafstelle, möbliert, für 2 Herren zu vermieten. Biermordt, Frankfurter-Allee 113. 609b

Möblierte, saubere 2fenstrige Schlafstelle, 2 Herren Kleine Andreasstraße 8, vorn 1 Treppe rechts. †39

Schlafstelle für anständigen Herrn. Ahl, Frankfurter-Allee 72, Quergebäude IV.

Schlafstelle, möblierte, anständiger Herr, Oktober, Kleine Andreasstraße 17, vorn 1 Treppe rechts. †38

Mietsgesuche.

Gesucht kleines möbliertes Zimmer oder bessere Schlafstelle, Nähe Kottbuser-Thor, Oranienplatz, zum Alleinwohnen. Preisofferte Gr. Postamt 42.

Aelteres Ehepaar sucht 1. 10. möbliertes Zimmer, 2 Betten. Nähe Stettiner Bahn. Offerten: Mars, Kastanien-Allee 96. †54

Kleines möbliertes Zimmer sucht junger Mann. Offerten: Julius, Postamt Hagelsbergerstraße. [615b

Möblierte Schlafstelle, separat, Nähe Centrum, zum Alleinwohnen zum Oktober gesucht. Offerten mit Preis. Mars, Kastanien-Allee 96. [†54

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Dirigent, geübter, sucht Gesangvereine. Ansprüche monatlich 10 bis 12 Mark. Meldungen Stargarderstraße 62, vorn IV. links. [117/19*

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, K. Gläser. *

Junger Tischler sucht irgendwelche Beschäftigung, am liebsten im Hotel. Max Fischer, Chorinerstraße 27. [674b

Dirigent sucht noch für Mittwoch oder Freitag einen Gesangverein. Franz Apel, Gesanglehrer, Frankfurterstraße 127. 596b

Stellenangebote.

Tüchtige Agenten und Vermittler erhalten lohnende Beschäftigung eventuell feste Anstellung in der Versicherungsbranche. Offerten unter L. 4 an die Expedition dieses Blatts.

Orgelbauer, tüchtige Pneumatiker, finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei K. Heilbrunn Söhne, Berlin NO., Keibelstraße 39. [113/8*

Steindrucker-Lehrling verlangt Jacoby, Poststraße 27. 567b

Tapezier-Lehrling verlangt Krafft, Köpnickerstraße 190. 536b

Ballschuharbeiter, geübt auf Holzhacken, erhalten Arbeit. Graef, Markusstraße 50. 589b

Versilberer verlangen Jaeckl u. Stroka, Holzmarktstraße 33 a. [77/1

Tüchtige Fardigmacher verlangt Jensch, Waldemarstraße 15. 672b

Tüchtige Fardigmacher verlangt Gummersbach, Krautstraße 39. †141

Schriftmaler auf Glas 2c. verlangt Brockmüller, Friedrichstraße 33.

Tischlerlehrling verlangt G. Hoffmann, Goltzstraße 9. †123*

Lehrling zur Möbeltischlerei verlangt Sarkander, Lehminerstraße 5.

Einen Knaben für Nachmittagsstunden verlangt Brückner, Klosterstraße 72.

Tüchtigen Beizer und Polierer sofort verlangt Ernst Gossow, SW., Teltowerstraße 53. 682b

Handwerker mit 2000 Mark zum Bau gesucht. Offerten unter A. Postamt 33 bis 25 Sept. niederzulegen.

Paletot-Arbeiterinnen, auch Lehrdamen, verlangt Graudenzerstraße 13.

Lehrmädchen für Damenschneiderei, später Beschäftigung, Schaftan, Gatzkowskystraße 24. †77

Mädchenjacken-Arbeiterinnen verlangt Hulte, Frankfurter-Allee 182, III.

Junge Mädchen auf Putzfedern bei sofortigem Verdienst und dauernder Beschäftigung suchen Ehrlich u. Co., Wallstraße 57. 899b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Goldleisten.
Einen tüchtigen **Einpacker** verlangt Max Leonhardt, Schlesischestr. 31. [†9*

Stahlgraveur!
tüchtigen, für **präcis und sauber** gearbeitete **Schriftstempel** (Schwarzdruck) in angenehmer, dauernder und gut bezahlter Stellung sofort gesucht. Offerten mit Muster, Ansprüchen 2c. an Otto Dörfler, Nürnberg, Obere Turnstraße 7. 600b

Arbeitsnachweis deutscher Gold- und Silber-Arbeiter
Engel-Ufer 15.
Für sofortigen Eintritt nach Breslau 1 Hammerarbeiter, der Bretter machen kann. 118/19

Achtung, Korbmacher!
In der Korbwaren-Fabrik von **Schmidt & Co., Dresdenerstraße 81,** befinden sich sämtliche Korbmacher wegen Preisdifferenzen auf Kugelkörbe im Streik.
Zuzug ist streng fernzuhalten. *
Die Ortsverwaltung.

41/12* **Achtung.**
Brauerei-Arbeiter!
Die wegen Maßregelung unsres Vertrauensmannes entstandenen Differenzen mit der Brauerei **Julius Böhow** sind noch **nicht** ausgeglichen.
Die Agitationskommission.

Der Gesamt-Auflage unsrer heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Möbelhauses Fork, Kretschmar & Co. in Berlin, Jannowitz-Brücke 1, bei.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.